



Printed in Germany
Tschechien Kč 195,-
Ungarn Ft 2490,-
Spanien € 6,80
Spanien/Kanaren € 7,00
Slowakei € 6,80
Slowenien € 6,50
Polen (ISSN00387452) ZL 33,-
Portugal (cont) € 6,80
Norwegen NOK 86,-
Österreich € 6,00
Griechenland € 7,30
Italien € 6,80
Finnland € 8,30
Frankreich € 6,80
BeNeLux € 6,40
Dänemark dkr 57,95

Das Ungeheuer von Seattle

Wurden 346 Menschen Opfer von Gier und Größenwahn?
Die Anatomie des Boeing-Skandals



TATORT BAHNSTEIG
Die Vorgeschichte eines unfassbaren Verbrechens

Elite-Internat Eton
Die politische Inzucht-
anstalt der Briten

Ex-Bundespräsident Wulff
Sein Leben in
der »Klinkerhöhle«

Exklusive Einblicke in eines der verschlossensten LÄNDER der WELT



320 Seiten mit farbigen Abb. · € 22,00 (D)
Auch als E-Book erhältlich

Saudi-Arabien erlebt den tiefgreifendsten Wandel seiner Geschichte:
Der junge Kronprinz öffnet das Land, zeigt aber zugleich eine dunkle, aggressive Seite.
SPIEGEL-Reporterin Susanne Koelbl hält diesen historischen Aufbruch aus
nächster Nähe fest. Ihr Buch gewährt faszinierende Einblicke in die Welt der Machthaber
und Ultrakonservativen genauso wie in das verborgene Leben der Frauen.

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Soldaten, Wulff



Traufetter, Fichtner in Boeing-Simulator

Der Absturz einer Boeing 737 Max am 10. März unweit von Addis Abeba beendete nicht nur auf fürchterliche Weise das Leben von 157 Menschen, er erschütterte auch nachhaltig den Glauben in die Vertrauenswürdigkeit von Boeing und der Zulassungsbehörden. Denn nur knapp fünf Monate zuvor war eine baugleiche Maschine in die javanische See vor Indonesien gestürzt, ebenfalls nur wenige Minuten nach dem Start, ebenfalls im Sturzflug, auch hier gab es keine Überlebenden. Insgesamt sind 346 Tote zu beklagen, gestorben bei Unfällen, deren Verlauf sich erstaunlich ähnelt. Es drängt sich die Frage auf, ob man die beiden Unglücksorte nicht eher Tatorte nennen muss. Es stellt sich die Frage, ob Boeing und die Aufsichtsbehörde FAA nicht möglicherweise fahrlässig gehandelt haben. Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren und -Reportern reiste in die USA, nach Afrika und Asien, um die Vorgänge, die zu den Unfällen geführt haben, zu rekonstruieren. Gesprächspartner waren Angehörige der Opfer und deren Anwälte, Boeing-Offizielle, Airlinemanager und Sachverständige. SPIEGEL-Reporter Ullrich Fichtner und -Redakteur Gerald Traufetter saßen außerdem in einem Boeing-737-Simulator, um sich erklären zu lassen, welche Möglichkeiten die Piloten in Notlagen haben. Traufetter: »Als wir die Situation nachgefliegen sind, wurde uns klar, wie verzweifelt die Piloten in den letzten Momenten vor dem Aufprall gegen die Computer gekämpft haben – und warum sie diesen Kampf verloren haben.« **Seite 10**

Treffen Journalisten auf Personen, die nicht erfahren sind im Umgang mit Medien, müssen sie intensiver als sonst darüber nachdenken, welche Informationen sie über diese Menschen veröffentlichen und welche nicht. Oft geschieht das im Konsens mit den Beteiligten, aber nicht in jedem Fall. Als Autor Christoph Wöhrle für den SPIEGEL zwei Soldaten der Bundeswehr traf, die auf sehr unterschiedliche Weise mit ihren Kriegstraumata umgehen, waren beide damit einverstanden, dass ihre Namen im Text genannt werden. Wöhrle entschied sich allerdings, nur einen der Soldaten mit seinem wahren Namen vorzustellen, dem anderen gab er ein Pseudonym. Es war der Soldat, der stärker mit seinem Trauma ringt, der verzweifelter nach Anerkennung und Hilfe sucht. Der Autor hatte das Gefühl, dass er die Lage des Mannes, den er Harzer nannte, noch schwieriger machen würde, wenn er ihn wie gewünscht mit seinem Namen im Text erwähnt hätte. Wie die Soldaten versuchen, zurück ins normale Leben zu finden, beschreibt Wöhrle ab **Seite 92**

Das Amt des Bundespräsidenten krönt politische Karrieren und beendet sie zugleich. Für keinen Bundespräsidenten gilt das mehr als für Christian Wulff, der vor gut sieben Jahren zurücktrat, nach nur 598 Tagen im Amt. Wie geht es weiter nach solch einem Ereignis? Wie blickt Wulff auf seine Amtszeit und ihr abruptes Ende? SPIEGEL-Autor



Wulff, Hujer in Istanbul

Marc Hujer begleitete Wulff zu zahlreichen Terminen und erlebte einen Mann, der die ewigen Fragen nach seinem Rücktritt nicht nur mit großer Langmut erduldet, sondern auch einen erfrischenden Hang zur Selbstironie zeigt. Nachdem er Hujer von dem Buch des Psychotherapeuten Jorge Bucay erzählt hatte – es trägt den Titel »Drei Fragen. Wer bin ich? Wohin gehe ich? Und mit wem?«, und es hat Wulff bei der Bewältigung seiner Krise geholfen –, warnte er Hujer davor, das Buch zu Hause herumliegen zu lassen. »Sonst fragt sich Ihre Frau, was mit Ihnen los ist.« **Seite 48**



Machen Sie sich bereit für die digitale Zukunft

2 Wochen kostenlos testen

Weiterbildung rund um die digitale Arbeitswelt

Mit der SPIEGEL AKADEMIE können Sie sich neben dem Beruf auf Hochschulniveau weiterbilden – zeitlich und räumlich vollkommen flexibel.

Entdecken Sie die neuen zertifizierten Hochschulkurse:

Digital Sales & Marketing:
Kunden digital gewinnen und erfolgreich binden

Entrepreneurship in digitalen Zeiten:
Wie Sie erfolgreich gründen

Alle Informationen finden Sie unter www.spiegel-akademie.de

SPIEGEL AKADEMIE

In Kooperation mit der SRH Fernhochschule

Inhalt

73. Jahrgang | Heft 32 | 3. August 2019

Titel

Katastrophen Hätte der Absturz zweier Boeing-Maschinen vermieden werden können? Rekonstruktion eines Systemversagens 10

Deutschland

Leitartikel Was Europa gegen die Bedrohung durch Donald Trump und Boris Johnson tun kann 6

Meinung Die Gegen-
darstellung / So gesehen:
Ferienaktionismus 8

*Schonfrist für Steuertrickser /
Linientreuer Bundestag / Auf-
forsten mit Importhölzern?* 26

Verbrechen Der Mann, der
einen Achtjährigen vor
den Zug stieß, ist vermutlich
psychisch krank 30

Hessens Ministerpräsident
Volker Bouffier über die Tat
am Frankfurter Bahnhof
und die Illusion von absoluter
Sicherheit 36

Karrieren Gesine Schwans
einsamer Wahlkampf
um den Vorsitz der SPD 38

Parteien Grüne und Linke
könnten in Brandenburg den
Ministerpräsidenten
stellen – vorbereitet sind
sie nicht 40

CSU Parteichef Markus Söder
nervt die CDU mit ständigen
Ideen zur Klimarettung 42

Lobbyismus Die Methoden
von Elio Adler, Chef
der deutsch-jüdischen
»WerteInitiative« 43

Trends Neue Bienen-
liebe – die Probleme
der Großstädter mit dem
Imkern 45



ANDREAS ARNOLD / DPA

»Er fühlte sich verfolgt«

Der in der Schweiz lebende Eritreer Habte A. galt als bestens integriert – am Montag stieß er einen achtjährigen Jungen vor einen einfahrenden ICE. Freunde schildern, dass A. unter Wahnvorstellungen litt. Lassen sich solche Taten verhindern? **Seite 30**



IRIB / AFP

Zerrissen und zerrieben

Die EU wollte zwischen Iran und den USA vermitteln. Nun wird sie selbst in den Konflikt hineingezogen. London plant, sich der US-Marinemission anzuschließen. Die Auseinandersetzung droht Europa zu spalten. **Seite 72**

Gesellschaft

*Früher war alles schlechter:
Blinddarmoperationen /
Was ist am Strand noch
erlaubt?* 46

**Eine Meldung und ihre
Geschichte** Warum Igel-Sex
im Sommer die Polizei
beschäftigt 47

Karrieren Das Leben
danach – was macht eigent-
lich Ex-Bundespräsident
Christian Wulff? 48

Kolumne Leitkultur 53

Wirtschaft

*Jeder fünfte Riester-Vertrag
wird nicht bespart /
Niedersachsens Umwelt-
minister könnte
Energielobbyist werden* 54

Deutscher Osten I Viele
Ostdeutsche kehren
nach Jahren im
Westen in ihre Heimat
zurück 56

Deutscher Osten II Erfolgs-
modell Ostfrau – wie
der Westen beim Feminismus
vom Osten lernte 59

Handel Die EU verschärft
die Regeln für das Bezahlen
im Netz 61

Konzerne RWE-Aufsichtsrat
Werner Brandt über
den Umgang mit Klima-
aktivisten 62

Konjunktur Kurze Schwäche
oder langer Abschwung –
wie steht es um die deutsche
Wirtschaft? 64

Nachhaltig leben (IV) Lebens-
mittel aus den Mülltonnen
von Supermärkten
zu bergen ist illegal, aber
populär 67

Ausland

Wie Assads Regime in der syrischen Provinz Idlib Zivilisten bombardiert / Ein Italiener berät Frankreichs Premier und gilt in seinem Land als »Verräter« 70

Iran-USA-Konflikt Die Krise zwischen Washington und Teheran spaltet Europa 72

Der US-Politologe Vali Nasr warnt im SPIEGEL-Gespräch vor einem neuen großen Krieg im Nahen Osten 74

Analyse Repressionen gegen Moskauer Demonstranten offenbaren die Nervosität des Regimes 77

Großbritannien Wie auf dem Eton College die Elite des Königreichs erzogen wird .. 80

Sport

Die reichsten Sportstars / Magische Momente: Drachenschlittenfahrer Markus Bock über seinen WM-Triumph 85

Fußball SPIEGEL-Gespräch mit Bremens Trainer Florian Kohfeldt über Lust und Frust, bei Werder Trainer zu sein 86

Umwelt Wie gefährlich ist Kunstrasen? 89

Wissenschaft

Flugzeugabsturz durch Kollision mit Drohne? / Neue Knochenfunde am deutschen Stonehenge / Kommentar: Nehmt Jugendlichen die E-Zigaretten weg! 90

Psychiatrie Leben mit schwerstem Trauma – der Leidensbericht zweier deutscher Afghanistan-veteranen 92



Die Schule des Regierens

Kein anderes Internat hat mehr britische Premierminister hervorgebracht als Eton. Nicht jeder hält das für eine gute Nachricht. Viele glauben, die aktuellen Probleme des Königreichs hängen mit seinem elitären Bildungssystem zusammen. **Seite 80**

Sommertheater

Die Salzburger Festspiele sind das wichtigste Kulturereignis Österreichs. Sie finden dieses Jahr in einem verunsicherten Land statt, das keine gewählte Regierung mehr hat – und sich über seine Identität streitet. **Seite 102**



Hip-Hop-Prozess

Eigentlich steht der amerikanische Rapper A\$AP Rocky in Stockholm nur wegen einer Schlägerei vor Gericht – aber seitdem sich US-Präsident Trump einmischt, verwandelt sich der Fall in eine diplomatische Krise. **Seite 108**

Biotechnik Fantastische Tierwesen und warum ein japanischer Forscher sie erschaffen will 96

Klima Die Epidemiologin Sabine Gabrysch über die Erderwärmung und deren tödliche Folgen für die Menschen 98

Kultur

Frisuren aus dem Katalog / Der Film »Fast & Furious: Hobbs & Shaw« / Kolumne: Besser weiß ich es nicht 100

Theater Die Salzburger Festspiele, ein österreichisches Kulturereignis in Zeiten der politischen Krise 102

In eigener Sache Warum der SPIEGEL über den Fall der Bloggerin Marie Sophie Hingst berichtet hat 107

Pop In Stockholm steht der Rapper A\$AP Rocky vor Gericht 108

Kino Der Film »Berlin, I Love You« sollte vom Hype um die angesagte deutsche Hauptstadt profitieren – das ging schief 112

Sachbuchkritik Der Versuch des Historikers H. Glenn Penny, die Ehre der deutschen Ethnologie zu retten 115

Bestseller 111
Impressum, Leserservice ... 116
Nachrufe 117
Personalien 118
Briefe 120
Hohlspiegel / Rückspiegel ... 122

Die angelsächsischen Clowns

Leitartikel Trump und Johnson lassen sich nur von einem starken Europa stoppen.

Der eine verglich die Ziele der EU mit jenen Hitlers. Der andere bezeichnete Brüssel als »Höllenschloß«. Boris Johnson und Donald Trump haben aus ihrer Verachtung für die Europäische Union nie einen Hehl gemacht. Solange Johnson Zeitungskolumnist und Trump Immobilienhändler war, konnte das den Europäern egal sein. Inzwischen aber ist Johnson Premierminister Großbritanniens, Trump US-Präsident. Zwei der ältesten Demokratien der Welt werden von Populisten regiert.

Das allein ist für Europa schlimm genug. Doch es könnte noch schlimmer kommen. Trump und Johnson schicken sich an, in der Außenpolitik gemeinsame Sache zu machen – auf Kosten der EU.

Zwar ist Trump bei den meisten Briten unbeliebt, eine allzu große Nähe zu ihm wäre für Johnson ein Risiko. Bei Gesellschafts- und Klimafragen liegen beide Politiker auseinander. Aber bislang deutet wenig darauf hin, dass sie vor einer Zusammenarbeit zurückschrecken. Trump will Europa spalten. Er hat den Austritt Großbritanniens aus der EU stets befürwortet. Für Johnson ist Trump eine Art Lebensversicherung. Sollte er das Land im Herbst ohne Vertrag aus der EU führen, wie er es seit seinem Amtsantritt am 24. Juli täglich androht, wäre seine Regierung mehr denn je auf einen Handelsdeal mit den USA angewiesen.

Wie belastbar das transatlantische Verhältnis ist, dürfte sich im Nahen Osten entscheiden – einer der gefährlichsten Regionen der Welt. Unter Trumps Vorgänger Barack Obama haben die USA gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien einen Deal mit Iran ausgehandelt, wonach dieser sein Nuklearprogramm zurückfährt, wenn Sanktionen gegen ihn fallen. Seitdem Trump im vergangenen Jahr aus dem Abkommen ausgestiegen ist, eskaliert die Auseinandersetzung von Neuem.

London stand in diesem Konflikt bisher fest an der Seite von Berlin und Paris. Ex-Regierungschefin Theresa May verwahrte sich ausdrücklich gegen Trumps Strategie des »maximalen Drucks«. Ihr Außenminister schlug stattdessen eine europäische Schutzmission in der Straße von Hormus vor, um Spannungen abzubauen. Mays Nachfolger Johnson stellt sich dagegen an die Seite der USA, Großbritannien will sich nun an einem US-geführten Einsatz beteiligen. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass sich London unter Johnson gänzlich aus dem Nuklearabkommen zurückzieht.

Resteuropa könnte sich dann in einem ähnlichen Dilemma befinden wie 2003 im Fall des Irak: Damals weigerten sich Deutschland und Frankreich, sich dem von den USA und Großbritannien angeführten Krieg gegen Diktator Saddam Hussein anzuschließen. Diesmal könnte der Bruch noch tiefer gehen. Denn Trump setzt die Europäer nicht nur in einer politischen Frage unter Zugzwang, wie George W. Bush es damals getan hat. Trump stellt die europäische Integrität infrage.

Der Brexit wurde bislang vor allem als Gefahr für die Wirtschaft wahrgenommen. In der Irankrise zeigt sich, dass die sicherheitspolitischen Folgen noch gravierender sein könnten. Das britische Foreign Office und der Auslandsgeheimdienst waren bislang Pfeiler der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sollte sich ein Post-Brexit-Großbritannien dauerhaft von der EU ab- und den USA unter Trump zuwenden, würde dies Europas Rolle in der Welt schwächen.

In der EU hoffen manche, dass sich das Problem von selbst löse, wenn Johnson bei möglichen Neuwahlen im Herbst und Trump bei den Präsidentschaftswahlen 2020 abgewählt würden. Doch das ist alles andere als ausgemacht, in den USA etwa geben die Demokraten im Moment ein Bild ab, das wenig optimistisch stimmt. Zudem ist offen, ob Großbritannien und die USA unter neuen Regierungen

tatsächlich zum Multilateralismus zurückkehren würden.

In jedem Fall ist Abwarten kein Ersatz für eine politische Strategie. Die EU täte gut daran, ihr eigenes außenpolitisches Profil zu schärfen. Egozentriern wie Trump und Johnson ist nicht beizukommen, indem man sie einbindet, ihre Eskapaden herunterspielt. Gegen Populismus helfen nur Haltung und Klarheit. Konkret bedeutet das, dass die EU mit Johnson nicht über das Austrittsabkommen nachverhandeln und sich keinesfalls Trumps Iranpolitik anschließen sollte. Stattdessen sollten sich die Europäer um eine Schutzmission in der Straße von Hormus bemühen und gleichzeitig nach diplomatischen Wegen suchen, das Abkommen zu retten. Während des Irakkriegs 2003 gewann Europa an Statur, indem Frankreich und Deutschland eng zusammenstanden. Es ist an der Zeit, dass beide Staaten diese Allianz wiederbeleben. Maximilian Popp



Anti-Brexit-Aktivisten in London

TOUGA AKMEN / AFP

Mit **SPIEGEL+** nutzen Sie die ganze digitale Welt des **SPIEGEL**.

1 Monat
SPIEGEL+
gratis

Jeden Tag besser informiert: Sie erhalten vollen Zugriff auf alle **Inhalte von SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE**, erfahren im **Newsletter Daily Update** das Wichtigste des Tages und lesen die **digitale Ausgabe** des SPIEGEL schon freitags ab 18 Uhr.

Testen Sie jetzt SPIEGEL+ 1 Monat gratis! Als Abonnent der gedruckten Ausgabe können Sie anschließend für nur € 0,70 bequem weiterlesen.

Jetzt gratis testen:

abo.spiegel.de/upgrade

SPIEGEL+

Alexander Neubacher **Die Gendarstellung**

Wallfahrt nach Venezuela



Heike Hänsel, Vizechefin der Fraktion Die Linke im Bundestag, war am Wochenende auf Pilgerfahrt in Caracas.

Deutsche Medien haben nicht darüber berichtet. Doch wer @HeikeHaensel auf Twitter folgt, wurde gut informiert.

Erst schickte sie ein Bild von sich mit Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza, dem Schwiegersohn des vor sechs Jahren verstorbenen Nationalheiligen Hugo Chávez. Ihr Gesprächsthema: »die aggressive US-Politik«. Als Nächstes postete sie Fotos von sich mit Peace-Fahne bei einem Straßenumzug zu Ehren von Chávez, der am vergangenen Sonntag 65 Jahre alt geworden wäre: »eine Manifestation für Frieden und Solidarität mit #Venezuela«.

Schließlich teilte sie drei Schnappschüsse von ihrer Audienz bei »Staatspräsident Nicolás Maduro«. Hänsel sieht darauf aus wie eine Ministrantin auf Vatikanbesuch, Maduro wie der Stellvertreter Gottes. Mehrere Dutzend Twitter-Nutzer haben unter den Beiträgen auf das »Gefällt mir«-Herzchen geklickt, darunter Hänsels Fraktionskollegen Sevim Dagdelen und Andrej Hunko.

Worüber @HeikeHaensel nicht tweetete, ist das Leid von inzwischen mehr als drei Millionen Venezolanern, die wegen Hunger, Elend und Verfolgung ihr Land verlassen haben. Sie verlor auch kein Wort über den Staatsstreich des angeblichen Staatspräsidenten, der nach seiner Wahlniederlage das Parlament entmachtete und seither mit Notverordnungen regiert. Und dass Maduros Polizei nach Uno-Angaben mehrere Tausend Menschen gefoltert oder außergerichtlich hingerichtet hat? Für Hänsel kein Thema mehr. Dabei ist der Bericht der Uno-Menschenrechtskommissarin kaum vier Wochen alt.

Wie kommt eine Politikerin, die im Bundestag Gerechtigkeit und Menschenrechte predigt, darauf, den Herrscher eines kollabierenden Schurkenstaats anzuhimmeln? Verblendung? Gehirnwäsche? Naiver Kinderglaube an Venezuelas »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, der in Wahrheit ebenso krachend gescheitert ist wie alle Sozialismusversuche zuvor?

Auf mich wirkt Heike Hänsel wie die Vertreterin einer verrückten Sekte.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

So gesehen

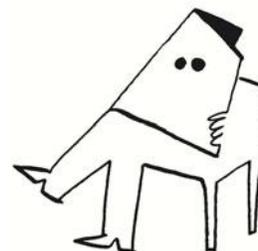
Urlaubsabbruch

Vom Ferienflüchtling zum Volkshelden

● Waren Sie schon im Urlaub?

Ich war gerade für zwei Wochen in Großbritannien, auf dem Land. Es war sehr schön. Aber zu entspannen und Ennui zuzulassen, das ist schon auch sehr anstrengend. Man sollte es eigentlich gar nicht erst versuchen. Man kommt nur aus dem Tritt, schlimmstenfalls auf komische Gedanken. Sehen Sie sich nur die Paparazzi-Fotos von Angela Merkel aus Südtirol an: So griesgrämig habe ich noch nie jemanden einen Badeanzug zum Trocknen aufhängen sehen.

Dabei wusste schon Marx: »Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedi-



gung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind.« Aber was ist, wenn der allgemeine Kulturzustand so trostlos ist, dass man den Geist doch lieber mit Arbeit beschäftigt? Manchmal reicht auch purer Aktionismus.

Horst Seehofer ist da mein großes Vorbild: Ein paar Tage Ausschlafen reichten ihm, sagte er einmal. Um der Zwangsruhe, vermutlich in seiner Datsche im Altmühltal, zu entfliehen, nutzte er diese Woche den tragischen Bahnsteigtod von Frankfurt – und eilte zu einer Pressekonferenz nach Berlin. Kaum ein Medium veräumte es, darauf hinzuweisen, der Innenminister habe dafür »extra seinen Urlaub unterbrochen«. Ausrichten konnte er natürlich nichts, aber als Volksheld stand er trotzdem da.

Hellsichtig analysierte die »Bild«-Zeitung: »Der Auftritt an sich war für viele wichtiger als der Inhalt der Pressekonferenz. Seehofer zeigte, dass er die emotionale Ausnahme-situation verstanden hatte.« Und zwar nicht nur die des Landes, sondern auch die des Urlaubs im Allgemeinen. Andreas Borcholte

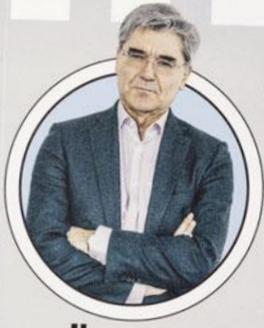


WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND

8/2019

manager

magazin



FÜHRUNG

Was Deutschlands
Bosse raten

Benjamin Otto

Der Erbe des
Versandhändlers –
ganz nah

Northvolt

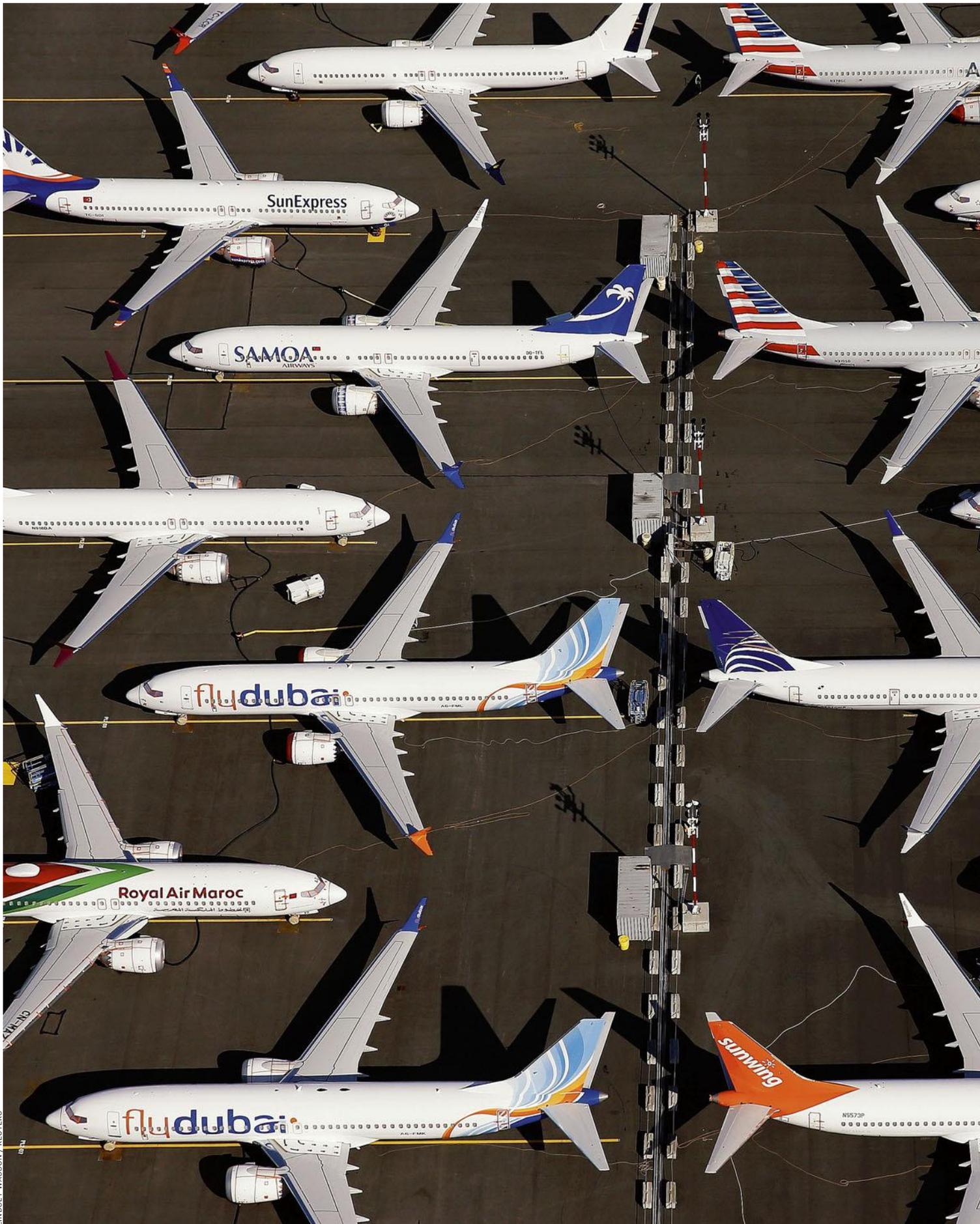
Europas
Batterie-
Hoffnung

JETZT IM
HANDEL

Die Goldflotte

Geliebt, gehasst – und unverschämt erfolgreich.
Was Kreuzfahrten zu Geldmaschinen macht.

oder digital auf manager-magazin.de/premium



LINDSEY WASSON / REUTERS

Kopflös in Seattle

Katastrophen Der Absturz zweier baugleicher Flugzeuge bedroht nicht nur den Boeing-Konzern. Er stürzt auch alle am Flugbetrieb beteiligten Branchen in eine Sinnkrise: Sind die 346 Toten von Indonesien und Äthiopien die Opfer mörderischer Konkurrenzkämpfe?

Ethiopian Airlines Flug 302 brachte am 10. März ungefähr sechs Minuten von Addis Abeba nach Ejere, einer weit zersiedelten Ansammlung kleiner Bauernhöfe am Rand des gewaltigen Hochlands von Abessinien. Mit dem Auto ist die Strecke in drei Stunden zu schaffen, die Fahrt geht erst an Rohbauten entlang in den südöstlichen Vororten der äthiopischen Hauptstadt, dann über den makellosen, sechspurigen Addis-Adama-Expressway, der von Chinesen erbaut und 2014 eröffnet wurde. Auf halber Strecke ist eine Ausfahrt zu nehmen, dann ist man bald auf schmalen, steinigen Schotterpisten unterwegs, gerade breit genug für ein Auto oder ein Fuhrwerk. Hier draußen liegt die Stelle des Unglücks. Ob Tatort treffender wäre, ist zu ermitteln.

Im welligen Gelände 2000 Meter über dem Meer wirken Erde und Gräser verbrannt, das einzige Grün stammt von Eukalyptusbäumen, die vereinzelt in der Landschaft wachsen und den Hirten und ihren Ziegen Schatten spenden. An den Wegen stehen mannshohe Verschläge, die sich an Markttagen in Schankbuden verwandeln, aus denen der von den Bauern gebrannte Schnaps verkauft wird. Es ist ein karger Landstrich.

Der Krater, den das Flugzeug am 10. März um 8.44 Uhr schlug, ist ungefähr zehn Meter tief, sein Durchmesser ist nach den Bergungsarbeiten mit Schaufelbaggern schwer zu bestimmen. Aber Menschen sehen klein aus, wenn sie am Rand der Grube stehen. Mit 500 Knoten raste die Maschine am Ende auf den Grund zu, 926 Kilometer pro Stunde, und dann setzte die Physik ihre Urkräfte frei. Der Flieger bohrte sich tief in den Boden, Erde und

Steine wurden schätzungsweise 50 Meter und höher in die Luft geschleudert, mit allem, was einmal ein Flugzeug war.

Der Rumpf, das Fahrwerk, die Tragflächen, Triebwerke, Türen, Fenster, Sitzreihen, das Gepäck, die Menschen wurden brutal gestaucht, in Stücke gerissen und umhergeschleudert, viele Metallteile noch zusätzlich grotesk verdreht, weil die Maschine unmittelbar vor dem Aufprall eine Kurve flog, die keine Rettung mehr brachte. Das Kerosin in den Tanks explodierte nicht, nichts brannte, der Treibstoff verdampfte augenblicklich aufgrund der extremen Geschwindigkeit, die alle Materie erfasst hatte.

Von Beginn an stellten sich bittere Fragen, von denen die quälendste lautet, ob dieses Unglück vermeidbar gewesen wäre, ob es nicht sogar hätte verhindert werden müssen. Unerträglich ist die Vorstellung, dass die 157 Toten von Ejere zu Opfern eines Industrieskandals geworden sein könnten. Der Krater wäre dann als Unfallstelle falsch bezeichnet, er müsste Tatort heißen. Der Punkt, an dem die Spurensuche beginnt.

Von hier führen direkte Verbindungslinien nach Indonesien, wo am 29. Oktober, keine fünf Monate zuvor, Lion Air Flug 610 ebenfalls in rasendem Sturzflug auf die javanische See aufschlug, auch nur Minuten nach dem Start. Dies im Gedächtnis und die neuen Trümmer von Äthiopien vor Augen, tat sich in der Welt der Fliegerei im März ein Abgrund schlimmer Ahnungen auf. Alle Augen richteten sich auf ein Flugzeug, das erst seit Kurzem auf dem Markt war: die Boeing 737 Max.

Die Maschine wurde aus dem Verkehr gezogen, China brauchte für diesen Ent-

Geparkte 737-Max-Jets auf Boeing-Field in Seattle

Es geht um nichts weniger als die Existenz des Konzerns.

schluss wenige Stunden, die USA nahmen sich dafür drei Tage Zeit. Seither stehen 550 der neuen Flugzeuge rund um den Globus still, Listenpreise bis zu 135 Millionen Dollar. Ginge es nach dem Boeing-Konzern, wäre die Maschine längst wieder im Einsatz, geflickt mit einem »Software-update«. Aber seitdem selbst dieses Update Ende Juni bei Tests versagt hat, geht die Krise weiter. Die Max bleibt am Boden, Boeing im Fokus.

Ein Team von Redakteuren und Reportern des SPIEGEL hat in den vergangenen Wochen unter anderem in Seattle, New York, Chicago und Washington, in Addis Abeba, Jakarta und Paris recherchiert, um die Vorgänge zu erhellen. Sie führten Interviews mit Boeing-Offiziellen und Airline-Managern, besuchten Boeing-Fabriken und ließen sich von Fachleuten – auch in einem Flugsimulator – die technische Seite der Probleme erklären. In Äthiopien und Indonesien machten sie Augenzeugen der Abstürze ausfindig und führten rund um die Welt Gespräche mit Hinterbliebenen, Anwälten und Experten.

Dabei lernte der SPIEGEL viel über die bizarren Gepflogenheiten amerikanischer Zulassungsverfahren und erfuh von der Beschwerde eines Whistleblowers aus dem Boeing-Konzern, der sich im Juni mit schweren Vorwürfen gegen den eigenen Arbeitgeber an die europäische Luftaufsichtsbehörde Easa wandte.

Ein Best-Case-Szenario ist für den Ausgang dieser Affäre kaum noch vorstellbar. Nur wenn sich am Ende aller Ermittlungen und Verfahren herausstellen sollte, dass sich in Indonesien und Äthiopien Unfälle in herkömmlichem Sinn ereignet haben, deren Verlauf sich nur zufällig ähnelt, blieben die Risikoabwägungen unseres modernen Way of Life intakt, trotz allem.

Wenn aber klar werden sollte, dass 346 Menschen starben, weil Industrie und Aufsichtsbehörden grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich lax zu Werke gingen, dann hätte das weitreichende Folgen für die Industrie, die Glaubwürdigkeit der Behörden sowie für unser gesamtes, alltägliches Leben.

In New York war es Nacht, als die Boeing in Äthiopien zerschellte, Marc Moller hörte davon am Sonntagmorgen gleich nach dem Aufwachen. Eine Maschine der Ethiopian Airlines sei auf dem Weg nach Nairobi verunglückt, 157 Seelen an Bord. Sein erster Gedanke war: Lion Air.

Bald schon riefen die ersten TV-Sender bei ihm an, CNN, NBC, die immer Experten brauchen, wenn »Breaking News« über die Ticker laufen. Die Produzenten der Nachrichtenkanäle haben die Nummer des New Yorker Anwalts für alle Fälle gespeichert, in denen irgendwo auf dieser Welt ein Flugzeug vom Himmel fällt. Der

80-jährige Anwalt ist unter seinen Kollegen eine Legende. Wenn es darum geht, Hinterbliebene zu vertreten, macht ihm keiner etwas vor. Airlines, Flugzeugbauer, aber auch Autoverleiher haben gelernt, ihn zu fürchten. Wenn ein Fall es hergibt, hat Moller kein Problem damit, die Gegenseite als »Massenmörder« zu verunglimpfen. Als er Angehörige der Germanwings-Opfer vertrat, warf er den Ausbildern des Suizid-Piloten vor, nicht bemerkt zu haben, »wie kurz die Zündschnur dieser »Bombe« war.«

Einen Tag nach dem Absturz traf sich Moller, ein Seniorpartner der Anwaltskanzlei Kreindler & Kreindler an der Third Avenue von Manhattan, mit Justin Green, der vor seinem Leben als Anwalt Kampfflugzeuge für die Marines geflogen hatte. Green hatte sich schon an die Arbeit gemacht und die Radardaten von Ethiopian 302 ausgewertet. Nun legten sie die Daten von Lion Air 610 daneben. »Auch ohne die Auswertung der Flugschreiber war uns klar, was für eine Ähnlichkeit die beiden Abstürze aufwiesen«, erinnert sich Moller. Für die Anwälte bestand kein Zweifel. »Da muss etwas ganz grundsätzlich faul sein mit der 737 Max.«

Beide Flugzeuge zogen vor ihren Sturzflügen unerklärliche Schlangenlinien in den Himmel, vertikal, ein wildes Hoch und Nieder. Es wirkte, als würden die Piloten mit ihren Maschinen kämpfen. Sie stiegen, sie sanken, um Hunderte Fuß, und sie wurden dabei zum Ende hin immer

schneller, und sie sanken immer steiler, bis am Ende so viel Druck auf den Steuerklappen der Heckflosse gelegen haben muss, dass ein Pilot übermenschliche Kräfte gebraucht hätte, um sie noch mechanisch und per Hand zu »trimmen«. Moller und Green von Kreindler & Kreindler, spezialisiert auf Katastrophen, hatten einen Fall, und was für einen.

Die beiden erzählen davon bei einem Besuch in Mollers kleinem Büro mit Blick auf den East River. An den Wänden hängen Bilder, die das Zimmer in eine Ruhmeshalle verwandeln. Es sind Gerichtszeichnungen, in deren Mittelpunkt stets Moller selbst steht.

»Hier«, sagt er, »das bin ich beim American-Airlines-Fall«, 1995 war das, damals verirrte sich eine Boeing 757 im kolumbianischen Gebirge und krachte am Ende gegen einen Berg. Eine andere Zeichnung zeigt Moller vor einem Richter, dem sie gerade einen Film über die Rekonstruktion des Absturzes einer Avianca-Maschine in New York vorgeführt hatten. Der Richter schaut Moller über die Schulter, blickt in die Augen des gegnerischen Anwalts. »Als er den Anwalt fragt, ob das Video korrekt sei, da wusste ich, dass wir gewinnen werden.«

Seit 1964 macht Moller den Job, seine Laufbahn begann mit einem der schlimmsten Unglücke in der Geschichte der zivilen Luftfahrt, als eine Maschine der Turkish Airlines, Flug 981, wegen einer schlecht schließenden Laderaumluke am Himmel zerbarst. 346 Menschen starben damals in der Nähe von Paris an Bord einer DC-10, und Moller hatte seine Berufung gefunden. Er vertrat Angehörige, und bis heute tut er, was er am besten kann: Er verhilft den Hinterbliebenen zu Geld, viel Geld, mit allen legalen Mitteln, und er findet nichts Unanständiges dabei. Während die Hinterbliebenen mit ihrer Trauer kämpften, sagt Moller, forderten sie vollkommen berechtigt Rechenschaft und volle und faire Wiedergutmachung. »Die einzige Währung, die es für eine trauernde Familie gibt, ist Geld«, sagt er. »Das ist die traurige Wahrheit.«

Im Gegensatz zu Green, dem jungen athletischen Partner, ist Moller »der Nicht-Piloten-Typ«, ein Büromensch mit schmalen Kopf und auffallend großen Händen, die stets aus den Ärmeln eines Anzugs ragen. Das Geheimnis seines Erfolgs liege darin, sagt er, dass er selbst nur so schlau sei wie die Leute in der Jury, kein Fachmann für Aerodynamik oder Flugsteuerung oder sonst Technisches. Außerdem habe er im Lauf von 55 Berufsjahren gelernt, dass es für jeden Flugzeugabsturz am Ende immer eine einfache Ursache gibt: »Jury und Richter können mit ihrem gesunden Menschenverstand zum richtigen Ergebnis kommen.«



© PHOTOGRAPHY / DER SPIEGEL

Hinterbliebenenanwalt Moller

Als er vom Unglück in Äthiopien hörte, war sein erster Gedanke: Lion Air.



SAMUEL HABTAB / AFP

Um Opfer des Absturzes Trauernde in Äthiopien

In den aufgebahrten Särgen befand sich nur Erde vom Unglücksort.

Seit März arbeiten sie bei Kreindler an Ethiopian Airlines 302. Es ist für sie der wichtigste Fall seit Jahrzehnten. 8 Amerikaner waren an Bord der Maschine, 22 UNO-Mitarbeiter, Entwicklungshelfer, Wissenschaftler, Männer und Frauen aus 35 Nationen. Die Toten sind Verpflichtung, die Umstände aufzuklären, viele Angehörige begründen ihre Klagen gegen Boeing damit, dass sichergestellt werden müsse, dass sich vergleichbare Katastrophen nie mehr wiederholen. Zur Aufgabe der Anwälte gehört es, hinter den abstrakten Opferzahlen die einzelnen Menschen wieder sichtbar zu machen. 157 Tote, im Fall der Ethiopian Airlines, das sagt sich schnell. Das Ausmaß des Unglücks entfaltet sich erst, wenn die Menschen, die es aus dem Leben riss, einmal hervortreten.

Sara Gebremichael ist tot, sie war Stewardess an Bord der Maschine, am Tag ihres Todes verließ sie ihre Wohnung gegen sechs Uhr, ein Sammeltaxi der Airline holte sie ab. In den Tagen zuvor war sie viel unterwegs gewesen; erst Brasilien, dann Indien, nun Nairobi, Kenia, ein kurzer Flug, vergleichsweise. Ihr Mann erzählt

davon, er ist umgezogen nach dem Tod seiner Frau, weil er es als Witwer in der alten Wohnung ohne sie nicht aushielt. In der neuen hat er einen kleinen Altar aufgebaut, auf einem Tisch am Fenster, darauf stehen Fotos von ihr, wie sie lacht, wie sie schaut, wie sie war und wie sich ihr Mann an sie erinnert.

Getnet Alemayehu ist tot, er war Cheflogistiker für Hilfslieferungen beim CRS, Christian Relief Services, einer katholischen Hilfsorganisation aus den USA. Seit 17 Jahren mit Rahel verheiratet, einer Programmiererin, sie kam erst kurz vor dem Unglück von einer Dienstreise aus London wieder. Ihre gemeinsame Tochter Naomi ist 16, ein selbstbewusstes Mädchen, das das Gespräch mit dem SPIEGEL im Mai fast allein bestritt. Naomi verbrachte viel Zeit mit ihrem Vater in der Woche vor dem Absturz, tags zuvor ging die Familie noch einmal in ein Kaffeehaus, wo sie keinen Kuchen aßen, weil noch Fastenzeit war, aber schwarzen Kaffee tranken, mit viel Zucker. Seine Frau erfuhr vom Absturz durch CNN und sah sich erst tags darauf dazu imstande, die Nachricht mit ihrer Tochter zu teilen. Die Wit-

we hat nicht gegen Boeing geklagt. Sie hofft nur darauf, sagt sie, einen Teil ihres Mannes zu bekommen, einen Finger, einen Zeh, irgendetwas, das sie begraben könne.

Jared Getachev ist tot, der Kapitän der Ethiopian Air 302. Rund vier Stunden, bevor er die Kontrolle über seine Maschine verlor, machte er sich auf den Weg zum Flughafen, seine Nachbarin Fasika, die gerade von der Frühmesse kam, hat ihn noch einmal gesehen. Er trug seine Pilotenuniform mit den vier goldenen Streifen, reiste mit leichtem Gepäck und plante, am Abend wieder in Addis zu sein. Fasika kannte den Piloten schon seit acht Jahren, so lange wohnten sie Tür an Tür in einem Wohnblock im Nordosten der Stadt.

Die Wohnungen hier sind klein, ihre Flure eng; zu den Apartments gelangt man wie in billigen amerikanischen Motels über Außentreppe. Fasika erzählt, dass sie und Getachev Freunde waren. »Er vermisste seine Familie, die in Kenia lebt«, sagt sie, und »ich vermisse meinen Sohn, der in den USA studiert«. So stützten sie sich gegenseitig. Jared Getachev verließ seine Familie im Alter von 19 Jahren, um



EDUARDO SOTERAS JAUL

Absturzstelle in Ejere, Äthiopien

Mit 926 Kilometern pro Stunde raste die Maschine am Ende auf den Grund zu.

sich in Addis Abeba seinen Traum von einem Leben als Pilot zu erfüllen.

Er war ein strebsamer junger Mann mit hoher Stirn, schmal, fast hager, ein umgänglicher Mensch. Er war der jüngste Absolvent der Flugschule von Ethiopian Airlines, ein Pilot, der trotz seiner erst 29 Jahre mehr als 8000 Stunden im Cockpit verbracht hatte. Ein Musterschüler. Boeing-Lobbyisten werden versuchen, die Piloten, auch Getachev, als inkompetent hinzustellen und ihr Versagen zur Hauptursache der Abstürze zu erklären, aber das ist offenkundig unwahr. Der in den USA bekannte Pilot und Buchautor Patrick Smith wird in der Sache einen amerikanischen Fluglehrer zitieren, der Getachev ausbildete. Der Lehrer habe über den jungen Kollegen stets in den höchsten Tönen gesprochen und ihn als »exzellenten Piloten« beschrieben, der »immer gut vorbereitet« zur Arbeit gegangen sei.

Jackson Musoni ist tot, der Ruander arbeitete für das Uno-Flüchtlingshilfswerk im Sudan, im Osten Darfurs, er hinterlässt eine Frau und drei kleine Kinder.

Jonathan Dubois-Seex ist tot, in Kenia geboren, in Schweden aufgewachsen, mit

einer Französin verheiratet, dreifacher Vater, er war für das Restaurantunternehmen Tamarind unterwegs.

Sebastiano Tusa ist tot, ein Meeresarchäologe aus Italien, er war auf dem Weg zu einer Unesco-Konferenz.

Stephanie Lacroix aus Kanada ist tot, sie führte eine kleine Gruppe junger Kanadier, die auf dem Weg zu einer Umweltschutzkonferenz waren.

157 Menschen sind tot. Was von ihnen blieb, wurde anfangs in einem Nebengebäude des Flughafens in Addis Abeba aufbewahrt, in Kühlcontainern, in denen üblicherweise Rosen für den Export gelagert werden. Später wurden die Leichenteile ins St. Paul's Hospital gebracht. Es wird voraussichtlich noch Monate dauern, bis die Fragmente zugeordnet werden können. In den Särgen, die während der Trauerzeremonie auf dem Friedhof der Kathedrale der Heiligen Dreifaltigkeit in Addis aufgebahrt waren, befand sich nur Erde vom Unglücksort.

Eine halbe Welt entfernt haben die New Yorker Anwälte Moller und Green Unterlagen vor sich ausgebreitet, die den Flug-

verlauf zeigen, den Anstellwinkel der Maschine, ihre Geschwindigkeit zu unterschiedlichen Zeitpunkten – die Daten sind als farbige, gezackte Linien in ein Koordinatensystem eingetragen, das nur Experten interpretieren können. Moller hat dafür seinen Kollegen Green. Er selbst glaubt: »Die Ursachen, warum das Flugzeug unverantwortlich gefährlich designt war, sind Profitstreben und Kostensenken.«

Man müsse den Fall häuten wie eine Zwiebel. Eine Schale nach der anderen müsse man abpellen, um die Tragödie zu verstehen. Wenn man bei der innersten Schicht angekommen sei, dann sei da der Wettbewerb zwischen Boeing und Airbus. »Wir glauben, dass die Beweise, die im Gerichtsverfahren herauskommen, diesen kommerziellen Druck zeigen werden«, sagt Moller. Die Profitabilität beider Firmen hänge von nur wenigen Produkten ab, und beim wichtigsten, dem Kurz- und Mittelstreckenflugzeug, sei Boeing gegenüber Airbus zurückgefallen. Alte Boeing-Kunden hätten plötzlich bei Airbus gekauft. Sie zogen die neuen A320 den alten 737 vor. Boeing musste handeln, schnell. Statt ein neues Flugzeug zu konzipieren,

tricksten die Ingenieure weiter an der veralteten 737 herum, sagt Moller, am Ende hatten sie ein Flugzeug entworfen, das gefährlich designt war. Moller klingt so, als säßen die Geschworenen schon vor ihm. Er stellt rhetorische Fragen, die er gleich selbst beantwortet, er lässt vor seinen Zuhörern das Bild eines schlingernden Flugzeugs entstehen, geschüttelt von einer wild gewordenen Software, mit einer überforderten Besatzung, alles in niedriger Höhe, viel zu nah am Boden, weil an der Maschine nicht viel stimmt.

»Du hast da also ein Flugzeug, das anfällig für einen Crash ist«, sagt Moller. Natürlich wollten die Ingenieure niemanden töten, natürlich nicht. Aber sie hätten eben nur noch Argumente gesehen, die zu ihrem Ziel passten: Und das Ziel sei gewesen, möglichst schnell ein Flugzeug abzuliefern, das neu aussah, das weniger Sprit verbrauchte, das die Airlines haben wollten und das von den Piloten ohne weiteres Training sofort geflogen werden konnte.

In den kommenden Verfahren und Ermittlungen wird auf der Zeit zwischen dem Absturz in Indonesien und dem in Äthiopien besonderes Augenmerk liegen, es ist die für Boeing gefährlichste Phase. Wenn die Anwälte nachweisen könnten oder Zeugen dafür fänden, dass Leute bei Boeing oder von der Luftaufsicht nach dem Crash der Lion Air vor dem Weiterbetrieb der 737 Max warnten, sähe es in der Schuldfrage schlecht aus. Sollte irgendwer bei Boeing auch nur »Kenntnis« von Risiken des Systems gehabt haben, wird es eng.

Der alte Anwalt ist zuversichtlich, dass der Fall zu gewinnen ist. Er will vor Gericht über Vertrauen reden, und er macht das schon im Vorfeld sehr gut. »Du gehst in ein Flugzeug, setzt dich auf Sitzplatz 10C oder 14F, und du hast keine Ahnung, wer der Pilot ist«, sagt Moller. »Du hast keine Ahnung, wer als Letztes an dem Flugzeug herumgeschraubt hat. Du setzt dich hin, schnallst dich an und sorgst dich sogar noch, dass du aufrecht sitzt und die Füße aufstellst. Du bist in dieser Röhre eingesperrt. Alle müssen absolutes Vertrauen haben in die Ausrüstung und die Personen, die alles bedienen. Und wenn die Firma, die das Flugzeug gebaut hat, nur den leisesten Hauch eines Verdachts hat, nur den geringsten Zweifel, dann muss es heißen: »Don't fly. Diese Maschine muss stillgelegt werden.«

Die ersten Klageschriften der Kreindler-Anwälte sind beim Bezirksgericht von Chicago bereits eingereicht. Chicago, weil dort seit nunmehr fast 20 Jahren der Boeing-Vorstand und die Konzernleitung sitzt, fernab der Werkshallen von Seattle. »Und es war schließlich der Vorstand von Boeing, der das 737-Max-Projekt abzeichnet hat«, sagt Green. Die New Yorker

Anwälte wissen auch schon, wer der Richter sein wird. Alonso heißt er, ein jugendlich wirkender Typ, eingesetzt zu Zeiten von Präsident Barack Obama. »Es ist sein erster großer Luftfahrtfall«, sagt Green.

Die Kreindler-Leute werden mit scharen Anträgen auftreten. Es geht ihnen nicht nur um Schadensersatzzahlungen, die verstehen sich von selbst, die Rede ist von dreistelligen Millionenbeträgen. Die 100 Millionen Dollar, die Boeing Anfang Juli als Kompensation für alle Hinterbliebenen anbot, dürften in ihren Augen ein Witz sein. Vor allem wollen Moller und Green eine Sonderform von Schadensersatz erstreiten, die es in dieser Art in Deutschland nicht gibt: Sie wünschen sich

die Verhängung von »punitive damages« gegen Boeing, was übersetzt so viel heißt wie Schadensersatz mit Bestrafungscharakter. Ende Juni gab es eine Anhörung bei Alonso, und die machte ihnen Hoffnung: Der Richter hat den Fall akzeptiert, und sie dürfen ihre Beweise benennen.

Kommen Moller und Green mit ihrer Strategie durch, hätte das für Boeing gravierende Folgen: Die Kompensation bei Strafschadensersatz würde sich verdreifachen, und die Versicherung von Boeing dürfte für die Summe nicht aufkommen. Damit stünde die Existenz des Boeing-Konzerns auf dem Spiel.

Die Boeing 737 ist das erfolgreichste je gebaute Serienflugzeug der Welt. Seit 1968 sind mehr als 10 500 Maschinen dieses Typs ausgeliefert worden. Im Schnitt startet oder landet alle 1,5 Sekunden eine 737 irgendwo auf Erden, und in jedem Augenblick sind rund 2900 der Kurz- und Mittelstreckenjets in der Luft.

Technische Avantgarde war der Flieger nie. Als Boeing die Maschine in den Sechzigerjahren konzipierte, übernahm die Firma möglichst viele Bauteile aus bestehenden Programmen. Die Nase, der Rumpf und auch die langen, schmalen Triebwerke waren fast identisch mit denen der dreistrahligen 727. Boeing entwickelte zwar neue Tragflächen, aber im Kern steckte die Technologie der Fünfzigerjahre in der 737, als sie im April 1967 ihren Erstflug absolvierte.

Die Entwicklung des Flugzeugs war damals schon eine hektische Antwort auf die Konkurrenz. Der Rivale hieß noch nicht Airbus, sondern Douglas mit seiner neuen DC-9. Boeing lag nach eigener Einschätzung 17 Monate zurück und setzte alles daran, zu MacDac, wie der Konkurrent in der Branche hieß, aufzuschließen. Die Aufholjagd gelang, aber zu Anfang interessierte sich kaum eine Fluggesellschaft für die neue kleine Boeing. Das Projekt wäre beinahe aufgesteckt worden, obwohl die Deutsche Lufthansa als Erstkunde einen Kaufvertrag über immerhin 21 Maschinen unterschrieben hatte.

Erst in den Siebzigerjahren kam der Erfolg. Boeing hatte eine leicht verlängerte Version auf den Markt gebracht, und von diesem Modell – der 737-200 – kauften die Fluggesellschaften im Lauf der Jahre 1114 Stück. Der Bestseller wurde in den Achtzigern weiter modernisiert und mit sparsameren Triebwerken ausgestattet, aber dabei offenbarte sich zum ersten Mal das Problem, an dem alle späteren 737-Modelle und vor allem die Max-Version krankten.

Moderne Turbinen arbeiten umso sparsamer, je größer ihr Durchmesser ist. Das bis heute gebaute und an vielen Flugzeug-

Doppeltes Desaster

Ethiopian-Airlines-Flug 302



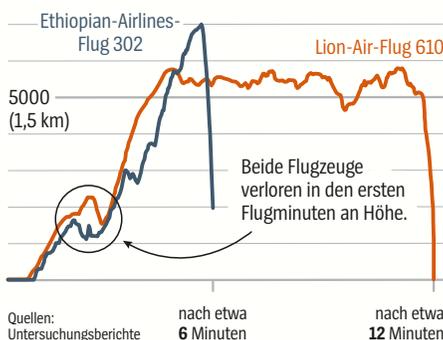
Quelle: Flightradar24

Lion-Air-Flug 610



Quelle: Flightradar24

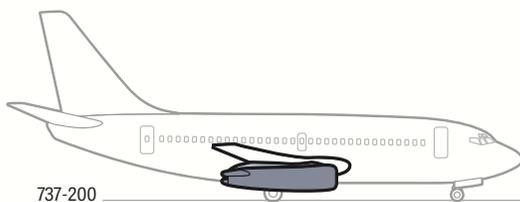
Höhe über Grund in Fuß



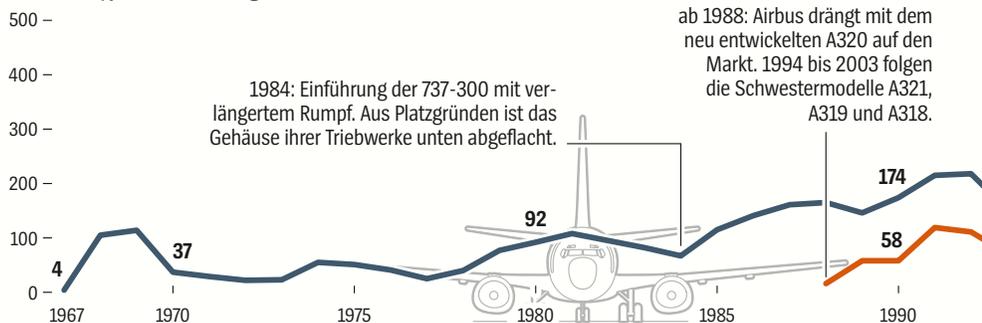
Der Dauerbrenner

Chronik der 737-Reihe von Boeing

Die 737 wurde bereits Mitte der Sechzigerjahre entworfen. Für die damals üblichen, schlanken Triebwerke genügte ihr kurzbeiniges Fahrwerk.



600 – ausgelieferte Maschinen
der Typenfamilie Boeing 737



typen eingesetzte CFM56-Triebwerk hat einen so großen Durchmesser, dass es nicht unter die Tragflächen der kurzbeinigen 737 passte. Die Ingenieure behielten sich damals so, dass sie eine kleinere Spezialversion des Motors bestellten und die Triebwerksgondel nach unten hin abplatteten. Sie war jetzt oval, nicht mehr kreisrund, was der Maschine ein eigenartiges Aussehen verlieh. Gestört hat das niemanden; die verbesserte »737 Classic« verkaufte sich fast 2000-mal.

Ihr Nachfolger 737NG (»Next Generation«) kam etwa ein Jahrzehnt später auf den Markt, verbrauchsgünstiger, größer und geeignet, noch weitere Strecken zu bewältigen. Das Cockpit bot eine modernere Instrumentierung, ähnelte den Ursprungsmodellen der 737 aus den Sechzigerjahren aber immer noch so sehr, dass Piloten dafür keine neue Flugberechtigung erwerben mussten. Das war und ist ein wichtiger Faktor im Flugzeugbau, weil Airlines umfangreiche Fortbildungen ihrer Piloten möglichst vermeiden möchten. Zeit im Simulator ist Zeit, in der der Pilot nicht fliegt.

Von der 737NG wurden noch einmal 7000 Stück abgesetzt, und eigentlich wollte Boeing nun ein neues Kurz- und Mittelstreckenflugzeug entwickeln. Zu Beginn des neuen Jahrtausends begannen Ingenieursteams in Seattle mit Überlegungen, wie sie die 737NG ablösen oder umrüsten könnten, vor allem um Sprit zu sparen. Boeing verlor viel Zeit damit, Technologien für den Bau des 787 Dreamliners auf einen 737-Nachfolger übertragen zu wollen; das zugehörige Projekt »Yellowstone 1« kam nicht voran. Die Anforderungen der beiden Flugzeugformate – hier die schmale 737, in sehr hohen Stückzahlen und hoher Frequenz produziert, dort die 787 »wide body« mit einer Mittelsitzreihe, zwei Gängen und viel größerer Kabine – waren zu unterschiedlich, als dass sich Technologien, Materialien und Verfahren sinnvoll übertragen ließen.

Im Konzern entstanden zwei Lager, die Neuerer und die Reformer, und Letztere

setzten sich, am Ende mit rein ökonomischen Argumenten, noch einmal durch. Beide Fraktionen wussten, dass die 737 technisch veraltet war. Selbst im neuesten Modell ist der heutige Industriestandard, »Fly by Wire«, nur teilweise eingeführt. Zum Teil geschieht die Flugsteuerung bei der 737 immer noch über Stahlseile und Hydraulik. In »Fly by Wire«-Flugzeugen hingegen übersetzen Computer den Steuerungsbehl des Piloten in ein elektronisches Signal, und Elektromotoren verstellen die jeweiligen Steuerflächen entsprechend. Derartige Veränderungen konsequent umzusetzen hätte einen kompletten Neuentwurf erfordert, den Abschied von der 737. Das war Boeing zu teuer, und man fürchtete den Zeitverlust. Denn Wettbewerber Airbus lag weit vorn.

Die Geschichte der 737 Max, die ganze jüngere Geschichte des Boeing-Konzerns, ist ohne Seitenblick auf Airbus nicht zu verstehen. Die selbstbewussten Amerikaner unterschätzten die Kraft des Konkurrenten. Sie wollten nicht wahrhaben, dass der Aufstieg dieses europäischen Startups zum zweitgrößten Flugzeugbauer der Welt ein Wirtschaftswunder war, das das ganze Spiel veränderte. 1970 gegründet, gepöppelt von Regierungen, gefördert durch eine interessierte Industrie, gelang Airbus im Verlauf von nur drei Jahrzehnten eine Revolution auf dem Weltmarkt für Flugzeuge. Im Jahr 1999 dann die Sensation: Bei Airbus gingen deutlich mehr Bestellungen ein als bei Boeing, und das, obwohl der amerikanische Konzern einige Jahre zuvor den Wettbewerber McDonnell Douglas geschluckt hatte.

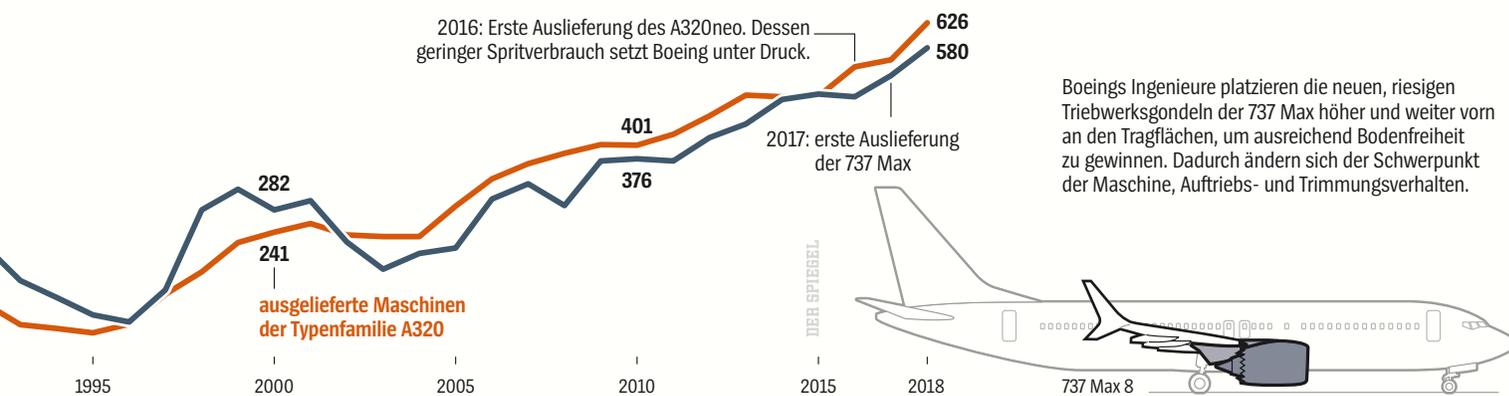
Ein kostenträchtiges
Wettrennen um Platz eins,
das dem Flugzeugbau
mehr schadete als nutzte.

Auf diese Demütigung reagierten Boeings Konzernlenker aggressiv statt weitblickend. Es hätte die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz gegeben, ein gemütliches globales Duopol, das sich bei Preisen, Lieferbedingungen und Serviceleistungen nicht weiter in die Quere hätte kommen müssen – zulasten der Kunden, gewiss, aber zum eigenen Nutzen.

Boeing zog stattdessen in den Krieg gegen Airbus, in der Hoffnung, die Europäer durch Größe und Marktmacht, über Preise und Rabatte und auch über Klagen vor dem Welthandelsgericht wegen unzulässiger Subventionen niederzuringen. Letztere wurden für Boeing selbst zum Bumerang, zugleich entwickelte sich ein kostenträchtiges Wettrennen um Platz eins, das dem Flugzeugbau insgesamt mehr schadete als nutzte. Zahlen über Auslieferungen und Neubestellungen wurden zu einer Art Fetisch, hinter dem viel wichtigere Fragen zurückstehen mussten – wie etwa die nach der Sicherheit oder der Umweltfreundlichkeit der Jets.

Die Flugschauen von Farnborough bei London und Le Bourget bei Paris, die im Jahresrhythmus mal hier, mal dort stattfinden, sind die zugehörigen Bühnen des Triumphgeheuls und gegenseitiger Demütigung. Beide Hersteller, Airbus wie Boeing, bunkern das Jahr über eingehende Bestellungen, die während der Messen dann auf kurzfristig anberaumten Pressekonferenzen bei Häppchen und Champagner unter großem Tamtam wie Sensationen präsentiert werden.

Auf dem Pariser Salon 2017 konnte Boeing vor allem mit der nagelneuen 737 Max punkten, für die damals sensationelle 571 Bestellungen eingingen, ein Auftragswert von etwa 75 Milliarden Dollar nach Listenpreis. Auch ein Jahr später in Farnborough lag Boeing klar vor Airbus, und 2018 wurde für die Amerikaner ein besonders süßes Jahr: Erstmals konnten sie ihren Umsatz auf 100 Milliarden Dollar steigern, 25 Milliarden mehr, als Airbus zu bieten hatte. Man feierte die Auslieferung von



Boeings Ingenieure platzieren die neuen, riesigen Triebwerksgondeln der 737 Max höher und weiter vorn an den Tragflächen, um ausreichend Bodenfreiheit zu gewinnen. Dadurch ändern sich der Schwerpunkt der Maschine, Auftriebs- und Trimmungsverhalten.

806 Flugzeugen binnen eines Jahres, das war Rekord. Und man konnte volle Auftragsbücher für die kommenden sieben Jahre verkünden.

Der Absturz der Lion-Air-Maschine Ende Oktober 2018? War für Boeing kein Thema. Er sorgte auch ökonomisch letztlich nur für einen kleinen Knick; nach Weihnachten hob die Boeing-Aktie wieder ab und flog buchstäblich auf ihren historischen Höchststand von 446 Dollar und einem Cent, gemessen neun Tage vor dem Absturz in Äthiopien am 1. März 2019. Dann kam der Crash von Ejere.

Beim diesjährigen Salon von Le Bourget im Juni war Boeing zum Leisetreten verurteilt, wirkte aber wenig glaubwürdig dabei. Vorstandschef Dennis Muilenburg hatte im Lauf der Wochen zuvor schon einige Fernsehauftritte absolviert, in denen er das Thema »Sicherheit über alles« variierte, er hatte einen offenen Brief geschrieben, und die anfängliche Zerknirschung wich zunehmend Formulierungen, die offenkundig von den Hausjuristen mit Blick auf kommende Prozesse gewählt waren. Die Tragödien in Verbindung mit Lion Air und Ethiopian lasteten zwar auf den »Herzen und Hirnen« (»hearts and minds«) aller Boeing-Leute, sagte Muilenburg, er sei aber »überzeugt von der Sicherheit unserer Flugzeuge«. Zum Auftakt der Air Show bei Paris redete er von der Vergangenheit gar nicht mehr, sondern nur noch von der Zukunft. Man mache »gute Fortschritte« bei der Wiederzulassung der 737 Max.

Ein mit Boeing-Sprecher Paul Bergman verabredetes Gespräch mit dem SPIEGEL am Rande der Air Show endete abrupt nach etwa fünf Minuten, weil Bergman keine Fragen zu den Abstürzen und ihren Folgen für das Unternehmen beantworten wollte. Die Stimmung in der Belegschaft? »Dazu äußern wir uns nicht.« Die Ermittlungen des US-Justizministeriums in Sachen Zertifizierung der 737 Max? »Ich bitte um Verständnis, dass ich mich dazu nicht äußern kann.« Wieso hat sich das FBI eingeschaltet? »Dazu kann ich leider

nichts sagen.« Die anlaufenden Schadensersatzverfahren? »Sorry«, sagte Paul Bergman, »zu Schadensersatzverfahren äußern wir uns grundsätzlich nicht.«

Es gibt im Netz eine Debatte darüber, ob Seattle den Beinamen »Rainy City« zu Recht trägt oder nicht. Was die Regemengen angeht, ist der Titel gewiss falsch, was die Häufigkeit von Schauern anlangt, könnte er durchaus verdient sein. An 152 Tagen im Jahr fallen Tropfen auf die Stadt am Puget Sound, der wie ein riesiger ausgefranter Fjord in den Nordwesten der USA eingeschnitten ist. Mitte Juni regnet es einmal tagelang nicht in Seattle, stattdessen ist es heiß und trocken, und die Menschen drängen sich auf den Terrassen. Die Lokalzeitungen sind voll mit Geschichten über das erstaunlich gute Wetter.

Die Gegend am äußersten nordwestlichen Zipfel der USA, die erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Wildnis entrissen wurde, strotzt heute vor wirtschaftlicher Kraft. Microsoft beschäftigt 47 000 Leute hier, Amazon hat 45 000 Mitarbeiter. Die Militärbasis Lewis-McChord am Pazifik ist mit 56 000 Beschäftigten einer der größten Militärstützpunkte der Welt, der Flughafen von Seattle-Tacoma ist ein weiterer großer Arbeitgeber. Die Stadt und ihre Umgebung dampfen vor Prosperität und Wohlstand, die sie nicht zuletzt Boeing verdanken, seinen 80 000 Beschäftigten in und um den Puget Sound, an den Standorten Seattle und Everett, Renton, Fredrickson und Auburn.

Wer vom Flughafen Tacoma kommt, fährt auf der teils 14-spurigen Interstate 5 bald am Boeing-Field entlang, wo in der »Plant 2« einst Tausende Bomber für den Weltkrieg gebaut wurden. Später entstanden hier die ersten Prototypen der Boeing 737. Wenn Kunden des Konzerns ihre neuen Maschinen aus Seattle abholen, dann findet die Übergabe auf dem legendären Flugfeld statt.

Der Flugzeugbau im 21. Jahrhundert folgt ruhigen, exakt getakteten Abläufen.

In Everett, eine gute halbe Stunde nördlich von Downtown Seattle, werden in einer dem Volumen nach angeblich größten Halle der Welt die Boeing »wide bodies« gebaut, die großen Langstreckenflieger. Die legendäre 747 wird noch immer in einzelnen Exemplaren gefertigt, ein ikonischer Apparat, der aus sechs Millionen Einzelteilen besteht. Rohlinge der 767 gleiten im Tagesverlauf gemächlich durch die »Buchten« genannten Fertigungsstraßen, auch die von vielen Kinderkrankheiten und Pannen gebeutelte 787 ist von den Galerien aus zu sehen, der »Dreamliner«.

An einem Mittwoch Mitte Juni wird gerade das 879. Exemplar einer 787 fertig, für den Kunden Turkish Airlines. Hinter der Maschine liegen weitere Rümpfe mit den laufenden Nummern 881 und 883 im Dock, was sich so erklärt, dass in Everett nur jeder zweite Dreamliner gefertigt wird. Die Maschinen mit den geraden Nummern werden seit 2011 am anderen Ende der USA, an der Ostküste in North Charleston, South Carolina, endmontiert.

Nach dem zweiten Absturz einer 737 Max binnen fünf Monaten machten im April auch noch Gerüchte die Runde, dass das Werk in South Carolina fortgesetzt minderwertige Ware abliefern würde. Von Materialfehlern war die Rede, und in den letzten Junitagen wurde bekannt, dass die wegen der Abstürze eingeleiteten Untersuchungen des Justizministeriums auch auf die Produktion der 787 ausgeweitet worden seien. Der SPIEGEL hat Kenntnis von weiteren schweren Vorwürfen, die bei der europäischen Luftfahrtbehörde Easa gegen Boeing erhoben worden sind.

Im Juni traf bei der Easa in Köln nach SPIEGEL-Informationen die schriftliche Beschwerde eines hochrangigen, deutschstämmigen Boeing-Ingenieurs ein. Martin Bickböller war bei der Entwicklung der 787 dafür zuständig, den Produktionsprozess zu begutachten. Wer die Hallen in Everett begeht, bekommt eine Ahnung von den Bemühungen, die Flugzeugfertigung im-

mer weiter zu verschlanken und zu optimieren. Die Prozesslogik hat aber auch dazu geführt, dass der Dreamliner bei Boeing praktisch nur noch endmontiert wird, die einzelnen Partien stammen von Zulieferern aus den USA und der ganzen Welt, der Mittelrumpf etwa oder die Tragflächen.

Für die Koordination der Produktion dieser beiden Komponenten war Bickeböller verantwortlich, und was er dabei entdeckte, muss ihn zutiefst beunruhigt haben. Schon vor fünf Jahren, im Frühjahr 2014, schickte er erstmals eine umfassende Beschwerde an die amerikanische Aufsichtsbehörde Federal Aviation Administration (FAA) und berief sich dabei auf Bestimmungen, die Tippgeber vor Bestrafung durch ihren Arbeitgeber schützen soll. Bickeböller klagte auch vor einem Arbeitsgericht. Der SPIEGEL bekam entsprechende Unterlagen zugespielt, andere konnte er sich unter Berufung auf das amerikanische Informationsfreiheitsgesetz erstreiten und einsehen. Bickeböller weigerte sich, mit dem SPIEGEL zu reden, doch die Unterlagen dokumentieren seine Vorwürfe gegen Boeing.

Dort heißt es zum Beispiel: »Unter ›Sicherheitsangelegenheiten‹ meldete der Beschwerdeführer, dass 787-Rumpf-Lieferanten keine Konfiguration der Teile bewerkstelligen konnten.« Offensichtlich wurden Komponenten geliefert, bei denen gar nicht kontrolliert worden ist, ob sie den ursprünglich vereinbarten Qualitätsmaßstäben und Eigenschaften überhaupt entsprachen, womöglich also Fehler enthalten könnten und trotzdem verbaut wurden. Bickeböller teilte den Behörden mit, dass die Teile vermutlich immer noch an Flugzeugen verbaut wurden, die bis heute in Betrieb sind.

Die FAA scheint einige von Bickeböllers Vorwürfen zumindest zum Teil untersucht zu haben. In einem Dokument schreiben die Prüfer am 22. Februar 2016 an Bickeböller: »Die Untersuchung hat untermauert, dass hier Vorschriften der FAA bezüglich der Sicherheit von Fluggesellschaften verletzt wurden.« Anderen Vorwürfen wiederum soll die FAA nicht nachgegangen sein, wie Bickeböller gegenüber der Easa beklagt. Und statt von seinem Arbeitgeber Anerkennung für seine Gewissenhaftigkeit zu bekommen, erhielt er schlechte Arbeitsbewertungen und wurde, nach 20 Jahren als Topingenieur, auf schlechtere Posten abgeschoben.

Bickeböllers Eingaben stellten eine Gefahr für die geplante Indienstellung der 787 dar, die sich wegen technischer Probleme ohnehin schon verspätet hatte. Die Missstände wurden aber offenkundig auch später nicht behoben, weshalb der Ingenieur sich im Juni an die Easa wandte. Parallel wandte sich Bickeböller, gemeinsam mit seinem Anwalt, dem Berliner Luftfahrtrechtler Elmar Giemulla, auch an den US-

Kongress in Washington. Dort konnte der SPIEGEL ebenfalls Dokumente aus dem Schriftverkehr einsehen. Darin heißt es unter anderem, Management und hohe Führungskräfte bei Boeing hätten die Anweisung gegeben, die Abstimmungsprobleme »zu verbergen«, und zwar, um »das Produktionszertifikat für die 787 zu erhalten«.

Um eine Stellungnahme zu diesen Vorwürfen gebeten, lässt die Presseabteilung wissen: »Boeing und die FAA haben die Vorwürfe untersucht, und Boeing ging auf alle Bedenken ein.«

Im Boeing-Werk Renton, 20 Minuten Autofahrt von Downtown Seattle entfernt und direkt am Lake Washington gelegen, dürfte die Kultur nicht wesentlich anders gewesen sein. 12 000 Ingenieure und Mechaniker bauen hier, und nur hier, die 737 Max in zwei großen Werkshallen. Vor der Krise lag der Ausstoß bei 52 Maschinen pro Monat, die Produktion wurde auf 42 heruntergefahren, das macht bei 21 Arbeitstagen zwei pro Tag.

Wie an allen Boeing-Standorten liegen die Start-und-Lande-Bahnen direkt neben der Fabrik, in Renton ist es das »Clayton Scott Field«, benannt nach dem »persönlichen Piloten« des Firmengründers William Boeing. Die Flächen um das Flugfeld dienen dieser Tage vor allem als Halde, mit bloßem Auge sind 14 fertig montierte, aber noch unlackierte 737-Maschinen zu erkennen, die meisten aus der Generation Max, einige wenige NGs darunter. Die 737-Max-Exemplare werden, weil Flüge ohne Passagiere weiterhin erlaubt sind, nach und nach zu anderen Flughäfen in den USA transferiert, um dort für den Tag der Wiederzulassung zwischengelagert zu werden. Die Kosten des Flugverbots sind enorm.

Das »Grounding« der Jets bedeutet nicht nur für Boeing, sondern auch für die Zulieferer eine bleierne Zeit.

In Seattle lebt und arbeitet ein Mann, der alle Aspekte der Boeing-Krise im Schlaf kennt, weil häufig er selbst es war, der als Erster von ihnen erfuhr und sie öffentlich machte. Dominic Gates, ein bescheidener Mann Mitte sechzig, hager und freundlich, ist »Aerospace Reporter« der »Seattle Times«, und wer in Sachen Boeing den Stand der Dinge kennen will, muss seine Artikel lesen. Gates treibt Boeing vor sich her, seit Monaten tut er nichts anderes. Eine investigative Geschichte folgt auf die nächste, und sie fügen sich zu einem erschütternden Gesamtbefund: dass mit der Firmenkultur im Weltkonzern Boeing etwas ganz grundsätzlich nicht mehr stimmt.

Gates hat sich diese These nicht am Schreibtisch ausgedacht. Sie hat sich geformt, über Jahre, in Gesprächen mit Insidern, durch Beobachtungen, durch Lektüre. Er hat die Kontakte, die es braucht, um Dingen auf den Grund zu gehen, aber auch, um längere Linien zu sehen. Das hat ihm in der aktuellen Boeing-Krise eine zentrale Rolle zugespielt: Als alle Welt noch rätselte, was sich im Flug und an Bord der in Äthiopien zerschellten Max abgespielt haben mochte, kam Gates mit einer Story, an die man sich bei Boeing noch lange erinnern wird.

Gestützt auf die Aussagen beteiligter Ingenieure, beschrieb er, wie die neue Computersoftware zur automatischen Nachsteuerung der Heckklappen, die womöglich Auslöser der Abstürze war, erst in irrwitzigem Tempo entwickelt, dann verändert wurde – und diese kritischen Änderungen auch noch vor den Sicherheits- und Zulassungsbehörden verheimlicht worden waren.

Der Reporter schöpfte im Moment der Katastrophe aus seinem Fundus. Die Aussagen zur Softwareentwicklung hatte er größtenteils schon vor dem zweiten Absturz in Äthiopien eingeholt, weil er mit langem Atem an der Aufklärung des Lion-Air-Unfalls in Indonesien weitergearbeitet hatte. Sein Bericht, dem weitere Enthüllungen der »New York Times« folgten, traf den Flugzeughersteller just in dem Moment, in dem dessen Kommunikationsstrategen versuchten, alle Schuld auf die Piloten zu schieben. Dank Gates konnte diese Desinformationsstrategie nicht gelingen. Er wurde über Nacht zu einem der wohl gefährlichsten Gegner des Milliardenkonzerns.

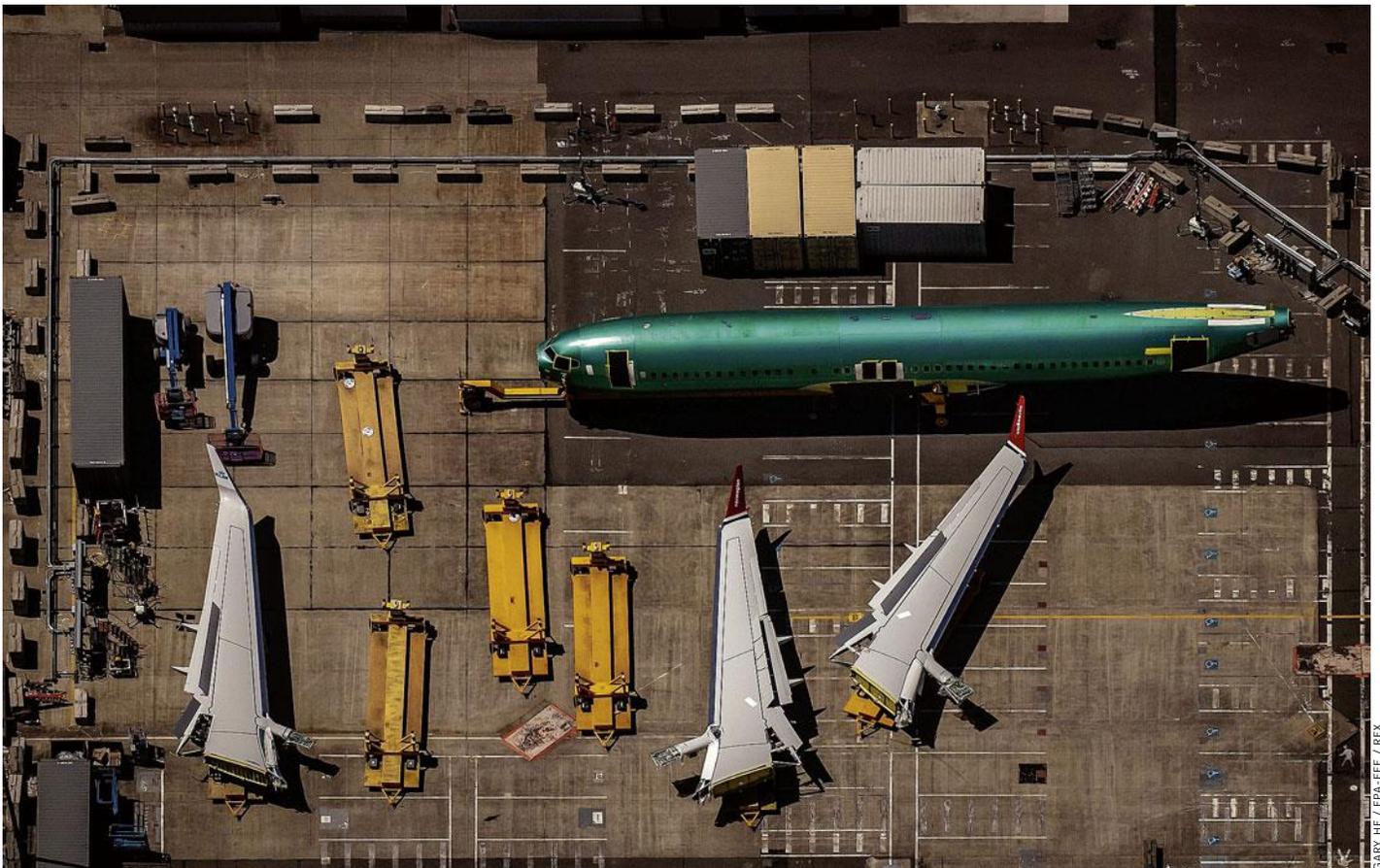
Gates würde das selbst nie so sagen. Vielleicht verleiht ihm sein eigener Lebensweg die Distanz, die es braucht, um nüchtern auf die eigene Umgebung zu schauen. Gates stammt aus Nordirland, der Jour-

Vielflieger

Fluggesellschaften mit der größten Boeing 737 Max-Flotte

Southwest Airlines USA	34
American Airlines USA	24
Air Canada Kanada	24
China Southern Airlines China	24
Norwegian Air Norwegen	18
Air China China	16
TUI Deutschland	15

Quelle: Simpleflying, Stand Juli 2019



Boeing-Produktion in Renton

Der US-Konzern zog in den Krieg, in der Hoffnung, den Konkurrenten niederringen zu können.

nalismus, sagt er, sei nur seine zweite Karriere. Er hat einst in Afrika Mathematik unterrichtet. Dort traf er seine Frau, eine Journalistin aus Seattle, und sie war schließlich der Grund, warum es ihn in den Nordwesten der USA verschlagen hat.

Mittlerweile hat Gates Dutzende Informanten hier, »sehr hilfreiche Leute«, sagt er. Sie wohnen in Seattle, in Everett, in Renton, in typischen Holzhäusern oder in einem der riesigen Wohnviertel, die um die Flugzeugwerften von Boeing in der Region gewuchert sind. Er muss seine Kontakte heimlich treffen, an unwahrscheinlichen Orten, oder muss verschlüsselt mit ihnen kommunizieren. Boeing-Leute, die intern oder gegenüber Behörden Sicherheitsbedenken melden, gehen ein großes Risiko ein. »Sie werden diskriminiert, geschnitten, und viele fliegen aus der Firma raus«, sagt Gates. Boeing bestreitet das, sagt stattdessen, der Konzern habe starke Vorkehrungen zum Schutz von Mitarbeitern, die sich mit Sicherheitsbedenken an die Behörden wenden. An diese Regeln halte man sich strikt.

So selbstbewusst das Unternehmen nach außen auftritt, so ängstlich greift es nach

innen durch. Whistleblower gelten als Verräter, und Verräter dürfen nicht auf Gnade hoffen. Seit geraumer Zeit beobachtet Gates allerdings, dass es hinter den Werkstoren gärt. Er kann es ablesen an der Zahl derer, die trotz großen persönlichen Risikos mit ihm sprechen wollen. »Über viele Jahrzehnte in Boeings Geschichte waren die Mechaniker unglaublich stolz darauf, wo sie arbeiteten«, sagt Gates. »Viele haben diesen Stolz verloren.« Eine Entfremdung hat stattgefunden zwischen der Führung des Unternehmens und der Belegschaft, ein Ermüdungsbruch.

Die Entfremdung begann mit dem Zusammenschluss von Boeing mit McDonnell Douglas im Jahre 1997 und dem immer stärkeren Augenmerk auf die Aktiendividende, sagt Gates. Der langjährige Vorstandschef James McNerney, Vorgänger des aktuellen CEO Muilenburg, schwor das Unternehmen auf einen radikalen Profitkurs ein. Der Ökonom McNerney legte sich gezielt mit den Gewerkschaften an, die bis dahin zum festen Bestandteil der Unternehmenskultur und zum Stolz der Belegschaft gehört hatten. Bis hoch in die Chefetagen waren Boeing-Leute gewerk-

schaftlich organisiert, worauf McNerney keinerlei Rücksicht nahm, im Gegenteil.

Schon einer von McNerneys Vorgängern, Philip Condit, litt offenkundig am traditionsreichen Standort im Puget Sound und wollte raus aus der Seattle-Kultur. Condit versetzte der Stadt einen schweren symbolischen Tiefschlag, als er die Konzernzentrale nach einer Art Städtewettbewerb im Jahr 2001 nach Chicago verlegte. In den grauen Bürotower dort zogen zwar nur 500 Beschäftigte, aber die Geste tat in Seattle vielen sehr weh. McNerney führte Condit's Abbrucharbeiten fort, indem er einen Teil der 787-Produktion nach Charleston umsiedelte – ungeachtet der Tatsache, dass es dort gar keine qualifizierten Mechaniker und Ingenieure im Flugzeugbau gab. Warum? Weil in South Carolina, sagt Gates, der Grad der gewerkschaftlichen Organisation der niedrigste in ganz Amerika ist.

Bis Ende der Neunzigerjahre war Boeing eher ein ingenieurgetriebenes Unternehmen. Danach arbeiteten Konzernchefs wie Harry Stonecipher und sein Nachfolger Condit vor allem daran, den Flugzeugbau auf Marge zu trimmen. »Als Anleger in-



SEAN RAYFORD / GETTY IMAGES

US-Präsident Trump, Boeing-Chef Muilenburg 2017

Der Deregulierungsdrang droht die Verschmelzung von Kontrolleuren und Kontrollierten zu beschleunigen.

vestieren Sie doch lieber in Unternehmen, die bis zu 20 Prozent statt 4 bis 6 Prozent pro Jahr wachsen«, sagte Stonecipher 2001 dem SPIEGEL. Rentabilität und Börsenkurs wurden fortan zum Maß aller Dinge. »Jede börsennotierte Gesellschaft muss Shareholder-Value schaffen«, sagte auch Philip Condit. »Die Eigentümer haben ein Recht darauf, dass ihr Kapital möglichst effizient eingesetzt wird.« Das war, gewiss, der Sound der damaligen Zeit, aber er führte zu einer Entfremdung zwischen Belegschaft und Unternehmen, und das Unternehmen hörte nicht auf, mit der eigenen Heimat zu fremdeln.

Die Boeing-Chefs spielten auch später öffentlich immer wieder mit Ideen, große Produktionsteile aus Seattle wegzuverlagern. Bei der Frage, wo die 737 Max gebaut werden sollte, genauso wie bei der Fabrikation der neuen 777x, dem Jumbo-Nachfolger. Ständig kamen neue Erpressungsversuche, die fast zu einem Zerwürfnis zwischen dem Konzern und seiner Stadt führten. Das Verhältnis der Bürger zu Boeing sei »sehr kompliziert geworden«, sagt Gates: »Viele, die nicht bei Boeing arbeiten, hatten genug vom

Verlangen der Konzernführung nach Steuernachlässen, den Konzessionen der Gewerkschaften und den Drohungen, die künftigen Flugzeugfabriken woanders bauen zu lassen.«

Als im Juni 2015 Dennis Muilenburg antrat, habe er die Hoffnung gehabt, dass Boeing sich wieder besinnen könnte auf seine eigentlichen Stärken. »Schließlich ist Muilenburg selbst ein Ingenieur«, sagt Gates, dieselbe Hoffnung hätten auch die Boeing-Leute gehegt. Aber der Farmersohn aus Iowa bürstete den Konzern noch strenger auf Profit als jemals zuvor, während er zugleich beschauliche Sinsprüche aufsagt, nach denen er nicht zu handeln gedenkt. Als er 2018 von der Fachzeitschrift »Aviation Week« zur »Person of the Year« gekürt wurde, bedankte er sich unter anderem mit den Worten: »Wir sind ein harter Wettbewerber. Aber unter keinen Umständen wollen wir, dass unsere Beschäftigten irgendwann vor der Wahl zwischen Wettbewerb und Werten stehen. Das ist eine falsche Wahl.«

Gates beobachtet Muilenburg nun seit Jahren. Der Boeing-Chef habe häufig davon gesprochen, dass »die zyklische Natur

des Flugzeuggeschäfts vorbei« sei, sagt Gates. Der Airline-Markt werde ohne Unterbrechung wachsen, ohne konjunkturelle Dellen, bis in alle Ewigkeit. »Und in diesem Spiel«, diese Botschaft wolle Muilenburg unter die Leute bringen, »ist Boeing der globale industrielle Champion.« Darüber könne man sich amüsieren, sagt Gates, aber das Erstaunliche sei gewesen: »Die Investoren haben Muilenburg diese Geschichte abgekauft«, der Aktienkurs hat sich zeitweise fast verdreifacht.

Jetzt erlebt Muilenburg seine erste große Krise. Die Abstürze, das Flugverbot, die schädlichen Berichte aus der Fabrik in Charleston, der Unmut der eigenen Belegschaft in Seattle, die von Piloten und Flugbegleitern geführten Angriffe, die Ermittlungen des Justizministeriums, all das ließ die Umsätze des Konzerns in nie da gewesenem Maße schrumpfen. Ende Juli meldete Boeing für das zweite Quartal einen Rekordverlust von 2,6 Milliarden Dollar. Selbst einen Produktionsstopp für die 737 Max kann Muilenburg nicht mehr ausschließen. Der Umsatzgarant des Konzerns hat sich in ein Ungeheuer verwandelt, Boeing ist verwundbarer geworden.

Und das ausgerechnet zu einer Zeit, in der das Duopol Boeing/Airbus Risse bekommt. Die beiden mögen immer noch die größten Platzhirsche sein, aber staatliche und private Firmen in China, Russland und Japan machen sich auf, ein Stück vom großen Kuchen zu holen, der immer größer wird.

Flugzeuge bauen wird einfacher, weil ein hoch spezialisierter Weltmarkt der Zulieferer entstanden ist, die fast jedes gewünschte Teil in der gewünschten Qualität »just in time« liefern können. Die Zeiten, in denen der Flugzeugbau noch Ausweis der »technologischen Führerschaft der ihn tragenden Volkswirtschaften« war, wie Jürgen Weber, damals Aufsichtsratschef der Lufthansa, noch 2011 in einem Vorwort schrieb, gehen zu Ende.

Sie sind rau geworden. Besonders für Boeing.

Wie stets bei großen Affären lässt sich der Beginn der Ereignisse unterschiedlich datieren. Manches spricht dafür, den Beginn der 737-Max-Krise auf das Jahr 2008 zu setzen, als die Lufthansa bei der Farnborough Airshow für ihre Tochter Swiss den geplanten Kauf von 30 Maschinen des Typs Bombardier CS100 bekannt gab. Die Jets, etwas kleiner als A320 und Boeing 737, waren eine komplette Neuentwicklung und nach Ansicht eines hochrangigen ehemaligen Lufthansa-Managers »das Beste, was es damals auf dem Markt gab«. Der Deal war eine Provokation für die vom Erfolg verwöhnten Airbus- und Boeing-Manager, die nun unterschiedlich schnell reagierten. Airbus zog die Lehren und entwickelte zügig den A320neo.

Die Ankündigung der Europäer vom 1. Dezember 2010, die gesamte A320-Familie zu überarbeiten und mit neuen, ungewöhnlich sparsamen und leisen Triebwerken auszustatten, muss in die Boeing-Zentrale in Chicago eingefahren sein wie ein Blitz. Airbus versprach, den Kerosinverbrauch um ganze 15 Prozent zu mindern. Prompt verkaufte Airbus gleich im ersten Jahr nach der Ankündigung mehr als tausend Exemplare des A320neo – und unter den Käufern waren auch alte Stammkunden von Boeing.

Boeing hatte damals keinen fertigen Plan für ein neues Flugzeug oder für eine passable neue 737-Version. Vor allem war der Konzern nicht in der Lage, die neue Triebwerksgeneration anzubieten. So war die Branche überrascht, dass Boeing nur neun Monate später mit Airbus gleichzuziehen schien. Ende August 2011 wurde der Bau der 737 Max verkündet, und Boeing versprach, dass die Maschine sogar noch sieben Prozent günstiger betrieben werden könne als der A320neo. Für die Boeing-Ingenieure müssen das turbulente Zeiten gewesen sein.

Schon die kleinere CFM56-Turbine hatten sie nur mit Tricks unter den Flügel der alten 737 quetschen können. Das CFM-LEAP-Triebwerk, das Airbus nun einsetzen wollte, hatte aber einen Lufteinlass mit einem Durchmesser von fast zwei Metern. Auf brachiale Weise machten die Boeing-Ingenieure passend, was partout nicht passen wollte.

Wieder stauchten sie die Triebwerksgondel. Wieder gaben sie eine verkleinerte Spezialversion des Triebwerks in Auftrag. Sie versuchten wirklich alles, um unter dem Flugzeug mehr Platz zu schaffen, auch das Bugfahrwerk wurde um rund 20 Zentimeter verlängert, jeder Millimeter zählte. Vor allem aber brachten sie das Triebwerk höher am Flügel und ein ganzes Stück weiter vorn an.

Ein ehemaliger Lufthansa-Manager, selbst studierter Luftfahrt-Ingenieur und jahrzehntelang an technischen Flugzeugbegutachtungen beteiligt, ist davon überzeugt, dass Gerichte das Vorgehen der Boeing-Ingenieure durchaus als »grobe Fahrlässigkeit« einstufen könnten.

Der Ex-Lufthansa-Mann, der durch alte vertragliche Bindungen zur Anonymität gezwungen ist, zeigte sich überzeugt davon, dass die Gesamtkonstruktion der 737 Max »stümperhaft« sei. In ihr gipfeln der technische Rückstand, den Boeing schon seit den Neunzigerjahren aufzuholen versuchte.

Die neue Triebwerksanordnung hat die Flugmechanik der 737 Max gegenüber all

ihren Vorgängern entscheidend verändert. In extremen Fluglagen mit besonders steilem Anstellwinkel erzeugen die unten platten Triebwerksgondeln jetzt selbst einen signifikanten eigenen aerodynamischen Auftrieb, ganz wie eine kleine zusätzliche Tragfläche. Das führt dazu, dass die Nase der Maschine unvermittelt weiter hochgeht – und an den Flügeln nun umso leichter ein Strömungsabriss droht. Geschieht dies, bricht der Auftrieb weg, und das Flugzeug stürzt ab.

Um dies zu verhindern, mussten die Boeing-Ingenieure wieder tief in die Trickkiste greifen. Sie wussten, dass dieses Flugverhalten vom Regelwerk der FAA ausdrücklich verboten war. Damit die in manchen Flugsituationen instabile 737 Max dennoch zugelassen werden konnte, brauchten sie ein elektronisches Helferlein. Die Boeing-Leute ersannen eine Software, die den Anstellwinkel, also die Lage der Maschine im Luftstrom, ständig überwacht. Sobald dieser Winkel zu riskant wird, greift die Software ein: Das »Maneuvering Characteristics Augmentation System« (MCAS) senkt dann von sich aus und ohne Steuerbefehl der Piloten die Nase der Maschine ab. Dazu stellt sie nicht das Ruder, sondern die gesamte Höhenflosse am Heck der Maschine, die wirkmächtigste Steuerfläche eines Flugzeugs.

Nur durch solcherlei Bastelarbeit erreichte die 737 Max die für den sicheren Flug notwendige Stabilität. Die Prüfer der FAA wurden darüber frühzeitig informiert und tolerierten dies. In der Rückschau ist fraglich, ob sie wirklich alle Details der neuen Softwarelösungen kannten. Als Boeing der FAA den MCAS-Trick erstmals präsentierte, war es ein System, das nur sehr zaghaft eingriff und die Höhenflosse um höchstens 0,6 Grad bewegte. Später im Entwicklungsprozess hat Boeing das MCAS deutlich angespitzt und ihm viel mehr Gewalt über das Flugzeug gegeben. Die Rede ist von Verstellungen um bis zu 2,5 Grad. Dieses deutlich riskantere System hat die FAA nach bisherigem Kenntnisstand nie abgestempelt.

Aufgrund der vielen Ungereimtheiten muss der Konzern nach Auffassung des ehemaligen Lufthanseseats damit rechnen, rückwirkend den Versicherungsschutz für seine 737 Max zu verlieren. In einer Stellungnahme zu den Vorwürfen schreibt Boeing: »Die FAA berücksichtigte die endgültigen Konfigurations- und Betriebsparameter des MCAS während der Max-Zertifizierung und kam zu dem Schluss, dass alle Zertifizierungs- und behördlichen Anforderungen erfüllt wurden.«

Und damit sind noch nicht alle groben Fehler erwähnt, die derzeit diskutiert und ermittelt werden. Unbegreiflich ist es für viele Experten, dass sich Boeing bei der 737 Max vom Prinzip der Redundanz



Reporter Gates

»Kritiker werden diskriminiert, geschnitten.«

verabschiedet hat. Jedes System, das stets eine Grundregel der Luftfahrt gewesen, muss in einem Flugzeug wenigstens zweimal vorhanden sein, um etwaige Ausfälle kompensieren zu können. So hat die Boeing 737 Max zwei »Angle of Attack«-Sensoren (AoA) ziemlich weit vorn auf der Außenhaut, unter den Fenstern rechts und links des Cockpits, die den Anstellwinkel der Maschine messen. Die Daten der beiden Fühler gehen in das »Flight Management System« ein, also in die Rechner, die den Flug überwachen.

Aus bislang unerfindlichen Gründen nutzte die MCAS-Software allerdings nur die Information eines einzigen AoA-Sensors. Ist dieser defekt, weil zum Beispiel ein Vogel mit ihm kollidiert ist, kann sich MCAS fälschlich aktivieren. Ohne dass die Piloten etwas dazutun und ohne dass sie vom Eingreifen der Automatik überhaupt wissen, wird nun dank MCAS automatisch die Höhenflosse verstellt. 9,26 Sekunden übermittelt das System AND-Kommandos, »Aircraft Nose Down«, Nase runter. Darauf folgen fünf Sekunden Pause, und dann wiederholt sich das Manöver, wieder und wieder, bis das System errechnet, dass die Maschine wieder im Lot sei. Wenn die Piloten wie gewohnt am Steuerhorn ziehen, um die Nase anzuheben, bleibt dies ohne Wirkung. Sie riskieren sogar, dass die vermeintliche Anti-Absturz-Automatik umso kräftiger dagegenhält, weil sie aufgrund falscher Daten errechnet, dass Gefahr im Verzug sei.

Piloten in aller Welt haben sich besonders darüber empört, dass der Konzern die MCAS-Software vor ihnen versteckte. Sie haben eine Sammelklage gegen Boeing angestrengt. Bis November 2018, nach dem Lion-Air-Crash, fand sich kein Wort zu MCAS im Handbuch der Maschine. Die Firma hat den Piloten die Existenz des Systems verschwiegen, weil sie offen-

bar davon ausging, dass sie es in der Alltagsfliegerei nie zu Gesicht bekommen würden. So konnte kein Pilot je trainieren, was bei einer falschen Aktivierung von MCAS zu tun ist, denn MCAS gab es offiziell ja gar nicht.

Wer ein Flugzeug besteigt, muss das in der Gewissheit tun können, dass Ingenieure und Konstrukteure alles Menschenmögliche unternommen haben, um eine sichere Maschine zu bauen. Jeder Flugreisende muss sich darauf verlassen können, dass der Flugzeugbau und -betrieb einem absolut seriösen Kontroll- und Zertifizierungsregime unterworfen ist, dessen einzige Aufgabe darin besteht, Sicherheitsrisiken auszuschließen. Diese Grundannahmen sind erschüttert.

Das System der Flugaufsicht, das in Amerika auf Drängen marktradikaler Politiker zu einem Anhängsel der Industrie selbst geschrumpft wurde, zieht Zweifel auf sich. Die FAA, weltweit angesehen für die Qualität ihrer Gutachten, winkte mit der Boeing 737 Max nachweislich ein Flugzeug durch, dessen Entwicklungs- und Produktionsphasen sie im Einzelnen offenbar nicht mehr überblickte. Tatsächlich ist ein Kontrollsystem entstanden, das den Namen gar nicht mehr verdient, weil sich eine Firma wie Boeing letztlich selbst kontrolliert und den eigenen Produkten die Marktreife oder eben Flugtauglichkeit bescheinigt. Ein undurchsichtiges, gefährliches Spiel ist in Gang gekommen, das Fragen nach kapitalistischer Schrankenlosigkeit aufwirft.

Konfrontiert mit diesen Vorwürfen kann die FAA nur darauf verweisen, dass die Zertifizierung der 737 Max den Standardabläufen der Behörde folgte und sich rund fünf Jahre lang hinzog. »Während dieser Zeitspanne«, so heißt es in der Stellungnahme der Behörde, »investierten FAA-

Ingenieure und Testpiloten rund 110 000 Arbeitsstunden in die Zertifizierung.«

Grundsätzlich profitiert jeder Flugreisende von Wissen, das sich auf makabre Weise angesammelt hat. Jedes Luftfahrtunglück, ob es Leben gekostet hat oder nicht, wird von Experten monatlang im Detail untersucht. Ihnen geht es nicht um Schuldzuweisungen – sondern darum, Lehren zu ziehen, wie ähnliche Unglücke vermieden werden können.

Das mit Blut bezahlte Wissen wurde bei Behörden wie der FAA in Form komplexer Regelwerke niedergelegt. Eines der wichtigsten FAA-Dokumente für die kommerzielle Luftfahrt nennt sich »FAR Part 25«, es ist 240 Seiten stark. Darin steht zu lesen, welche Sicherheitsanforderungen jedes neue zivile Transportflugzeug zu erfüllen hat, damit es auf die Menschheit losgelassen werden darf.

Alle Warnleuchten im Cockpit müssen rot sein, heißt es da zum Beispiel. Oder: Ein Flugzeug muss sicher fliegen und landen können, auch wenn es im Reiseflug frontal mit einem 3,63 Kilogramm schweren Vogel zusammenprallt. Oder: Jede Maschine mit mehr als 44 Sitzplätzen muss am Boden innerhalb von 90 Sekunden evakuiert werden können.

Die Regeln aus »FAR Part 25« stellen so etwas wie das Grundgesetz der weltweiten Zivilluftfahrt dar. Für Boeing indes ist das Konvolut derzeit das größte Risiko. Obwohl sein neuestes Geschöpf 737 Max 2017 nach dem Anforderungskatalog offiziell und amtlich zertifiziert worden ist, steht zu bezweifeln, dass diese Zulassung statthaft war.

Beide, Boeing und FAA, haben offenbar auf ganz unbegreifliche Weise geschlampt. Sie haben die Standards verletzt, die sie über Jahrzehnte entwickelt und immer hochgehalten haben – Standards, für die sie weltweit Vertrauen genossen.

Paragraf 25 671 von »FAR Part 25« besagt zum Beispiel ausdrücklich, dass ein Flugzeug auch dann noch sicher landen können muss, wenn etwa eine Steuerfläche am Höhenleitwerk unterwegs blockieren oder auf andere Weise fehlerhaft arbeiten sollte.

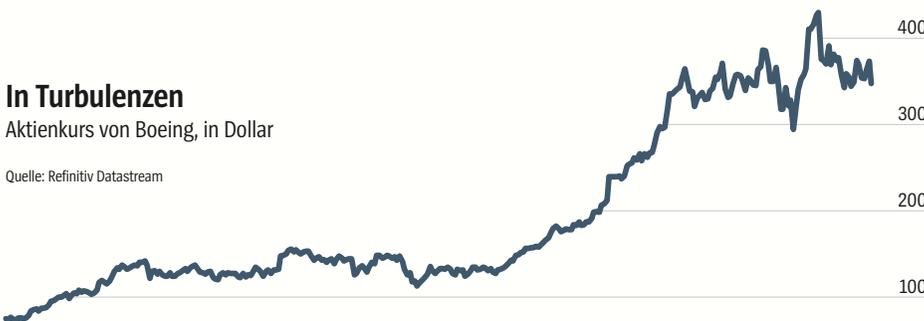
Der Weiterflug nach solch einem Ereignis darf keine »außergewöhnlichen Pilotenkenntnisse oder Körperkräfte« erfordern. Die Manövrierbarkeit der Maschine darf höchstens »geringfügig eingeschränkt« sein. Und wenn eine extreme Fehlfunktion des Steuersystems nicht äußerst unwahrscheinlich ist, muss die Crew Mittel und Wege haben, die Kontrolle umgehend wiederherzustellen.

Es scheint nur schwer vorstellbar, dass die 737 Max diese Zulassungskriterien erfüllt haben soll. Was sagt die FAA dazu? Einer, der es wissen müsste, ist Daniel El-

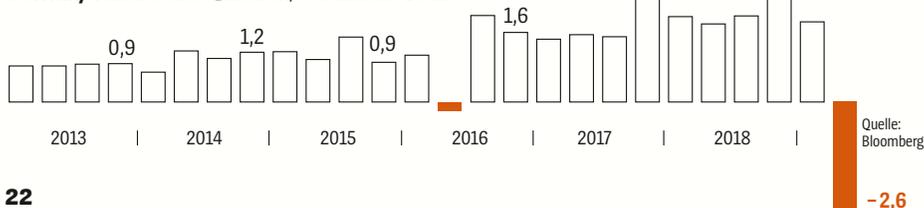
In Turbulenzen

Aktienkurs von Boeing, in Dollar

Quelle: Refinitiv Datastream



Gewinn/Verlust nach Quartalen, in Milliarden Dollar





STEPHEN BRASHEAR / GETTY IMAGES

Sensoren an der Außenhaut einer Boeing 737 Max

Abschied vom ehernen Prinzip der Redundanz.

well, kommissarischer Chef der FAA, vorher Vizechef der Behörde. Er saß 17 Tage nach dem Absturz in Äthiopien vor dem Luftfahrt-Unterausschuss des US-Senats im Hart Senate Office Building von Washington und wand sich zweieinhalb Stunden lang.

Der Ausschussvorsitzende Ted Cruz sagte zur Begrüßung und Einleitung bemerkenswerte Sätze von großer Schönheit über die Abstürze, über Vertrauen und Sicherheit, die von Elwell und den anderen Offiziellen im Zeugenstand im Verlauf der Sitzung nicht mehr überboten wurden. Elwell machte eine besonders jämmerliche Figur. »Ich bin mir nicht sicher, was Sie meinen«, entgegnete er manchmal auf Fragen. »Das muss ich Ihnen später herausfinden.« Oder: »Die Antwort darauf, Herr Senator, weiß ich nicht.«

Elwell sprach von der »Sicherheit über alles«-Kultur der FAA und verwies auf den großen Fortschritt in Sachen Sicherheit. Seit 1997, sagte er, sei das Risiko eines tödlichen Unfalls in den USA um 94 Prozent gesunken, und in den vergangenen zehn Jahren habe sich nur ein einziger tödlicher Unfall bei mehr als 90 Millionen Flügen ereignet, als im April 2018 eine Frau ums Leben kam, weil das Triebwerk einer Boeing 737-700 in der Luft explodierte und das Fenster neben ihr zerbersten ließ. Elwell war so zu verstehen, dass die Abstürze zwar bedauerlich, aber doch nur Ausnahmen von einer intakten Regel seien. Auch die Prüfprozesse der FAA seien intakt.

Elwell hatte Zahlen zur 737 Max mitgebracht. Die FAA sei in den Entwicklungsprozess voll integriert gewesen. Mitarbeiter der Behörde seien bei 133 von 297 Testflügen an Bord gewesen, auch bei solchen, bei denen die MCAS-Software geprüft worden sei. Über MCAS produzierte Elwell an jenem 27. März im Anschluss allerdings einen solchen Wortsalat, dass ihm kaum mehr zu folgen war. Die Software sei gar kein Programm, sondern diene lediglich dazu, sagte Elwell mehrfach, dass sich die Steuerung des Flugzeugs »so anfühlt, wie sie sich anfühlen soll«, beziehungsweise, damit sich die 737 Max »so anfühlt wie die 737NG«. MCAS, sagte Elwell, sei auch kein System, sondern nur ein Supplement, aktiv nur in einem »sehr schmalen Flugsegment«, Elwell erntete leere Blicke für seinen Vortrag.

Irgendwann schimpfte der demokratische Senator Richard Blumenthal: »Wenn ich an Bord dieser Maschinen gewesen wäre, hätte ich einen Fallschirm haben wollen.« Und Elwell antwortete auf die Frage, warum es eigentlich gang und gäbe sei, dass eine Firma ihre eigenen Produkte zertifiziere: »Das machen wir seit 60 Jahren so, es ist Teil des Systems, das zu der Sicherheit geführt hat, die wir heute haben.«

Das ist eine eigenwillige Version der Wahrheit. Die FAA wurde 1958 vom US-Kongress geschaffen, als Reaktion auf einen Zusammenstoß zweier Passagierflugzeuge über dem Grand Canyon, bei dem 128 Menschen umgekommen waren. Flug-

zeuge waren damals noch wesentlich primitivere Apparate als heute, und so konnte die Behörde ihrem Prüf- und Zulassungsauftrag stets genügen. Mit wachsender Flotte und steigenden Flugfrequenzen musste die FAA in zunehmendem Maße Deals eingehen mit den Herstellern und Kontrollarbeiten an sie delegieren. Seit 2005 darf die FAA Boeing und anderen Konzernen erlauben, eigene Mitarbeiter zur FAA-Tauglichkeitsprüfung zu »delegieren«. Das Problem ist nur, dass dieses System der delegierten Sicherheitsingenieure in der Praxis nicht funktioniert.

Die »Authorized Representatives« (ARs) mögen theoretisch an die FAA berichten, weil sie aber Boeing-Mitarbeiter sind, ist ihre Loyalität zum eigenen Laden im Zweifelsfall höher – und der Druck durch eigene Vorgesetzte größer. Ein Prüfbericht von 2015 hielt fest, dass die FAA de facto nur über vier Prozent aller bei Flugzeugzulieferern Delegierten wirklich die direkte Aufsicht führte, ein noch früherer Prüfbericht von 2011 listete für die Zeit zwischen 2005 und 2008 unter anderem 45 Vorfälle auf, in denen der FAA mangelnde Sorgfalt vorgeworfen wurde. Kein Wunder bei der schier unmöglichen Mission. 1300 Leute beschäftigt die FAA in ihren Zertifizierungsbüros, Boeing hat allein 56 000 Ingenieure. Augenhöhe zwischen der Industrie und der Behörde ist da kaum herzustellen.

Der Deregulierungsdrang von US-Präsident Donald Trump droht die Verschmelzung von Kontrolleuren und Kontrollierten weiter zu beschleunigen. Kurz nach Amtsantritt unterzeichnete Trump zwei folgenschwere Erlasse, Executive Order 13 771 und 13 777, die die unabhängige Autorität der FAA weiter untergraben könnten, indem sie die drastische Reduzierung von Regulierungsvorschriften bei allen Regierungsstellen anordnen und so den Auftrag der FAA noch weiter zur Industrie hin verschieben dürften. In diese Richtung geht auch der »FAA Reauthorization Act« von 2018, verabschiedet wenige Wochen vor dem Lion-Air-Crash.

Der politische Wille zum Outsourcing ehemals hoheitlicher Aufgaben an die Industrie hat das bislang gut funktionierende globale Sicherheitssystem, in dem die FAA als Hüterin des »Goldstandards« galt, schwer erschüttert. Was die FAA geprüft und für tauglich befunden hatte, wurde von der Easa oder der chinesischen Luftsicherheitsbehörde übernommen. Ob das noch gilt, wird der Prozess der Wiederzulassung der 737 Max zeigen.

Die Vorstellung, dass die FAA die Max-Maschinen wieder zulässt, andere Behörden aber nicht mehr folgen, ist für die Luftfahrtbranche reiner Horror. Wenn Hersteller künftig mehrere Behörden von der Güte ihrer Ware überzeugen müssen, ver-

lieren sie Zeit, Geld und Planungssicherheit. Und die Airlines, die auf ihre Maschinen warten, müssen womöglich ihre Einsatzpläne komplett neu schreiben, weil ein Flugzeug nur noch über Amerika, aber nicht mehr über China oder Afrika fliegen darf. Ein gut organisiertes System versänke im Chaos.

Der heutige Flugbetrieb ist von mörderischen Konkurrenzkämpfen durchzogen. Zuvorderst bekriegen sich die Hersteller, allen voran Boeing und Airbus, die wiederum ihre Zulieferer treiben, schneller, besser, billiger zu arbeiten, sodass die Industrie immer wieder an objektive Grenzen des Möglichen und Machbaren stößt. Die Airlines liefern sich Preis- und Unterbietungsschlachten, in deren Verlauf Flugtickets billiger als Kinokarten werden können. Und ständig gehen neue Schlachtfelder auf. In den aufstrebenden Gesellschaften Asiens und Afrikas nimmt die Zahl der Flugreisenden seit Jahren sprunghaft zu, dort werden leistungsfähige, möglichst spritsparende Flugzeuge gebraucht.

Die Beschaffungs- und Betriebskosten sind in der zivilen Luftfahrt extrem. 100 Millionen Dollar für einen Kurzstreckenjet, 400 Millionen für einen Langstrecken-Jumbo, das sind Investitionen, die auf Jahrzehnte hinaus durchzurechnen sind. Und sind die Maschinen in der Luft, türmen sich für ihre Betreiber die laufenden Kosten.

Die Flugüberwachung verlangt Gebühren, es gibt allgemeine Luftverkehrsabgaben, Sicherheitstaxen, Flughafenengebühren für Stellplatz, Fahrgasttreppe, Busse, Gepäckentladung. In den USA gibt es eine eigene 9/11-Gebühr, die angeblich zur Finanzierung der Sicherheit benutzt wird. Der Ferienflieger Condor hat einmal ausgerechnet, welche Kosten am Flughafen Frankfurt anfallen, und kam auf 90 Euro, die pro Passagier an den Flughafen abgeführt werden müssen.

So sparen Fluglinien schon seit Jahren an allen Ecken: Leichtere Sitze werden gesucht, Garderoben entfernt, Zeitschriften und Zeitungen gar nicht mehr mitgenommen. Sogar die Sitztaschen in den Rückenlehnen fehlen bei manchen Airlines, damit nichts liegen bleibt und kein Gramm zu viel sinnlos durch die Gegend geflogen wird, Effizienz ist alles. Eine Ryanair-Stewardess in Deutschland erhält ein monatliches Grundgehalt 1400 Euro.

Die 737 Max ist für Billigairlines die ideale Maschine und wurde auch speziell für ihre Bedürfnisse entwickelt. Michael O'Leary, Chef des größten europäischen Billigfliegers Ryanair, biss auch prompt an. Er hat 135 Jets bei Boeing fest bestellt und hält Optionen für weitere 75 Flugzeuge. Die Max »erlaube es«, sagt O'Leary, »die Betriebs-

kosten niedrig zu halten und damit auch die Flugpreise«. Die ersten Jets für Ryanair hätten ursprünglich ab April ausgeliefert werden sollen. Daraus wurde nichts. Noch im Mai hatte O'Leary Hoffnung, sie würden Ende Oktober oder Anfang November kommen, mittlerweile sah er sich gezwungen, den Flugplan für die kommende Saison zusammenzuziehen, denn die Mängelliste der 737 wird stetig länger.

Kontrollure der FAA haben festgestellt, dass sich der Autopilot in manchen Not-situationen nicht schnell genug abstellen lässt. Bestimmte Prozessoren in den Flugkontrollcomputern arbeiten manchmal gefährlich langsam, und Boeing selbst musste einräumen, dass wichtige Warnanzeigen im Cockpit nie richtig funktionierten.

Andere Airlines haben die Jets schon, sind aber auch nicht viel besser dran als Ryanair, solange die Maschinen am Boden stehen. Allein die US-Billigfluggesellschaft Southwest hat 280 Maschinen geordert und bereits 34 im Bestand. American Airlines und der Lufthansa-Partner United hatten von der 737 Max 38 Jets im Einsatz und müssen nun improvisieren. Allein bei American Airlines fallen täglich mehr als hundert Flüge aus wegen des Flugverbots für die Max. Dramatisch ist die Lage der Airline Norwegian. Das Unternehmen betreibt mit 18 Jets bislang die größte 737-Max-Flotte in Europa und ist finanziell ohnehin angespannt. Die entgangenen Einnahmen sind immens hoch – und müssen von Boeing ausgeglichen werden, sei

es in Form von Schadensersatz oder Rabatten für künftige Flugzeugkäufe.

Die Geschichte der Stilllegung der 737 Max ist noch nicht geschrieben, aber sie verspricht, spannend zu werden. In der zeitlichen Lücke zwischen dem 10. und dem 13. März schlummern Skandale, die noch aufzuklären sind. Was wussten die Chinesen, die sofort nach dem Crash von Ejere ein Start- und Landeverbot für die Max verhängten, was die Amerikaner angeblich nicht gewusst haben? Warum dauerte es bis zum 13. März, bis sie ihren Himmel als eines der letzten Länder für die Boeing schlossen?

US-Präsident Trump twitterte am Dienstag, dem 12. März, zwei Tage nach dem Crash, am Vormittag die Laienweisheit: »Flugzeuge werden viel zu komplex, um sie zu fliegen.« Später am Tag telefonierte er mit Boeing-Chef Dennis Muilenburg, den er einen »Freund« nennt – und Muilenburg versicherte Trump, dass die Max sicher sei.

Trump war aber offenbar nicht ganz überzeugt: Einerseits wollte er die 737 Max bereits am Dienstag stilllegen, wovon ihm jedoch auch die FAA abriet, weil man noch nicht alle Daten ausgewertet habe. Andererseits fürchtete er eine »Panik« und Börsenturbulenzen. In anderen Krisengesprächen wiederum äußerte sich Trump dagegen abfällig über die 737 Max: Das Modell sei »Mist« (»it sucks«) und taue nichts im Vergleich zur Boeing 757 – wie er selbst eine besitzt, als Privatjet.

Am 13. März sprach Trump mit FAA-Chef Elwell und Verkehrsministerin Elaine Chao und danach erneut mit Muilenburg. Inzwischen hatte sogar die FAA genug Informationen, um eine Stilllegung der 737 Max zu begründen, deren Notwendigkeit sie tags zuvor noch abgestritten hatte.

Eine einzelne Stellschraube, gefunden im Trümmerfeld von Ejere, belegt, dass das Höhenleitwerk die Maschine im Moment des Aufpralls mit der Nase nach unten zwang, ganz wie bei der 737 der Lion Air.

Es wurde beschlossen, dass die Behörde eine Erklärung abgibt, doch Trump kam dem zuvor. Bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus zu einem ganz anderen Thema (Drogenhandel an der US-Südgrenze) sagte er: »Wir werden alle 737 Max 8 und 737 Max 9 und die davon betroffenen Flugzeuge dieser Linie mit einer Notanweisung aus dem Verkehr ziehen.« Zur Irritation der FAA und der gesamten Luftfahrtbranche fügte er hinzu, dass dies eigentlich technisch weiterhin nicht nötig sei (»Wir hätten es verzögern können«), und nannte den Schritt eine eher »psychologische« Maßnahme.

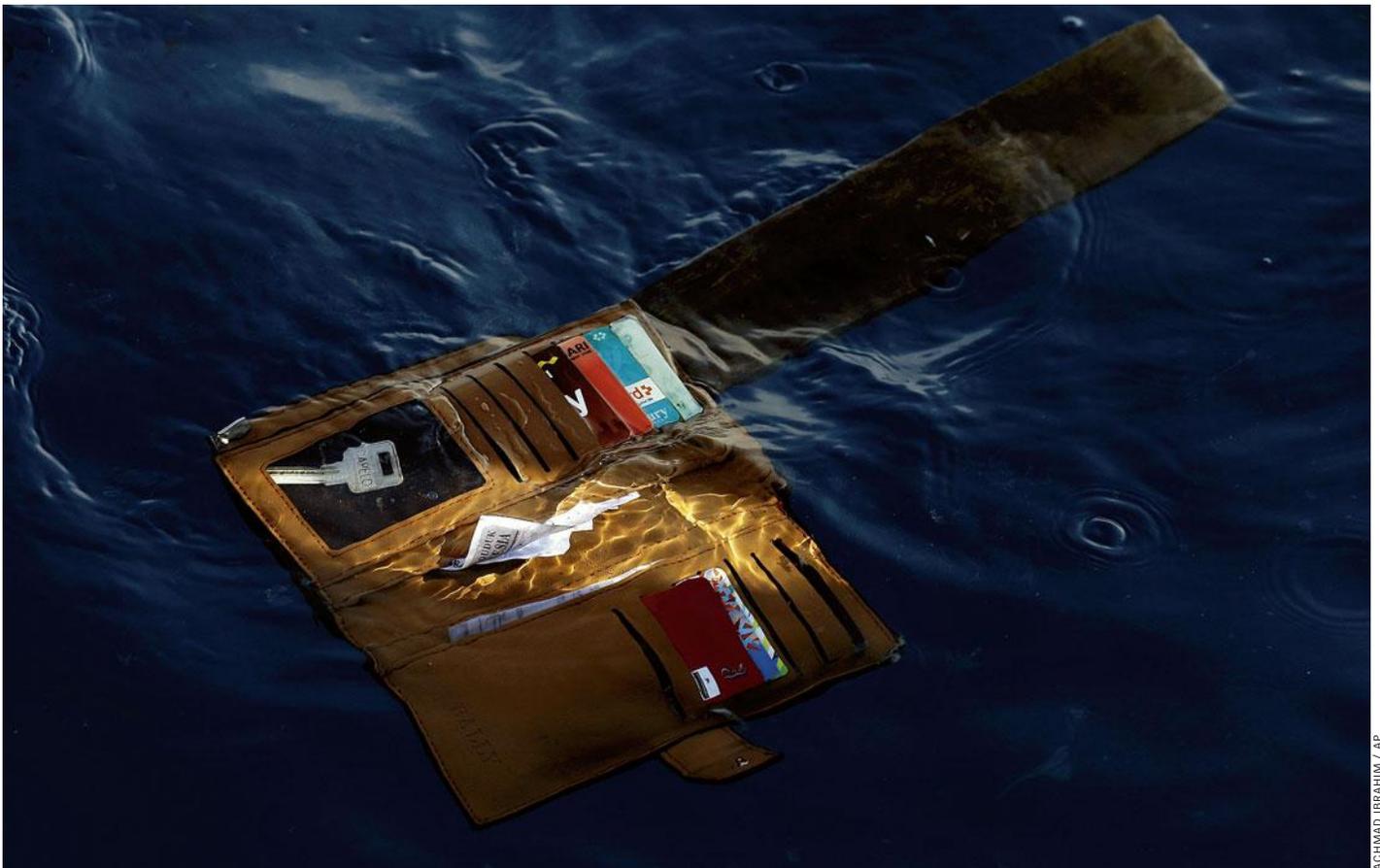
Am Mittwoch, dem 13. März, landet in Newark, aus Oakland kommend, gegen



ERIN SCHAFF / NYT / REDUX / LAF

FAA-Funktionär Elwell

»Die Antwort darauf, Herr Senator, weiß ich nicht.«



ACHMAD IBRAHIM / AP

Geldbörse eines Opfers im Meer vor Java 2018

Die Fakten sagen: 346 Menschen sind tot, gestorben auf unnatürliche Weise.

19 Uhr zum vorerst letzten Mal eine mit Passagieren besetzte 737 Max. In den USA bricht eine Debatte los, ob die FAA, ob Trump, ob Boeing drei Tage lang die Flugsicherheit fahrlässig gefährdet habe.

Die Fakten sagen: 346 Menschen sind tot, auf unnatürliche Weise gestorben. 157 von ihnen kamen beim Aufschlag auf einer welligen, kargen Ebene unweit des Horns von Afrika ums Leben, in Äthiopien, sechs Minuten Flug von Addis Abeba entfernt, am Rand des Hochlands von Abessinien. Den anderen 189, die gut vier Monate zuvor ihr Leben verloren, am Morgen des 29. Oktober, war ein Fischer namens Kanta ganz nah, der noch vor Sonnenaufgang sein offenes Holzboot bestiegen hatte, um Garnelen zu fangen.

Sein Boot hatte die Nacht über am Ufer des Citarum gelegen, in einem der zahlreichen, flachen Mündungsarme des Flusses, am Rand des indonesischen Badeorts Tanjung Pakis. Kanta, 51 Jahre alt, fischt, seitdem er ein Junge ist, er lernte das Handwerk von seinem Vater. Zusammen mit seinem Kompagnon Sakir fuhr er am Unglücksmorgen hinaus aufs Meer.

Als die Sonne sich über den Horizont schob, war sie nur zu erahnen, der Tag war diesig, die Sicht schlecht. Eine Stunde später rollte plötzlich ein einzelner, harter, lauter Schlag übers Meer. Anwohner von Tanjung Pakis vergleichen das Geräusch im Gespräch mit einem Silvesterkracher, der in einem Bambusrohr explodiert. Danach kehrte sofort wieder Stille ein, als wäre nichts gewesen. Keine Schreie waren zu hören, keine Hilferufe. Der Fischer Kanta steuerte in die Richtung, aus der der Knall gekommen war, er fragte sich, ob vielleicht bei den Ölbohrungen, die vor der Küste stattfinden, etwas schiefgegangen war. Er fand keine Antworten, entdeckte nur ein paar Rettungswesten, die auf dem Meer trieben. Was geschehen war, erfuhr Kanta erst später.

Und mit ihm erfuhr es die Welt. Dass wieder Menschen gestorben waren an Bord einer Boeing 737 Max, 189 Menschen, die nicht wussten, dass die Maschine, in der sie starben, an den drei Tagen zuvor schon mehrmals auffällig geworden war. Die Sensoren für den Anstellwinkel, die Höhen- und Geschwindigkeitsmesser funktionierten nicht, wie sie sollen. Jedes

Mal wurde die Maschine neu gecheckt, jedes Mal behoben die Mechaniker die Probleme, die ihnen die Piloten beschrieben, jedes Mal wurde diese Boeing 737 Max wieder fürs Fliegen freigegeben.

Am 10. November hört eine breite Öffentlichkeit erstmals von der Existenz einer Software namens MCAS. Am 13. November sagt Dennis Muilenburg von Boeing auf dem Fox Business Kanal im Fernsehen, die 737 Max sei ein »sehr sicheres« Flugzeug, und Boeing stelle »alle Informationen zur Verfügung, die nötig sind, um unsere Flugzeuge sicher zu fliegen«. Am 10. März um 8.44 Uhr schlägt Ethiopian Airlines 302 eine zehn Meter tiefe Grube in Ejere.

Uwe Buse, Dinah Deckstein, Marco Evers, Ullrich Fichtner, Maik Großekathöfer, Guido Mingels, Martin U. Müller, Marc Pitzke, Gerald Traufetter

Animation
Boeings Aufstieg

spiegel.de/sp322019boeing
oder in der App DER SPIEGEL



Deutschland

»Ein solches Gewaltphänomen zeigt uns, wie instabil und fragil unsere Welt ist.« ► S. 30



»Share Deal«-Immobilie Sony Center Berlin (1.)

Immobilien

Schonfrist für Steuertrickser

Neuregelung zu »Share Deals« nicht Bestandteil des Jahressteuergesetzes

● Die schwarz-rote Bundesregierung tut sich offenbar schwer damit, Steuerschlupflöcher zu schließen. Zwar verabschiedete das Kabinett jetzt auf Initiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) einen Gesetzentwurf, der Steuervermeidungsmodelle bei Immobiliengeschäften einschränken soll. Zugleich verzichtete die Große Koalition aber darauf, die Gesetzesverschärfung zum Bestandteil des Jahressteuergesetzes zu machen, das in der Regel vom Parlament ohne große Änderungen verabschiedet wird. Im Jahressteuergesetz stehen fiskalische Neuregelungen, etwa Steuervorteile für Elektroautos oder die Mehrwertsteuersenkung für E-Books.

Ursprünglich sollten auch die »Share Deal«-Regelungen hier verankert werden. Dem Fiskus entgehen jährlich hohe

dreistellige Millionenbeträge, weil Grundstücksgeschäfte als Firmenkäufe deklariert werden und damit weitgehend von der Grunderwerbsteuer befreit sind. Seit Jahren versuchen mehrere Bundesländer, dieses Steuerschlupfloch zu schließen; Anfang des Jahres hatten sie sich mit dem Finanzministerium auf eine moderate Gesetzesänderung verständigt.

Allerdings ist das Vorhaben in der Koalition umstritten. Der CDU-Finanzpolitiker Andreas Jung begrüßte die Herauslösung aus dem Jahressteuergesetz, sie ermögliche »die notwendige intensive Beratung« der Share-Deal-Verschärfung. Die oppositionelle Finanzpolitikerin Lisa Paus (Grüne) warnt vor der Gefahr einer »weiteren Entkernung des ohnehin schon verwässerten Gesetzentwurfs«. WAS

NPD

Rechte »Verflechtung«

● Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat halten die NPD weiter für einen einflussreichen Akteur in der rechtsextremen Szene. Das ergibt sich aus dem gemeinsamen Antrag beim Bundesverfassungsgericht, mit dem die drei Organe die Partei, die zuletzt auf Landes- und Bundes-

ebene kaum noch Wahlerfolge hatte, von der staatlichen Finanzierung ausschließen wollen. Dem Antrag zufolge spielt die NPD eine wichtige Rolle bei der Organisation rechtsextremer Konzerte wie des »Schild und Schwert«-Festivals in Sachsen mit Hunderten Besuchern, bei dem neben Neonazi-Bands auch Kampfsportler auftreten. Initiator ist NPD-Bundesvize Thorsten Heise, der sich zum »Völkischen

Flügel« seiner Partei zählt. Die 154-seitige Antragsschrift attestiert der NPD eine enge »Verflechtung« innerhalb der rechtsextremen Szene. Ihre Kader unterhielten teils Kontakte zu Nachfolgeorganisationen verbotener Neonazi-Kameradschaften. Die NPD verfüge zudem über 141 kommunale Mandate, vor drei Jahren waren es 337. Aus staatlichen Mitteln erhielt die Partei zuletzt rund 880 000 Euro. HIP, WOW

»Nullwachstum wäre hilfreich«



Monika Meyer, 58, Architektin und Leiterin des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt, über die Folgen des steigenden Wohnraumskonsums

SPIEGEL: In Deutschland bewohnt jeder Einwohner im Schnitt 46,7 Quadratmeter, Tendenz steigend. Was bedeutet das für die Umweltbilanz?

Meyer: Je mehr Fläche zu beheizen ist, desto mehr steigt der Energiebedarf und damit die Treibhausgasemissionen. Das gilt gleichermaßen für Altbauwohnungen wie Niedrigenergiehäuser. Allerdings ist der Energiebedarf im Altbau pro Quadratmeter höher. Fast 90 Prozent unserer Gebäude sind Altbauten. Eine Faustregel sagt, dass wir seit Kriegsende pro Kopf in jedem Jahrzehnt fünf Quadratmeter mehr bewohnen. Der Effekt der energeti-

schen Sanierung wird so deutlich abgeschwächt. Ein Nullwachstum wäre hilfreich.

SPIEGEL: Lässt sich der Effekt beziffern?

Meyer: Zwischen 1995 und 2015 nahm der Energieverbrauch der Haushalte pro Quadratmeter Wohnfläche um etwa 30 Prozent ab. Gleichzeitig sank der Energieverbrauch aber insgesamt nur um 13 Prozent. Grund: Die Zunahme an beheizter Wohnfläche fraß den Effizienzgewinn teilweise wieder auf. Trotzdem müssen wir natürlich mehr alte Gebäude dämmen. Im Moment schaffen wir, etwa ein Prozent des Bestands im Jahr energetisch zu sanieren. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir das Tempo mindestens verdoppeln.

SPIEGEL: In London, Paris oder Madrid leben ganze Familien auf so viel Raum wie ein Durchschnittsdeutscher. Sollten wir neben »Flugscham« jetzt auch noch »Wohnscham« entwickeln?

Meyer: Ich gebrauche scherzhaft den Begriff »Flächenverbrauchsschweinchen«. Aber wir sind nicht nur deshalb Schweinchen, weil wir in der Wohlstandsgesellschaft zu unserem Glück immer mehr Wohnraum brauchen. Sondern es liegt

wesentlich an der deutlichen Zunahme an kleinen Haushalten: Eine Durchschnittsfamilie zieht 1970 in ein 130-Quadratmeter-Haus. Erst ziehen die Kinder aus, dann stirbt einer der Partner, und der verbliebene zieht nicht um. Das hat psychologische Gründe, aber häufig auch wirtschaftliche. In den Ballungsräumen ist aktuell die Altmiete für eine 4-Zimmer-Wohnung oft günstiger als die Neumiete für 1,5 Zimmer.

SPIEGEL: Bremsen die teuren Mieten den Immer-größer-Trend gar nicht?

Meyer: Doch. In Frankfurt am Main beispielsweise geht der Pro-Kopf-Flächenkonsum aufgrund der hohen Wohnkosten zurück. Auch deswegen werden kleinere Neubauwohnungen angeboten. In der Situation ist es hilfreich, wenn Wohnungsbaugesellschaften alleinstehende alte Menschen durch ein Umzugsmanagement unterstützen, in eine kleine Wohnung umzuziehen. Künftig dürfte sich der Trend zum Umzug im Alter noch verstärken.

SPIEGEL: Setzen Sie auf Einsicht?

Meyer: Die heutigen Babyboomer, also die 50- bis 60-Jährigen, scheinen flexibler, als ihre Eltern es noch waren, von denen es hieß: Einen alten Baum kann man nicht verpflanzen. AB

CDU-Ostpolitiker machen Druck bei Grundrente

● Prominente CDU-Politiker aus den neuen Ländern drängen die Große Koalition zu einer Einigung im Grundrentenstreit. »Die Einführung der im Koalitionsvertrag zugesagten Grundrente ist nichts weniger als eine Frage der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens«, sagt Thüringens CDU-Chef Mike Mohring. »Dieses Vertrauen fehlt derzeit den Parteien der Großen Koalition, und das spüren wir in den Ländern.« In Sachsen

und Brandenburg wird am 1. September ein neuer Landtag gewählt, Thüringen folgt Ende Oktober. Auch deshalb wird das Schicksal der Grundrente dort aufmerksam verfolgt. Die Union sperrt sich bislang gegen den Plan von SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil, die neue Leistung ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen. Diese Debatte sei bei Rentnern mit sehr niedrigen Alterseinkünften »lebensfremd«, sagt Mohring. Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff fordert: »Die Grundrente muss kommen.« Die Bedürftigkeitsprüfung sei vorwiegend ein westdeutsches Problem und betreffe den Osten nur

wenig, da die Vermögensverhältnisse andere seien. »Dennoch braucht es ein einfaches Verfahren zur Verhinderung von Missbrauch«, sagt der Landeschef. Außerdem verweist Haseloff auf den Arbeitsmarkt. Um das Problem zu kleiner Renten abzumildern, müssten die Ostlöhne sich dem Westniveau annähern. COS, RAN



Mohring

JENS-ULRICH KOCH / PICTURE ALLIANCE / DPA

Altmaier rudert zurück

● Im Streit um die Vergabe der Batteriezellenforschung nach Münster und Ibbenbüren räumt das Wirtschaftsministerium ein, sich für den umstrittenen Standort Münster ausgesprochen zu haben. Demnach sei die Entscheidung des Forschungsministeriums für Münster »nach einem Austausch mit dem Wirtschaftsministerium getroffen und von diesem mitgetragen« worden, teilt das von Peter Altmaier (CDU) geführte Haus mit. Während das Forschungsministerium von Anja Karliczek (CDU) die Vergabe unter umweltpolitischen und forschungsrelevanten Gesichtspunkten geprüft habe, war das Wirtschaftsministerium für die Bewertung aus industriepolitischer Sicht zuständig. Das Ministerium habe im Hinblick auf dieses Kriterium »den Standort Münster als geeignet eingestuft und den Standortvorschlag für Münster befürwortet«. Karliczek war in die Kritik geraten, weil Ibbenbüren in ihrem Wahlkreis liegt und Münster an diesen grenzt (SPIEGEL 28/2019). Die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen hatten die Vergabe kritisiert. Das Wirtschaftsministerium hatte bisher Karliczeks Darstellung widersprochen und die eigene Präferenz für Münster verschwiegen. ABE, MSA



STEFAN RAMPEL / PICTURE ALLIANCE / DPA

Sturmgeschädigter Wald bei Kalefeld Anfang 2018

Waldschäden

Bäume aus dem Ausland?

● Forstwirtschaftler raten aufgrund der klimabedingten Waldschäden, auch mit hitzeresistenten nicht heimischen Baumarten aufzuforsten. Christoph Kleinn, Professor an der Fakultät für Forstwissenschaften in Göttingen, plädiert für »größere Offenheit« gegenüber importierten Hölzern, auch wenn Naturschützer dies mit Recht kritisch sähen. »Zugleich sehen wir, dass viele einheimische Baumarten im Klimawandel Probleme haben«, so Kleinn. In hiesigen Wäldern wurden Schätzungen zufolge rund 110 000 Hektar seit 2018 von Stürmen, Dürre und

Schädlingen verwüstet. Forstamtsleiter Axel Pampe aus dem niedersächsischen Reinhausen schlägt auch den Einsatz von nordamerikanischer Küstentanne oder Douglasie vor. In Süddeutschland werde bereits mit mediterranen Arten wie der Flaumeiche experimentiert. Diese Baumarten müssten allerdings behutsam integriert werden, so der Förster, um Rückschläge für das Ökosystem zu vermeiden.

Sein Kollege Bertram Leder, Leiter des Forstamts Arnsberger Wald, sieht die Pflanzung fremdländischer Baumarten als »Strategie, den Wald fit für die Zukunft zu machen«. Feldfrüchte wie Kartoffeln oder Mais seien dem Ursprung nach ja auch »nicht heimisch«, so Kleinn. AB, TIK

Fall Oettinger

Mehr Moral für Brüssel

● In der Diskussion um den Plan des scheidenden EU-Haushaltskommissars Günther Oettinger (CDU), nach seiner Amtszeit mit Lebensgefährtin Friederike Beyer ein Beratungsunternehmen zu

gründen, werden Forderungen nach einer besseren Kontrollinstanz laut. Aktuell prüft der unabhängige Ethikausschuss der EU-Kommission den Fall Oettinger.

»Der sogenannte unabhängige Ethikausschuss hat nur eine beratende Funktion und besteht aus Mitgliedern, die auch für die Kommission gearbeitet haben«, kritisiert Vitor Teixeira von Transparency International EU. Der Ausschuss besteht aus drei Personen, die von der Kommission ernannt werden. Für Sven Giegold, Europaabgeordneter der Grünen, ist der Ausschuss unglaubwürdig: »Der Fall Oettinger zeigt, warum wir so dringend einen unabhängigen Ethik-ausschuss brauchen, und zwar auch fürs Europaparlament. Denn auch von dort wechseln die Abgeordneten auf die Seite der Lobbyisten.« RED



CHRISTOPHE GATEAU / PICTURE ALLIANCE / DPA

Beyer, Oettinger

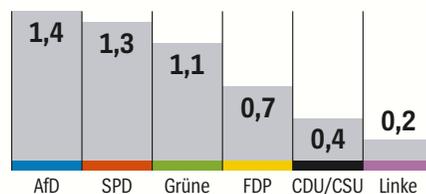
Parteien

Linientreue im Bundestag

● Am diszipliniertesten bei namentlichen Abstimmungen verhalten sich Linkenabgeordnete. Auf 1000 abgegebene Stimmen gerechnet, wichen bei der Linken nur 2 von der Fraktionsmehrheit ab. Für ein Abwechler-Ranking hat der SPIEGEL das Verhalten aller Abgeordneten bei den 106 namentlichen Parlamentsabstimmungen der laufenden Legislaturperiode ausgewertet. Am höchsten fiel mit 1,4 Prozent die Abwechlerquote bei den AfD-Parlamentariern aus, dicht gefolgt von den Genossen der SPD.

Abweichungsquote nach Fraktionen

Anteil der Abwechlerstimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, in Prozent



Dabei gibt es einige rebellische Abgeordnete, die immer wieder aus der Reihe tanzen – ganz besonders bei der SPD. In Opposition zur eigenen Fraktion gehen vor allem Genossen des linken Parteiflügels: Hilde Mattheis, Vorsitzende des innerparteilichen Forums »Demokratische Linke 21« und erklärte GroKo-Gegnerin, stimmte 21-mal gegen die Parteilinie. Auf dem zweiten Platz: Cansel Kiziltepe (20-mal). Auf Platz vier liegt Gabriele Hiller-Ohm (13-mal abgewichen), ihr folgen der im vergangenen November aus der SPD ausgetretene Marco Bülow (12-mal) sowie René Röspel und Ulrike Bahr (beide 11-mal). Auf dem dritten Platz des Rankings liegt mit Canan Bayram eine Grüne. KUF, PLY

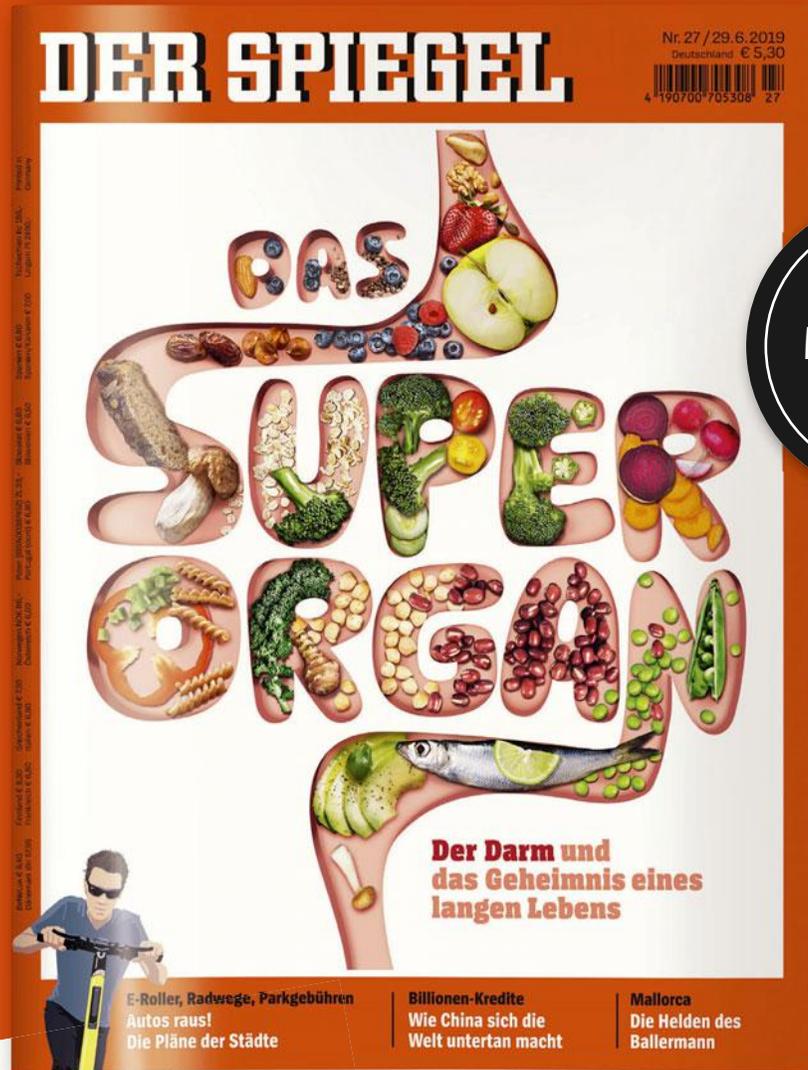
Häufigste Abwechler

Abgeordnete, die gegen die eigene Fraktionsmehrheit stimmten

Hilde Mattheis SPD	21-mal
Cansel Kiziltepe SPD	20
Canan Bayram Grüne	15
Gabriele Hiller-Ohm SPD	13
Marco Bülow SPD bis 27.11.2018	12
Monika Lazar Grüne	11
Ulrike Bahr SPD	11
René Röspel SPD	11
Veronika Bellmann CDU/CSU	10
Rainer Kraft AfD	10

Stand: Juli 2019

Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



Keine
Mindest-
laufzeit

Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 4% günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP19-215)

Aus dem Nichts

Verbrechen Handelte der Mann vom Frankfurter Hauptbahnhof im Wahn, als er eine Mutter und ihren achtjährigen Sohn vor einen ICE stieß? Der Fall rührt an Urängste. Doch einen absoluten Schutz vor solchen Taten kann es nicht geben.

Es ist Freitagnacht in der Frankfurter City, drei Tage bevor am Hauptbahnhof ein achtjähriger Junge sterben wird, weil ihn ein fremder Mann plötzlich vor einen einfahrenden ICE stößt.

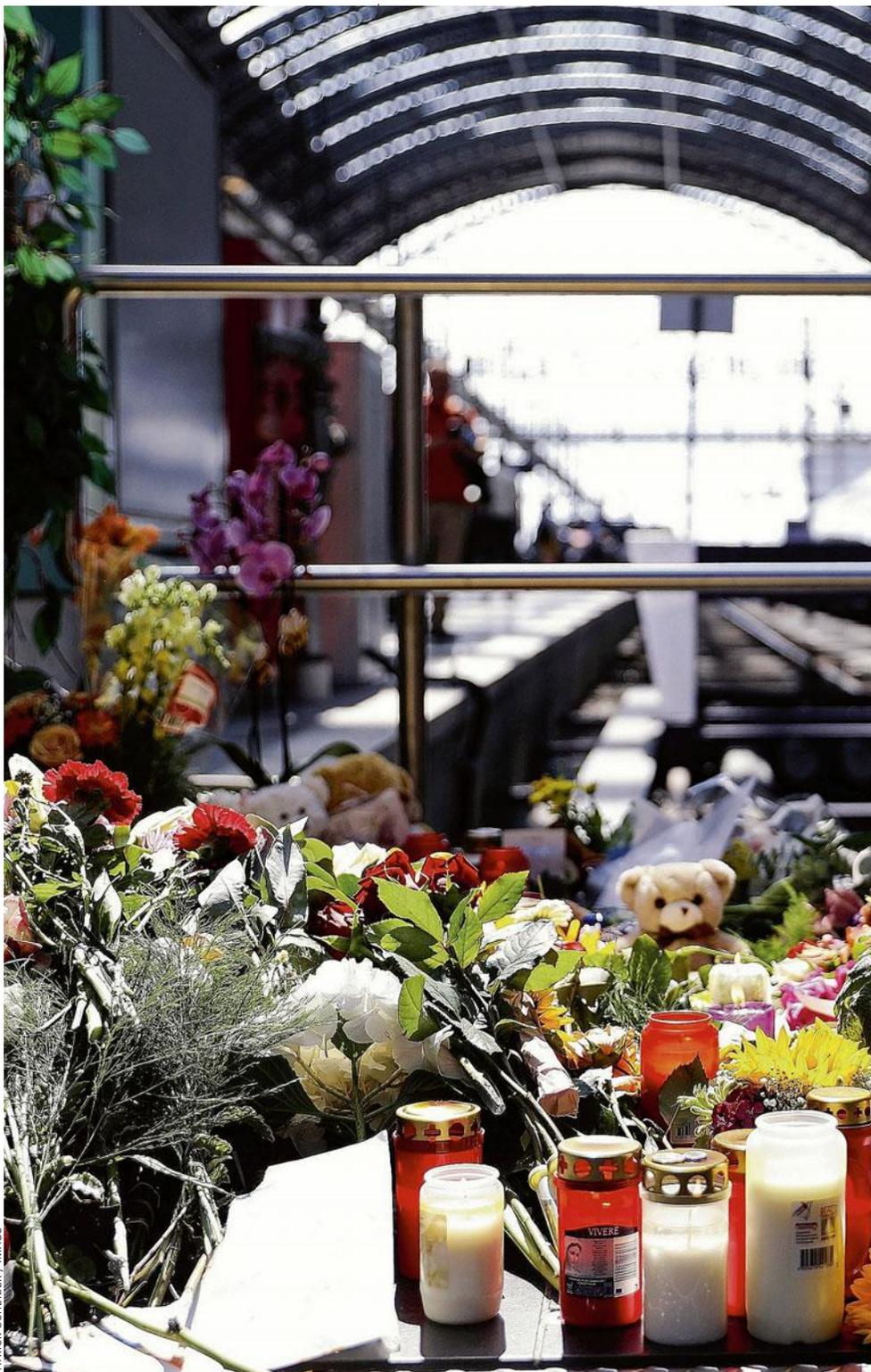
Ein 42-jähriger Eritreer, der seit 30 Jahren in Frankfurt lebt, hält mit seinem Peugeot vor einem Hotel an der Messe. Dort übernachtet eine Tante von ihm, seine Freundin begleitet die Verwandte noch auf ihr Zimmer. Er sei in der Zeit ausgestiegen, erzählt er, um zu telefonieren. In diesem Moment sei ein Mann aus Richtung Hauptbahnhof auf ihn zugerannt und auf seinen Beifahrersitz gesprungen. Er habe Tigrinya gesprochen, eine Sprache der Eritreer. »Er sagte zu mir: Fahr los, die Polizei verfolgt mich!« Dann »wollte er mich überreden, ihn zur Schweizer Grenze zu fahren«. Als der Peugeotfahrer dies abgelehnt und die Portiers vor dem Hessischen Hof winkend zu Hilfe gerufen habe, sei der Mann ausgestiegen und in die Dunkelheit gerannt.

Der eritreische Einwanderer ist überzeugt: Das war Habte A., jener Landsmann, der am Montagmorgen am Hauptbahnhof ein Kind getötet haben soll. Er habe ihn auf den veröffentlichten Fotos wiedererkannt. An jenem Freitag habe er nicht verwirrt oder aggressiv gewirkt, nur ängstlich, erinnert sich der Mann bei einem Treffen in einem Frankfurter Restaurant.

Der Mann, den er beschreibt, Habte A., 40 Jahre alt, geboren in Eritrea, sitzt seit Dienstag in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Mord und zweifachen versuchten Mord vor. Zur Tat schweigt er bislang. Er teilte lediglich mit, Tage zuvor mit dem Zug aus Basel nach Frankfurt gekommen zu sein, geschlafen habe er auf der Straße.

Was Habte A. in den Tagen vor der Tat in Frankfurt genau unternahm, ist noch unklar. Und auch auf die drängende Frage, warum er, selbst Vater von drei kleinen Kindern, einen achtjährigen Jungen in den Tod stieß, gibt es keine Antwort. Aussagen deuten darauf hin, dass er psychisch krank ist. Die Staatsanwaltschaft will ihn nun psychiatrisch begutachten lassen.

Der Schock von Frankfurt trifft Deutschland mitten in den Sommerferien, Millionen stehen dieser Tage an Bahnhöfen auf überfüllten Bahnsteigen, um in den Urlaub



PATRICK SCHEIBER / IMAGO

zu fahren, zur Arbeit oder um die Familie zu besuchen. Allein den Frankfurter Bahnhof passieren täglich bis zu 500 000 Menschen. Viele Menschen reagierten entsetzt, fassungslos.

Es hätte wohl jeden treffen können. Der Täter wählte das Kind und die Frau nach allem, was bisher bekannt ist, willkürlich als Opfer aus. Zufällig, wie jene 149 Menschen, die sterben mussten, weil sie aus-

gerechnet in der Germanwings-Maschine saßen, die der Pilot Andreas Lubitz im März 2015 in Suizidabsicht gegen einen Berg lenkte. Auch in Frankfurt zeigt sich, wie sehr Gewalttaten verstören, bei denen ein Mensch Schicksal spielt und das Leben anderer beendet, die ihm nichts getan haben, die er noch nicht einmal kannte. Es ist eine Tat, die Urängste auslöst, weil sie scheinbar ansatzlos passiert, ohne Grund,

wie aus dem Nichts. Und gegen die es keinen absoluten Schutz geben kann, keine Maßnahme, die so etwas sicher verhindert.

Dass der Tatverdächtige ein Eritreer ist, trifft die deutsche Gesellschaft an einer besonders empfindlichen Stelle. Die Flüchtlingskrise 2015 hat die Ängste vor Fremden befeuert, sie hat die Rechtspopulisten stark gemacht. Bei jeder Straftat wird genau registriert, wer sie begangen hat. Viele Bürger fürchten, die hohen Flüchtlingszahlen führten auch zu einer gesteigerten Kriminalität. Das wird noch befeuert von schwerwiegenden Gewalttaten durch Asylbewerber, wie im Fall des Irakers Ali B., der im Mai 2018 in Wiesbaden die 14-jährige Schülerin Sussanna vergewaltigt und ermordet haben soll.

Die Hasspolitiker von rechts nutzen die Furcht aus und schüren sie, um Stimmung zu machen gegen Flüchtlinge und um das Land weiter zu spalten. Bereits Stunden nach der Tat von Frankfurt prangerte AfD-Fraktionschefin Alice Weidel die angeblich »grenzenlose Willkommenskultur« an, auch wenn der Eritreer, wie sich bald herausstellte, gar nicht als Flüchtling in Deutschland lebte.

Statistisch gesehen vergeht in Deutschland kein Tag, ohne dass Menschen Opfer eines Mordes oder Totschlags werden. Viele der Taten kommen nur als Randnotiz in den Medien vor. Was macht den Tod von Gleis 7 so berührend?

»Ein solch unvorhersehbares Gewaltphänomen, von einem Menschen ausgelöst, zeigt uns, wie instabil und fragil unsere Welt ist«, sagt der Bielefelder Gewaltforscher Andreas Zick. »Dazu ist das Opfer ein Kind, das besonderen Schutz genießen müsste.«

Der Bochumer Kriminologe Thomas Feltes sagt: »Die Handlung verstößt gegen alles, was uns als Mensch ausmacht. Für Sexualdelikte oder häusliche Gewalt gibt es Erklärungsschemata. Das sind Taten, die noch in irgendeiner Form in unser Denkmuster passen. Bei der Tat in Frankfurt ist das anders.« In den meisten Fällen von Gewalt kenne das Opfer den Täter.

Innenminister Horst Seehofer (CSU) versprach nach der Tat mehr Sicherheit. Doch wie kann es die geben vor möglicherweise kranken Tätern, die nicht einmal eine Waffe brauchen?

Am Tag nach dem Frankfurter Verbrechen baten reihenweise besorgte Eltern die anwesenden Bahnmitarbeiter am Bahnhof, sie zu den Gleisen zu begleiten und auf die Kinder achtzugeben. Nach einem lauten Geräusch in der Bahnhofshalle blickten Menschen angstvoll auf.

Dabei sind Bahnhöfe womöglich sicherer geworden. Wie aus dem internen



Gedenkstätte am Frankfurter Bahnhof

Es hätte wohl jeden treffen können

»Lagebild Bahn 2018« hervorgeht, ist die Zahl der registrierten Straftaten auf Bahnanlagen »leicht rückläufig«. Die Polizei verzeichnete deutlich weniger Diebstähle, allerdings nahmen Drogen- und Sexualdelikte zu.

Statistiken und Wahrscheinlichkeiten beeinflussen unser Sicherheitsgefühl oft weniger stark als grausame Einzelaten. Oder Fälle, die an vorhandene Ängste und Vorurteile anknüpfen. Eine Rolle spielt dabei womöglich, dass unser Alltag sicherer und gewaltärmer geworden ist. Nicht nur registrierte Gewalttaten gingen seit 2007 zurück, auch die Zahl schwerer Unfälle, im Verkehr und anderswo. Wir erwarten als Gesellschaft, Risiken ausschließen zu können, und reagieren umso emotionaler, wenn die Realität uns vor Augen führt, dass dies nicht immer gelingt.

Es ist Montagmorgen, 9.59 Uhr, als der ICE 529 aus Düsseldorf an Gleis 7 des Frankfurter Hauptbahnhofs einfährt. Urlaubsreisende, viele Familien mit Kindern warten auf den Schnellzug nach München. Äußerungen von Behördenvertretern legen nahe, dass Überwachungskameras aufgezeichnet haben, was dann passiert. In Abschnitt E steht Habte A. versteckt hinter einem Pfeiler. Als der ICE auf seiner Höhe ankommt, stößt A. kurz hintereinander eine 40-jährige Frau und dann deren 8-jährigen Sohn aufs Gleis. Die Mutter kann sich auf einen Fußweg retten, doch der Junge wird vom ICE erfasst. Er stirbt am Tatort.

Habte A. versucht, noch eine weitere Frau vor den Zug zu stoßen. Aber die 78-Jährige wehrt sich. Sie verletzt sich dabei an der Schulter und erleidet einen Schock. Im ICE hören Zeugen die Schaffnerin: »Um Gottes willen, der hat die vor den Zug geschubst!« Der Zug bremst abrupt, laut einer Durchsage habe es einen »Personenschaden« gegeben, berichten Zuggäste später. Draußen flieht der mutmaßliche Täter, verfolgt von Passanten und einem Polizisten, der privat unterwegs ist. Habte A. wird noch in der Nähe des Bahnhofs gefasst.

Auf Gleis 7 brechen Zeugen in Tränen aus, manche sinken in sich zusammen. Polizisten und Feuerwehrleute eilen zum Unfallort, Notfallseelsorger werden gerufen, Sicherheitsbeamte riegeln die Gleise 4 bis 9 für mehrere Stunden ab. Wegen Handy-Gaffern werden weiße Wände als Sichtschutz aufgestellt. Die Rettungskräfte beziehen ihr Quartier in den Räumen der Bahnhofsmission, einige von ihnen müssen psychologisch betreut werden.

Allem Anschein nach ist Frankfurt am Main, die Stadt, in der Menschen aus 177 Nationen zusammenleben, zufällig zum Tatort geworden. Habte A. war wenige Tage zuvor aus der Schweiz gekommen. Zur Tatzeit stand er offenbar weder unter Drogen, noch hatte er Alkohol getrunken. Bei der Festnahme werden bei ihm weder

Handy noch Papiere gefunden. Ein Eritreer, der in einem Laden im Frankfurter Hauptbahnhof arbeitet, meint, den Täter kurz vor der Tat gesehen zu haben. »Der hat auf dem Bahnhof rumgelungert«, sagt er. Er habe ihn von der Kasse aus gesehen. Der Mann sei ihm aufgefallen, weil er ein Landsmann gewesen sei, der mehrmals hin und her lief und einen verwirrten Eindruck machte.

Das steht im krassen Gegensatz zu seinem bisher bekannten Leben in Europa, das Habte A. erfolgreich zu meistern schien. Er reiste 2006 in die Schweiz und wurde 2008 als Asylbewerber anerkannt, der Aufenthaltsstatus C erlaubte ihm, europaweit zu reisen. Er kam in der Kleinstadt Wädenswil unter und arbeitete als Bauschlosser. Vorübergehend wurde er arbeitslos, doch im Januar 2017 nahm ihn ein Jobprogramm für Erwerbslose beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH auf. A. bekam einen Job-Coach an die Seite, der sich nach einem geeigneten Arbeitsplatz für ihn umsah. Den fand man dann bei den Verkehrsbetrieben Zürich in der Karosseriewerkstatt.

Laetitia Hardegger, Kommunikationschefin des SAH Zürich, erinnert sich noch gut an A. Sie hat ihn im Januar 2018 interviewt für den Jahresbericht 2017, in dem er als Vorbild vorgestellt wird. In der Broschüre lobt ihn sein Chef, A. sei »immer an der Büetz« bei der Arbeit, keiner, »der rumplaudert oder rumsteht«.

»Er war ein sympathischer, ruhiger, offener Mann, wir haben ihn als zuverlässige, integre Person kennengelernt. Er war für uns wirklich ein Beispiel für gelungene Integration«, sagt Hardegger. A. habe dann eine feste Stelle bekommen, was keinesfalls die Regel sei, aber er sei einfach gut in seinem Job gewesen.

Er habe »sich durchgebissen«, um die Anstellung zu bekommen, und warten müssen, weil eine Stelle bei den Verkehrsbetrieben erst frei wurde, als jemand in Pension ging. Über die Festanstellung habe er sich unglaublich gefreut. »Wir sind alle völlig konsterniert und sehr traurig«, sagt Hardegger.

Es scheint keine Verbindung zu geben, vom Davor zum Danach, von dem Leben eines Vorzeigeflüchtlings in den malerischen Schweizer Voralpen zur brutalen Gewalttat an Gleis 7 des Frankfurter Hauptbahnhofs.

Der Schweißer lebte mit seiner Frau und seinen ein, drei und vier Jahre alten Kindern in einem rosa getünchten Haus im Wädenswiler Ortsteil Tanne. Es ist eine kleine Siedlung oberhalb der Stadt, ein Dutzend Häuser, einige Bauernhöfe, ein Restaurant und eine Gärtnerei. Von seinem Balkon aus sah Habte A. auf eine grüne Wiese und den Zürichsee.



Die Familie wohnte über einer italienischen Gaststätte. Keiner der Nachbarn möchte über Habte A. sprechen. Die Wohnung des mutmaßlichen Täters steht leer. Gegen 22 Uhr durchsuchte die Polizei das Apartment. Am nächsten Tag brachten die Behörden die Frau und die Kinder an einen anderen Ort. Sie werden psychologisch betreut.

Habte A. ist nicht vorbestraft. Die Kantonspolizei Zürich fand keine Hinweise auf eine Radikalisierung oder ein ideologisches Motiv. Er ist Mitglied der christlich-orthodoxen Kirche in der Schweiz. Aber laut den Schweizer Ermittlern hatte er zuletzt schwere psychische Probleme. Im Januar dieses Jahres wurde er deswegen krankgeschrieben.

Wie ernst sein Zustand war und dass er für andere gefährlich werden konnte, zeichnete sich am Donnerstag vergangener Woche ab. Da ging in der Zürcher Polizeizentrale für den Kanton ein Notruf ein. Die Ehefrau des Eritreers berichtete, A. habe sie und ihre Kinder bedroht und in der Wohnung eingesperrt. Seine Nachbarin soll er mit einem Messer bedroht und ebenfalls eingesperrt haben. Laut Er-



CHRISTOPH REICHWEIN / DPA

Inhaftierter Hapte A. in Frankfurt

Vom Vorzeigeflüchtling zum Gewalttäter

mittlern sollen beide Frauen gesagt haben, so hätten sie A. »noch nie erlebt«. Als die Beamten eintrafen, war er verschwunden. Das Messer nahm er mit.

Die Polizei schrieb den 40-Jährigen zur Fahndung aus, aber auf die Schweiz begrenzt. Die Fahndung wurde nicht öffentlich gemacht. Denn die Ermittler hielten A. nicht für gefährlich.

Ein enger Freund des mutmaßlichen Täters, den ein SPIEGEL-Reporter am Mittwoch in Wädenswil traf, berichtet von massiven psychischen Problemen von Habte A. Vor einigen Monaten habe es angefangen, dass A. immer wieder davon sprach, irgendwelche fremden Leute würden über ihn reden, sagt der 30-Jährige, dessen Name dem SPIEGEL bekannt ist und der wie Habte A. aus Eritrea stammt. Er sagt, A. sei seit zehn Jahren mit ihm befreundet gewesen, und schildert ihn als einen sehr ruhigen Typ, der größere Menschenansammlungen gemieden habe. »Dann fühlte er sich verfolgt und glaubte, jemand würde ihn abholen.«

In den vergangenen Monaten habe er deutliche Wahnvorstellungen bemerkt. »Einmal habe ich ihn ins Fitnessstudio mit-

genommen, und sofort zeigte er auf andere Gäste, die über ihn reden würden.« Um A. zu beruhigen, habe er die Leute direkt angesprochen und gesagt: »Sieh, da redet niemand über dich. Die kennen dich doch gar nicht.« Sein Freund habe nach außen ruhig gewirkt, aber man habe spüren können, dass er innerlich bebte.

Er habe ihn gedrängt, zum Hausarzt zu gehen, was Habte A. irgendwann getan habe. Der Arzt habe ihn dann für weitere Untersuchungen und eine Behandlung in ein Krankenhaus in Horgen überwiesen. Der Zürcher Tagesanzeiger schreibt, der Hausarzt habe bei ihm Anzeichen einer Paranoia festgestellt.

Während der Freund berichtet, kämpft er immer wieder mit den Tränen. Er selbst habe einen Sohn, der acht Jahre alt sei, sagt er. Er trägt ein weißes T-Shirt mit der Aufschrift »Freedom«, zuletzt habe er seinen Freund seltener gesehen, weil es zu schwierig geworden sei. Am letzten Donnerstag habe der ihn angerufen und berichtet, dass seine Frau die Polizei gerufen habe. Er müsse weg, sonst werde er verhaftet. »Ich habe das wieder für eine seiner

Angstvorstellungen gehalten und gesagt, dass er zum Arzt gehen sollte.« Doch diesmal stimmte die Information.

Ein bekannter eritreischer Aktivist aus der Schweiz erzählt, vor etwa zwei Monaten habe ein Verwandter von A. bei ihm angerufen. Habte A. fühle sich überall verfolgt und erzähle, er werde ständig rassistisch angegangen, im Zug, im Bus. Könne der Aktivist helfen? Er mache sich Sorgen.

Der Aktivist sagte, Habte A. solle sich bei ihm melden. Doch A. rief nie an.

Der forensische Psychiater Hans-Ludwig Kröber hat in seiner Berufslaufbahn schon Täter begutachtet, die Wildfremde vor einen Zug stießen, manche waren tatsächlich schizophran. »Bei Taten, die sinnlos oder motivlos erscheinen, muss man an die Möglichkeit denken, dass der Täter aus einer psychischen Krankheit heraus gehandelt hat«, sagt er.

Auch wenn die grausame Tat vom Hauptbahnhof singulär wirkt, sie ist es nicht. Im ersten Halbjahr dieses Jahres starben in Deutschland mehrere Menschen, die von Unbekannten auf Bahngleise geschubst wurden. In Nürnberg kamen im Januar zwei 16-Jährige zu Tode, nachdem sie von zwei 17-Jährigen aus dem Landkreis Fürth auf ein Gleis gestoßen worden waren.

Im Januar 2016 schubste ein 28-Jähriger mit iranischen Wurzeln am Berliner U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz eine 20-Jährige vor einen einfahrenden Zug. Die Abiturientin war sofort tot. Vor Gericht erklärte der Mann, er habe sich verfolgt gefühlt. Einen Tag zuvor war er aus einem psychiatrischen Krankenhaus in Hamburg entlassen worden. Wegen seiner Erkrankung hielt ihn das Gericht für nicht schuldig.

Doch längst nicht alle Täter sind krank, es scheint auch kein einheitliches Täterprofil zu geben. Unter ihnen sind Jugendliche, aber auch ältere Erwachsene, mehrheitlich Männer, aber auch Frauen. Deutsche und Ausländer.

Am 20. Juli, neun Tage vor der Frankfurter Tat, schubste ein 28-Jähriger im niederrheinischen Voerde eine 34-jährige Mutter vor die einfahrende Regionalbahn und tötete sie. Die Staatsanwaltschaft sprach von Mordlust und Heimtücke. Der Täter, ein in Deutschland geborener Serbe, hatte Cocainmetabolite im Blut, Abbauprodukte von Kokain.

Ein 18-Jähriger, der vergangenes Jahr in Köln einen 43-Jährigen auf die Gleise einer U-Bahn-Station gestoßen hatte, erklärte später vor Gericht, er habe aus Wut und Aggressivität gehandelt, und entschuldigte sich bei seinem Opfer. Er kam mit einer Bewährungsstrafe davon und muss



Tatort Bahnstation Voerde: Aus Mordlust vor den Zug gestoßen?

ein Antiaggressionstraining absolvieren. Sein Opfer, ein Mann, der gerade von der Arbeit kam, hatte Glück, weil gerade keine Bahn kam und Passanten ihm halfen.

Eine 38-jährige Frau warf vor rund zwei Jahren in einer Münchner U-Bahn-Haltestelle einen Mann vor eine einfahrende Bahn. Sie hatte zur Tatzeit knapp 1,8 Promille im Blut. Bevor die Ungarin den Mann auf die Gleise stieß, attackierte sie zwei weitere Personen. Auch sie war psychisch krank. Ihr Opfer, ein Münchner Unternehmer, wurde nur leicht verletzt, weil der Zugführer eine Vollbremsung gemacht hatte und drei Meter vor dem 59-Jährigen zum Stehen gekommen war. Der U-Bahn-Fahrer hatte die 38-Jährige bereits zuvor befördert und sagte vor Gericht später aus, schon da ein »komisches Gefühl« gehabt zu haben. Daher fuhr er mit reduzierter Geschwindigkeit in den Bahnhof ein, was dem 59-Jährigen womöglich das Leben rettete.

Der Dresdner Rene Johne kann berichten, was es heißt, Opfer einer solchen Tat zu sein. Der 40-Jährige kam zwar mit dem Leben davon, als ihn zwei Männer im Frühjahr 2017 frühmorgens auf dem Weg zur Arbeit an der S-Bahn zweimal ins Gleisbett stießen. Doch danach war er jahrelang traumatisiert und arbeitsunfähig.

Eine Woche nach der Tat brach er zu Hause zusammen, wie er jetzt in einem Telefongespräch berichtete. Mehrfach habe er versucht, sich das Leben zu nehmen. Häufig brechen seine Sätze ab, dann spricht seine Frau für ihn weiter. »Mein Mann ist heute ein anderer Mensch«, sagt sie. Er halte es nicht mehr aus, wenn Männer hinter ihm stehen. Mit der S-Bahn fahre er zwar wieder, steige allerdings sofort

aus, wenn sich zu viele Menschen im Waggon befänden.

Die Täter, zwei Asylbewerber aus Marokko und Libyen, waren betrunken, als sie Johne ansprachen und um ein Feuerzeug baten. Als er es ihnen nicht gab, wurden sie zornig und schubsten ihn ins Gleis. Er konnte herausklettern, doch sie stießen ihn erneut hinein. Erst als sich ein Zug näherte, ließen die beiden Männer von ihm ab.

Weil er wegen einer Armverletzung nicht arbeiten konnte und nur Krankengeld bekam, wurde das Geld knapp. Die AfD sammelte Spenden für ihn. Vor der Bundestagswahl nutzte sie den »S-Bahn-Schubser aus Dresden«, um gegen Asylbewerber Stimmung zu machen.

Im Dezember 2017 verurteilte das Landgericht Dresden die Täter zu mehrjährigen Freiheitsstrafen wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung. Einen Tötungsvorsatz sah das Gericht nicht als erwiesen an. Johne sagt, er hoffe, dass die Männer abgeschoben werden, wenn sie freikommen.

Nach schweren Gewalttaten wird immer gefragt, ob der Staat versagt hat. Im Fall von Habte A. ist das bisher nicht zu erkennen. Die Schweizer Behörden und die Zivilgesellschaft taten offenbar alles, um ihn zu integrieren, was auch gelang.

Aber hätte die Schweizer Polizei über die Schweiz hinaus nach ihm fahnden und seinen Namen in das europaweite Schengen-Informationssystem eingeben sollen? So wären deutsche Polizisten, falls sie ihn an der Grenze, im Zug oder auf dem Frankfurter Bahnhof kontrolliert hätten, möglicherweise auf ihn aufmerksam geworden.



Trauerfeier für getötete Jugendliche in

Innenminister Seehofer kritisiert die Schweizer Kollegen nicht dafür, als er am Dienstag in Berlin vor die Presse tritt, trotzdem wird klar, dass er und die versammelten Sicherheitschefs mit der Entscheidung der Nachbarn nicht glücklich sind.

Seehofer ist es wichtig, der deutschen Öffentlichkeit zu signalisieren: Der Staat kümmert sich. Die Kanzlerin und fast alle seine Kabinettskollegen sind im Urlaub, auch Seehofer wollte sich ein paar Tage in seinem Ferienhaus im Altmühltal erholen. Stattdessen holt er die Chefs der Sicherheitsbehörden in Berlin zusammen. Offenbar spürt der Instinktpolitiker, dass nach dem Mord am hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke und den Schüssen auf einen Flüchtling im hessischen Wächtersbach die Frankfurter Tat die öffentliche Stimmung gefährlich aufheizen könnte.

Noch auf dem Weg nach Berlin ruft er seinen Parteifreund, Verkehrsminister Andreas Scheuer, an. Der soll erreichen, dass die Bahn mitzieht bei den schärferen Sicherheitsvorkehrungen, die Seehofer gern auf den Bahnhöfen sähe. Die Bahnmanager müssen wohl besonders überzeugt werden, denn das wird teuer. »Über die Jahre werden wir mit einem Millionenbetrag nicht auskommen«, sagte Seehofer dem SPIEGEL. Im September wolle er ein Spitzentreffen mit Scheuer, dem Bahnvorstand sowie Experten für Bahnsicherheit einberufen.

Nicht gelten lassen will er den Einwand, Kameras und mehr Polizei könnten Straftaten wie die in Frankfurt nicht verhindern. »Wenn wir nur umsetzen, was hundertprozentige Sicherheit verspricht, könnten unsere Behörden ihre Arbeit komplett einstellen.«



LINO MIRGELER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Bayern: Tatverdächtig sind zwei 17-Jährige

Als Konsequenz aus dem Fall will er auch solche Maßnahmen ergreifen, die noch für Debatten in der Koalition sorgen werden. »Ich werde alles in die Wege leiten, um intelligente Kontrollen an der Grenze vorzunehmen.« Im Jahr 2018 seien 43 000 unerlaubte Einreisen registriert worden, viele Migranten kamen, ohne kontrolliert zu werden. »Diesem Umstand müssen wir begegnen, durch eine erweiterte Schleierfahndung und anlassbezogene, zeitlich befristete Kontrollen auch unmittelbar an der Grenze – auch an der Grenze zur Schweiz.« Bis September will Seehofer ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Anders als noch vor einem Jahr, als der Streit um Grenzen fast zum Bruch zwischen CDU und CSU führte, drohe dieses Mal kein Konflikt mit Angela Merkel, glaubt Seehofer. »Ich weiß die Bundeskanzlerin in diesen Sicherheitsfragen voll auf meiner Linie.«

Auf seiner Pressekonferenz konnte der Bundesinnenminister trotzdem nicht viel mehr als Versprechungen präsentieren: Es solle mehr Polizisten geben, die Präsenz zeigen, mehr Videokameras. Schleusen oder Sperren an den Bahnsteigen, wie sie in London oder Paris zum Einsatz kommen, sollen diskutiert werden. Was in diesen Städten üblich ist, hatte Seehofer am Abend zuvor in seinem Ferienhaus im Internet nachgelesen.

Auf den mehr als 5600 Bahnhöfen in Deutschland Trennwände zu installieren, die sich erst öffnen, wenn der Zug stillsteht, halten Fachleute für nicht umsetzbar. Auf den Schienen sind die unterschiedlichsten Züge im Einsatz: ICEs, ICs, Regionalexpress, Regionalbahnen, ausländische und



MATTHIAS RIETSCHTEL / DER SPIEGEL

Angriffopfer Johne aus Dresden: »Mein Mann ist heute ein anderer Mensch«

private Konkurrenten mit ihren Zügen. Die Türen befinden sich an unterschiedlichen Stellen und sind unterschiedlich hoch – automatische Sicherheitsschleusen beim Einstieg sind so kaum machbar.

Am ehesten noch seien solche Trennwände in den U-Bahnen einzelner Großstädte denkbar, so der Erfurter Professor für Eisenbahnwesen Michael Lehmann. »Aber wirklich kriminelle oder psychisch kranke Personen sind damit nicht zu stoppen. Die können dann auf Haltestellen von Bussen oder Trams ausweichen und dort schubsen«, sagte er der »Neuen Zürcher Zeitung«.

Hoffnung setzen Politiker in Systeme zur »Intelligenten Videoüberwachung«. In Mannheim testet das Fraunhofer-Institut Kameras, die auffällige Körperbewegungen erkennen sollen: Sie schlagen Alarm, wenn jemand tritt oder zuschlägt, hektisch anfängt zu rennen oder plötzlich hinfällt.

Allerdings sei dieses System eher geeignet, die Fortsetzung einer Gewalttat zu stoppen, als sie von Anfang an zu verhindern, sagt der Videoüberwachungsexperte Markus Müller. »Den ersten Schlag verhindern wir nicht, vielleicht aber den zweiten oder dritten – und damit die Eskalation einer Tragödie.« Im Frankfurter Fall wäre allerdings »der Tod des Jungen auch mit unserer Technik nicht zu verhindern gewesen«, sagt Müller.

Der Gewaltforscher Zick bemängelt, dass es für öffentliche Orte wie den Frankfurter Bahnhof keine Erfolg versprechenden Präventionskonzepte gebe. »Auf Gewalt sind wir als Gesellschaft nicht besonders gut vorbereitet«, sagt er. »Wir diskutieren nach solchen Taten zu kurzfristig.«

Jedes Mal würden mehr Sicherheitspersonal oder mehr Kameras gefordert. »Das greift zu kurz.« Auch Absperrungen an den Gleisen hält er nicht generell für die richtige Lösung. Stattdessen seien etwa Sozialarbeiter oder besser geschulte Polizisten nötig, die Risiken besser erkennen könnten und potenzielle Täter, wenn sie über das Gelände irrten.

Weil der Tatverdächtige ein Eritreer ist, haben Populisten die Sicherheitsdebatte längst gekapert, um Stimmung gegen Migranten zu machen. Schon kurz nach der Tat gab neben Fraktionschefin Weidel die AfD-Bundestagsabgeordnete Verena Hartmann den Ton an. Sie machte Kanzlerin Merkel persönlich verantwortlich und schrieb, sie »verfluche den Tag Ihrer Geburt«. Später löschte sie den Tweet.

In rechten Foren machte bald ein »Meme« die Runde: ein gefälschtes gelbes Bahn-Warnschild mit dem Hinweis »Vorsicht Schubsende Migranten«. In den sozialen Medien versuchen manche die Empörungswellen noch zu verstärken.

So tauchte ein angeblicher Tweet von Gesundheitsminister Jens Spahn auf, in dem dieser den Vorfall scheinbar verharmlost und »ganz nüchtern« in Relation zu der Zahl von Kindern setzt, die im laufenden Jahr an Masern verstorben seien. Spahn sah sich gezwungen, das gefälschte Posting mit dem gefälschten Zitat via Twitter richtigzustellen: »Der entsetzliche Tod eines Kindes wird so für Stimmungsmache und Fake News genutzt. Das ist besonders perfide und plump.«

Innenminister Seehofer hält das, was derzeit auf Twitter passiert, für »hochgradig besorgniserregend«: »Dort geht die Qualität der öffentlichen Debatte vor die

»Das finde ich infam«

Gewalt Ministerpräsident Volker Bouffier, 68, Vize-Bundesvorsitzender der CDU, über die jüngsten Straftaten in Hessen und den Hass im Internet

Hunde«, sagt er. »Dort entsteht eine Polarisierung, die Grundlage für Gewaltbereitschaft ist.«

Noch am Tattag hatte ein gefälschtes Nutzerkonto (»_Naschkatze88_«) pietätlosen Spott über den getöteten Jungen und vermeintlich Empathisches über den Täter und dessen Zukunftsaussichten gepostet. Das gefälschte Konto war mit seinem Namen offenkundig an ein reales Twitter-Konto einer jungen Frau angelehnt, von dem auch Fotos gestohlen und übernommen wurden.

Als Reaktion darauf gab es – wie von den unbekanntenen Urhebern offenbar erwünscht – Hass, Mord- und Vergewaltigungsfantasien, eine Jagd nach der Frau auf dem Foto begann.

Diese perfide Methode, Hass anzustacheln, ist spätestens seit dem vergangenen US-Präsidentenwahlkampf bekannt – ihr Ziel ist das, was die Stasi einst »Zersetzung« nannte. Sie soll die Gesellschaft weiter auseinandertreiben, spalten und polarisieren.

Ein Opfer dieser Polarisierung sind nun die in Deutschland lebenden Eritreer. Rut Bahta 38, ist Vorstandsmitglied von »Uniting Eritrean Voices in Germany«, der Dachorganisation der eritreischen Diaspora in Deutschland. Sie ist in Deutschland aufgewachsen und arbeitet als Assistenzärztin in der Psychiatrie.

Viele Eritreer hätten unter Schock gestanden, nachdem ein Mann eine Woche zuvor den Eritreer Bilal M. aus rassistischen Motiven in Wächtersbach niedergeschossen hatte. »Eigentlich dachten alle, in Deutschland sei man sicher.«

Wenige Tage danach steht ein Eritreer als Täter im Fokus. Seitdem würden sie und ihre Kollegen ständig von anderen Eritreern aufgefordert, sich stellvertretend für die Gemeinschaft der Exil-Eritreer zu positionieren. »Die Öffentlichkeit soll erfahren, dass wir gute und friedliebende Leute sind«, forderten sie. Bahta spricht der Mutter des getöteten Jungen ihr »tiefstes Beileid« aus. Die Tatsache, dass der Täter von Frankfurt Eritreer sei, stehe »für rein gar nichts«, sagt Bahta, »es ist Zufall«.

Den Eritreer, in dessen Auto Habte A. Freitag Nacht wohl für kurze Zeit saß, quälen seit der Tat düstere Gedanken. Was wäre passiert, fragt er sich, wenn er mit dem Mann gesprochen, sich um ihn gekümmert hätte? Hätte er ihn von der furchtbaren Tat abhalten können?

Eine Frage, auf die es keine Antwort mehr gibt.

Melanie Amann, Laura Backes, Felix Bohr, Katrin Elger, Annette Großbongardt, Hubert Gude, Lucia Heisterkamp, Anna-Lena Jaensch, Timo Lehmann, Ann-Katrin Müller, Marcel Rosenbach, Wolf Wiedmann-Schmidt

SPIEGEL: Herr Bouffier, Ihr Bundesland war zuletzt mehrmals in den Schlagzeilen wegen gravierender Straftaten. Hat Hessen ein Sicherheitsproblem?

Bouffier: Es gab in letzter Zeit drei Fälle bei uns, die herausragen und uns fassungslos machen, zuletzt der Mord an dem kleinen Jungen, der am Hauptbahnhof in Frankfurt auf die Gleise gestoßen wurde. Aber neben solchen schlimmen Einzelfällen gibt es auch das Gesamtbild, und hier zeigen alle Zahlen, dass Hessen zu den sichersten Bundesländern gehört. Wir haben die Polizei drastisch ausgebaut, die Mittel für den Verfassungsschutz vervierfacht, und wir investieren viel in die Kriminalitätsprävention.

SPIEGEL: Der Mord an Ihrem Parteifreund Walter Lübcke, der Anschlag auf einen Eritreer in Wächtersbach, die Drohungen gegen eine Frankfurter Rechtsanwältin aus Polizeikreisen – gibt es in Hessen nicht doch ein größeres Problem mit Rechtsextremismus, als man gedacht hätte?

Bouffier: Ich war mit Walter Lübcke über 40 Jahre befreundet, dieser Mord hat mich bis ins Mark getroffen. Aber diese Tat ist nicht hessenspezifisch, sie hätte auch anderswo stattfinden können. Jeder dieser gravierenden Fälle ist anders. Nehmen Sie etwa den mutmaßlichen Täter von Wächtersbach – er tauchte in keinem unserer Systeme jemals als verdächtig auf.

SPIEGEL: Sind vielleicht die Instrumente, mit denen Extremisten identifiziert werden, einfach nicht mehr zeitgemäß?

Bouffier: Nach elf Jahren als Innenminister bin ich überzeugt, dass Sie gegen völlig unauffällige Personen mit neuen Rechts-

vorschriften nicht viel weiterkommen, es sei denn, Sie werfen jeden Schutz des menschlichen Intimbereichs über Bord, und das will ich nicht. Aber wir sollten uns auch nicht wehrlos zeigen. Ein Beispiel: Hessen hat vor einem Jahr im Bundesrat beantragt, dass jede Person, die mal von einer Verfassungsschutzbehörde erfasst wurde, automatisch als unzuverlässig für den Waffenbesitz eingestuft wird. Unsere Initiative fand damals keine Mehrheit.

SPIEGEL: In seiner Stammkneipe hatte sich der Täter von Wächtersbach mit seinem Mordplan gebrüstet. Das schien seine Freunde nicht zu stören.

Bouffier: Ich kenne dazu keine Einzelheiten, aber gerade wenn sich dieser Verdacht erhärten sollte, müssen wir die Menschen stärker sensibilisieren und aktivieren. Es kann nicht sein, dass solche Sprüche achselzuckend ignoriert werden. Sie müssen ernst genommen und den Behörden gemeldet werden. Oder, noch besser, das soziale Umfeld muss auf diese Menschen Einfluss nehmen.

SPIEGEL: Sie sind nicht auf Twitter. Welche Verantwortung für Hasskriminalität sehen Sie bei den sozialen Netzwerken?

Bouffier: Wenn Sie dieser Tage die Inhalte dieser Plattformen verfolgen, wird Ihnen schlecht. Deshalb hat Hessen im Koalitionsvertrag eine massive Initiative gegen Hate Speech vereinbart. Wir müssen die, denen alles egal ist, irgendwie aufrütteln. Und wer sich im Netz übel und strafbar gebärdet, muss konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Das Netz ist kein rechtsfreier Raum. Da wünsche ich mir mehr Druck auf die Plattformbetreiber, damit sie nicht mehr alles ungefiltert rausschleudern.

SPIEGEL: AfD-Politiker zogen sofort Verbindungen von dem Frankfurter Mord zu Angela Merkels Flüchtlingspolitik.

Bouffier: Das finde ich infam. Der Vorgang in Frankfurt bietet keinerlei Zusammenhang zur Flüchtlingspolitik von 2015. Der Täter lebte seit über zehn Jahren in der Schweiz, er galt als musterhaft integriert.

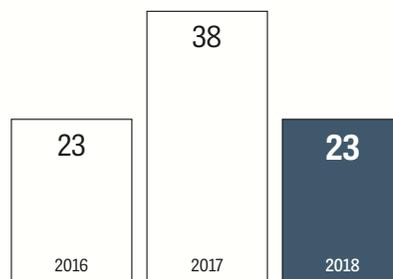
SPIEGEL: Trotzdem: Die Flüchtlingspolitik hat Ängste und Wut in vielen Leuten freigesetzt. Hat die Politik sie überfordert?

Bouffier: Unbestreitbar gibt es in der Bevölkerung einen nicht geringen Teil, der die Flüchtlingspolitik für falsch hält. Dieser sah seine Bedenken auch im Bundestag lange Zeit nicht vertreten. In einer Demokratie ist eine solche Meinung zu respek-

Gewalt am Gleis

Straftaten wider das Leben auf Bahnanlagen

Quelle: Bundespolizei





Politiker Bouffier: »Nicht engstirnig erscheinen«

BORIS ROESSLER / DPA / PICTURE ALLIANCE

tieren, ohne diese gleich in die rechte Ecke zu stellen. Aber wer aus politischen Gründen Hass sät oder gar zu Gewalt aufruft oder diese anwendet, für den gibt es keine Entschuldigung.

SPIEGEL: Zeigen die jüngsten Taten, dass Rechtsextremismus ein bundesweites Phänomen ist und kein primär ostdeutsches?

Bouffier: Sie können sicher sein, dass die Politik das Thema überall gleich ernst nimmt. Mir scheint allerdings das Selbstbewusstsein der Szene in Teilen der ostdeutschen Bundesländer größer zu sein. Denken Sie beispielsweise an die Aufmärsche von NPD, Kameradschaften und Neonazis.

SPIEGEL: Bundesinnenminister Horst Seehofer will nach dem Frankfurter Mordanschlag die Sicherheit an Bahnhöfen erhöhen. Ist das sinnvoll oder Symbolpolitik?

Bouffier: Ich begrüße den Vorstoß. Bei 5600 Bahnhöfen wird man zwar nüchtern sagen müssen, dass absolute Sicherheit

eine Illusion ist. Wenn sich ein psychisch gestörter Mensch eine so furchtbare Tat vornimmt, wird dies schwer zu verhindern sein. Trotzdem müssen wir Schutzlücken möglichst finden und schließen. Wenn Horst Seehofer mehr Polizeipräsenz oder Schleusen an Bahnhöfen für nötig hält, werde ich das sicher positiv begleiten.

SPIEGEL: Egal was es kostet?

Bouffier: Beim Thema Sicherheit sollte man nicht engstirnig erscheinen und nur fragen, wie lange etwas dauert und was es kostet. Allerdings muss man immer prüfen: Lässt sich das praktisch umsetzen? Ein Beispiel: Können wir die enge Taktung unseres Bahnverkehrs auch bei schärferen

»Gegen völlig unauffällige Personen kommen Sie mit neuen Vorschriften nicht weiter.«

Sicherheitsvorkehrungen aufrechterhalten? Wenn die Züge nur im Schrittempo einrollen, dauert alles länger, und die Akzeptanz schwindet. Wir möchten doch, dass die Leute mehr mit dem Zug reisen und weniger mit Auto oder Flugzeug, insbesondere aus Klimaschutzgründen.

SPIEGEL: Die CDU hat nach Auffassung Ihrer eigenen Parteivorsitzenden die Klimapolitik sehr vernachlässigt. Jetzt kommen im Tages- und Wochenrhythmus Vorschläge aus der Union. Finden Sie das glaubwürdig?

Bouffier: Man kann natürlich darüber diskutieren, ob wir genug getan haben. Es stimmt so nicht, dass wir nichts für das Klima getan hätten. Warum haben wir denn den Kohlekompromiss geschlossen? Wir sind das einzige Land, das in so kurzer Zeit aus Kohle- und Atomkraft aussteigt. Dabei geht es allein um Klimaschutz.

SPIEGEL: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will den Kohleausstieg vorziehen. Ihm reicht der Kompromiss nicht.

Bouffier: Wir sollten jetzt erst einmal durchsetzen, was wir beschlossen haben. Das wird schon schwierig genug. Es nutzt ja nichts, wenn wir aus der Kohle aussteigen und dann Kohlestrom aus Polen beziehen müssen. Wir dürfen die Schraube nicht überdrehen.

SPIEGEL: Ist es da sinnvoll, alle zwei Tage mit neuen Ideen auf den Markt zu gehen?

Bouffier: CDU und CSU wollen ein gemeinsames Programm vorlegen, und darauf setze ich. Im Übrigen sind nicht alle Vorschläge wirklich neu.

SPIEGEL: Sollte der Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz kommen?

Bouffier: Ich hielte das für sinnvoll. Man muss den entsprechenden Artikel nur sorgfältig formulieren. Es gibt ja die Sorge, dass das Grundgesetz entwertet wird, wenn wir alle möglichen Ziele aufnehmen. Die Gefahr sehe ich beim Klimaschutz nicht.

SPIEGEL: Und was soll das bringen?

Bouffier: Allein die Aufnahme ins Grundgesetz reicht nicht. Wir müssen auch praktisch weiterkommen und insbesondere schneller werden, wenn wir den Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen. Wir brauchen in Deutschland zurzeit 30 Jahre, um eine neue Bahnstrecke zu bauen. Das ist viel zu lang. Eine Verankerung des Klimaschutzes im Grundgesetz könnte in Gerichtsverfahren ein Argument sein, das es leichter macht, solche Projekte schneller umzusetzen.

Interview: Melanie Amann, Ralf Neukirch



ANDREAS CHUDOWSKI / DER SPIEGEL

Sozialdemokratin Schwan: »Das macht mir überhaupt keine Angst«

Damenwahl

Karrieren Gesine Schwan brät Buletten für ihre Verwandten, schreibt ein Buch und will mit 76 Jahren für den SPD-Vorsitz kandidieren. Wie irre ist das? Ein Besuch.

Am Freitag vergangener Woche sitzt Gesine Schwan im Garten ihres Berliner Hauses, als sie ausnahmsweise mal ein bisschen unhöflich werden muss. Schwan hat die Zeit vergessen, und niemand hat sie daran erinnert. Sie wird unruhig, sie guckt auf ihr iPhone, sie sagt: »Ich muss jetzt noch ein wichtiges Telefonat führen. Ich bringe Sie zur Tür.« Es ist die diskrete, schwansche Form eines Rausschmisses.

Kein Sprecher, kein Mitarbeiter kann das für sie erledigen, sie muss das schon selbst machen. Schwan nimmt das Kaffeegedeck vom Holztischchen und die Wassergläser,

sie huscht über ihre Terrasse durch den Flur zum Eingang ihres Hauses. »Alles Gute Ihnen«, sagt Schwan noch, winkt kurz, schließt dann die Tür. Termine, Termine.

Gesine Schwan ist jetzt 76 Jahre alt, sie hat in ihrem Leben einiges geschafft, hat eine Hochschule geleitet, eine andere gegründet, sie hat Polnisch gelernt, hat zweimal geheiratet und zweimal für das Bundespräsidentenamt kandidiert. Sie könnte es jetzt ruhiger angehen lassen und sich die Zeit nehmen, mit ihrem Mann zu verreisen, zu entspannen. Oder im nahen Schlachtensee schwimmen zu gehen.

Aber Schwan hat keine Zeit. Sie will noch SPD-Vorsitzende werden, und weil das ungefähr das Gegenteil von Entspannung bedeutet, fragt man sich erst einmal, ob Schwan noch alle Sinne beisammenhat.

Keine Partei in Deutschland braucht dringender einen Generationswechsel als die SPD. Das Personal ist verbraucht. Die Partei ist erschöpft vom Regieren, frustriert von den vielen Wahlniederlagen. Auf, auf in neue Zeiten, rufen sie in der Sozialdemokratie, und das kann ja wohl kaum mit einer Seniorin geschehen. Oder doch?

Das Spannende an der Situation der SPD ist, dass sich nicht genau sagen lässt, ob die alte Logik noch gilt. Die Partei braucht einen Bruch, diese Erkenntnis ist mittlerweile angekommen in der SPD. Aber wenn sie wirklich etwas anders machen will, dann kann sie nicht schon wieder Funktionäre an die Spitze setzen, dann müsste sie die Machtpolitiker einmal übergehen, die Ministerpräsidenten, die Kabinettsmitglieder, die Vizevorsitzenden.

Das, so glaubt Schwan, sei ihre Chance bei der Abstimmung unter den 430 000 Mitgliedern. Im Moment scheinen ja sowieso alle möglichen prominenten Genossen abzusagen. Vielleicht erledigt sich das Problem also auch von selbst?

Schwan jedenfalls wundert die bislang spärliche Kandidatenriege nicht. »Die SPD braucht jetzt nicht so sehr die Erfahrung von Regierungsinsidern«, meint sie. »Allen, die mir vorwerfen, ich sei naiv, sage ich: Und wie weit habt ihr es gebracht mit eurer vermeintlichen Professionalität?«

Es ist schon eine etwas eigentümliche Kampagne, die die Politikwissenschaftlerin da fährt, wenn man denn von Kampagne sprechen möchte. Sie hat ja noch nicht mal richtig angefangen. Schwan braucht einen Tandempartner, denn die SPD will künftig eine Doppelspitze in der Parteizentrale installieren. Sie sei in Gesprächen, sagt Schwan. Mehr verrät sie nicht.

Die Zentrale ihres Wahlkampfes ist ihr Zuhause, eine helle Jugendstilvilla in Berlin-Nikolassee. Hier wohnt Schwan mit ihrem zweiten Ehemann, dem Korruptionsbekämpfer und Ex-Weltbankmanager Peter Eigen. Gemessen daran, dass die Sozialdemokratin als Anti-Establishment-Kraft unterwegs ist, ist dieses Heim eine interessante Umgebung. Mehr Establishment als hier im Südwesten Berlins geht eigentlich kaum, aber die Situierung sagt bekanntlich nur begrenzt etwas darüber aus, wie Menschen ticken. Schwan tickt links.

Sie schreibt keine Strategiepapiere und will keine Gesetze machen, aber ihr Programm für die SPD kann Schwan trotzdem klar umreißen. Sie will die Partei radikaler aufstellen, leidenschaftlicher, klarer ausgerichtet an den Grundwerten von Freiheit und Solidarität. Sie will weg von der Spiegelstrichpolitik zu einem Ansatz, in dem die

Haltung den Kurs bestimmt und nicht der Wahltermin. »Man sieht nicht mehr, wofür die SPD brennt«, klagt die Berlinerin. Keine Vision, stattdessen nur Verwaltungsmentalität. »Wir sind so schrecklich mutlos.«

Die SPD, sagt Schwan, brauche »endlich wieder eine klare Weltsicht«. Für offene Grenzen, gegen Krieg, für mehr Europa, gegen das Spardiktat. In der Regierung würde sie mit einem solchen Ansatz leicht in die Bredouille kommen, in der Opposition könnte er passen. Wahrscheinlich wird sich die SPD bald ohnehin auf Letzteres konzentrieren müssen.

Die Sonne hat im Garten mittlerweile die Schattenplätze erreicht. Einen Schirm gibt es nicht, also werden Stühle und Tische einfach immer ein Stück weitergerückt. Die Wiese ist umrahmt von hohen Kiefern, ganz hinten rauscht leise die Stadtautobahn. Trotzdem fühlt sich die Hektik von Berlin-Mitte hier sehr weit weg an.

Zuletzt waren ein paar von Eigens amerikanischen Verwandten zu Gast. Schwan hat Buletten gebraten. »Ich wollte für die Amis was ganz klassisch Berlinerisches machen«, sagt sie. »Das fanden die super.«

Schwan hat keine Profis um sich, sie macht im Grunde alles selbst. Termine, Interviews, Planungen. Sie muss zusehen, dass sie im Gespräch bleibt, muss für sich werben, ihre Vorzüge betonen. Wirklich schwer fällt ihr das nicht: »Ich gehe jeden Samstag hier einkaufen. Da werde ich immer angesprochen. Die Leute kennen mich.«

Eine Vertraute kümmert sich darum, dass die emeritierte Professorin bei Twitter vorkommt, sie selbst findet die Welt der sozialen Medien spannend, aber sie ist ihr auch fremd. Sie hat mitbekommen, dass sich manche im Netz über ihre Frisur lustig machen, aber das ist ihr egal. Es ist Schwan überhaupt ziemlich egal, was über sie und ihre Kandidatur gedacht wird. Sie macht einfach ihr Ding.

Auch Peter Eigen hilft manchmal aus. Ob er die E-Mail verschickt habe, fragt Schwan ihren Mann im Vorbeigehen. »Mache ich gleich«, sagt er.

Schwan mag auf die 80 zugehen, aber sie hat mehr Energie als mancher 50-Jährige. Neben ihrem Parteiwahlkampf schreibt sie gerade ein Buch, in dem sie sich mit der Frage beschäftigt, warum sich so viele Menschen von Parteien abwenden. Einen

Grund sieht Schwan darin, dass zu viele Politiker zu Schauspielern geworden seien: Sie lächeln inmitten schwerer Machtkämpfe. Sie geben die Klimaschützer, auch wenn sie das Thema jahrelang vernachlässigt haben. Sie erzählen Geschichten, die leicht als Märchen durchschaubar sind.

Mit Schwan über Politik zu sprechen ist spannender als mit vielen anderen im Regierungsviertel. Sie blickt von außen auf die SPD, weshalb sie die Krise der Partei tiefer analysieren kann als die meisten Funktionsträger. Sie meidet die gängigen Thesen und Beschwichtigungen, sie macht keinen Hehl daraus, dass es für die SPD gegenwärtig schon wirklich sehr beschissen läuft, auch wenn sie das natürlich vornehmer formuliert.

Eine zentrale These der Politikwissenschaftlerin lautet, dass die SPD ihren Niedergang nicht stoppen wird, wenn sie Wählerstudien folgt und ihre Programmatik darauf trimmt, verbliebene sozialdemokratische Milieus zufriedenzustellen. »Das ist für mich an Borniertheit gar nicht zu überbieten«, sagt Schwan. »Da empfehlen uns irgendwelche wahnsinnig pffiffigen Berater, unsere Politik auf diese oder jene Klientel zu optimieren.« Dabei sei dies der beste Weg, Vertrauen zu verlieren. »Jeder kann doch durchschauen, dass wir das nur machen, um Stimmen zu kriegen, nicht aus echter Überzeugung.«

Analytisch hält Schwan es für »völlig unsinnig«, den Kurs der SPD von Milieueränderungen abhängig zu machen. »Milieus

ändern sich ständig, und kein Mensch weiß, wie genau unsere Gesellschaft in 20 Jahren aussieht.« Immer nur nach den Wünschen der Kundschaft zu äugen sei schädlich. »Grundwerte sind viel anhaltender als irgendwelche gerade hochgezogenen Schichten.« Mancher Strategie im Willy-Brandt-Haus würde wohl unter einer Chefin Schwan beruflich umsatteln müssen.

Mit ihr, so scheint es, würde die SPD weniger an Hartz-IV-Sätzen und Freibetragsgrenzen feilen als an der großen Geschichte, wie eine freie Gesellschaft künftig aussehen könnte.

Ihre Thesen werfen auch die Frage auf, ob Intellektualität der SPD jetzt weiterhilft. Schwans gedankliche Tiefe tut gut, aber sie sich in der Werkshalle vor 10 000 VW-Mitarbeitern vorzustellen ist nicht ganz einfach. Der große SPD-Rivale Robert Habeck, der

Star der Grünen, schafft es, über den Dingen zu schweben. Insofern würde es der Sozialdemokratie vielleicht guttun, einen Gegenentwurf zu präsentieren. Jemanden, der handfest tickt, schnörkellos spricht, auch mal zulängt. Boris Pistorius etwa, den niedersächsischen Innenminister. Oder Franziska Giffey, die Familienministerin. Niemand aus dem Elfenbeinturm.

Schwan hält von dieser Theorie gar nichts. »Brauchen wir bei 13 Prozent für die Umkehr des andauernden Abwärtstrends jemanden, der die Politik handfest im Wedding verkaufen und Kindergarten-sätze berechnen kann – was immer wichtig ist? Oder brauchen wir jetzt jemanden, der die historische Mission der SPD erklären und für die Zukunft weiterentwickeln kann? Ich glaube, vor allem Letzteres. Und das traue ich mir zu«, sagt sie.

Vier Wochen hat Schwan noch Zeit, einen Mitsreiter zu finden. Sie ist nicht die Einzige, die sucht, es ist ein bisschen so, als wäre die SPD gerade ein Swingerklub. Neulich gab es ein Telefonat zwischen Schwan und Ralf Stegner, dem stellvertretenden SPD-Chef, aber beide waren sich am Ende einig, dass sie sich politisch zu sehr ähneln und als Duo nicht jugendlich genug wären.

In der SPD blickt man mit gemischten Gefühlen auf Schwan. Manche sind genervt von ihrer Chuzpe, andere, wie Ex-Chef Sigmar Gabriel, halten sie für eine superkluge Frau. Schwan sei eine »herausragende Sozialdemokratin«, sagt er. »Ich habe in meiner Zeit als SPD-Vorsitzender oft von ihrem wachen Intellekt profitiert, auch und gerade dann, wenn wir nicht sofort einer Meinung waren. Ich kann wirklich nur Gutes über sie sagen.« Aber ob er sie wählen würde?

Schwan fürchtet sich nicht davor, am Ende allein dazustehen. Es werde sich schon ein Tandempartner finden. Und wenn nicht, dann eben nicht. Die bisherigen Kandidatenpaare Michael Roth und Christina Kampmann sowie Karl Lauterbach und Nina Scheer haben Schwan in ihrem Plan eher bestärkt als gebremst, jedenfalls hat sie gewisse Zweifel, ob diese Duos den Abwärtstrend stoppen können.

Nach dem 1. September würde es richtig hart. Mehr als 20 Regionalkonferenzen, eine Tour durch alle Landesverbände. Steht man das durch in ihrem Alter?

»Klar«, sagt Schwan. Sie habe 100 Parteiveranstaltungen in den vergangenen zwei Jahren absolviert. »So was kann ich immer. Das macht mir überhaupt keine Angst.« Veit Medick

Der Weg an die SPD-Spitze

Seit 1. Juli

können Bewerber ihre Kandidatur für den SPD-Vorsitz einreichen.

1. September

Ende der Bewerbungsfrist. Die Kandidaten sollen sich danach in Regionalkonferenzen der Basis präsentieren.

14. Oktober

Basisentscheid der rund 430 000 SPD-Mitglieder über den Kandidaten oder das Kandidatenteam für die Parteispitze.

26. Oktober

Das Ergebnis der Mitgliederbefragung wird vorgestellt. Sollte kein Bewerber über 50 Prozent der Stimmen erhalten, gibt es eine Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten.

6. bis 8. Dezember

In Berlin kommt der Bundesparteitag der SPD zusammen, um den oder die Gewinner des Mitgliederentscheids formell an die SPD-Spitze zu wählen.

Video
**Gesine Schwans
Karriere in Zitaten**

spiegel.de/sp322019schwan
oder in der App DER SPIEGEL





Wahlwerbung in Brandenburg: »Wir sind noch immer eine strukturschwache Partei«

Ups, wir könnten gewinnen

Parteien Die einen schrumpfen in Brandenburg seit Jahren, die anderen spielten lange keine Rolle. Nun könnten ausgerechnet Linkspartei oder Grüne im Nordosten bald den Regierungschef stellen.

Wer Brandenburgs Roten einen Besuch abstatten will, muss in eines der nobelsten Viertel Potsdams. In der Nauener Vorstadt reiht sich Villa an Villa, mittendrin ein Gründerzeitprachtbau aus rotem Backstein. Es ist das Lothar-Bisky-Haus, die Landeszentrale der Linken seit PDS-Zeiten, benannt nach dem früheren Parteivorsitzenden.

Die gediegene Bürgerlichkeit passte lange zu den Genossen, die sich im Osten immer schon mehr als staatstragende Volkspartei verstanden denn als linksaktivistischer Kampftrupp. Bei der Landtagswahl 2004 holten sie 28 Prozent, seit zehn Jahren regieren sie mit der SPD.

Doch in dieser Zeit ist die Landespartei regelrecht abgestürzt. Der Aufstieg der AfD und ihr bräsiges SED-Image brachten die Linke in Schwierigkeiten, außerdem rumpelt es immer wieder in der Koalition. Bei der nächsten Wahl am 1. September drohen ihr weitere Verluste. In den jüngsten Umfragen landete sie zwischen 14 und 17 Prozent.

Es klingt absurd, doch ausgerechnet im Moment des Niedergangs könnte die Villa Bisky der Ort sein, an dem die Brandenburger Linken ihren größten Erfolg feiern: Das Ministerpräsidentenamt scheint in

Reichweite. Dann gäbe in Brandenburg womöglich ein Mann den Ton an, der zum Gespräch in der linken Landeszentrale Kinderschokolade mitbringt.

Als seine Partei in Potsdam vor zehn Jahren in die Regierung eintrat, hatte Sebastian Walter gerade sein Abitur im brandenburgischen Eberswalde gemacht. Jetzt ist er 29 und kellnert in seiner Freizeit noch immer im dortigen Studentenklub. Wenn er sich ärgert, sagt Walter: »Das kotzt mich an.«

Seit Anfang des Jahres ist der Jungpolitiker neben der früheren Lehrerin Kathrin Dannenberg offiziell Spitzenkandidat der Linkspartei. Damit kann man zumindest nicht mehr ganz ausschließen, dass einer wie Walter im Herbst als brandenburgischer Ministerpräsident vereidigt wird.

Denn die Machtverhältnisse im Land haben sich dramatisch verschoben. Auch Sozialdemokraten und CDU haben in der Wählergunst verloren, und zwar deutlich mehr als die Linken. Rot-Rot hat praktisch keine Chance mehr auf eine Mehrheit. Die beiden Parteien brauchten dann die Grünen, um weiter regieren zu können. Doch wer weiß schon, ob in so einem Bündnis die SPD noch den Chef stellen würde.

Die meisten Meinungsforscher sehen die Sozialdemokraten zwar noch vor den Linken, doch in der jüngsten Onlineumfrage von Civey lagen beide Parteien fast gleichauf. Damit steigt zumindest theoretisch die Wahrscheinlichkeit, dass einer der beiden linken Spitzenkandidaten Regierungschef werden könnte.

Sicher könnte die Partei im Zweifel einen erfahreneren Genossen aufbieten oder sogar einer schwächeren SPD den Vortritt lassen. Aber sollte es tatsächlich Walter oder Dannenberg werden – er oder sie käme eher aus Versehen ins Amt. Als sie im vergangenen November als Spitzenkandidaten nominiert wurden, galt das Duo als Notlösung. Die Linken sind in den vergangenen drei Jahrzehnten von mehr als 40 000 auf inzwischen 5800 Mitglieder geschrumpft. Ihnen fällt es immer schwerer, Personal zu finden.

Bis zum vergangenen Jahr wurde Diana Golze als große und vor allem einzige Hoffnungsträgerin gehandelt, bis die damalige Gesundheitsministerin über einen Pharmaskandal stolperte. Jetzt also sollen es zwei weitgehend Unbekannte richten. Kann das gut gehen?

Walter hat in seinen jungen Jahren immerhin schon eine steile Karriere hingelegt. Jüngster Kreisvorsitzender mit 19, Linkenvize mit 22, dann der Wechsel zum DGB als Regionalgeschäftsführer Ostbrandenburg und damit zuständig für 50 000 Gewerkschafter.

Er kann zuspitzen und gilt deshalb parteiintern als der Mann fürs Grobe. Im Juni kokettierte Walter schon mal öffentlich mit der Forderung nach Enteignungen im großen Stil. Das sorgte für Aufsehen in dem vergleichsweise konservativen Landesverband. Der sei oft zu »unideologisch«, findet Walter. Man habe in der Regierung lediglich verhindert, dass die Dinge schlimmer werden.

Walter gibt sich keine Mühe, seinen Ehrgeiz zu verbergen. »Man kann doch sagen, dass man mehr will«, sagt er. Zu seinen eigenen Ambitionen sagt er: »Ich kann jetzt nichts ausschließen.«

Allerdings: Auch die Grünen können sich Hoffnung auf Platz eins in einem möglichen Mitte-links-Bündnis in Potsdam machen. Die Grünen? In der Tat spielten sie in den ostdeutschen Ländern bisher kaum eine Rolle. Sie waren eine Splitterpartei, in Brandenburg schafften sie es von 1994 bis 2009 nicht einmal in den Landtag. Noch vor wenigen Monaten hofften sie, wenigstens als Juniorpartner in eine Regierung einziehen zu können. Und jetzt das.

»Mir ist beinahe die Kaffeetasche aus der Hand gefallen«, sagt Ursula Nonnemacher, als sie Anfang des Jahres gehört habe, dass die Grünen auf einmal in Umfragen klar zweistellig waren. Die 62-Jährige sitzt auf

der Terrasse eines Cafés im Zentrum Potsdams. Benjamin Raschke ist ebenfalls gekommen. Er ist 36 und im Tandem mit Nonnemacher Spitzenkandidat der Grünen. »Wir haben jahrelang darum gekämpft, die Fünfprozenthürde zu knacken«, sagt Raschke. An die neuen Zustände müsse man sich erst gewöhnen.

Inzwischen liegt die Partei sogar auf Augenhöhe mit SPD und Linken. Infratest dimap sah die Grünen Anfang Juni bei 17 Prozent. Seitdem fragen sie sich, ob sie einen Ministerpräsidentenkandidaten aufstellen müssen. »Jeden Tag«, sagt Raschke. Es soll ein Witz sein, aber natürlich nehmen sie diese Frage ernst. »Wir werden ja ständig danach gefragt«, fügt er hinzu.

Die Partei will angreifen. Insgesamt wollen die Grünen in Brandenburg 12 500 kleine Plakate aufhängen, dazu kommen 240 Großflächenplakate. Für die Landtagswahl haben sie personell aufgestockt, sie bekommen Hilfe aus der Bundesge-

schäftsstelle und anderen Landesverbänden. Die brauchen sie auch.

Die Grünen wissen, dass sie einen selbstbewussten Wahlkampf führen müssen, der zeigt, dass sie sich die Führung im Land zutrauen. Denn gerade in den ländlichen Regionen befindet sich die Partei erst im Aufbau. »Wir sind noch immer eine strukturschwache Partei«, sagt Nonnemacher.

Die Grünen haben in Brandenburg derzeit knapp 1800 Mitglieder. In vielen Regionen gab es bis vor Kurzem gar keinen Ortsverband. In manchen Landesteilen sei es schwer gewesen, sagt Nonnemacher, »dass überhaupt mal drei Leute zusammenkamen, um die herum sich etwas entwickeln konnte«.

Doch zuletzt hat sich viel getan. Bei der Kommunalwahl in diesem Jahr holten die Grünen landesweit gut elf Prozent und legten damit um fast fünf Prozentpunkte zu. In rund 40 Städten und Gemeinden in Brandenburg sitzt zum ersten Mal ein grüner Kommunalpolitiker im Parlament, jubelte die Partei.

Der Erfolg weckt Begehrlichkeiten. Nonnemacher, Chefin von sechs Abgeordneten im Landtag, denkt darüber nach, in welcher Liga die Grünen künftig spielen werden. Und mit wem. Denn klar ist: Anders als im Bund, wo seit Jahren Politiker von SPD, Linken und Grünen Gemeinsamkeiten ausloten, kann in Brandenburg von einem lange vorbereiteten Projekt Rot-Rot-Grün keine Rede sein. »Das wäre Zufall«, sagt ein Genosse der Linken.

Grüne und Linke eint vor allem ihre Wut auf die Sozialdemokraten. »Die glauben, ihnen gehört das Land«, sagt einer.

Inzwischen wird nicht ausgeschlossen, dass die Grünen nach der Wahl den Ministerpräsidenten stellen. Dabei könnte es womöglich eine Frau ganz nach oben katapultieren, die aus Brandenburg kommt und in letzter Zeit einen steilen Aufstieg hingelegt hat – Annalena Baerbock, die grüne Bundesvorsitzende.

Für sie könnte es attraktiv sein, die erste grüne Ministerpräsidentin in einem ostdeutschen Bundesland zu werden. Baerbock wurde 2008 in den Landesvorstand der Brandenburger Grünen gewählt – als sie noch in der außerparlamentarischen Opposition waren. Eine Erfolgsgeschichte, wenn ausgerechnet sie an der Spitze der ersten grün geführten Regierung in Brandenburg stünde.

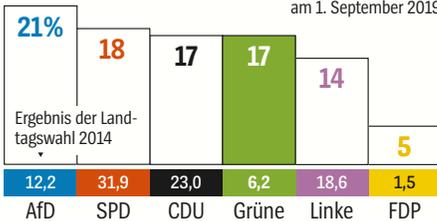
Allerdings: Eine Karriere auf Bundesebene wäre ihr damit wohl vorerst verbaut. Und ob Baerbock wirklich bereit wäre, auf ein prestigeträchtiges Amt auf Bundesebene zu verzichten, um Landesmutter zu werden, ist unklar. Bisher will sie sich zu den Spekulationen nicht äußern.

Kevin Hagen, Valerie Höhne

Sonntagsfrage

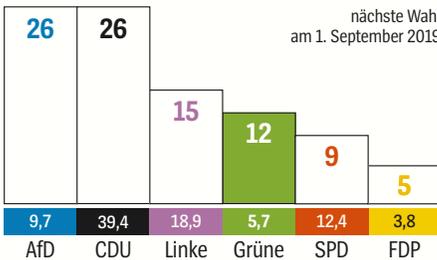
»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?«

Brandenburg
nächste Wahl
am 1. September 2019



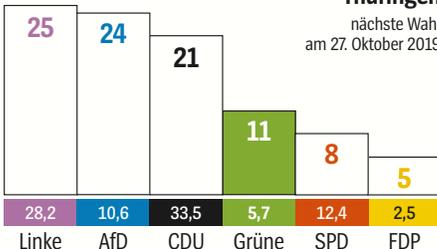
Infratest dimap vom 3. bis 6. Juni; 1000 Befragte*

Sachsen
nächste Wahl
am 1. September 2019



Infratest dimap vom 24. bis 29. Juni; 1000 Befragte*

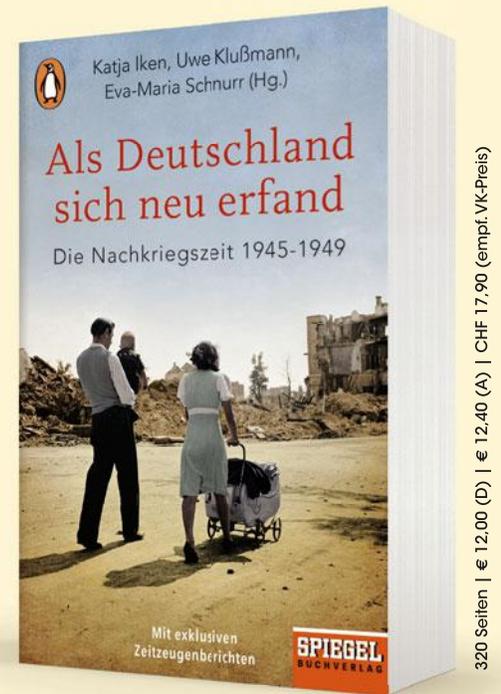
Thüringen
nächste Wahl
am 27. Oktober 2019



Infratest dimap vom 24. bis 29. Juli; 1001 Befragte*

*Schwankungsbreite zwischen 1,4 und 3,1 Prozentpunkten

Die Jahre, die unser Land zu dem machten, was es heute ist



320 Seiten | € 12,00 (D) | € 12,40 (A) | CHF 17,90 (empf. VK-Preis)

Am 8. Mai 1945 ist der Krieg vorbei. Zwölf Jahre Nazidiktatur, davon sechs Jahre Krieg, haben Trümmerfelder hinterlassen. Die Großstädte sind zerstört, ganze Familien auf der Flucht. Doch schon 1949 sind die Weichen für die Zukunft gestellt. Was geschah in den Jahren, die unser Land zu dem machten, was es heute ist? SPIEGEL-Autoren erzählen von starken Frauen und von Heimkehrern, von Besatzern, die mit deutschen Kindern Fußball spielen. In bewegenden Briefen und Tagebucheinträgen kommen Zeitzeugen zu Wort. Das Buch enthält zahlreiche Fotografien.



PENGUIN VERLAG



Unionspolitiker Söder, Merkel*: Verführung zum Aktionismus

Vorwärts immer

CSU Parteichef Markus Söder lanciert ständig neue Vorschläge zum Klimaschutz. Für die CDU-Spitze ist das keine gute Nachricht.

Manchmal ist Markus Söder selbst für die eigenen Leute zu schnell. Am Dienstag twitterte die CSU-Landesgruppe im Bundestag: »Wir setzen für die Mehrheit der Bürger in Deutschland lieber auf Anreize und Innovationen statt auf Verbote und Ausschluss von Teilhabe.« Am selben Tag ließ der bayerische Ministerpräsident in seinem Kabinett eine Bundesratsinitiative verabschieden, Plastiktüten bundesweit zu verbieten.

Die Berliner Abgeordneten hatten nicht mitbekommen, dass bestimmte Verbote inzwischen für die CSU in Ordnung sind. Man kann es ihnen nicht vorwerfen. Seitdem Söder im April entschieden hat, sich die Forderungen des Volksbegehrens »Rettet die Bienen« zu eigen zu machen, lanciert er in immer kürzeren Abständen Ideen zum Klima- und Umweltschutz, darunter allein in den vergangenen Wochen: ein Vorziehen des Kohleausstiegs, die Einführung eines Zertifikatesystems für den Verkehr, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, die Förderung alternativer

Kraftstoffe und die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz.

Söder hat aus den Wahlerfolgen der Grünen gelernt. Er will die CSU zur Klimapartei machen und die Schwesterpartei vor sich hertreiben. Ob Ersteres gelingt, ist offen. Der zweite Teil des Plans funktioniert ganz gut.

Von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich eigentlich selbst mit dem Thema profilieren wollte, ist wenig zu hören. Auch scheint ihre Autorität begrenzt zu sein: Als Ende April im Bundesvorstand ein im Auftrag von Kramp-Karrenbauer entwickeltes Konzept zum Klimaschutz vorgestellt wurde, das Vorschläge für eine CO₂-Steuer enthielt, fiel der Widerstand des Wirtschaftsflügels so massiv aus, dass die Parteichefin beidrehen musste: »Dann nehmen wir die CO₂-Steuer aus dem Papier raus«, hieß es. Heute hat sie genug damit zu tun, sich in ihr neues Amt als Verteidigungsministerin einzuarbeiten.

Dass Kramp-Karrenbauer den CSU-Umweltexperten Georg Nüßlein zu einem der beiden Leiter einer Kommission berufen hat, die CDU-Vorschläge für den Klimaschutz erarbeiten soll, war kein kluger Schachzug. Eigentlich wollte die CDU-Chefin die Schwesterpartei frühzeitig einbinden, um Streit zu vermeiden. Dort nahm man das unerwartete Angebot gern an. Jetzt kann Söder die CDU-Politik von außen und von innen steuern.

Ein zentrales Ziel hat der CSU-Chef schon erreicht: Eine CO₂-Steuer wird im Unionskonzept aller Voraussicht nach nicht auftauchen. Das hat Nüßlein bereits angekündigt. Auch Söder hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen. Daran wird Kramp-Karrenbauer nicht vorbeikommen. Von der CDU-Spitze ist zu diesem Thema in jüngster Zeit nur noch wenig zu hören.

Dabei gibt es in der Partei durchaus Sympathien für eine solche Steuer. »Es ist zu früh, um jetzt schon etwas auszuschließen«, sagt die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker. Sie gehört zu den 16 Parlamentariern der Union, die ein Klimakonzept unter dem Schlagwort »Grüne Null« erarbeitet haben. Darin ist ein differenziertes Modell einer CO₂-Abgabe enthalten.

Stattdessen läuft die CDU-Position auf eine Zertifikatelösung hinaus, bei der der CO₂-Ausstoß über Emissionsrechte geregelt werden soll. Es ist ein kompliziertes Verfahren, das nicht kurzfristig umsetzbar ist. »Wir müssen schnell die richtigen Anreize setzen«, sagt Winkelmeier-Becker. »Wir haben keine Zeit zu verlieren.«

Während die CDU mit sich ringt, muss Söder in der CSU für seinen Kurs keine Gegenwehr befürchten – eher sieht er sich veranlasst, mögliche Konkurrenten zu bremsen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt beispielsweise, der bislang in der Klimapolitik eher unauffällig agierte, versuchte Söder jüngst mit eigenen Vorschlägen zu übertreffen, etwa mit einer höheren Steuerbelastung für die in Bayern beliebten SUV. »CSU will Öko-Umbau der Auto-Steuer«, titelte der »Münchener Merkur« zu Dobrindts Plänen.

So geht es in der CSU natürlich nicht. Was die Partei will, bestimmt immer noch Söder persönlich. In einem Telefonat wurde Dobrindt deutlich gemacht, dass nicht mit dem Vorsitzenden abgestimmte Vorschläge wenig Realisierungschancen haben. »Der weiß jetzt: Das kommt nicht«, sagt ein ranghoher CSU-Politiker.

Nur vereinzelt gibt es parteiintern Kritik am klimapolitischen Feuerwerk aus München. »Ich habe die Befürchtung, dass der Zeitgeist uns zu Aktionismus verführt«, sagt der CSU-Wirtschaftspolitiker Hans Michelbach. »Wir brauchen ein Gesamtkonzept. Es bringt nichts, immer neue Einzelmaßnahmen ins Spiel zu bringen.«

Söder lassen solche Mahnungen kalt. Er ist schon einen Schritt weiter. Auf einer Klausurtagung Anfang September soll der CSU-Vorstand ein eigenes Klimakonzept beschließen. Zwar wird es ein Konzept sein, dem die Schwesterpartei ohne größere Probleme zustimmen kann. Doch Söder hätte abermals gezeigt, wer vorangeht.

In einem Punkt kann er schon einen Erfolg verbuchen. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) unterstützt seinen Vorschlag, den Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen (siehe Seite 36). Ein solcher Grundgesetzpassus suggeriert Aktivität und kostet nichts. Auf dieser Basis haben sich CDU und CSU noch immer schnell einigen können. Ralf Neukirch

* Bei den Bayreuther Festspielen mit Markus Söders Ehefrau Karin Baumüller-Söder.

Teures Dinner

Lobbyismus Chatprotokolle belegen, wie eine Initiative Spenden mit der Bitte um politische Gefälligkeiten verknüpfte.

Roderich Kiesewetter kennt sich aus mit Israel. In der Unionsfraktion im Bundestag ist der Abgeordnete aus Aalen in Baden-Württemberg »Berichterstatter für Israel und die palästinensischen Gebiete«. Die Beziehung Deutschlands zu Israel sei ihm ein besonderes Anliegen, sagt der CDU-Mann. Deswegen trifft sich Kiesewetter viel und gern mit Politikern und Experten zu Gesprächen über das Land, über deutsche Nahostpolitik, über Antisemitismus. Auch mit Lobbyisten.

Bei einer Einladung wurde Kiesewetter allerdings misstrauisch. Eine deutsch-jüdische Initiative hatte ihn zu einem Spendendinner eingeladen. Kiesewetter sagte ab: Sein Einsatz für Israel sei seiner Überzeugung nach »nur dann glaubhaft und nachhaltig, wenn ich meiner Arbeit unabhängig nachgehen kann«. Warum glaubte Kiesewetter, seine Unabhängigkeit werde durch ein Abendessen gefährdet?

Zu jenem Dinner am 19. Juni 2017 in Berlin-Dahlem wurden im Mai Kiesewetter und fünf andere Parlamentarier eingeladen. Im Anschluss sollten die Gäste den Abgeordneten Geld spenden, der Abend sollte den Politikern also unter anderem dazu dienen, sich potenziellen Geldgebern zu präsentieren.

Eingeladen hatte Elio Adler, Vorsitzender der WerteInitiative. Der deutsch-jüdische Verein, der damals zwar noch nicht formal gegründet war, aber schon als Initiative zusammenarbeitete, ist aus Sorge vor dem zunehmenden Antisemitismus entstanden und sitzt in Berlin. Bis vor Kurzem war Adler zudem Vizevorsitzender des proisraelischen Vereins »Nahost Friedensforum«, kurz Naffo, gegründet 2009.

Vor drei Wochen hat der SPIEGEL über die beiden Vereine berichtet und ihre Lobbyarbeit kritisiert – und ist dafür heftig angegriffen worden. Der Artikel sei schlecht belegt und bediene antisemitische Klischees, so der Vorwurf unter anderem des Präsidenten des Zentralrats der Juden und des Antisemitismusbeauftragten der Bundesre-

gierung. Auch seien die Methoden der Vereine nicht fragwürdig. Adler hatte auf Anfrage des SPIEGEL ausführlich Stellung genommen und die Kritik an den Methoden der Vereine zurückgewiesen.

Chatprotokolle zeigen allerdings, dass Adler in Bezug auf jenes Dinner bei entscheidenden Fragen nicht die ganze Wahrheit sagte. Und dass er Methoden nutzte, die nicht nur dem Abgeordneten Kiesewetter suspekt erscheinen müssten.

Aus den Chats wird klar, dass es sich bei dem Dinner nicht um eine »Privatveranstaltung« handelte, wie Adler später behauptete, sondern dass es zumindest von beiden Vereinen unterstützt wurde. Adler verschickte die Einladung nicht nur von einem E-Mail-Account der WerteInitiative. In dem Chat schreibt er auch

von »wir« und setzt in Klammern dahinter die beiden Vereine Naffo und die WerteInitiative.

Wie sich zeigt, war das Event auch keine einmalige Angelegenheit. In dem Chat schreibt Adler, dass die Abgeordneten im Vorjahr nicht schnell genug Spendenquittungen ausgestellt hätten. Dies habe die Teilnehmer etwas demotiviert.

Schwerer als diese Formalien wiegt aber, dass Adler nach Versenden der Einladung mindestens einen Geladenen darum bat, bestimmte politische Positionen öffentlich zu vertreten – im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Dinner und mit Blick auf die Spendenbereitschaft seiner Gäste. Dies ist problematisch, da sogenannte Erwartungs- und Dankeschönspenden nach deutschem Parteienrecht illegal sind.

CDU-Mann Kiesewetter erhielt Ende Mai per WhatsApp eine Nachricht von Adler. Er werde möglichen Spendern »zur Motivation« davon berichten, sollte sich Kiesewetter öffentlich über die Belange jüdischer Deutscher, zu Israel oder zur WerteInitiative äußern. So wurde der Wunsch nach einer politischen Botschaft mit der Aussicht auf Geld verknüpft.

Drei Tage später meldete sich Adler wieder und machte auf eine vom Fernsehsender Arte nicht ausgestrahlte Antisemitismuskonferenz aufmerksam. Es wäre gut, wenn Kiesewetter etwas dazu machen könne, schrieb er. Kiesewetter bat um etwas Zeit und verwies auf seinen Urlaub. Trotzdem hakte Adler nach. Es wäre gut, wenn Kiesewetter per Twitter bei Arte nachfragen könnte. Kiesewetter folgte der Bitte mit drei Tweets. Doch am selben Abend sagte er das Dinner ab.

Noch vor zwei Wochen hatte Adler diese Zusammenhänge abgestritten. Es sei falsch, antwortete er dem SPIEGEL, dass Abgeordnete im Kontext zu dem Dinner gebeten worden seien, sich öffentlich zu positionieren. »Richtig ist, dass wir, unabhängig von dieser Veranstaltung, anlassbezogenen Volksvertreter auf Themen und Umstände aufmerksam machen, die wir für relevant halten.«

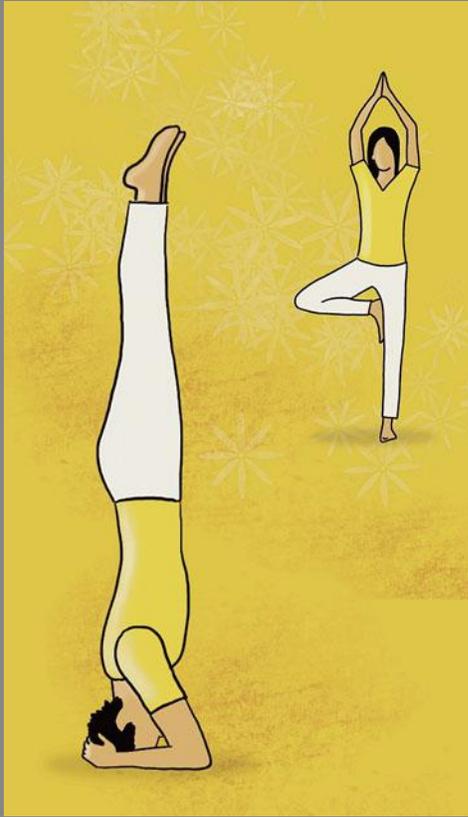
Es gibt noch weitere Unstimmigkeiten in Adlers Aussagen. Sie betreffen vor allem die Fragen, warum Kiesewetter nicht zu dem Abendessen ging und wie man sich über mögliche Spenden geeinigt hatte.

So machte Kiesewetter gegenüber Adler sehr deutlich, dass er keine Spenden direkt an



H. C. PLAMBECK / DER SPIEGEL

Sitz der WerteInitiative in Berlin: »Das wäre echt falsch«



WEITWINKEL

Dehnen, bis der Arzt kommt

Mehr als 3,4 Millionen Menschen in Deutschland praktizieren Yoga. Ist die aus Indien stammende Körperpraxis tatsächlich der Wohlfühlspor mit all den positiven Effekten, für den man ihn gemeinhin hält? Wie groß ist das Risiko, sich dabei zu verletzen? Wie gelingt es, den richtigen Kurs zu finden? Und was kann man selbst dafür tun, das Verletzungsrisiko zu senken?

Sehen Sie die Graphic Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

seine Person oder seinen Kreisverband wolle. Am Abend des 3. Juni 2017 schickte er um 18.09 Uhr eine WhatsApp-Nachricht an den WerteInitiative-Chef: »Meine Unterstützung ist aber nur dann glaubwürdig und nachhaltig, wenn ich keinerlei Spenden von außerhalb meines Wahlkreises annehme! Das kommt sonst irgendwann auf.«

Zwar wolle er Adler »gerne volle Unterstützung auf allen Kanälen« geben, so Kiesewetter. »Aber hiermit sage ich Dir das Spendendinner am 19.06. ab«, schrieb er. »Ich denke, das ist viel glaubwürdiger und gibt mir mehr Gewicht.«

Adler reagierte enttäuscht und schickte wenig später noch eine Bitte: Mit dieser Begründung abzusagen würde die anderen politischen Teilnehmer in eine schwierige Situation bringen. Ob Kiesewetter nicht aus Termingründen absagen könne, das sei unproblematischer. Der Abgeordnete ließ sich teilweise darauf ein: »Ich werde den Kollegen das nicht kommunizieren.« Andererseits forderte er: »Bitte sage aber den anderen fleißigen Unterstützern meinen wahren Grund, denn ihnen Termingründe vorzutauschen, wäre echt falsch.«

Einen Tag nach dem Dinner meldete sich Adler erneut bei Kiesewetter. Der Abend sei für alle Beteiligten beeindruckend gewesen, schrieb er. Vor Anknüpfung der anderen Abgeordneten habe er den Spendern kommuniziert, dass Kiesewetter unangreifbar sein wolle. Nichtsdestotrotz habe er über dessen Arbeit und Qualität berichtet. Deswegen habe er Spendezusagen in Höhe von etwa 6000 Euro für ihn erhalten.

Einen Tag später schickte er dem Abgeordneten eine detaillierte Aufstellung der Spender und Summen, Dateiname: »Dinner Kiesewetter 1.pdf«. Und bat Kiesewetter zu überwachen, ob alle ihre angekündigten Zahlungen wirklich tätigten. Andernfalls solle der CDU-Politiker Bescheid geben, damit er sich kümmern könne.

Kiesewetter verwies erneut darauf, dass er direkte Spenden ablehne. Im Chat zeigte Adler sich verwundert, entschuldigte sich aber und sprach von einem Missverständnis. Trotzdem ging später Geld auf Kiesewetters Wahlkampfkonto ein, das er nach eigener Auskunft zurücküberwies.

Es sind solche Widersprüche, die die WerteInitiative in einem fragwürdigen Licht erscheinen lassen. Zumal Adler dem SPIEGEL vor Kurzem noch einen ganz anderen Eindruck vermittelt hatte: »Weder Naffo noch die WerteInitiative haben den

Abgeordneten oder ihren lokalen Parteigliederungen gespendet oder ihnen Spenden versprochen«. Das mag bei spitzfindiger Interpretation zutreffend sein. Aber dass die Aktivitäten von Naffo oder WerteInitiative gar nichts mit Spenden zu tun hatten, ist schlicht falsch.

Genauso wie Adlers Behauptung, Kiesewetters Absage habe an »Terminschwierigkeiten« gelegen. »Das Thema Spenden hatte er gar nicht erwähnt«, schrieb Adler dem SPIEGEL. Der Chat belegt das Gegenteil.

Vor allem zeigen die Protokolle, wie Adler auch mal geschickt Spendenbereitschaft und politische Forderungen in Zusammenhang bringt. In derselben WhatsApp-Nachricht, in der er Kiesewetter über die Spenden von rund 6000 Euro informierte, vermeldete Adler ein

wesentliches Ergebnis des Dinners: Es gebe die »dringende Bitte« der Gäste, noch vor der Bundestagswahl 2017 einen im Kanzleramt angesiedelten Antisemitismusbeauftragten zu berufen.

Inzwischen hat Adler offenbar eingesehen, dass er seine ursprüngliche Argumentation nicht aufrechterhalten kann. Vorvergangene Woche wurde die entscheidende Passage im »Faktencheck« zur SPIEGEL-Berichterstattung auf der Website der WerteInitiative geändert.

Dort heißt es jetzt: »Meine Erinnerungen und die Rekonstruktion seitens Herrn Kiesewetter rund um seine Absage für das Spendendinner waren verschieden.« Daher

habe man die voneinander abweichenden Teile entfernt. »An unserer Bewertung des Sachverhaltes ändert dies jedoch nichts.«

Auf erneute, detaillierte Nachfrage des SPIEGEL diese Woche zu den Chatprotokollen wollte Adler nicht antworten. Stattdessen veröffentlichte die WerteInitiative eine Mitteilung auf der Website, die den Vorwurf einer Kampagne wiederholt und das Verhalten des Vereins vollständig gutheißt. Auf den konkreten Vorwurf der Verknüpfung von Spenden und Gegenleistungen wird nicht eingegangen.

Drei der fünf anderen Dinnergäste bleiben bei ihrer Aussage, nie gebeten worden zu sein, bestimmte Positionen öffentlich zu vertreten. Einer schreibt, dass ihm keine Kommunikation aus der Zeit mehr vorliege, dass er zu den Positionen aber nicht gedrängt werden müsse. Der fünfte, Jens Spahn, antwortete nicht.

Matthias Gebauer, Ann-Katrin Müller, Raniah Salloum, Christoph Schult, Christoph Sydow



CHRISTIAN DITSCHEK / ULLSTEIN BILD

Vorsitzender Adler, MdB Kiesewetter

»Hiermit sage ich Dir ab«

Das große Schwärmen

Trends Großstädter entdecken das Imkern, weil sie sich um Klima und Umwelt sorgen. Doch das bringt ungeahnte Probleme.

Mit diesem Auto würde wohl vorerst niemand mehr fahren. Rund 20 000 Bienen hatten sich auf dem Dach des Opel Astra niedergelassen, der Besitzer des Wagens stand in sicherem Abstand ratlos daneben. Die fleißigen Arbeiterinnen hatten schon mit den Vorbereitungen zum Wabenbau begonnen: Die Heckscheibe war mit Tausenden Wachsklümpchen überzogen.

»Solche Szenen haben wir in diesem Sommer immer wieder erlebt«, sagt Hans Peter Lucht, seit mehr als 30 Jahren Imker in Hamburg. Die Polizei rief ihn, um die Tiere einzufangen.

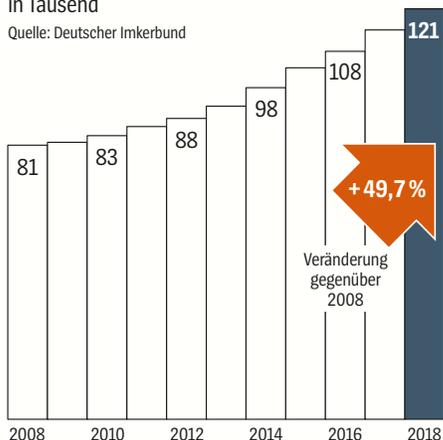
Experten wie er wissen: Werden Bienenvölker zu groß, teilen sie sich. Sie züchten neue Königinnen heran, gleichzeitig verlässt die bisherige Regentin mit ihrem Gefolge den Stock, auf der Suche nach einer neuen Heimat. »Schwärmen« nennen die Fachleute das. »Leider gibt es in Großstädten kaum ausgehöhlte Baumstämme oder andere natürliche Behausungen«, erklärt Lucht. Die Bienen müssten sich mit dem behelfen, was sie vorfinden: Ampeln, Verkehrsschilder, Fahrradlenker, Klettergerüste und Rutschen – oder eben Heckscheiben von Autos.

Der Imkerverband Hamburg listet auf seiner Website rund 50 Schwarmfänger auf. »Sie waren im Dauereinsatz«, sagt die

Bienenbändiger

Zahl der Imker im Deutschen Imkerbund, in Tausend

Quelle: Deutscher Imkerbund



LAM NGUYEN THIEN / DER SPIEGEL

Schwarmfänger Zink

»Zum Glück fliegen die nicht weit«

Vorsitzende Edda Gebel. »Dieses Jahr war extrem.«

Imkern ist hip. Gerade in den Großstädten wächst die Zahl der Hobbyimker rasant. 2013 zählte der Deutsche Imkerbund noch rund 92 000 Mitglieder, innerhalb von fünf Jahren stieg die Zahl auf mehr als 120 000. »Wir erleben einen Boom«, sagt Benedikt Polaczek, Vorsitzender des Imkerverbands Berlin. »Viele Menschen machen sich Gedanken über den Klimawandel, sie sorgen sich um die Folgen des Bienensterbens und wollen etwas dagegen tun, das ist toll.«

Unternehmen, Behörden und Hotels errichten Bienenkisten auf ihren Gebäuden, auch auf dem Dach des SPIEGEL-Hochhauses leben zwei Bienenvölker. Zur Erntezeit können Mitarbeiter in der Kantine hauseigenen Honig kaufen.

2006 übernahm Hans Peter Lucht den Vorsitz des Imkervereins Rechtes Alsterufer. Damals hatte er 52 Mitglieder, »fast ausschließlich Herren im fortgeschrittenen Alter«. 13 Jahre später ist der Verein auf die dreifache Größe gewachsen. Der nächste Imkereinsteigerkurs, den Lucht Kollege über elf Abende anbietet, ist längst ausgebucht. Dabei beginnt er erst im Frühjahr 2020. »Wir freuen uns über den Nachwuchs«, sagt Lucht. »Die neuen Mitglieder sind fast alle jung.«

Doch die Bienenbegeisterung hat Folgen. In Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln oder München kommt es mittlerweile zu Versorgungsproblemen. »Ist die Lindenblüte vorbei, findet ein Teil der Bienen nicht mehr genug Nahrung«, sagt der Berliner Imker Polaczek. »Es sind einfach zu viele geworden.« Bienenhalter aus dem Umland verschärften die Lage zusätzlich. Die agrarindustrielle Ödnis außerhalb der Städte macht den Landbienen zu schaffen. Ist etwa der Raps verblüht, besteht die

Gefahr, dass die Tiere mitten im Sommer verhungern. Deshalb siedeln Imker ab Mitte Juni Hunderte zusätzliche Völker in die Städte um. Um den Mangel auszugleichen, füttert mancher Imker seine Tiere mit Zuckersirup, damit sie nicht geschwächt in die kalte Jahreszeit starten.

Bei Amazon können Bienenfans ein Imker Starterset bestellen, inklusive Abziehgabel, »Queen-Fänger«, Bienenbürste, Handbuch und rosa Schutzanzug für die modebewusste Einsteigerimkerin. Bei Ebay-Kleinanzeigen gibt es die passenden Bewohnerinnen: 100 Euro pro Bienenvolk ohne Kiste, »Königinnen von 2018 + 2019. Mit Gesundheitszeugnis.«

Manch ein Onlinehändler verschickt die Tierchen sogar mit der Post, »garantierte lebende Lieferung«. Wer nicht gleich das ganze Volk, sondern nur eine bereits trachtige Königin erwerben möchte, hat die Wahl zwischen »standbegattet«, »inselbegattet« und »künstlich besamt«.

Das Handwerk zu erlernen ist deutlich komplizierter. Bis zu fünf Jahre dauere es, bis Anfänger die Techniken des Imkerns sicher beherrschten, schätzt Hans Peter Lucht, – etwa wie sie das Schwärmen ihrer Bienenvölker verhindern könnten. Dass in diesem Sommer so viele herrenlose Tiere in den Innenstädten herumswirrten, habe oft mit mangelndem Wissen, manchmal auch mit Nachlässigkeit zu tun, glaubt Lucht. »Erfahrene Imker erkennen, wenn ein Bienenvolk in Schwarmlaune ist – und können rechtzeitig eingreifen.«

Dazu müsse man die Bienenkisten einmal wöchentlich kontrollieren. »Wie viel Arbeit Imkern sein kann, stellen viele erst fest, wenn sie mittendrin stecken.«

Manchmal können selbst Experten das Ausbüxen nicht ganz unterbinden. »Mir sind dieses Jahr selbst zwei Schwärme abgezischt«, sagt Alan Zink, seit sechs Jahren Hobbyimker in Hamburg-Wandsbek. Als Schwarmfänger sammelt er normalerweise die Abgänge anderer Imker ein. Mehr als 50 Anrufe hat er in den vergangenen Wochen bekommen. Die eigenen Völker konnte er innerhalb kurzer Zeit wieder einfangen. »Zum Glück fliegen die erst einmal nicht weit«, erklärt Zink, oft »parkten« die Tiere für einige Stunden in der Nähe der alten Behausung, um sich zu orientieren. Bienen seien friedliche Tiere. »Wenn man sich ruhig verhält, geht von ihnen keine Gefahr aus.«

Miriam Olbrisch

Mail: miriam.olbrisch@spiegel.de, Twitter: @olbi

Video
Was tun, wenn die Bienen schwärmen

spiegel.de/sp322019imkerei
oder in der App DER SPIEGEL



Gesellschaft

»Meine Theorie ist ja, dass ich mit sechzig gerade Halbzeit habe.« ▶ S. 48

Früher war alles schlechter

Nº 187: Blinddarmoperationen



2000 wurde in Deutschland **156 554**-mal der Wurmfortsatz eines Blinddarms entfernt.

2017 waren es **99 024**.

Quelle: GBE

Es gibt Teile am menschlichen Körper, die eher versehentlich noch vorhanden sind. Das Steißbein, Rest eines Schwanzes, ist da, um zu schmerzen, wenn man darauf fällt. Weisheitszähne sind für Infektionen da. Auch beim Wurmfortsatz dachte man lange: Den braucht kein Mensch. Weswegen man ihn entfernte, wenn er sich entzündet hatte – und oft auch, wenn das gar nicht sicher war. Rund 156 000 Operationen zählte man um die Jahrtausendwende. Erstes Problem: Wenn von »Blinddarmentzündung« gesprochen wird, stimmt das so gut wie nie. Der Laie meint nämlich in Wahrheit die Appendix vermiformis, den Wurmfortsatz, wenn er Blinddarm sagt. Der Mediziner aber ver-

steht darunter ein Stück Dickdarm, an dem die Appendix hängt. Zweites Problem: Wurmfortsätze wurden oft ohne Entzündung beseitigt, auch mal vorsorglich, wenn man eh gerade im Bauch des Patienten unterwegs war. Appendix-OPs zählen zwar nicht zu den riskantesten, trotzdem ist es für den Körper immer ein Vorteil, wenn ihm eine Operation erspart werden kann. Insofern ist es eine gute Nachricht, dass die Zahl dieser Eingriffe im Vergleich zum Jahr 2000 um mehr als ein Drittel gesunken ist. Eine gute Nachricht auch deswegen, weil Mediziner heute wissen, dass dieses mit lymphatischem Gewebe gefüllte Stück Mensch doch eine Funktion hat: für das Immunsystem. barbara.supp@spiegel.de

Freizeit

Wieso dürfen Sandburgen nicht höher als 30 Zentimeter sein, Frau Peter?

Mana Peter, Geschäftsführerin der Tourismuszentrale Rügen, über Verhaltensregeln am Ostseestrand

SPIEGEL: Frau Peter, was ist ein »Kippenkiller«?

Peter: Das sind kleine Strandaschenbecher, die wir jetzt auf Rügen kostenlos anbieten. Zigarettenkippen tragen leider sehr zur Vermüllung unserer Strände bei. Zudem enthalten sie Plastik.

SPIEGEL: Darf man auf Rügen am Strand rauchen?

Peter: Es ist nicht verboten, aber von vielen Gästen auch nicht erwünscht. Im Ostseebad Göhren gibt es deshalb bereits zwei Strandabschnitte für Nichtraucher. Ich denke, zukünftig wird es noch mehr solcher Nichtraucherstrände geben.

SPIEGEL: Manche Strandregeln dürften für viele Besucher nahezu unbekannt sein. Im Ostseebad Binz ist es laut Paragraph 5 der Strandordnung nicht gestattet, Sandburgen zu bauen, die höher als 30 Zentimeter und größer als 3,50 Meter im Durchmesser sind. Warum?

Peter: Solche Bauwerke können für Strandläufer eine potenzielle Verletzungsgefahr darstellen. Ebenso wie Löcher und Tunnel.



SPIEGEL: Darf man eigentlich am Strand übernachten?

Peter: Ach, das klingt immer so romantisch. Aber es ist nachts sehr kühl an der Ostsee. Wir empfehlen es nicht. Mit dem Zelt oder anderen Behausungen ist es aus Naturschutzgründen grundsätzlich verboten.

SPIEGEL: Darf ich am Strand Drachen steigen lassen?

Peter: Das ist unterschiedlich geregelt. Auch jahreszeitlich. In Binz ist es zum Beispiel von Mai bis Ende September verboten. Und an den Naturstränden ist Drachensteigen grundsätzlich nicht wünschenswert. Das sind Brutgebiete für Vögel. Die geraten durch einen Drachen schnell in Panik, weil sie ihn für einen Raubvogel halten.

SPIEGEL: Wer überwacht denn die ganzen Strandregeln?

Peter: Das macht der sogenannte Strandvogt. In den Strandordnungen sind auch Bußgelder festgelegt. JMG

Liebesspiel

Warum Igel im Sommer so häufig
Polizeieinsätze auslösen

Die Nacht auf Montag, den 22. Juli 2019, war ruhig in Augsburg. Das Polizeipräsidium Schwaben Nord meldete einen einzigen Vorfall, Vorgangsnummer 1682, Überschrift der Polizeimeldung: »Stachelige Einbrecher«. »Aufmerksame Anwohner verständigten heute Nacht die Polizei, nachdem sie aus der Grundschule Herrenbach verdächtige Geräusche hörten und außerdem zwei Personen im dortigen Umfeld wahrnahmen, weshalb auch der Bewegungsmelder der Außenbeleuchtung angegangen sei«, teilte die Pressestelle der Polizei mit.

Mehrere Streifen fuhr los. Die Beamten umstellten die Schule, klingelten den Hausmeister aus dem Bett, erstatteten Bericht: Der Bewegungsmelder sei durch ein offenes Fenster ausgelöst worden, welches hin- und herschwang. »Auch die verdächtigen Geräusche konnten schnell zugeordnet werden: Sie wurden verursacht von einem Igelpaar beim Liebesspiel!« Der zuständige Hauptkommissar versicherte, die Streifen seien abgerückt, ohne die Igel zu stören.

Igel können ziemlich laute Geräusche von sich geben. Im »Handbuch der Säugetiere Europas«, einem Standardwerk der Zoologie, heißt es dazu: »Zum Lautinventar gehören leises Schnaufen, Fauchen, Knurren und Keckern bis lautes Schreien.«

Am häufigsten sei »ein hartes, zirpendes, etwas pfeifendes ki oder kvi«. Sowie das erwähnte Keckern. »Bereits acht Tage alte Tiere keckern. Alle Lauter mit hohen Ultraschallanteilen.«

Die Londoner Zoologische Gesellschaft hat sich mit dem Paarungsverhalten von Igeln beschäftigt. Sie fasste den Forschungsstand im Jahr 1986 zusammen: »Diese Tiere sind polygam und promiskuitiv« – untreu mit nicht nachlassender Begeisterung. Die Brunstzeit des *Erinaceus europaeus* liegt zwischen Ende April und Ende August. Da Igelgeräusche für Laien nicht ohne Weiteres identifizierbar sind, kommt es in dieser Jahreszeit gelegentlich zu Polizei- und Feuerwehreinsätzen wie dem in Augsburg.

Erlangen, Juli 2016: Ein Mann hört lautes Schnaufen unter der Treppe an seinem Hauseingang, er geht von Einbruch aus und ruft die Polizei.

Kamenz bei Dresden, August 2014: Ein Mann hört laute Geräusche aus einem Kleidercontainer. Er glaubt, ein Hund oder eine Katze sei in Not, und ruft die Polizei. Die Polizei ruft die Feuerwehr. Die Feuerwehr öffnet den Container mit einem Hydraulikspreizer. Schließlich findet man ein Igelpaar in einer Nische hinter dem Container.

Tostedt bei Hamburg, August 2013: Ein Mann hört lautes Stöhnen in seinem Vorgarten und wählt 110. Die Beamten stoßen im Dunkeln auf ein Igelpaar, laut Polizeibericht »offenbar seit zwei Stunden intensiv mit der Familienplanung beschäftigt«.

Düsseldorf-Vennhausen, August 2003: Ein Mann hört verdächtiges Klopfen auf dem Nachbargrundstück, zwei Beamtinnen rücken aus, durchsuchen das Gelände, melden an die Leitstelle: »Zwei Igel haben Spaß – und in ein paar Wochen Nachwuchs.«

Städtische Igel sind eine bedrohte Spezies. Straßen, Zäune und Mauern zerschneiden ihren Lebensraum, jedes Jahr sterben in Deutschland Hunderttausende Igel im Straßenverkehr. Sie werden durch Rasenmäher, Laubbläser oder Laubsauger verjagt und mitunter getötet, sie leiden unter Pestiziden in den Gärten, sie leiden darunter, dass Gärten selten naturbelassen sind. Igel brauchen wilde Sträucher, Laubhaufen, Ranken als Nestplatz und als Versteck. Wird ein Igelweibchen mit kleinen Jungen gestört, frisst es oft seinen eigenen Nachwuchs.

Bei einer Tätigkeit lassen sich die Igel allerdings selten aus der Fassung bringen: beim Liebesspiel. Die Londoner Forscher berichteten, dass kopulierende Igel unter menschlicher Beobachtung in der Regel einfach weitermachen.

Das Liebeswerben der Igel, das der Paarung vorausgeht, ist aufwendig. Männchen boxen in der Brunstzeit durch Kopfstöße, unterlaufen den Rivalen mit gestäubten Stirnstacheln, beißen in ungeschützte Stellen. Das eigentliche Vorspiel heißt bei Zoologen »Igelkarussell« und wird auf einer Fläche von etwa 40 Quadratmetern ausgetragen.

Aus dem »Handbuch der Säugetiere Europas«: »Die Geschlechter treffen ein, meist nach intensivem Treiben der Männchen, die Männchen treiben in gerader Richtung, beschnuppern das Weibchen, dies schnauft und wehrt durch Boxen ab, das Männchen beleckt es und bespeichelt sich (Selbststimulierung?), setzt Duftmarken, schachtet aus, bespeichelt sich weiter selbst. Schließlich Paarung mit Aufsteigen des Männchens auf den Rücken des Weibchens, das mit gestreckten Hinterbeinen flach auf dem Bauch liegt.«

Es gibt genügend Tiere, die lauter werden können als Igel: Pistolenkrebse zählen dazu, Zikaden, einige Frösche – im Unterschied zu ihnen hören sich Igel allerdings bei der Paarung zum Verwechseln menschlich an, zumindest manchmal. Sex im Freien –

und Igelsex ist nichts anderes – weckt auch Sehnsüchte; nicht jeder, der etwas hört, ruft sofort die Polizei. Sachkundige tauschen sich auf Twitter aus, Hashtag #igelsex: »Jedes Jahr dasselbe. Kaum ist es warm, hört man laut die Igel kopulieren.«

»Im Vorgarten spielen sich lautstark pornöse Szenen ab. Immerhin ... sie scheinen Spaß zu haben.«

»Igel haben einfach den besseren Sex.«

Oder auch nicht.

»Es klingt«, schrieb ein anderer auf Twitter, »als würde jemand draußen raue Steine aneinanderreiben.«

Timofey Neshitov



Igel bei der Paarung



Aus der »Bild«-Zeitung



SONJA OCH / DER SPIEGEL

Ehemaliger Bundespräsident Wulff in Großburgwedel: »Eine Klinkerhöhlenbushaltestelle«

a. D.

Karrieren Vor sieben Jahren trat Christian Wulff als Bundespräsident zurück. Er war 52 Jahre alt. Wie geht es weiter, wenn alles vorbei ist? *Von Marc Hujer*

Christian Wulff hat vom Bäcker drei Teilchen mitgebracht. Eine Quarkschnecke. Eine Mohnschnecke. Und eine Kirschsnecke.

»Haben Sie Hunger?«, fragt er.

Es ist halb drei Uhr nachmittags. Seit dem Frühstück war er pausenlos unterwegs. Er hat in seiner Funktion als Vorsitzender des Stiftungsrats der Deutschlandstiftung Integration Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Vorstandsvorsitzenden des Axel-Springer-Konzerns, Mathias Döpfner, im Berliner Allianz Forum zu einer Festveranstaltung empfangen und eine Rede zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes gehalten. Später hat er in seinem Altpräsidentenbüro für eine Dreiviertelstunde mit dem stellvertretenden japanischen Umweltminister gesprochen, um sich dann mit dem Dienstwagen zum Hauptbahnhof fahren zu lassen, wo er den IC 142 erreichen musste, der ihn zum nächsten Termin bringen soll, nach Osnabrück, zurück in die Stadt, in der er geboren wurde.

Wulff nimmt die Tüte mit den drei Schnecken. »Welche nehmen Sie? Die Quarkschnecke? Die Kirschsnecke? Oder die Mohnschnecke?«

Wulff tritt gern zurück, wo andere wie selbstverständlich zugreifen würden. Aber er will auch niemanden zu einer Wahl zwingen. Er sagt: »Die Schnecke mit dem größten Risiko für den Redner ist die Mohnschnecke. Wenn man Pech hat, klebt der Mohn zwischen den Zähnen.«

Hat man jetzt noch die Wahl?

Er galt immer als ein bisschen zu freundlich, zu weich, er war der Mann, der stets zwei Schritte hinter Angela Merkel ging. Aber dann wurde er am 30. Juni 2010 protokollarisch Deutschlands Nummer eins. Merkel musste nun zu ihm kommen, nicht umgekehrt, eine Volte der Politik, an die sich Christian Wulff erst gewöhnen musste.

Nur 598 Tage war er Bundespräsident. Keiner vor ihm war jünger, keiner war kürzer im Amt. Nach seinem Rücktritt am 17. Februar 2012 wurde 14 Monate lang gegen ihn wegen des Verdachts der Vorteilsannahme ermittelt. Es ging um Urlaubsreisen und Hotelkosten, um die Kreditfinanzierung seines Hauses und irgendwann um ein Bobby Car. Dreieinhalb Monate dauerte der Prozess, erst am 27. Februar 2014, mehr als zwei Jahre nach seinem Rücktritt, wurde Wulff freigesprochen.

Er hat einen mutigen Satz hinterlassen, der ihm damals, mitten in der Debatte über die islamkritischen Thesen von Thilo Sarrazin, nicht nur Freunde machte: »Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.« Aber wer fragt ihn heute danach?

Als Altbundespräsident bekommt Wulff einen Ehrensold von mehr als 200 000 Euro pro Jahr, er hat ein Büro in der Nähe des Brandenburger Tors, Fahrer, Sicherheitskräfte und von der Deutschen Bahn gratis die Bahncard 100 für die erste Klasse. Aber wer einmal Präsident war, ist auch gefangen. Er kehrt nicht zurück, als Minister, Ministerpräsident oder Kanzler, er bleibt Bundespräsident a. D., lebenslang. Für viele seiner Vorgänger war das kein Problem. Lübke, Heinemann, Weizsäcker und Rau waren schon weit über siebzig, als sie in den Ruhestand gingen. Sie mussten niemandem mehr etwas beweisen.

»Christian war vielleicht unbeholfen, aber er ist doch kein Verbrecher gewesen.«

Als Wulff zurücktrat, war er 52. Jetzt ist er 60 Jahre alt.

Als Altbundespräsident vertritt er mal den amtierenden Bundespräsidenten, mal die Bundeskanzlerin bei Terminen, die sie nicht wahrnehmen können, wie 2015 bei der Trauerfeier für den saudischen König Abdullah oder in diesem Mai bei der Amtseinführung des neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Wulff ist Vorsitzender der Deutschlandstiftung Integration, Präsident des Deutschen Chorverbands, Ehrenpräsident des Euro-Mediterran-Arabischen Ländervereins, Schirmherr der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft sowie Ehrensator der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste; nebenher arbeitet er als Anwalt. Alles ehrenvolle Aufgaben. Aber in den Zeitungen steht kaum mehr etwas über ihn und wenn, dann meistens das Neueste über seine Ehe oder den Freund seiner Frau.

Wie fühlt sich das an, so früh politisch beerdigt zu werden? Wie geht es weiter, wenn alles vorbei ist?

An diesem Nachmittag liegen drei Stunden und 17 Minuten Fahrt vor Christian Wulff, die Zeitspanne benötigt der IC 142 von Berlin Hauptbahnhof nach Osnabrück. Wulff kennt die Abfahrtszeiten, die sechs Zwischenhalte, sogar die Anschlussverbindungen mit dem Metronom von Hannover nach Großburgwedel, wo er heute lebt. Die Strecke ist eine Reise rückwärts durch seine Karriere, von ganz oben nach unten, dorthin, wo alles begonnen hat.

Berlin Hbf. Ab: 14.34 Uhr.

In Wulffs Abteil sitzen zwei Männer, die er nicht kennt, sie haben die Fensterplätze reserviert, der eine, auf Wulffs Seite, bis nach Minden, zwei Stationen vor Osnabrück, der andere über Bad Bentheim an der deutsch-niederländischen Grenze bis nach Amsterdam. Wulff hat das auf den Reservierungsschildern gelesen. Er beginnt von Bad Bentheim zu schwärmen, der Grafschaft Bentheim, der Obergraftchaft, der Niedergraftchaft, dem Kloster Frenswegen mit seinem ökumenischen Dialog. Der Mann, der über Bad Bentheim fährt, ignoriert das Gespräch.

Irgendwann wendet sich Wulff dem anderen Mann zu, der nach Minden fährt.

Wulff: »Wie geht's Melitta?«

Der Mann schaut ihn an.

Wulff: »Ist das nicht das Vorzeigeunternehmen in Minden?«

Mann: »Ich bin bei der BG Bau.«

Wulff: »Ah, bei der Berufsgenossenschaft?«

Mann: »Genau. Da ist 'ne Tagung in Bad Oeynhausen.«

Wulff: »Schwarzarbeit bekämpfen?«

Mann: »Nee, es geht um medizinische Fragen.«

Wulff: »Sind Sie Mediziner?«

Mann: »Nee, ich bin in der Rechtsabteilung.«

Er ist es jetzt, der den Leuten Fragen stellt, nicht umgekehrt.

Als er Bundespräsident war, wussten alle fast alles über ihn. Sein Lieblingsessen (»Pasta in allen Variationen«), sein Lieblingsduft (»Orange Verte« von Hermès), sein Lieblingslied (»Apologize« von One Republic). Er und seine Frau Bettina füllten Fragebögen aus und produzierten Bilder wie sonst nur die Guttenbergs. Irgendwann verlor er die Kontrolle. Er musste dann mehr als 400 Fragen beantworten, zur Finanzierung seines Einfamilienhauses

in Großburgwedel, der sogenannten Klinkerhölle mit der orangefarbenen Sicherheitstür, zu seinen Reisen nach Sylt und nach München, zur Nagelpflegerin seiner Frau, zu seinem Verhältnis zu dem kürzlich verstorbenen Filmproduzenten David Groenewold und zum Bobby Car seines Sohnes, das ihm von einem Berliner Autohaus zugeschickt worden war.

Christian Wulff ist Jurist. Er zieht Sachbücher Romanen vor und arbeitet Texte gern mit dem Leuchtstift durch. Ein Anwaltskollege habe ihm das achtzeilige Lesen beigebracht, um ergebnisorientiert lesen zu können, sagt Wulff. »Sie müssen dabei nur nach den Substantiven und den Verben schauen, dann wissen sie im Grundsatz schon, worum es geht. Nur die Zitate müssen Sie einzeilig lesen.«

Er wusste immer sehr viel, auch über weniger wichtige Dinge, den Unterschied zwischen kalendarischem und meteorologischem Frühlingsanfang etwa oder über die Tatsache, dass die Flasche des fränkischen Bocksbeutel ein neues Design bekommen hat. Aber was weiß er über sich?

Nach seinem Rücktritt hat Wulff Freunde verloren und manche gewonnen, unter ihnen den Drogerieunternehmer Dirk Roßmann. Wulff ist mit ihm oft gewandert, durch die Lüneburger Heide oder den Harz. Roßmann, sagt er, gehöre heute zu seinen engsten Freunden.

Roßmann vergleicht Wulffs Präsidentschaft mit dem ersten Wimbledon-Sieg von Boris Becker. »Als Boris Becker mit 17 Wimbledon gewonnen hat, war das nicht das große Glück, sondern der Moment, in dem die Probleme begonnen haben. So war das bei Christian auch.«

Wulff, sagt Roßmann, sei ihm »formal und sehr strukturiert« vorgekommen, als er ihn kennengelernt hatte. »Einen wahren Zugang zu seinen wirklichen Gefühlen hatte er damals nicht. Er war sehr diszipliniert, kopfgesteuert und sprach häufig in Man-Form. Er versteckte sich vielleicht zu häufig hinter solchen Vokabeln wie »man«, statt dass er klar und deutlich sagte, was ihn stört und für was er kämpft.«

Roßmann hat Wulff viel zugehört, aber auch Ratschläge gegeben.

»Mach 'ne Ich-Aussage«, riet er. »Wenn ich finde, dass du ein Idiot bist, sage ich: Du bist ein Idiot. Ich sage nicht: Man findet, du bist ein Idiot.« In gewisser Weise, sagt Roßmann, habe ihn Wulff an Fürst Myschkin erinnert, eine Romanfigur Dostojewskis, der von der Gesellschaft geächtet wurde, weil er sich nicht wie ein richtiger Mann verhalten hatte. »Christian war vielleicht unbeholfen, er hat vielleicht

auch tapsige Fehler gemacht, aber er ist doch kein Verbrecher gewesen.«

Nach seinem Rücktritt, sagt Roßmann, habe sich Wulff verändert. »Christian hat in den letzten sieben Jahren sehr viel von seinen Kindern gelernt. Er ist entspannter, humorvoller, kurz gesagt: sensibler und menschlicher geworden.«

Wulff hat angefangen, Romane zu lesen, sogar einen von Michel Houellebecq, »Serotonin«, »den schrecklichen letzten, den unanständigen, der ist richtig schlimm«, sagt Wulff. Eine Empfehlung Roßmanns. »Das Buch können Sie aber 16-zeilig lesen«, sagt Wulff, »dann sparen Sie sich den ganzen Schweinkram.«

Er las sogar Bücher, in denen er sich selbst wiedererkannte. Den »Proceß« von Franz Kafka etwa, in dem es um eine alpträumhafte Willkürjustiz geht. Oder »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« von Heinrich Böll, ein Buch, in dem eine junge Frau das Opfer einer Medienkampagne wird. »Es ist eins zu eins, was ich erlebt habe. Mir haben zwar alle gesagt: Sag das nicht, du hast deine Ehre nicht verloren, aber wie man in diesen Strudel reingerät, dass alles irgendwie ausgelegt wird und dass alles merkwürdig erscheint, das habe ich genauso erlebt.«

Er sagt, er habe zudem psychoanalytische Bücher gelesen. Ihm sei klar geworden, dass er sich nicht als Opfer zu sehen habe, sondern »als handelnder Akteur«.

**Hannover Hbf. An: 16.36
Uhr. Ab: 16.40 Uhr.**

Als der Zug Hannover erreicht, sagt Wulff: »Mal sehen, ob es jetzt noch voller wird, wenn die Abgeordneten aus dem niedersächsischen Landtag einsteigen.«

Abgeordnete im Rudel neigen zur Prahlerei, er hat das nicht unbedingt in guter Erinnerung. Seine Kollegen hat er früher regelmäßig ermahnt. »Das hat möglicherweise mein Image geprägt, dass ich ein bisschen steif bin«, sagt Wulff.

Er hat unter diesem Bild lange gelitten. Für Gerhard Schröder, der gegen Wulff zwei Landtagswahlen gewann, blieb er immer das



Altpräsident Wulff im ICE nach Schweinfurt

SONIA OCH / DER SPIEGEL



Im Leipziger Rathaus

SONIA OCH / DER SPIEGEL



Mit dem ehemaligen türkischen Präsidenten Gül in Istanbul

SONIA OCH / DER SPIEGEL

»Biblein«. »Schröder war der, der am Gitter des Kanzleramts gerüttelt hat«, sagt Wulff, »ich der, der nach den Öffnungszeiten gefragt hätte.«

Im Frühjahr 2006 lernte er auf einer Delegationsreise nach Südafrika Bettina Körner kennen, die in der PR-Abteilung des Reifenherstellers Continental arbeitete. Kurz darauf trennte er sich von seiner damaligen Frau Christiane, mit der er eine Tochter hat, nach 18 Jahren Ehe. Zwei Jahre später, im März 2008, heiratete er Bettina, die einen Sohn aus einer anderen Beziehung mit in die Ehe brachte. Im selben Jahr bekamen sie ihren gemeinsamen Sohn.

»Bettina hat das, was Christian nicht bei sich gefunden hat, das Lachen und die Spontanität«, sagt Wulffs Freund, der Unternehmer Dirk Roßmann.

Wulff wendet sich dem Mann von der Berufsgenossenschaft zu.

»In Deutschland ist man eigentlich über-versichert«, sagt er. »Aber was man unbedingt braucht, ist eine Berufsunfähigkeitsversicherung. Das empfehle ich auch meinen Kindern.«

Wie wichtig Versicherungen sind, weiß Wulff von Helmut Kohl. Er war 34 Jahre alt und gerade Vater geworden, als Kohl ihn zu sich rief. »Jetzt hören Sie mal auf anzu-geben, Wulff«, sagte Kohl, »Sie haben jetzt ein Kind, gehen zu Ihrem Versicherungsfiffi und schließen 'ne Ausbildungsver-sicherung ab. Das kostet Sie 30 Mark im Monat, da können Sie zwar nicht mehr so viel Eis mit Sahne essen, aber das machen Sie jetzt mal. Wenn Ihre Tochter 18 ist, hat sie 10 000 Mark und kann ihr Studium finanzieren.«

Wulff machte das wirklich.

Da fällt ihm noch so eine Versicherungs-sache ein, die für Leute wichtig ist, die wie er ein Haus besitzen. Einer seiner Mandanten musste kürzlich sein Haus verkaufen, erzählt Wulff, weil er für die Pflege eines Kindes aufkommen musste, das in seinen Gartenteich gefallen und danach hirngeschädigt war. Der Teich sei nicht ausreichend gesichert gewesen. Hätte sein Mandant eine Grundeigentümerhaftpflichtversicherung gehabt, sagt Wulff, hätte er sein Haus nicht verkaufen müssen. »Diese Versicherung«, sagt Wulff, »brauchen Sie unbedingt.«

Er lächelt und schaut einen an.

»Als Sie Schröder kennengelernt haben, gab's immer guten Rotwein, bei mir lernen Sie, welche Versicherungen Sie brauchen. Das passt ja ins Bild.«

Bünde. An: 17.30 Uhr. Ab: 17.32 Uhr.

»Bünde ist ja die Zigarrenstadt«, sagt Wulff. »Mal gucken, ob da auf dem Bahnhofsschild noch Zigarrenstadt steht.«



Staatsoberhaupt Wulff bei Rücktrittsrede, Ehefrau 2012

»Mach 'ne Ich-Aussage«

SEAN GALLUP / BETTY IMAGES

Wulff ist Nichtraucher, er kann es nicht leiden, ein Zimmer mit kaltem Rauch zu betreten, aber einmal, als er noch niedersächsischer Oppositionsführer war, zog er in der Zigarrenfabrik Arnold André in Königslutter an einer Zigarre, fürs Foto. Es war als Wertschätzung für die Leute gedacht, die dort arbeiten. »Wenn ich die Miracoli-Produktion von Kraft besucht hätte«, sagt Wulff, »hätte ich auch Spaghetti mit Kräutersoße und Parmesankäse gegessen.« Als er sich Jahre später in der Debatte über das Nichtraucherschutzgesetz für eine Öffnungsklausel für Raucher kneipen in Niedersachsen einsetzte, tauchte das Foto mit der Zigarre wieder auf, als Symbol eines vermeintlich käuflichen Ministerpräsidenten.

Es ist nicht das einzige Mal in seinem Leben, dass es sich gerächt hat, wenn er mal locker sein wollte. Er erinnert sich noch an ein »Potpourri von Bildern«, das die »Welt am Sonntag« von ihm zusammenstellte: Wulff mit Indianerfedern, ein Foto, das entstand, weil er in der Staatskanzlei in Hannover den Häuptling der Karl-May-Spiele zu Gast hatte, der ihn zum Ehrenhäuptling ernannte. Oder beim Karneval mit abgeschnittener Krawatte oder mit Bussis von beiden Seiten. »Ich hab ja alles gemacht, aber gern«, sagt Wulff.

Nachdem er sich von seiner ersten Frau getrennt hatte, pflegte er ein enges Verhältnis zum Boulevard, in der Hoffnung auf geneigte Berichte. Es wurde ihm zum Verhängnis. Als er dem damaligen »Bild«-Chefredakteur Kai Diekmann auf die Mailbox sprach, um die Berichte gegen sich zu stoppen, war nichts mehr zu retten.

2010 trat Wulff als Kandidat der Regierungskoalition gegen Joachim Gauck an. Der damalige SPD-Parteichef Sigmar

Gabriel sagte: »Joachim Gauck bringt ein Leben mit in seine Kandidatur und in sein Amt, und der Kandidat der Koalition bringt eine politische Laufbahn mit.« Ein respektloser Satz, den Gabriel später, nach Wulffs Sturz, be-reute. In gewisser Weise war der Sturz für Wulff allerdings auch eine Chance: Er machte aus einer Laufbahn ein Leben.

Als Altbundespräsident steht Wulff weiter für die Idee von der »bunten Republik Deutschland«. Er besucht das Ernst-Abbe-Gymnasium in Neukölln, in dem mehr als 90 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund haben, er verbringt den Abend des Fastenbrechens mit Stipendiaten der Deutschlandstiftung Integration und trifft dort junge Männer und Frauen, die sich an seine Sätze zum Islam und zu Deutschland erinnern wie an eine gewonnene Fußballweltmeisterschaft. Er setzt

sich für die Pressefreiheit und den Rechtsstaat ein, der ihm einen fairen Prozess ermöglicht hat, er verehrt den jüdischen Maler Felix Nussbaum, der von den Nationalsozialisten in Auschwitz ermordet wurde. Er schwärmt für das Grundgesetz, vor allem für Artikel 1, den er für den »vielleicht schönsten Satz der deutschen Sprache« hält: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.«

Die Berichterstattung, die zu seinem Rücktritt führte, empfindet er als würdelos. Seither versucht er, sich vor den Medien zu schützen. Er klagt immer wieder, gegen die »Bunte«, gegen die »aktuelle«, gegen die »Neue Post«, die sich noch immer für sein Privatleben interessieren, vor allem für das seiner Frau Bettina. Besonders hat ihn ein Foto in der »Neuen Post« geärgert, das ihn auf dem Parkplatz eines Supermarkts in Großburgwedel hinter einem voll bepackten Einkaufswagen zeigt, und über dem stand: »Wer Bettina liebt, der schiebt.« Man könne darauf sehen, sagt Wulff, »ob ich mein Toilettenpapier dreilagig oder vierlagig kaufe«. Wulff klagte bis zum Bundesgerichtshof in Karlsruhe, aber er verlor. Er führt weiter Prozesse, vor allem will er erreichen, dass sein Haus in Großburgwedel nicht fotografiert werden darf. Auch darüber soll der Bundesgerichtshof demnächst entscheiden.

»Meine Theorie ist ja, dass ich mit sechzig gerade Halbzeit habe«, sagt Wulff. »Ich meine das in dem Sinne, dass mein Leben bis zum 30. Lebensjahr fremdbestimmt war. Ich wurde dauernd bewertet, beurteilt, vom Ausbilder, von der Staatsanwältin, vom Jugendrichter, vom Zivilrichter, im Staatsexamen. 30 Jahre lang habe ich gedient, erst als Anwalt war ich mein eige-



Fußballfan Wulff in Osnabrück: Diszipliniert und kopfgesteuert

ner Herr, also ging für mich das Leben erst mit dreißig los.«

Osnabrück Hbf. An: 17.51 Uhr.

Wulff steht auf dem Bahnhofsvorplatz. Gerade hat er sich dazu entschlossen, etwas später zur Sitzung der Universitätsgesellschaft zu kommen, um noch ein bisschen durch Osnabrück zu spazieren. Früher hätte er sich das nicht erlaubt.

In seiner Rede spricht er darüber, wie nach dem Krieg Millionen Vertriebene integriert werden mussten; über die deutsche Einheit; darüber, dass der jungen Generation jetzt das Zusammenleben mit den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Land gelingen muss.

Es geht aber auch um Angela Merkel. Wenn man Wulff begleitet, vergeht kaum ein Tag, an dem er sie nicht erwähnt.

Wenn er mit anderen für ein Gruppenfoto zusammensteht und der Fotograf nicht zum Schluss kommen will, sagt Wulff: »Spätestens jetzt sagt Frau Merkel: Schöner werden wir nicht.« Oder wenn auf einem Bild nur Männer zu sehen sind: »Das Foto darf Frau Merkel aber nicht sehen. Frau Merkel schimpft immer, wenn auf dem Foto nur Männer zu sehen sind.« Gern erzählt er die Geschichte eines Dialogs zwischen Merkel und ihm, aus der Zeit, als er noch Bundespräsident war.

»Angela«, habe er gesagt, »ich habe es ja eigentlich immer besser als du gehabt. In der Türkei hatte ich mit Gül zu tun. In Russland mit Medwedew. In Ungarn mit Schmitt. Du hast Erdoğan in der Türkei. Putin in Russland. Und Orbán in Ungarn. Ich hatte es immer mit den netteren Leuten zu tun.«

»Und was sagt das jetzt über mich?«, habe Merkel gefragt.

Ende April war Wulff drei Tage lang in Istanbul, er hat seinen »alten Freund Ab-

dullah Gül« sowie den mittlerweile neu gewählten Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu getroffen, für das gegenseitige Verständnis der Religionen erworben und vor einem Ende der Demokratie unter Präsident Erdoğan gewarnt. In Deutschland führt er vertrauliche Gespräche mit Ministerpräsidenten, damit sie, wie er das nennt, »den Reichtum der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erkennen«. Er hat das Gefühl, dass Leute wie er heute mehr als früher gebraucht würden. 2010, sagt er, hätten 60 Prozent der Deutschen seinem Satz über den Islam zugestimmt, heute seien es nur noch 40 Prozent. Während andere schwach wurden, auch in seiner Partei, verteidigt Wulff seinen Satz. In gewisser Weise führt er seine Präsidentschaft einfach weiter.

Großburgwedel

Im vergangenen Jahr hat sich Christian Wulff in Großburgwedel ein Haus gebaut, einen Klinkerbau. In Großburgwedel muss man in bestimmten Vierteln klinkern, das schreibt die Bauvorschrift vor. In Großburgwedel ist sein Leben verdichtet auf einen »Durchmesser von 400 Metern«, wie Wulff es nennt. Hier sind ein Feinkostladen und ein Edeka, in denen er einkauft, sein Stammtaliener, die Trattoria Pasta è Vino, die er gern mittags besucht, wenn seine Kinder von der Schule kommen, hier ist die Grundschule seines Sohnes Linus und das Gymnasium von Bettinas Sohn Leander, den er wie seinen eigenen Sohn behandelt.

Es gibt Leute, die sich wundern, warum er hiergeblieben ist, nach allem, was passiert ist, vor allem, was seine Ehe mit Bettina betrifft. Sie hat nicht nur ein Buch über die gemeinsame Zeit veröffentlicht, in dem Dinge über ihn stehen, die niemand über sich lesen möchte, sie hat ihn inzwischen erneut verlassen, für den Mu-

siklehrer ihrer Kinder, mit dem sie nun zusammen in Großburgwedel lebt. Aber für Wulff kam es nie infrage wegzugehen, er hätte es als Flucht empfunden. Wenn er von Bettina Wulff spricht, sagt er noch immer »meine Frau«.

Die Romanistin Natascha Ueckmann ist seine jüngere Halbschwester, sie haben dieselbe Mutter, aber unterschiedliche Väter. Sie sagt: »Wir haben eine komplizierte Familiengeschichte. Christian hat sich sehr früh etwas sehr Vernünftiges zugelegt, was auch mit dem Chaos in unserer Familie zu tun hatte. Er hat sich immer gefragt: Wie behält man einen klaren Kopf auf schwankendem Boden?«

Christian Wulff war zwei Jahre alt, als sich seine Mutter von seinem Vater trennte, danach war die Familie gespalten in zwei feindliche Lager. Wulffs ältere Schwester Elisabeth zog später zum Vater, Wulff blieb bei der Mutter. »Unsere Familie war alles andere als integrativ, sie war von Spaltung geprägt. Christian musste seinen Vater heimlich sehen.« Deshalb sei für Christian eine enge Beziehung zu seinen Kindern so wichtig.

Wulff hat einen Tisch in der Trattoria Pasta è Vino reserviert, später kommen seine beiden Söhne dazu. Er sagt ihnen, sie sollten etwas bestellen, »das der Papa nicht kann«, zum Beispiel Gemüse.

Sie bestellen Pizza und Pasta.

Dann reden sie über die letzten Tests, den Elternabend beim FC Burgwedel und die neue Wasserlandschaft, die im Erlebnispark Rust eröffnet werden soll.

»Wenn Sie Ihren Kindern mal etwas ganz Gutes tun wollen, müssen Sie da unbedingt hinfahren«, sagt Wulff. Es gebe da alles, für Große und Kleine, für Mutige und weniger Mutige. Der ältere Sohn zum Beispiel nehme immer den Megacoaster »Blue Fire«, eine Achterbahn mit mehreren waghalsigen Loopings. Er dagegen verschwinde mit dem jüngeren Sohn lieber in »Grimms Märchenwald«.

Er überlegt dann, wo man ein Foto machen könnte, das im SPIEGEL erscheinen kann.

Vor seinem alten Haus, der sogenannten »Klinkerhölle«? Unmöglich.

Vor seinem neuen Haus? Auf keinen Fall.

Auf dem Weg durch Großburgwedel, gegenüber vom Edeka, wo er immer seine gelben Säcke abholt, entdeckt er eine geklinkerte Bushaltestelle.

Er setzt sich. Er lächelt.

»Das ist jetzt unser Bild«, sagt er, »eine Klinkerhöhlenbushaltestelle.«

Video
**Unterwegs mit dem
 Bundespräsidenten a. D.**
 spiegel.de/sp322019wulff
 oder in der App DER SPIEGEL



Juti

Leitkultur Alexander Osang über Recht und Ordnung in der deutschen Hauptstadt

Mitte des Monats rief mich mein Sohn an und sagte, er habe beobachtet, wie eine Berliner Polizeistreife unser Nummernschild von der Straße aufgehoben habe und damit weggefahren sei. Seitdem wir in Tel Aviv leben, betreut der Junge das Auto. Gerade allerdings saß meine Frau im Wagen. Wir waren zum Sommerurlaub in Deutschland. Ich dachte, dass mein Sohn ziemlich dicht dran gewesen sein musste, um zu erkennen, dass es wirklich unser Schild war. Wir haben es vor 13 Jahren bekommen, als wir von New York nach Berlin zogen. Es beginnt mit B wie Berlin, dann folgt NY für New York und die Nummer 718, was unsere Telefonvorwahl für Brooklyn war. Es wirkt inzwischen ein wenig albern, aber damals war uns das wichtig. Es hielt die Welt zusammen. Am Ende funktioniert das natürlich nie. Meine Frau fuhr schildlos durch Berlin. Ich stand in der Straßenbahn. Ich nehme an, mein Sohn wusste, dass das Nummernschild bereits gewackelt hatte. Er war sicher gegen irgendetwas gefahren. Ein leichter Bums beim Einparken. Hat er bei mir gelernt.

»Wieso hast du den Polizisten nicht gesagt, dass es unser Schild ist?«, fragte ich.

»Es ging so schnell«, sagte er.

»Und jetzt?«, fragte ich.

»Ich bin auf dem Weg zum Melt«, sagte mein Sohn. Melt ist ein Musikfestival in einem ehemaligen ostdeutschen Tagebau bei Bitterfeld. Es dauert mehrere Tage.

»Bon Iver spielt«, sagte mein Sohn. Ich mag Bon Iver, und er weiß das. Er schien etwas in Eile zu sein und wollte in Frieden scheiden. Ich verstand das. Als ich so alt war, wie mein Sohn es jetzt ist, habe ich den Wartburg meines Vaters demoliert. Damals war das wirklich eine Katastrophe. Man wartete 14 Jahre auf so ein Auto. Mein Vater hat mir nie einen Vorwurf gemacht. Er hat die zertrümmerte Fahrertür mit einem Seil zugebunden, während uns andere Familienväter aus den Fenstern unseres Neubaublocks beobachteten.

»Viel Spaß«, sagte ich.

Ich würde Urlaubszeit in der Berliner Bürokratie verbrennen, dachte ich. Als ich vor vielen Jahren ein Nummernschild in Brooklyn beantragte, stand ich vier Stunden an. Dann sagte mir eine Beamtin, dass ich zu wenige »pieces of ID« hatte. Ich hatte fünf, brauchte aber sechs. Ich appellierte an den gesunden Menschenverstand. Die Beamtin berief sich auf die Ordnung. »It's a rule, Sir.« Am Ende behandelte sie mich wie einen Kranken, einen gefährlichen Kranken. Entfernen Sie sich vom Schalter! Ich ging nach Hause, holte die Mitgliedskarte der Videothek, wartete noch mal drei Stunden und bekam das Nummernschild.

Das Telefon klingelte.

Es war ein Nachbar aus unserem Berliner Haus. Er hatte gerade drei Polizisten getroffen, die ein Nummernschild bei unserer Berliner Adresse abgeben wollten. Dort lebt vorübergehend eine australische Familie. Mein Nachbar sagte den Polizisten, wir seien nach Israel gezogen, wohnten allerdings zufällig für ein paar Tage in der Wohnung anderer Nachbarn im ersten Stock, die wiederum gerade in Spanien Urlaub machten.

Das genügte. Die Polizisten händigten unserem Nachbarn das Nummernschild aus. Juti.

Dafür liebe ich die Berliner Polizei. Ein Mann mit weißem Bart erzählt eine weltumspannende Geschichte zu einem herrenlosen Nummernschild, aber sie werden nicht misstrauisch, sie werden locker.

Die Berliner Polizei wird immer mal kritisiert, grundsätzlich aber mag ich Gegenden, in denen man mit der Polizei diskutieren kann, ohne verhaftet zu werden. Anders als Alice Weidel und Donald Trump glaube ich nicht, dass harte Regeln automatisch zu mehr Sicherheit führen. In Nevada musste ich mal mitten in der Wüste aus meinem Auto steigen, weil ich zu schnell gefahren sein sollte. Es gab keinen Beweis, nur den Cop mit der Sonnenbrille. Es war sehr heiß, bis zum Horizont sah man keine anderen Autos. Ich musste sehr, sehr vorsichtig meine Papiere aus der Tasche ziehen. Sie hätten eine Knarre sein können. Das hat mich nicht beruhigt.

Mein Nachbar stellte unser Nummernschild in den Schirmständer vor seiner Tür. Dann ging er mit seiner Frau im Park spazieren. Ich fand das Schild und wartete damit vor dem Haus auf die Rückkehr meiner Frau. Ein Mann mit einem Schild. Als sie da war, legte ich das Schild auf das Armaturenbrett unseres Autos.

Meine Frau sagte, so fahre sie mit mir nicht. Ich erinnerte sie daran, dass wir vor ein paar Jahren monatelang mit einem alten Volvo durch Berlin und Brandenburg gefahren waren, dessen Beifahrer-Airbag aus dem Armaturenbrett hing, nachdem ich in Potsdam in einen leichten Auffahrunfall geraten war. Ich hatte die Stelle mit einer aufgefalteten »Süddeutschen Zeitung« abgedeckt. An einem Abend stoppte uns eine Streife auf der Greifswalder Straße. Es war spät, wir kamen von einer Party. Ich hatte ein Glas Wein getrunken. In Nevada hätte ich vielleicht versucht zu flüchten. In Berlin kurbelte ich mein Fenster herunter und sagte dem Polizisten Guten Abend.

Er sah sich im Auto um und ließ sich die Papiere geben. Meine Frau lächelte ihn an. Der Airbagzipfel berührte ihre Knie. Wie sich rausstellte, war unser TÜV abgelaufen.

»Bringen Sie das in Ordnung«, sagte der Polizist. »Gute Weiterfahrt.«

»Wie sich rausstellte, war unser TÜV abgelaufen.«

»Bringen Sie das in Ordnung«, sagte der Polizist. »Gute Weiterfahrt.«

Eine Woche später, vielleicht auch zwei, verkaufte ich den kaputten Volvo für 900 Euro an einen Serben in Tempelhof. Ich machte ein Abschiedsfoto und kaufte in Braunschweig einen gebrauchten Mercedes. Alles, was wir behalten haben, ist die alte Nummer. Sie stand auf dem Schild, das jetzt vorn auf dem Armaturenbrett lag. Damit fuhren wir nach Brandenburg, ins Bundesland, in dem die AfD Chancen hat, stärkste Kraft zu werden. Als Botschafter der Lockerheit.



ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Wirtschaft

Der Exodus ist gestoppt, jetzt kommt gewissermaßen der Rexodus in Gang. ► S. 56



Rente

Jeder fünfte Riester-Vertrag liegt brach

Viele Anleger zahlen keine Beiträge mehr in die Privatvorsorge ein, die Bundesregierung ist ratlos.

● Die Sparer in Deutschland hadern mit der staatlich geförderten Riester-Rente. Nach aktuellen Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums ruht derzeit jeder fünfte Riester-Vertrag. Die Anleger zahlen also keine Beiträge mehr ein, haben ihren Vertrag aber nicht gekündigt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion hervor. Mit der staatlich geförderten Privatvorsorge sollten die Versicherten jene Lücke schließen, die durch ein sinkendes gesetzliches Rentenniveau entsteht. Doch die Riester-Rente gilt wegen der stagnierenden Nachfrage und hoher Vertriebs- und Verwaltungskosten als Flop. Im ersten Quartal 2019 existierten rund 16 561 000 Abschlüsse, das sind etwa 30 000 weniger als 2018. Die Ver-

träge werden oft nur deshalb nicht gekündigt, weil die Kunden sonst staatliche Zulagen zurückzahlen müssten. Die zuständigen Ministerien zeigen sich ratlos, wie das Kostenproblem gelöst werden könnte. Hierzu habe die Bundesregierung ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen, so das für die Riester-Förderung verantwortliche Finanzministerium. Auch zur Frage, wie ein geplantes standardisiertes Riester-Produkt aussehen könnte, gebe es keine abgestimmte Haltung. »Die Bundesregierung kommt in einer wichtigen Frage wie der Altersvorsorge nicht vom Fleck«, kritisiert FDP-Finanzexperte Frank Schäffler. Er plädiert für ein neues »Altersvorsorge-Depot«, in dem alle Bürger aus ihrem Bruttoeinkommen Geld ansparen können. [COS](#)



Cybersicherheit

Attacke auf Ärztekonten

● Die genossenschaftliche Apotheker- und Ärztebank (Apobank) hat mit einer größeren Zahl von Angriffsversuchen auf Konten ihrer Kunden zu kämpfen. Nach Angaben der Bank gab es etwa eine gefälschte Website, die so aussah wie der echte Onlinebanking-Auftritt des Instituts. Manche Kunden gaben dort arglos ihre

Zugangsdaten ein, ohne zu prüfen, ob es sich tatsächlich um eine Präsenz der Apobank handelt. Als Reaktion auf die hohe Zahl an Vorfällen hat die Apobank das Onlinebanking eingeschränkt und erlaubt derzeit nur noch Überweisungen mit einem limitierten Tagesbetrag. Höhere Zahlungen können nur über die Hotline angewiesen werden – was zu teils massiven Wartezeiten führt. Bei der Apobank dürfen ausschließlich Ärzte und Apothe-

ker ein Konto eröffnen. Viele von ihnen nutzen ihr Konto dort für die Überweisung von Löhnen und Gehältern und sind daher auf hohe Limits angewiesen. Phishing ist nach wie vor ein weitverbreitetes Phänomen. Oft wird mittels einer Mail von Kriminellen das Betriebssystem des Bankkunden mit einem Trojaner infiziert. Experten empfehlen, direkt die Adressen von Banken anzusteuern und diese nicht über Suchmaschinen aufzurufen. [MUM](#)

Siemens

Arbeitnehmervertreter pochen auf Frauenquote

● Nach der Ankündigung des Abgangs von Siemens-Personalchefin Janina Kugel verlangen Belegschaftsvertreter eine hochkarätige Nachbesetzung der Position. Anlass sind Spekulationen, Vorstandsmitglied Cedrik Neike könne den Job mit übernehmen, um das Gremium zu verkleinern. »Es kann nicht angehen, dass der Posten der Arbeitsdirektorin als Manövriermasse behandelt und einem der verbliebenen männlichen Vorstandsmitglieder als Zusatzaufgabe zugeschlagen wird. Dafür ist er zu wichtig«, sagt Jürgen Kerner, Finanzchef der IG Metall und Siemens-Aufsichtsrat. Die Selbstverpflichtung des Konzerns, mindestens 25 Prozent der Vorstandsposten mit Frauen zu besetzen, müsse eingehalten werden. Anders als Kugel könne ihre Nachfolgerin neben der Personalverantwortung zusätzlich auch eine operative Aufgabe übernehmen. »Über den Zuschnitt des Ressorts können wir reden und gemein-

sam mit dem Vorstand entscheiden«, so Kerner. Er selbst und Betriebsratschefin Birgit Steinborn – sie ist stellvertretende Aufsichtsratschefin – wollen mit Kugel noch vor ihrem Abgang Ende Januar den geplanten Abbau mehrerer Tausend Jobs in der Energiesparte und im Bereich Digitale Fabrik regeln. »Sie führt solche Verhandlungen einfach besonders sensibel und konstruktiv«, sagt Kerner. DID



THOMAS DASHUBER / AGENTUR FOCUS

Energie

Umweltminister bald Lobbyist?

● Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) steht vor einem heiklen Sprung in die Energiebranche. Er soll Hauptgeschäftsführer ihrer wohl wichtigsten Lobbyorganisation werden, des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). In dem Verband sind die Größen der Branche organisiert, unter anderem RWE und E.on. Lies verantwortet derzeit die Energiepolitik seines Bundeslands. Das Präsidium des BDEW will in Kürze über die Nachfolge von Geschäftsführer Stefan Kapferer (FDP) entscheiden. Offensichtlich soll Lies ohne Karenzzeit in seinen neuen Job wechseln, der mit einem Jahreseinkommen von rund einer halben Million Euro vergütet sein dürfte. Die niedersächsische Gesetzeslage sieht Übergangszeiten für Minister nicht zwingend vor, sondern lediglich eine freiwillige Abklingphase. Der BDEW wollte keine Stellung nehmen. GT

EZB

Wirtschaftsweiser sieht Lagarde-Berufung kritisch

● Der Wirtschaftsweiser Volker Wieland kritisiert, dass mit Christine Lagarde als neuer EZB-Chefin schon wieder eine Juristin ins Direktorium der Notenbank einrückt. Das sechsköpfige Gremium

bestehe nun zur Hälfte aus Juristen. Künftig müssten »unbedingt wieder vermehrt Ökonominen und Ökonomen mit einem wissenschaftlichen Hintergrund und Notenbankenerfahrung berufen werden«, sagte er dem SPIEGEL. Es reiche nicht, wenn die EZB in ihren Fachabteilungen eine große Zahl exzellenter Experten beschäftige. Sie benötige auch Direktoriumsmitglieder, die die Analysen ihres

Stabs mindestens so gut verstehen wie dieser oder besser. Geldpolitik basiere auf wissenschaftlicher, methodisch anspruchsvoller Analyse. »Es geht doch auch jeder davon aus, dass die Richter am Bundesverfassungsgericht Juristen sind«, sagte Wieland. Der Professor für Monetäre Ökonomie ist seit 2013 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. REI

Kommentar

Von »ganz weit oben«

Ermittler in Braunschweig und München nehmen sich die Autobosse zur Brust. Das wäre der Job von VW gewesen.

Endlich ist es so weit. Vier Jahre nach der Aufdeckung des Dieselskandals in den USA werden nun auch die Männer zur Rechenschaft gezogen, die das Desaster bei VW und Audi zu verantworten haben: Ex-VW-Chef Martin Winterkorn und Ex-Audi-Chef Rupert Stadler. Doch es sind nicht die Unternehmen, die die Verfehlungen ihrer Topmanager rigoros aufklärten, Schadensersatz von ihnen forderten oder ihre millionenschweren Pensionen einfroren. Nein, es brauchte erst Staatsanwälte in Braunschweig und München, die sich akribisch in den Dieseltbetrug einarbeiteten. Sie haben Hunderte Zeugen befragt und unzählige Dokumente gesichtet. Und sie sind dabei zu der Überzeugung gelangt, dass die von VW gern verbreitete Lesart, einige wenige Techniker seien allein für den Skandal verantwortlich, nichts anderes ist als eine Mär. Ohne Wissen und Unterstützung der Chefetage, heißt es sinngemäß in ihren Anklagen, wäre der

Betrug an Millionen Autokunden nicht möglich gewesen. Winterkorn und Stadler müssen ihre bisherigen Unschuldsbeteuerungen deshalb wohl bald vor einem Strafrichter untermauern. Das ist gefährlich für sie und peinlich für VW. Denn während der Konzern seine Topmanager ungeschoren lässt, geht er in Arbeitsgerichtsprozessen hart gegen Techniker und Programmierer vor. Mit Kündigungen und Schadensersatzforderungen werden sie eingeschüchtert, offenbar um die Legende vom ahnungslosen Chef nicht zu gefährden. Spätestens beim Strafprozess gegen Stadler wird das kaum noch gelingen. Die Münchner Ermittler haben sich eine besondere Konstellation einfallen lassen: Neben dem Audi-Chef sitzen zwei ebenfalls beschuldigte Ingenieure auf der Anklagebank. In Vernehmungen haben sie ausgesagt, dass sie ihre Anweisungen von »ganz weit oben« bekamen. Davon dürften sie im Prozess nicht abweichen. Frank Dohmen

Rüber und retour

Deutscher Osten I Seit der Wende lautete für Millionen Ostdeutsche die Devise »Go West«, dort waren die Jobs. Jetzt kehren erstmals mehr Bürger in die neuen Länder zurück als fortziehen – weil die Sehnsucht nach der Familie groß ist und Fachkräfte dringend gesucht werden.

Sieben Jahrzehnte lang bewegte sich der große Treck der Deutschen von Ost nach West. Nach dem Krieg flohen die Bürger vor der Diktatur, nach dem Mauerfall vor der Arbeitslosigkeit.

Nun ebbt der Strom ab, er kehrt sich sogar um. Erstmals seit Generationen.

Inzwischen wandern mehr Menschen vom West- in den Ostteil der Republik als umgekehrt. Viele von ihnen sind Ostdeutsche, die nach einigen Jahren in den alten Bundesländern dorthin zurückkehren, wo sie aufgewachsen sind, wo ihre Eltern leben, wo es so riecht wie in der Kindheit.

Die Chemnitzerin Nicole Lehmann hat den Geruch noch in der Nase. In ihrem Pass steht als Geburtsort Karl-Marx-Stadt, 1983 ist sie dort, im heutigen Chemnitz, zur Welt gekommen. Nach dem Abitur folgte sie ihrem Freund in den Westen, nach Ludwigsburg. Sie arbeitete im Marketing, bekam einen Sohn – richtig angekommen sei sie dort aber nie, sagt sie. Die Schwaben seien freundliche Leute, und doch: »Ich habe mich, ehrlich gesagt, viele Jahre ziemlich heimatlos gefühlt.«

Heute lebt Lehmann wieder in Chemnitz, sie leitet die Personalabteilung von Terrot, einem Hersteller von Rundstrickmaschinen. Nach der Trennung von ihrem Mann wagte sie vor drei Jahren den Neustart in der alten Heimat. Lehmann, blonde Haare, exakter Scheitel, erinnert sich daran, wie damals ihr Leben eine neue Richtung nahm: zurück in die Zukunft.

An dem Wochenende, als sie den Eltern ihren Rückkehrentschluss mitteilte, sei sie durch das Viertel gelaufen, wo sie aufgewachsen war, das Heckertgebiet, eine Plattenbausiedlung. »Mit einem Mal war alles wieder da«, erzählt sie, die Erinnerung an die Gerüche von früher, auf der Straße, am Spielplatz, im Kindergarten. Heute sagt sie: »Wäre ich immer in Chemnitz geblieben, würde ich die Stadt nicht so schätzen können.«

Rüber in den Westen und dann wieder retour: Diesen Weg schlägt eine wachsende Zahl von Ostdeutschen ein, die ihr Glück in den alten Ländern suchten – und es dort nicht fanden. Der jahrzehntelange Exodus scheint gestoppt, jetzt kommt gewissermaßen der Rexodus in Gang.

Zwischen 1991 und 2017 zogen rund 3,7 Millionen Bürger aus dem Osten fort.

Im selben Zeitraum kamen 2,5 Millionen aus dem Westen in die neuen Bundesländer. Unter dem Strich büßten die ostdeutschen Flächenländer somit rund 1,2 Millionen Einwohner ein und damit auch Arbeitskräfte und Steuerzahler. Verloren gingen Fachkräfte, die heute dringend gebraucht werden. Es verschwand zwar keine ganze Generation, wie manchmal behauptet wird, doch wer fortzog, war häufig besonders qualifiziert, ambitioniert und mobil, geografisch wie geistig.

Die erste Welle startete gleich nach der Wende. Damals waren es überproportional viele junge Frauen, die in die alten Länder zogen und dem Osten verloren gingen. Eine zweite Hochphase folgte in den Nullerjahren, als die Arbeitslosigkeit im Osten auf Rekordhöhe schnellte. Die Bürger, gerade die jüngeren, verließen insbesondere die peripheren Lagen Ostdeutschlands. Auf der Suche nach Wohlstand im Westen zog es sie vor allem nach Bayern oder Baden-Württemberg.

Seit einigen Jahren nun schwindet die Anziehungskraft, die der Westen ausgeübt hat. Die Zahl der Fortzügler ist merklich geschrumpft, gleichzeitig wächst die Zahl der Rückkehrer. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung notiert in seiner Migrationsbilanz für 2017 erstmals ein Ost-Plus von rund 4000 Bürgern; den größten Zulauf erleben Sachsen und Brandenburg.

Dies sei kein Ausreißer, so die Wissenschaftler, sondern eine Trendwende. Das bedeutet allerdings nicht, dass gebürtige

Ostdeutsche nun in Scharen zurückkehren. Wer bereits länger im Westen ist, der hat in der Regel Fuß gefasst und bleibt meistens auch dort.

Aktuelle Zahlen, wie viele der Ostzügler tatsächlich Rückkehrer sind, gibt es nicht. Doch laut einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind von den rund 324 000 Ostbürgern, die zwischen 2000 und 2012 in die alten Länder übersiedelten, nur rund 53 000 wieder zurückgegangen, das ist jeder Sechste. Diese Gruppe verbrachte im Schnitt 3 Jahre im Westen. Wenige Rückkehrer hielten sich dort länger als 5 Jahre auf, die Chemnitzerin Lehmann entschloss sich sogar erst nach 13 Jahren zur Rückkehr in die Heimat.

Die Trennung vom Mann spielte eine wichtige Rolle. Lehmann suchte eine neue Perspektive für sich und ihren kleinen Sohn – aber nicht in Baden-Württemberg. Dort habe sie für die Betreuung des Kindes 890 Euro im Monat gezahlt. »Von meinem Gehalt blieb nur ein Taschengeld übrig«, sagt sie.

In Chemnitz, das wusste sie, konnte sie auf ihre Familie zählen. Für Chemnitz sprach auch, dass dort vieles billiger war: der Platz im Kindergarten, das Brötchen beim Bäcker oder die Wohnung am Kassberg, einem Viertel mit prachtvollen Gründerzeitvillen: 6,50 Euro Kaltmiete zahlt sie dort pro Quadratmeter.

Lehmans Beweggründe decken sich mit dem, was eine Studie aus Brandenburg über die Motive von Rückkehrern herausgefunden hat. Die meisten sind einst weggezogen, um im Westen Ausbildung und Arbeit zu finden. Zurückgekehrt seien sie nicht, weil sie beruflich gescheitert seien, gaben die Befragten an. Vielmehr seien sie im Westen nie richtig heimisch geworden und suchten wieder die Nähe zu Familie und Freunden. Dafür nehmen sie auch Abstriche in Kauf, beim Einkommen zum Beispiel oder der Erreichbarkeit von Ärzten.

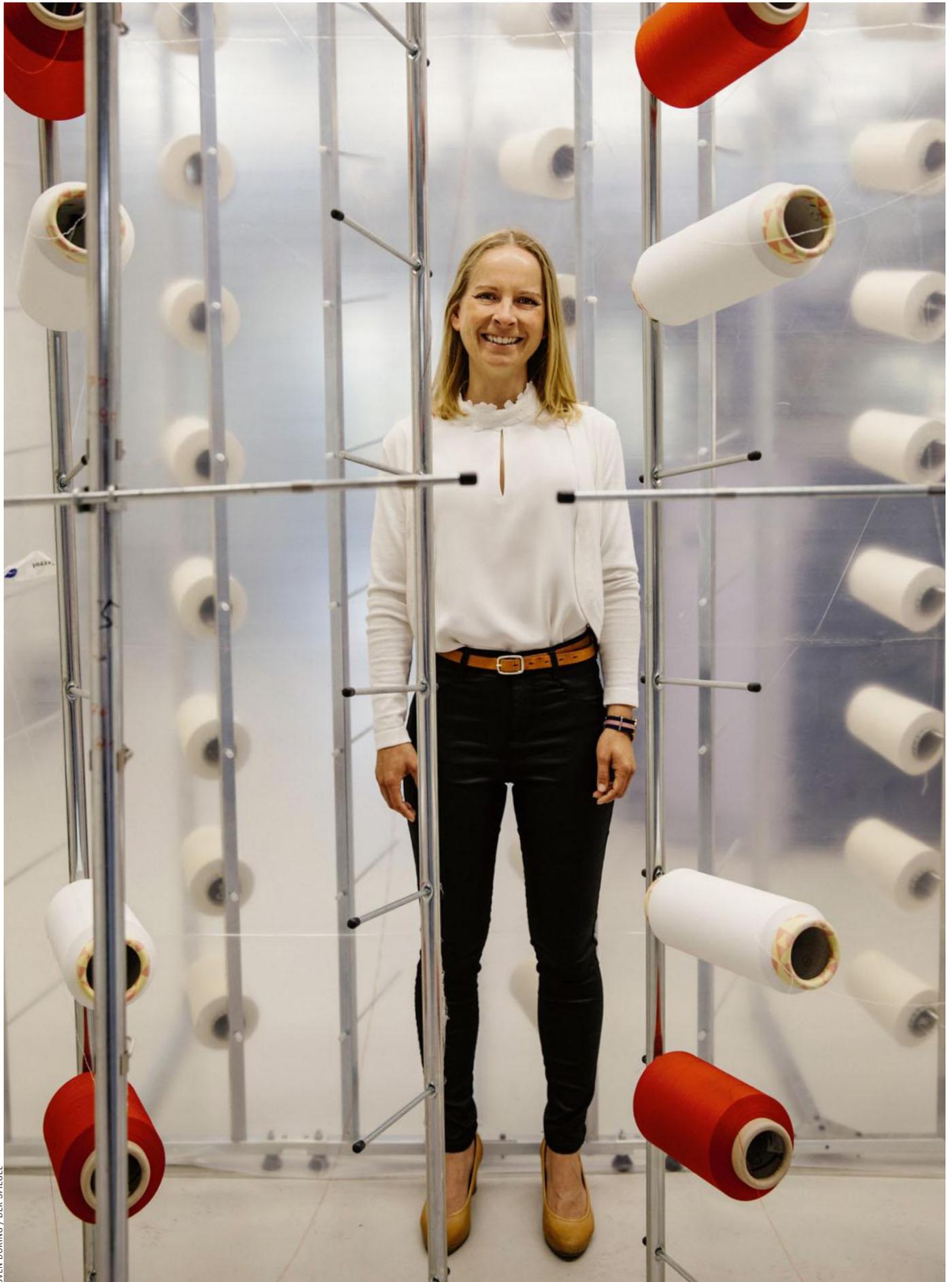
In den Westen wegen der Arbeit, aus privaten Gründen zurück, das ist das typische Muster der neuen West-Ost-Wanderer. »Sie gehen allein weg und kommen als Familie wieder«, sagt Sandra Spletzer vom Netzwerk »Ankommen in Brandenburg«.

Spletzer koordiniert verschiedene Brandenburger Initiativen, die Bürger beraten, die an Rückkehr oder Zuzug interessiert sind. Auf die Idee kämen sie, »wenn sie

Auf Augenhöhe

Umzüge zwischen den alten und neuen Bundesländern (ohne Berlin), in Tausend





SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Personalchefin Lehmann: »Ich habe mich viele Jahre ziemlich heimatlos gefühlt«

an Kreuzungen des Lebens stehen«, sagt die Beraterin, wenn runde Geburtstage anstünden oder ein Kind unterwegs sei. Dann stellten sie sich die Frage, wo sie in nächster Zeit leben wollen oder die Kinder aufwachsen sollen, im Westen oder im Osten.

Dies sei die größte Gruppe unter den Rückkehrern, Männer und Frauen Anfang dreißig, die gerade eine Familie gründeten. Ein zweiter Typus sei um die Fünfzig und kehre zurück, um sich um die alten Eltern zu kümmern oder in deren Haus zu ziehen, hat Spletzer beobachtet. Eine dritte Gruppe bestehe aus Senioren, die in die altvertraute Umgebung zurückgingen, um dort ihren Lebensabend zu verbringen.

Viele ostdeutsche Städte bieten den Rückkehrwilligen Hilfe an, allein in Brandenburg gibt es rund ein Dutzend Initiativen. Sie unterstützen bei der Suche nach Wohnung oder Job, organisieren »Coming Home«-Partys, verteilen Flyer mit Sprüchen wie »Mach Mutti glücklich, komm zurück!« oder organisieren einen Rückkehrertag, meist am 27. Dezember. An diesem Tag sind viele Weggezogene auf Familienbesuch zu Hause, eine Chance, ihnen die Vorzüge der Heimat nahezubringen.

Die Chemnitzer Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat im vorigen Dezember sogar einen ICE gechartert, um für die Region zu werben. Potenzielle Rückwanderer konnten in Nürnberg zusteigen und sich während der Reise über Karrierechancen in Sachsen informieren. »Chemnitz zieht an« heißt die Kampagne, sie wird von rund 120 Unternehmen unterstützt.

Die Stadt ist ein traditionsreicher Technologiestandort, einige Autozulieferer und Maschinenbauer sind in der Gegend ansässig. Vielen Mittelständlern fehlen qualifizierte Kräfte, sie hoffen, dass Westrückkehrer helfen können, die Lücken zu schließen.

Vor wenigen Jahren noch waren solche Personalengpässe kaum vorstellbar. Nach der Wende schnellte die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern in die Höhe, zwischen 1991 und 2004 verdoppelte sich die Quote von 10,2 auf 20,1 Prozent. Die Unternehmen hatten unter den Bewerbern die freie Wahl. Jetzt ist es fast umgekehrt. Bei einer Arbeitslosenrate von weniger als sieben Prozent können viele Firmen vakante Stellen nicht besetzen.

Es fehlen nicht nur die Erwerbstätigen, die nach dem Mauerfall in den Westen gegangen sind. Es klafft auch eine Lücke in der jüngeren Generation. Nach 1990 ist die Geburtenrate im Osten eingebrochen, die Jahrgänge, die heute ihre Karriere starten, sind ausgedünnt.

Personalchefin Lehmann erlebt es in ihrer täglichen Arbeit, wie schwierig das Rekrutieren von Nachwuchs geworden ist. Sie selbst habe nach dem Abitur in Chemnitz im Jahr 2001 noch Hunderte Bewerbungen schreiben müssen, um eine Lehr-

Abwanderung gebremst

Bevölkerung in den neuen Bundesländern (ohne Berlin), in Millionen



stelle zu ergattern, erinnert sich Lehmann. Bei ihrer Rückkehr vor drei Jahren dagegen sei es schon kein Problem mehr gewesen, einen guten Job zu finden.

Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren eine Stärkephase erlebt, es gab genug Aufträge, knapp war nur das Personal. Der Fachkräftemangel ist im Osten zur echten Wachstumsbremse geworden, und er verändert das Profil der Betriebe. Es kommen zu wenige Jüngere nach, die Belegschaften werden älter.

Bei PSFU, einer Präzisionsschleiferei in Wernigerode im Nordharz, sind die Mitarbeiter heute im Schnitt 46 Jahre alt – früher habe der Wert unter 40 gelegen, sagt Geschäftsführer Nils Appelt. Damals habe die Firma noch 15 bis 20 Bewerbungen auf ihre zwei Ausbildungsplätze bekommen. Jetzt seien sie froh, wenn sie überhaupt jemanden fänden, der Zerspanungsfacharbeiter lernen wolle.

PSFU fertigt Präzisionswerkzeuge, sie werden etwa in Satelliten benötigt. Appelt kann gut verstehen, wenn junge Leute von zu Hause weggehen wollen, er selbst hat es so gemacht, als junger Mann war er eine Zeit lang im Ausland. »Sie sollen sich erst mal die Hörner abstoßen«, sagt er – wenn



Geschäftsführer Appelt

»Erst mal die Hörner abstoßen«

sie denn später nur wiederkämen. Das aber tun die wenigsten.

Bei der Personalsuche richtet Appelt seine Hoffnung nun gezielt auf Westpendler und darauf, dass einige es irgendwann leid sein könnten, jeden Tag stundenlang im Auto zu sitzen, um zur Arbeit in den Westen zu fahren. Am Ortsausgang von Wernigerode hat er ein Plakat aufgestellt, es zeigt eine Uhr, darunter den Slogan »Zeit ist Gold« und die Aufforderung »Jetzt bewerben, Zeit sparen«.

Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall sind die Autobahnen noch immer voll mit Pendlern. Rund 332 000 Bürger leben im Osten und arbeiten im Westen. Die Rückkehrerinitiativen richten ihre Botschaft ausdrücklich auch an sie. »Heimvorteil: Harz« nennt sich eine Initiative aus dem Harzkreis. Für die »Deutschland-Bilanz«, eine Dokumentation von ZDF und SPIEGEL TV, hat ein Fernseherteam ihre Mitglieder begleitet.

Sie postieren sich zuweilen in aller Frühe an Parkplätzen, auf denen Pendler Rast machen. Dann spendiert die Initiatorin Katy Löwe den Autofahrern einen Becher Kaffee. »Coffee to stay« steht auf einem Plakat, sie drückt ihnen eine Visitenkarte in die Hand und schlägt vor, sich doch mal bei der Initiative zu melden. Vielleicht gebe es ja einen Job im Harz für sie. Und damit auch mehr Schlaf.

Hauptberuflich arbeitet Löwe in einer Werbeagentur. Früher sei sie selbst gependelt, erzählt sie, anderthalb Jahre lang täglich nach Wolfsburg. Sie habe aber bald gespürt, dass ihr der Spagat zwischen Privat- und Berufsleben missfällt. »Ich bin ein Harzer Kind«, sagt sie, »ich brauche meine Kirchtürme.«

Doch auch wenn die Zahl der Rückkehrer steigt, einen Trend vermag die Entwicklung nicht aufzuhalten: Die Ballungszentren, insbesondere Leipzig, gewinnen Einwohner hinzu, die Provinz dagegen blutet förmlich aus. In allen fünf ostdeutschen Flächenländern wird die Bevölkerungszahl in den kommenden 15 Jahren zudem voraussichtlich weiter zurückgehen, weil die Geburtenrate niedrig ist. Einzelne Regionen werden wohl ein Drittel der Erwerbsfähigen verlieren. Diese Lücke wird auch die aktuelle Rückkehrerbewegung nicht schließen können.

»Jubel ist kaum angebracht«, sagt Joachim Ragnitz, Wirtschaftsforscher an der Dresdner Dependence des Ifo-Instituts. Die Unterschiede bei Wirtschaftskraft und Lebensstandard würden zwischen West und Ost sogar noch deutlich zunehmen, lautet seine Prognose. »Die Abwanderung mag gestoppt sein«, so der Ökonom, »das Schrumpfen der Bevölkerung ist es nicht.«

Alexander Jung

Mail: alexander.jung@spiegel.de



STRAUBE / AKG-IMAGES

Arbeiterinnen in der DDR um 1973 »Um viertel fünf beginnt die zweite Schicht«

Erfolgsmodell Ostfrau

Deutscher Osten II Bürgerinnen aus den neuen Ländern galten nach der Wende als emanzipierter. 30 Jahre nach dem Mauerfall zeigt sich: Beim Feminismus hat der Westen vom Osten gelernt.

In der DDR waren Frauen wie Reintraud Zemitzsch Vorbilder: drei kleine Kinder, trotzdem voll berufstätig als Anlagenfaherin im Chemiefaserkombinat Schwarza in Thüringen. Das Staatsfernsehen drehte 1980 einen Film mit dem Titel »Wie stark ist das schwache Geschlecht?«, in dem Zemitzsch und vier weitere arbeitende Mütter porträtiert wurden. Die Kamera begleitete die Frauen in die Fabrik, zum Kindergarten, zum Einkaufen.

Videoaufnahmen zeigen, wie Zemitzsch, damals Ende zwanzig, eine graue Maschine mit roten Knöpfen bedient, ihr Blick ist ernst und konzentriert. Währenddessen erzählt eine männliche Stimme aus dem Off von ihrem Alltag: »Wenn Frau Zemitzsch um viertel fünf hier Feierabend macht, ist für sie wie für alle berufstätigen Frauen noch lange nicht Feierabend, beginnt auch für sie die sogenannte zweite Schicht.«

Die zweite Schicht, das waren alle Aufgaben in Familie und Haushalt, um die sich die Frauen nach Feierabend kümmern mussten: die Kinder vom Kindergarten abholen, einkaufen, kochen, putzen. Die Frauen in der DDR, das sollte die Reportage ausdrücken, kriegen alles unter einen Hut.

Zemitzsch ist inzwischen 68 Jahre alt und aktive Sportschützin. Sie lebt noch immer in Rudolstadt, ihrer südlich von Weimar gelegenen Heimat, und sie sagt auch heute noch: »Arbeiten, Kinder, Haushalt, das hat man einfach so hingekriegt. Das war einfach so drinnen.«

Fast 40 Jahre nach dem DDR-Film ist Reintraud Zemitzsch wieder Protagonistin einer Fernsehreportage, eines SPIEGEL-TV-Films über das 30-jährige Jubiläum des Mauerfalls. Diesmal spricht sie selbst und erzählt von den Erwartungen, die wie selbstverständlich an Frauen gestellt wurden: das Gleiche im Beruf zu leisten wie Männer. In Zemitzschs Worten: »Wir haben uns nie nicht gleichberechtigt gefühlt.«

Bis heute gelten Frauen aus dem Osten als finanziell unabhängig, selbstbewusst, eigenständig. Die Autorin Jana Hensel, die oft über ihre Erfahrungen als Ostdeutsche schreibt, nennt ostdeutsche Frauen »eine Erfolgsgeschichte«. Noch immer sind Mütter aus dem Osten häufiger berufstätig. Aber der Westen hat aufgeholt und vom Osten gelernt.

Die Ausgangslage Anfang der Neunzigerjahre war für Ost- und Westfeministinnen

sehr unterschiedlich. Im Osten zählte die Arbeit im Beruf. Vielen westdeutschen Feministinnen ging es um Abstrakteres. Es wurde viel diskutiert über Selbstbestimmung, Gendertheorien und Binnen-I. Und im Westen gab es viel mehr Frauen, die sich hauptsächlich um Haushalt und Kindererziehung kümmerten – und denen Gleichberechtigung herzlich egal war.

Vor der Wende arbeiteten laut amtlichen Statistiken mehr als 90 Prozent der ostdeutschen Frauen außerhalb des eigenen Haushalts. In der alten Bundesrepublik taten dies nur rund 50 Prozent.

Seitdem hat Deutschland bei der Emanzipation Fortschritte gemacht, im ostdeutschen Sinne. Das veranschaulicht der Werdegang von Manuela Lenz. Die 54-Jährige hat die krassen Unterschiede zwischen Ost und West in der Wendezeit selbst erlebt.

Im Sommer 1989 floh sie gemeinsam mit ihrem Mann und ihrer kleinen Tochter aus dem Thüringer Vogtland über Ungarn nach Bayern. Die beiden wollten, dass ihre Tochter in einem Land mit mehr Freiheiten groß wird. Doch im Westen angekommen, merkte Lenz schnell, dass die Möglichkeiten für sie selbst begrenzt waren.

Aus ihrem Traum, eine Kinderkrippe zu eröffnen, wurde vorerst nichts. Ihre Ausbildung als Krippenerzieherin erkannten die bayerischen Behörden nicht an, im ganzen Freistaat gab es damals kein Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren. Also fing Lenz in einem Kindergarten an, machte ihren Abschluss als Erzieherin nach – und erlebte, als sie auf die Frauen im Westen traf, einen Kulturschock.

Die oberbayerischen Mütter seien »verbohrt« und »sehr hausfraulich orientiert« gewesen. Kaum ein Kind habe nachmittags den Kindergarten besucht. Die Mütter »brachten ihre Kinder vormittags zum Spielen vorbei«. Wohl eher, damit die Kinder Abwechslung hatten. Nicht weil sie selbst arbeiten mussten.

Nachdem Lenz 1997 zum zweiten Mal Mutter geworden war, brachte sie ihre einjährige Tochter jeden Morgen über die Grenze nach Thüringen in die nächste Kinderkrippe, damit sie selbst arbeiten konnte.

Rabenmutter habe man sie nicht genannt, es habe aber Leute gegeben, die ihre Tochter, »das arme Kind«, bemitleidet hätten. Sie baue sich mit ihrem Mann eben eine Existenz auf, habe sie dann geantwortet, sie hätten schließlich nach der Flucht wieder bei null anfangen müssen. Das sei aber nur ein Teil der Wahrheit gewesen: »Ich kannte es nicht anders und war nach einem Jahr Elternzeit froh, wieder arbeiten zu können.«

Erst seit 2013 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Rentnerin Zemitzsch, Erzieherin Lenz: Das »arme Kind« bemitleidet

für Kinder ab einem Jahr. Heute erscheint das schwer vorstellbar.

In Leupoldgrün, einem Dorf im Landkreis Hof nahe der thüringischen Grenze, hat Lenz dann endlich eine Krippengruppe eröffnet. Als sie vor einigen Jahren an den Bürgermeister herantrat, reagierte er skeptisch, ließ sich von ihr aber zu einer Bedarfsanalyse für die Kleinkindbetreuung unter den etwa 1200 Einwohnern überreden. Die fiel eindeutig aus; zwei Monate später gab er sein Okay. Kurz darauf wurden acht Kinder aus dem Ort für die neue Kleinkindbetreuung angemeldet, eine volle Gruppe. Mehr als 20 Jahre nach ihrer Flucht erfüllte sich Lenz damit ihren Traum.

Sie und andere Frauen aus dem Osten waren es aber auch, die halfen, die Idee der Kitas für Kleinkinder nach Westdeutschland zu exportieren. Weil sie die Rückständigkeit vieler Westfrauen nicht akzeptierten und so dazu beitrugen, dass Mütter, die arbeiten wollten, nicht mehr angegriffen wurden. Die SPD-Politikerin Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, glaubt sogar, dass es ohne Wiedervereinigung »noch heute keinen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz« gäbe.

Allerdings wird oft ausgeblendet, welchen Preis die Frauen in der DDR für ihre Rolle zahlten. Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky, sagt, sie habe »Hochachtung davor, was die Frauen in der DDR geleistet haben«. Aber sie hadert mit dem ausschließlich positiven Mythos der starken Ostfrau.

Das System der DDR sei paternalistisch gewesen. »Männer haben Politik gemacht und entschieden, wie Frauen zu arbeiten haben.« Die Frauen hätten eingekauft, gekocht, die Kinder vom Kindergarten abgeholt – und eben nicht die Männer. Einmal im Monat hätten sie einen Haushaltstag bekommen, um zu Hause zu putzen und zu waschen. »Viele Frauen hätten gern weniger gearbeitet, das aber war meist nicht vorgesehen.« Das werde oft verklärt.

Und heute? Spielt die Herkunft aus dem Osten oder Westen für den Blick auf die Gleichberechtigung noch eine Rolle? Laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF sind Menschen im Osten und Westen davon überzeugt.

Auf die Frage »Wo sind die Frauen emanzipierter?« ergab sich ein deutlicher Unterschied: Mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen gehen davon aus, dass die

Emanzipation im Osten weiter vorangeschritten sei. Das glaubt aber nur ein knappes Drittel der Westdeutschen, während ein Viertel meint, in Westdeutschland sei die Emanzipation weiter als im Osten. Im Osten stimmen dem nur fünf Prozent zu. Von den Befragten unter 35 Jahren glaubt knapp die Hälfte, dass es keine Unterschiede mehr gebe. Ein Drittel von ihnen findet die Frauen im Westen emanzipierter.

Wenn man unter Emanzipation vor allem Berufstätigkeit versteht, trägt das Gefühl der Jungen jedoch. Bis heute sind in den neuen Ländern im Schnitt mehr Mütter berufstätig, und sie arbeiten mehr Stunden pro Woche als im Rest der Republik. Besonders groß ist die Differenz, wenn sie Kinder haben, die jünger als drei Jahre sind: Im Osten arbeiten dann 39 Prozent der Mütter Vollzeit, im Westen nur 19 Prozent. Und ostdeutsche Paare leben offenbar gleichberechtigter zusammen, jedenfalls nehmen viel mehr Väter in Thüringen und Sachsen Elternzeit als etwa in Bremen und im Saarland.

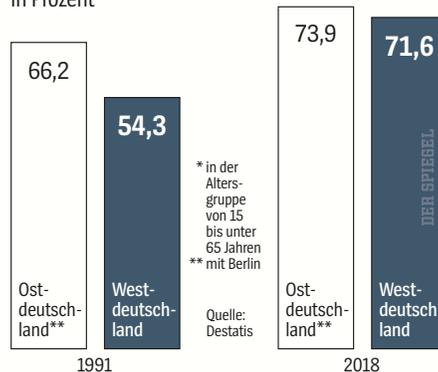
Auch in den Führungsetagen scheinen sich ostdeutsche Frauen besonders oft durchzusetzen. 2016 kamen nur 1,7 Prozent aller Führungskräfte aus den neuen Bundesländern – bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent. Aber unter denen, die es nach oben schaffen, sind offenbar überproportional viele Frauen. Das haben die Rundfunkanstalten RBB und MDR zusammen mit der Universität Leipzig im Februar herausgefunden. Stiftungsgeschäftsführerin Kaminsky erklärt das mit einem »Wettbewerbsvorteil« der Ostfrauen nach der Wende. Für sie sei es selbstverständlich gewesen, genauso qualifiziert für einen Posten zu sein wie ein Mann – und Familie und Beruf zu verbinden.

Bis Anfang des Jahres gab es vier ostdeutsche Vorstandsmitglieder von Dax-Unternehmen. Drei von ihnen waren Frauen, dann wurde eine abgelöst. Ähnlich sieht es in der Bundesregierung aus, in der seit 1990 mehr als zwei Drittel aller Minister aus dem Osten Frauen waren, im Gegensatz zu 27 Prozent Frauenanteil unter den Ministern aus dem Westen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Erhebung in den Bereichen Justiz und Wissenschaft, an Bundes- und Landesgerichten sowie an deutschen Hochschulen: Je höher die Position, die jemand aus dem Osten besetzt, desto häufiger handelt es sich um eine Frau.

Laura Backes, Christiane Hübscher
Mail: laura.backes@spiegel.de

Emanzipation am Arbeitsmarkt

Anteil erwerbstätiger Frauen*, in Prozent



► **Sendehinweis** »Deutschland-Bilanz«. Zweiteilige Dokumentation von SPIEGEL TV und ZDF, Dienstag, 6. August um 21 Uhr, und Donnerstag, 8. August um 22.15 Uhr, im ZDF.

Kalt erwischt

Handel Von September an verschärft die EU die Regeln für das Bezahlen im Netz. Doch Händler, Banken und Kunden sind erschreckend unvorbereitet.

Es war ein kurzer Satz, der Peter Bezler stutzig machte. Der Unternehmer aus der Nähe von Schwäbisch Hall betreibt einen kleinen Onlineshop für Mode und Spielzeug. In einem Internetforum für Händler las Bezler, künftig müssten alle Onlineshops in Europa ihre Bezahl-systeme umstellen. Das war im März. Bezler recherchierte und erschrak: Bereits Mitte September, erfuhr er, verschärft die EU die Sicherheitsregeln für den Einkauf im Netz.

Onlinekunden stoßen dann auf eine neue Schranke: Statt einfach mit der Kreditkarte zu bezahlen, müssen sie einen zweiten Sicherheitsfaktor eingeben – ein Passwort, einen digitalen Fingerabdruck oder einen Code, der per SMS geschickt oder über eine App generiert wird. Fehlt dieser, muss die Bank die Zahlung ablehnen. Die sogenannte Zwei-Faktor-Authentifizierung soll den Betrug mit Kreditkarten eindämmen, durch den in der EU zuletzt ein Schaden in Höhe von 1,3 Milliarden Euro entstanden ist – ein Anstieg von 66 Prozent in fünf Jahren.

»Davon wusste ich nichts«, sagt Bezler. Er fühlt sich von den Branchenverbänden und von seiner Bank schlecht informiert. Nicht nur ihn hat die Umstellung kalt erwischt. Knapp zwei Monate bevor die neuen Regeln greifen, sind Händler und Kunden in Europa erschreckend unvorbereitet. Ausgerechnet das anlaufende Weihnachtsgeschäft könnte darunter leiden: Wenn es beim Bezahlen im Web irgendwo hake, »sind die Kunden sofort weg«, weiß Bezler.

Von einem »Desaster für viele Händler« spricht Julian Grigo, Finanzexperte des Digitalverbands Bitkom: »Die Branche ist hoch alarmiert.« Viele Händler könnten ihre Webshops nicht

rechtzeitig umstellen, auch fehle eine Aufklärungskampagne für die Kunden, klagt Ulrich Binneböfel, Zahlungsexperte beim Handelsverband Deutschland. Der Start der neuen Sicherheitsregeln werde zu »Verwerfungen im Onlinehandel« führen, fürchtet er.

Der Zahlungsdienstleister Stripe warnt in einer Studie vom Juni, bei einem Fehlstart würden die Onlinehändler 57 Milliarden Euro Umsatz im ersten Jahr einbüßen, weil Kunden den Einkauf abbrächen. 60 Prozent der befragten europäischen Händler seien nicht ausreichend vorbereitet. 20 Prozent der kleineren Händler und zwei Drittel der Onlinekäufer würden die neuen Bezahlregeln nicht einmal kennen.

Dabei wurden die schon 2015 in Brüssel beschlossen. Zeit genug, eigentlich. Seit



1 Die Bank lässt ihren Kunden zwei Sicherheitsmerkmale auswählen.

Banken und Händlern aber muss all diese Möglichkeiten abbilden.

Die EU müsse für die Umstellung mehr Zeit gewähren, fordern Händler nun. Der Digitalverband Bitkom plädiert für eine Übergangszeit von 18 Monaten. Die Banken dagegen wollen nur eine Verlängerung um wenige Monate.

Die Finanzinstitute sind nicht ganz unschuldig an der holprigen Umsetzung. Zwar betont die Deutsche Kreditwirtschaft, ein Interessenverband von Banken und Sparkassen, man habe die Vorbereitungen früh angestoßen und fast abgeschlossen. Doch von der EBA

hagelt es Kritik. Viele Banken hätten bloß ihre internen

Systeme umgestellt, aber die Händler vergessen.

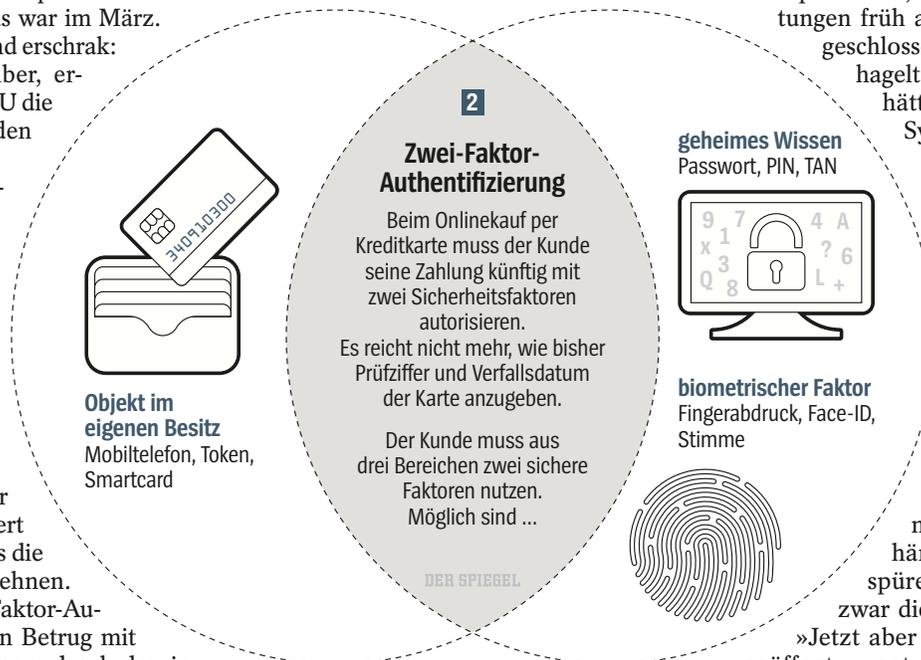
»Das haben sie verschlafen«, sagt Dirk Haubrich, der bei der EBA für die Regulierung von Zahlungsdienstleistungen verantwortlich ist. »Wenn die Finanzindustrie meint, sie sei vorbereitet, ist das nur die halbe Wahrheit.«

Das Ergebnis bekommen selbst große Onlinehändler wie Zalando zu spüren. Der Modeshop hat zwar die nötige Software parat.

»Jetzt aber werden uns die Augen geöffnet«, sagt Kai-Uwe Mokros, Geschäftsführer des konzerneigenen Bezahl-dienstleisters Zalando Payments. Seit acht Wochen teste Zalando das neue Bezahl-system. Das erschreckende Resultat: In 90 Prozent der Fälle funktioniere es nicht. Das liege daran, dass die Banken ihre Systeme noch nicht freigeschaltet hätten – weil sie das vor dem 14. September nicht müssen. Zalando und andere Händler könnten daher nicht gründlich prüfen, ob ihre Bezahl-systeme im Echtbetrieb reibungslos laufen. »Im Moment werfen sich alle die heiße Kartoffel hin und her«, sagt Mokros.

Onlinehändler Bezler versucht nun, sich des Problems zu entledigen. Er hat einen Zahlungsdienstleister für seinen Shop engagiert, der sich um die Abwicklung kümmert. »Der ist jetzt hoffentlich unser Fels in der Brandung«, sagt er. Kristina Gnirke

Mail: kristina.gnirke@spiegel.de



Monaten aber reiht sich nun Krisensitzung an Krisensitzung. Zusammen ringen Händlerverbände, die Europäische Bankenaufsicht (EBA) und nationale Finanzaufseder wie die deutsche BaFin um eine Lösung.

Die Banken müssen ihre Kunden informieren, ob sie bald für jede Bezahlung eine SMS ihrer Bank mit einem Code bekommen oder eine App auf ihr Handy laden sollen. Die Händler wiederum sind in der Pflicht, eine Software zu installieren, die beim Einkauf den zusätzlichen Sicherheitsfaktor abfragt. Auf beiden Seiten aber hakt es.

Das liegt auch daran, dass die Regeln viele Ausnahmen zulassen. So kann die Bank des Kunden bei einer Einkaufssumme unter 30 Euro auf den zweiten Sicherheitsnachweis verzichten.



3 Der Onlinehändler muss bei der Bestellung beide Faktoren abfragen.

»Ohne Gesetze kann man Kraftwerke nicht abschalten«

Konzerne Multi-Aufsichtsrat Werner Brandt über die Auseinandersetzung mit Umweltgruppen bei RWE, den Umgang mit aktivistischen Investoren und die Mitsprache von Anlegern bei Vorstandsgehältern

Brandt, 65, gehört zu den vielbeschäftigten Aufsichtsräten in Deutschland. Er ist oberster Aufseher bei RWE und ProSiebenSat.1 und sitzt im Kontrollgremium von Siemens. Seine Mandate bei Lufthansa, Osram und Innogy hat er niedergelegt. Bis 2014 war Brandt 13 Jahre lang Finanzchef bei SAP.

SPIEGEL: Herr Brandt, seit Monaten ist RWE das Ziel von Klimaaktivisten. Der Hambacher Forst, den Sie für die Braunkohlegewinnung roden wollten, wurde besetzt. Vor wenigen Wochen protestierten Tausende Schüler gegen die Umweltpolitik des Konzerns. Belastet Sie das?

Brandt: Natürlich, aber junge Menschen haben das Recht, ihre Meinung zu äußern und zu demonstrieren. Ich habe nur dann ein Störgefühl, wenn es in Gewalt ausartet, wie beim G-20-Gipfel in Hamburg. Dagegen muss der Rechtsstaat vorgehen und sicherstellen, dass so etwas nicht passiert.

SPIEGEL: Im Hambacher Forst eskalierte die Lage, ein junger Aktivist starb, Ihre Mitarbeiter wurden angegriffen. Wäre es nicht Ihr Job als Aufsichtsratschef gewesen, einzugreifen und den Dialog mit den Aktivisten und der Politik zu suchen?

Brandt: Nein, dieser Dialog ist allein die Aufgabe des Vorstands. Als Unternehmen müssen Sie mit einer Stimme sprechen. Der gesamte Aufsichtsrat hat sich aber intensiv mit RWE-Chef Rolf Martin Schmitz ausgetauscht, um ein Gefühl zu bekommen, ob wir seine Position und Vorgehensweise in der Auseinandersetzung unterstützen können. Das war der Fall.

SPIEGEL: Bei der Hauptversammlung waren Sie als Versammlungsleiter direkt mit Forderungen von Aktivisten wie »Fridays for Future« konfrontiert.

Brandt: Bei RWE nutzen Aktivisten die Bühne der Hauptversammlung seit Jahren sehr intensiv. Das ist ihr gutes Recht, wenn sie Aktien besitzen, und deshalb ist das auch in Ordnung. Als Luisa Neubauer von »Fridays for Future« bei der letzten Hauptversammlung geredet hat, gab es Unruhe, andere Aktionäre riefen »Aufhören«. Ich habe darum gebeten, dass man Frau Neubauer ausreden lässt.

SPIEGEL: Das hört sich nicht danach an, als könnten Sie mit der Position von »Fridays for Future« inhaltlich etwas anfangen.

Brandt: Ich verstehe, dass sich junge Menschen um die Zukunft des Planeten sorgen. Aber man muss auch ein Unternehmen wie RWE verstehen. Wir müssen uns am Machbaren orientieren.

SPIEGEL: Inwiefern?

Brandt: Es gab eine Kohlekommission, in der alle Interessengruppen vertreten waren. Sie hat eine Empfehlung erarbeitet, bis wann man aus der Kohle aussteigen sollte. Um die Empfehlung umzusetzen, fehlen bisher aber die Gesetze. Man kann von keinem Unternehmen verlangen, ohne rechtliche Grundlage und ohne klare Spielregeln Kraftwerke einfach zu schließen.

SPIEGEL: Ohne den Druck von Aktivisten hätte die Politik wahrscheinlich nicht einmal über den Kohleausstieg nachgedacht. Verbündet sich die Politik heute schneller mit Umweltgruppen wie »Fridays for Future« oder der Deutschen Umwelthilfe?

Brandt: War das nicht schon immer so? Denken Sie an den Atomausstieg. Erst wurden Laufzeiten verlängert, dann kam der Schwenk zum Verbot. So reagiert Politik eben. NGOs sind im Umgang mit Politik aber auch professioneller geworden.

SPIEGEL: NGOs schließen sich zum Teil mit aktivistischen Investoren zusammen, besetzen die gleichen Themen, um Druck aufzubauen. Wie gehen Sie damit um?

Brandt: Ich würde das nicht überbewerten. Die Ziele mögen gleich sein, aber jede der beiden Gruppen hat andere Interessen und eine eigene Rolle.

SPIEGEL: Wie sehen die aus?

Brandt: Der Chef der Investmentgesellschaft Blackrock, Laurence Fink, hat kürzlich zahlreiche Unternehmen angeschrieben und sie darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, auf ihren »purpose«, also auf ihre Bestimmung zu achten. Er argumentiert mit den großen Vermögen, die in den nächsten Jahren weitergegeben werden, und damit, dass die jüngere Generation einen anderen Blick auf Unternehmen hat. Da entwickelt sich offensichtlich etwas, und das ganz unabhängig von den NGOs.

SPIEGEL: Der Chemiekonzern Bayer ist in wichtigen Nachhaltigkeitsindizes der Börse nicht mehr gelistet, weil Umweltgruppen das Thema »Glyphosat« immer wieder auf die Agenda gesetzt haben. Die

Investoren haben das als Imagerisiko eingeschätzt und ihr Geld abgezogen.

Brandt: Wenn es aus Sicht von Aktionären Risiken gibt, deren finanzielle Auswirkungen schwer abschätzbar sind, orientieren sie sich anders. Das halte ich für normal.

SPIEGEL: Es gibt zunehmend aktivistische Investoren wie den US-Fonds Elliott. Sie kaufen sich bei Unternehmen ein und versuchen mit Druck, zum Beispiel über öffentliche Briefe an den Vorstand, Einfluss auf die Unternehmenspolitik zu gewinnen. Halten Sie das auch für normal?

Brandt: Nein, aber man sollte es als Unternehmen so weit nicht kommen lassen.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Brandt: Indem man von vornherein mit diesen Investoren redet und möglichst früh erkennt, welche Probleme sie sehen.

SPIEGEL: Die Forderungen sind immer gleich: bessere Performance, eine Steigerung des Aktienkurses, Verkauf vermeintlich unrentabler Unternehmensteile.

Brandt: Ich vermag daran nichts Schlimmes zu entdecken. Das sind berechnete Forderungen. Die Frage ist, zu welchen Maßnahmen aktivistische Investoren greifen, wenn sie ihre Forderungen nicht erfüllt sehen. Aber auch da bin ich der Meinung, dass Unternehmen, die früh das Gespräch suchen, mehr erreichen können als solche, die sich verweigern.

SPIEGEL: Die EU will mehr Aktionärsdemokratie und hat eine neue Richtlinie verabschiedet, die Anlegern das Recht einräumt, über die Vergütung des Vorstands abzustimmen. Finden Sie das falsch?

Brandt: Ich kann mich damit anfreunden, dass Aktionäre darüber abstimmen, ob sie das vom Aufsichtsrat gewählte Modell der Vorstandsvergütung teilen. Wenn es aber tatsächlich so weit kommen sollte, dass die Hauptversammlung das Recht erhält, die Gehälter von Vorständen im Nachhinein zu reduzieren, dann geht das an unserem System vorbei. Das lehne ich ab.

SPIEGEL: Wo liegen Ihre Bedenken?

Brandt: Die Frage der Vorstandsvergütung ist originäre Aufgabe des Aufsichtsrats.

SPIEGEL: Eine sehr formale Betrachtung.
Brandt: Nein, die ist auch inhaltlich begründet. Ein Aufsichtsrat hat bessere Informationen als Aktionäre. Deshalb kann er komplexe Fragen besser beurteilen.



MARKUS HINTZEN / DER SPIEGEL



DAVID KLAMMER / LAIF

Manager Brandt, Protestierende auf RWE-Gelände: »Junge Menschen haben das Recht zu demonstrieren«

SPIEGEL: Manchmal liegen die Fakten auf der Hand. Als die VW-Aktionäre feststellten, dass der Konzern Behörden, Verbraucher und Anteilseigner in der Diesellaffäre jahrelang betrogen hatte, erhielt der dafür verantwortliche Vorstandschef Martin Winterkorn ein Jahresgehalt von mehr als 15 Millionen Euro. Können Sie verstehen, dass sich Aktionäre dagegen wehren, wenn es der Aufsichtsrat schon nicht tut?

Brandt: Ja, das verstehe ich. Aber ich halte nichts davon, mit Extrembeispielen zu argumentieren. Die gibt es. Das ist nicht gut. Aber das gilt nicht für die gesamte deutsche Wirtschaft. Da wird insgesamt ein sehr guter Job gemacht – und das in Zeiten mit großen Herausforderungen.

SPIEGEL: Welche sind das?

Brandt: Viele. Die Spannungen mit den USA, Sanktionen. Der Handelskrieg zwischen China und Amerika, bei dem man viele Fehler machen kann, je nachdem, auf welche Seite man sich stellt. Die Digitalisierung, die Bedrohung durch Cyberkriminalität und der Klimawandel. Das sind schwierige Aufgaben, die Sie als Unterneh-

men nur bewältigen können, wenn Sie sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Außerdem brauchen wir europäische Champions, um im globalen Wettbewerb gegen die USA und Asien nicht unterzugehen.

SPIEGEL: Mit dieser Forderung hat sich schon Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier viel Ärger eingehandelt.

Brandt: Aber deswegen ist sie ja nicht falsch. Wir brauchen Unternehmen, die global mithalten können. Dazu muss auch das EU-Wettbewerbsrecht neu bewertet werden. Eine Fusion wie die der Alstom und der Siemens-Eisenbahnsparte ...

SPIEGEL: ... aus der ein in der EU dominanter Marktführer für Hochgeschwindigkeitszüge hervorgegangen wäre ...

Brandt: ... hätte die EU-Wettbewerbskommissarin nicht verbieten sollen.

SPIEGEL: Sie wollen das EU-Kartellrecht ändern und Verbraucherrechte stützen?

Brandt: Nein, ausdrücklich nicht. Aber in Deutschland kennen wir das Instrument der Ministererlaubnis, mit der eine Entscheidung des Kartellamts aus wichtigen Gründen überstimmt werden kann. So

etwas brauchten wir auch auf europäischer Ebene, um die Hürde in besonderen Einzelfällen mal überspringen zu können.

SPIEGEL: Bislang schafft es die EU nicht einmal, sich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer zu einigen. Siemens-Chef Joe Kaeser hat dazu kürzlich sehr dezidiert Stellung bezogen. Halten Sie es für richtig, wenn sich Unternehmenslenker zu politischen Themen äußern?

Brandt: Sie sind Vorbilder, haben eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und sollten diese auch als Privatperson wahrnehmen.

SPIEGEL: Joe Kaeser hat daraufhin sogar eine Morddrohung erhalten. Das bestärkt womöglich jene, die sich lieber wegduckten. Sollten stattdessen mehr Manager seinem Beispiel folgen?

Brandt: Auf jeden Fall. Aber das ist letztlich immer eine Entscheidung, die jeder für sich selbst treffen muss.

Interview: Frank Dohmen, Martin Hesse
Mail: martin.hesse@spiegel.de

Das böse R-Wort

Konjunktur Vorübergehende Schwäche oder beginnende Rezession?
Zahlreiche Indikatoren weisen darauf hin, dass der jahrelange deutsche Boom zu Ende gehen könnte – und das ganz ohne No-Deal-Brexit.



Lackieranlage des Autozulieferers Eisenmann: Geschäftsklima im freien Fall

Seit Wochen mehren sich die schlechten Nachrichten aus der deutschen Wirtschaft. Große Konzerne wie Bayer und Lufthansa warnen Anleger und Öffentlichkeit vor einem Gewinneinbruch, andere Unternehmen, zum Beispiel Thyssenkrupp, Siemens oder die Deutsche Bank, wollen Tausende Stellen streichen.

Zulieferbetriebe der Automobilindustrie geraten ins Schlingern, in dieser Woche musste Eisenmann, ein Hersteller von Lackieranlagen aus Böblingen, Konkurs anmelden.

Viele Experten sagen Deutschland für dieses Jahr nur noch ein Miniwachstum von deutlich weniger als einem Prozent voraus. Bis zu einem Schrumpfen der Wirtschaft ist es nicht mehr weit. Geht der Aufschwung nach fast zehn Jahren zu Ende, oder kommt Deutschland mit einer Delle davon?

Am Mittwoch übernächster Woche entscheidet sich, ob die schlechten Konjunkturmeldungen der letzten Zeit bloß Ausreißer waren oder ob sich dahinter ein Abgrund verbirgt. Dann verkündet das Statistische Bundesamt, wie sehr die deutsche Wirtschaft von April bis Juni gelitten hat.

Im ersten Quartal hatte sie noch zulegen können, um 0,4 Prozent zum Vorquartal, das hat viele überrascht. Diesmal, so die Erwartung, könnte das Inlandsprodukt geschrumpft sein.

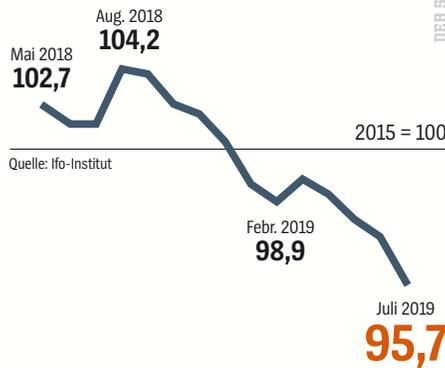
Manche Ökonomen nehmen bereits das böse »R-Wort« in den Mund, »R« für »Rezession«. Volkswirte tun sich traditionell schwer damit, Wendepunkte der Wirtschaftsentwicklung vorauszusagen. Doch im Laufe der Zeit haben sie eine Reihe von Frühwarninstrumenten entwickelt, die Aufschluss geben sollen. Viele dieser Indikatoren entwickeln sich derzeit tatsächlich besorgniserregend. Ein Überblick.

Die Stimmungsmesser

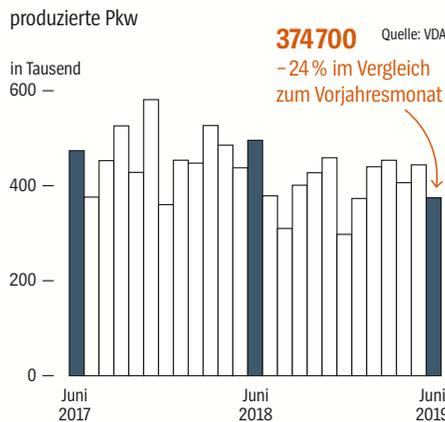
Wirtschaft bestehe »zu 50 Prozent aus Psychologie«, pflegte Ludwig Erhard, der Begründer der sozialen Marktwirtschaft, zu sagen. Und weil das auch viele Konjunkturforscher so sehen, befragen sie in regelmäßigen Abständen Verbraucher, Manager oder Banker, wie sie die aktuelle Wirtschaftslage bewerten. Von »Stimmungsindikatoren« sprechen die Ökonomen, wenn ihre Erhebung nicht auf harten Zahlen, sondern auf den Einschätzungen von Betroffenen oder Experten beruht.

Als wichtigstes Stimmungsbarmeter gilt seit Langem der sogenannte Geschäftsklima-Index des Münchner Ifo-Instituts. Jeden Monat fragen dessen Volkswirte bei rund 9000 Firmen aus Handel, Dienstleistungen, Bau und Industrie, wie deren Geschäfte aktuell laufen und wie sie sich in den kommenden sechs Monaten wohl ent-

Geschäftsklima-Index

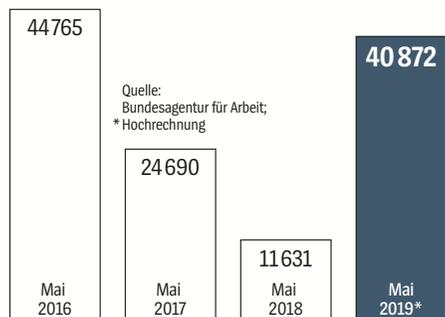


Automobilindustrie



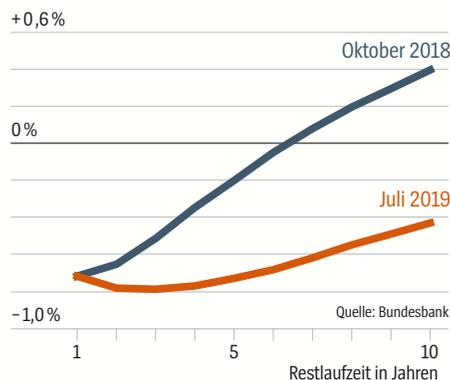
Kurzarbeiter

Bezieher von Konjunkturellem Kurzarbeitergeld



Zinsstruktur

am deutschen Rentenmarkt



wickeln werden. Das Verfahren hat den Vorteil, dass die Befragten bereits jene Produktions- und Umsatzzahlen kennen, die von der amtlichen Statistik erst Wochen später bekannt gegeben werden.

Ist die Zahl der Unternehmen, die eine bessere oder schlechtere Geschäftslage prognostizieren, genau gleich groß, liegt der Wert der Erwartungen bei null. Rutscht er ins Minus, gibt es mehr Pessimisten als Optimisten. Derzeit liegt der Wert bei minus 6,7, so stark übertrafen die negativen Erwartungen die positiven Einschätzungen zuletzt im Juni 2009.

In der Industrie befindet sich das Geschäftsklima mittlerweile sogar »im freien Fall«, sagt Ifo-Forscher Klaus Wohlrabe. In immer mehr Schlüsselbranchen bröckeln Aufträge weg. Noch sei die Wirtschaft insgesamt zwar »in keiner Rezession«, sagt Wohlrabe, weil der Einbruch im Verarbeitenden Gewerbe von der günstigen Konjunktur am Bau und bei Dienstleistungen abgefedert werde. Doch inzwischen trübten sich auch dort die Erwartungen ein.

Der Ifo-Index hat sich in der Vergangenheit als Prognoseinstrument bewährt. Jeder Rezession, die das Land nach dem Krieg heimgesucht hat, ging ein Rückgang des Indikators im Vorjahr voraus. Und jedes Mal, mit der Ausnahme von 2002/03, sank der Indikator im Schlussquartal des Jahres, das der Rezession vorausging.

Bei aller Zuverlässigkeit hat aber auch der Ifo-Index eine Schwäche. Untersuchungen haben gezeigt, dass er zwar die Richtung der konjunkturellen Entwicklung gut vorhersagt, das Ausmaß des Auf- oder Abschwungs aber weniger gut prognostiziert. Wie weit es womöglich nach unten geht, lässt sich aus den Zahlen deshalb schwer ableiten.

Beurteilung: besorgniserregend

Die Realwirtschaft

In der realen Wirtschaft, dort, wo harte Kennziffern und nicht Stimmungen zählen, sind erste Brems Spuren zu erkennen. Die Industrieproduktion schrumpfte im Mai um 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, die Auslastung der Kapazitäten ist rückläufig, auch die Zahl neuer Aufträge sinkt. Besonders mies stehen ausgerechnet die deutschen Schlüsselbranchen da.

Die Autoindustrie hat im Juni fast ein Viertel weniger Fahrzeuge produziert als vor einem Jahr, seit Januar liegt das Minus bei zwölf Prozent. Das CAR-Institut der Universität Duisburg-Essen schätzt, dass der weltweite Autoabsatz 2019 den größten Einbruch seit 20 Jahren erleben wird. Die Verkäufe sind nicht nur hierzulande eingebrochen, sondern auch in China, dem Hauptabnehmer für BMW, VW und Mercedes. Was die Konzerne bislang immer

ausgezeichnet hat, ihre Exportstärke, macht sie und ihre Zulieferer jetzt so verzettlich.

Der Maschinenbau steht vor einem ähnlichen Problem. Die Vertriebsleute in den Firmen merken, dass die Kunden vorsichtig geworden sind und weniger investieren. Im Mai gingen sieben Prozent weniger Aufträge ein. Die Chemieindustrie befürchtet ein Minus von vier Prozent. Sie ist ein klassischer Frühindikator für Auf- und Abschwünge, weil ihre Produkte in fast jeder Branche gebraucht werden.

Die Schwäche der Schlüsselbranchen ist deshalb so gravierend, weil an ihnen viel hängt. Deutschland ist stärker durch die Industrie geprägt als andere Länder. Auf sie entfallen rund 28 Prozent der Wertschöpfung. Zum Vergleich: In Großbritannien liegt der Wert laut Weltbank nur bei 19 Prozent, in Frankreich bei 17 Prozent.

Vor allem Deutschlands Paradesektor macht nicht nur die schlappe Konjunktur zu schaffen: Die Autoindustrie und ihre Zulieferer stecken mitten in einer Strukturkrise. Wichtige Abnehmerländer wie China haben selbst Kapazitäten aufgebaut. Die Abkehr vom Verbrennungsmotor sowie die absehbare Revolution durch selbstfahrende Autos und neue Mobilitätsformen, etwa Verleihsysteme, erschüttern Deutschlands Autobauer im Markt.

Schon jetzt springt die Krise auf andere Sektoren über. Der Umsatz bei Einzelhändlern ist im Juni im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,6 Prozent gesunken. Selbst die Baubranche schwächelt. Das Bauhauptgewerbe registrierte im Mai einen um 4,2 Prozent niedrigeren Auftragszugang als im April.

Beurteilung: besorgniserregend

Der Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es ebenfalls Frühindikatoren, die Veränderungen ankündigen. Die Entwicklung der Zeitarbeit gehört dazu. Tatsächlich ist die Zahl der Zeitarbeiter in den vergangenen zwölf Monaten von über einer Million auf rund 924 000 gesunken, vor allem in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern.

Allerdings taugt die Abnahme der Zeitarbeit noch nicht als Vorbote einer schweren Krise, denn sie setzte schon Ende 2017 ein. Einer der möglichen Gründe: Viele Firmen übernehmen angesichts des Fachkräftemangels Zeitarbeiter in ihre Stammbeschaft. Zudem haben Zeitarbeitsfirmen selbst große Probleme, genügend qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. In Bereichen wie der Pflege können sie die Nachfrage nicht bedienen. Zugleich wirkten 2018 Gesetzesänderungen, die das Geschäft schwieriger machten: Zeitarbeiter dürfen danach nur noch 18 Monate im selben Unternehmen bleiben und müssen

nach neun Monaten den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeschaft.

Ein zweiter Frühindikator ist die Kurzarbeit. Seit Wochen fordern Gewerkschaften und Arbeitgeber, angesichts der Konjunkturschwäche müsse es ihnen leichter gemacht werden, Kurzarbeit zu beantragen. Im Mai dieses Jahres waren knapp 41 000 Menschen in Kurzarbeit, mehr als dreimal so viele wie ein Jahr zuvor. Allerdings lag die Kurzarbeit 2017 und 2018 auf extrem niedrigem Stand. Derzeit markieren die Zahlen also eher das Normalniveau als einen besorgniserregenden Anstieg.

In der Weltfinanzkrise 2009 war jeder 20. Arbeitnehmer in Kurzarbeit, heute ist es jeder 1000.

Viele Beschäftigte bekommen die Abkühlung also noch nicht zu spüren. Der Arbeitsmarkt reagiert erst mit Verzögerung auf Änderungen der Wirtschaftslage. Dass die Hiobsbotschaften bisher so wenig Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen haben, liegt auch an der demografischen Ent-

Vor allem Deutschlands Paradesektor macht die Konjunkturschwäche zu schaffen.

wicklung. Die Zahl der Menschen, die aus Altersgründen den Arbeitsmarkt verlassen, steigt Jahr für Jahr. Der Fachkräftemangel aber bleibt und damit die Bereitschaft der Firmen, ihre Belegschaften so lange wie möglich zu halten. Zugleich gewinnen konjunkturunabhängige Sektoren wie der öffentliche Dienst, Schulen, Kitas oder Krankenhäuser an Bedeutung.

Saisonbereinigt ist die Zahl der Erwerbslosen im Juli um 1000 gegenüber dem Vormonat gestiegen, im Jahresvergleich aber um fast 50 000 gesunken. Die Beschäftigung nimmt weiter deutlich zu, aber langsamer als in den vergangenen Jahren. Die Entlassungsquote – also das Risiko, arbeitslos zu werden – liegt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Wer arbeitslos wird, hat noch immer gute Chancen, schnell wieder einen Job zu finden.

Beurteilung: stabil

Der Finanzmarkt

Den Akteuren am Finanzmarkt wird nachgesagt, besonders früh zu wittern, ob ein Aufschwung sich dem Ende zuneigt oder fortsetzt. Die Summe ihrer Einschätzungen spiegelt sich in der Zinsentwicklung. Im Normalfall liegen die kurzfristigen Zinsen unter den langfristigen. Die Erklärung ist einfach: Wenn Investoren Geld für längere Zeit anlegen, verlangen sie einen Aufschlag, der sie für das größere Risiko ent-

schädigt. Je weiter die Rückzahlung in der Zukunft liegt, desto höher fällt der Aufschlag aus, weil die Anleger auch einen Ausgleich für künftige Inflation einpreisen. Deshalb werfen zum Beispiel Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren normalerweise mehr Rendite ab als solche mit nur zwei Jahren Laufzeit.

Wenn sich die Verhältnisse umkehren, die Zinsen von Langläufern also unter den kurzfristigen liegen, dann droht Ungemach. Ökonomen sprechen dann von einer inversen Zinsstrukturkurve. Sie gilt als Anzeichen dafür, dass Anleger mit Blick auf die Zukunft nervös werden und sich mit weniger Rendite zufriedengeben. In den USA ging jeder Rezession in den vergangenen 60 Jahren ein solches Phänomen voraus. Mit einem Abstand von 6 bis 24 Monaten folgte auf eine abfallende Zinskurve eine Rezession.

In Deutschland hat sich die Zinskurve in den vergangenen Monaten noch nicht umgekehrt, sie verläuft aber deutlich flacher. Lagen die Zinsen für Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit im Juli vergangenen Jahres noch rund ein Prozentpunkt über denen mit zwei Jahren, hat sich die Differenz mittlerweile mehr als halbiert.

Die USA sind schon einen Schritt weiter. Dort liegen die kurzfristigen Zinsen deutlich über den länger laufenden Papieren.

Einige Ökonomen bezweifeln jedoch, ob die Zinsen als Indikator noch taugen. Der Grund: Sie werden durch Aktionen der Notenbanken, gleichgültig, ob in den USA oder in der Eurozone, heftig verzerrt. Durch ihren massiven Aufkauf von Staatsanleihen haben sie die Kurse lang laufender Staatsanleihen in die Höhe getrieben und die Zinsen entsprechend gedrückt. Und die amerikanische Notenbank Fed hat sich erst diese Woche nach vielen Jahren wieder zu einer Absenkung der Leitzinsen entschlossen.

Beurteilung: beunruhigend

Die Warnsignale für eine Rezession mehren sich also, auch wenn noch alle Prognosen davon ausgehen, dass die deutsche Wirtschaft 2020 wieder Fahrt aufnimmt. Ende der Woche allerdings kündigte US-Präsident Donald Trump neue Strafzölle gegenüber China an. Sollte Großbritanniens neuer Premierminister Boris Johnson sein Land tatsächlich ohne einen Deal aus der EU führen und Trump auch deutsche Autos mit zusätzlichen Strafzöllen belegen, käme dies einem Todesstoß für die Konjunktur gleich. Sämtliche Prognosen wären damit hinfällig, ein echter Einbruch der Wirtschaft wäre unausweichlich.

Markus Dettmer, Alexander Jung,
Christian Reiermann, Michael Sauga
Mail: christian.reiermann@spiegel.de

Nachhaltig leben (IV) Der Klimawandel ist zur entscheidenden politischen und ökonomischen Frage geworden. Der SPIEGEL widmet dem Thema deshalb eine Sommerserie: Wir fragen, wie Kon-



sumenten ihr Verhalten ändern können, welche Unternehmen wirklich umdenken und was die Politik tun muss. Welche Ideen gibt es, Ökologie und Ökonomie zusammenzudenken?

Tauchen für Anfänger

Konsum Essen aus Mülltonnen von Supermärkten zu bergen ist illegal, aber populär. Während manche Läden versuchen, das »Containern« zu verhindern, gibt es bereits Kurse für Einsteiger.

Es sind viele Schätze zu bergen in dieser Nacht. Der kostbarste ist, den Jubelschreien nach zu urteilen, ein Kohlrabi. Eine Studentin zieht ihn aus einer Mülltonne auf dem Hinterhof eines Aachener Penny-Markts. Kohlrabi ist ihr Lieblingsgemüse, kein anderer Fund aus dem Beutezug kann da mithalten.

Gut ein Dutzend junger Leute, großteils Studenten, wandern in dieser Julinacht durch Aachen. Sie lernen, wie man containert, also Lebensmittel aus Mülltonnen von Supermärkten rettet. Für die meisten von ihnen ist es das erste Mal. Sie sagen, sie hätten es finanziell nicht nötig, aus der Tonne zu leben, fänden die Idee aber gut. Konsumkritisch, wie sie sind.

Angeleitet werden sie von erfahrenen Mülltauchern, die alle paar Wochen eine solche Tour anbieten. Darunter Tobias Koschmieder, 32, tätig im betreuten Wohnen, Lebensmotto: »Ich sehe nicht ein, für Essen Geld zu bezahlen, wenn ich es umsonst haben kann, weil andere es weggeworfen haben.« Und Christian Walter, 30, auch er arbeitet »im sozialen Bereich«. Das Problem, sagt er, sei der Kapitalismus, er bedinge jegliche Überproduktion. Er selbst sei Sozialist.

Rund 18 Millionen Tonnen Lebensmittel werden in Deutschland jährlich weggeworfen. Das entspricht der Menge aller Lebensmittel, die von Jahresanfang bis zum 2. Mai produziert wurden, so hat es die Naturschutzorganisation WWF errechnet.

39 Prozent des Essensmülls fallen in Privathaushalten an, 14 Prozent entstehen bei den Händlern. Das klingt nach wenig, sind aber immer noch 2,6 Millionen Tonnen im Jahr. Weggeworfen wird Joghurt mit überschrittenem Mindesthaltbarkeitsdatum, angedetschtes Obst oder Brot vom selben Tag. Nicht nur die Regale der Supermärkte sind deshalb üppig bestückt, sondern auch deren Müllcontainer.

Wer eine Gratismahlzeit sucht, kann sich dort bestens versorgen. Nur: Containern gilt als Diebstahl. Was sich auf einem



Resteverwerterin beim Kaufhaus Lestra in Bremen: Rebellen des Konsums



Kaufhauschef Strangemann, Mülltaucherin Swendrowski mit Sohn: »Ich tu euch nix«

Grundstück befindet, gehört dem Eigentümer oder Mieter, selbst der Abfall. Man mag das kurios finden, aber so steht es im Gesetz.

Der Versuch von Hamburgs Justizsenator Till Steffen (Grüne), das Containern zu legalisieren, scheiterte im Juni auf Bundesebene. Das Thema wurde dadurch erst richtig groß. Denn Containern ist nicht mehr so sehr eine Frage von Bedürftigkeit, es geht vielmehr um Verantwortung. Wer containert, zeigt, dass er nachhaltig leben will. Menschen, die sich aus der Mülltonne ernähren, sind Rebellen des Konsums, mitunter auch nur für eine Nacht wie die Truppe in Aachen.

Doch auch für sie gebe es Regeln, erklärt Tourleiter Walter. Die erste: Plastikhandschuhe tragen, nicht überhastet wühlen, man kann sich leicht verletzen, wenn Glasscherben in der Tonne sind, »und dann gelangt irgendein Scheiß in die Blutbahn«. Regel zwei: Ruhe bewahren, damit keine Nachbarn aufgeschreckt werden und die Polizei rufen. Regel drei: Gut prüfen, was noch genießbar ist; schimmelige Pilze oder Brot liegen lassen, denn ist eine Stelle befallen, ist alles verdorben – von Käse hingegen lässt sich Schimmel abschneiden.

Die nächtliche Tour beginnt mit zwei Niederlagen. Ein Rewe-Markt, dessen Container bislang eine Fundgrube waren, hat diese neuerdings mit einem Schloss gesichert. Bei Lidl kommt die Truppe nicht einmal aufs Gelände, das Tor ist geschlossen. Zeit für Regel Nummer vier: Auf abgegrenztem Gelände besser nicht containern. Übers Tor zu klettern wäre Hausfriedensbruch.

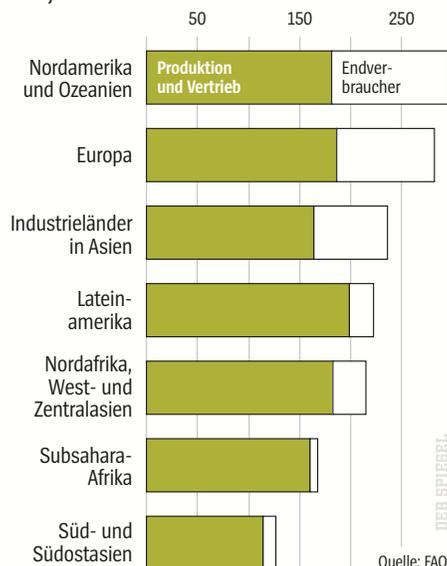
Der Penny-Markt mit dem Kohlrabi ist die Entschädigung für die anfänglichen Enttäuschungen. Nun greift Regel fünf: Nicht

alles mitnehmen, aus Rücksicht auf nachfolgende Mülltaucher. Und Regel sechs: Den Ort sauber hinterlassen. Am Ende der mehr als zweistündigen Tour wird die Beute auf einer Wiese ausgebreitet, jeder darf sich bedienen. Die Stimmung ist so feierlich wie bei einem Gottesdienst.

Seit Kurzem hat die Bewegung auch so etwas wie einen Schutzheiligen: Cornelius Strangemann, 42. Groß, barocke Statur, Anzug, Krawatte. Strangemann ist Eigentümer des Bremer Kaufhauses Lestra. Der Name steht für: Lebensmittel Strangemann. Sein Vater gründete das Unternehmen vor 50 Jahren, heute hat Lestra 180 Mitarbeiter und erwirtschaftet 25 Millionen Euro Umsatz.

Essen im Müll

Lebensmittelverschwendung in Kilogramm pro Jahr und je Einwohner



Strangemann sagt: »Lebensmittel wegzuschmeißen tut mir weh. Man muss sich das vorstellen: Tiere wurden großgezogen und geschlachtet, Ananas und Avocados um die halbe Welt geschifft – nur um am Ende bei uns auf dem Müll zu landen?«

Dass auf seinem Gelände containert wird, duldet Strangemann bereits seit zehn Jahren. Damals entdeckte er nachts Studenten, die in seinen Tonnen wühlten. Die seien ziemlich erschrocken gewesen, sagt er. Er beruhigte sie: »Ich tu euch nix.«

Berühmt wurde er erst vor ein paar Wochen. Als Deutschland anfang, über Sinn und Unsinn des Mülltauchverbots zu diskutieren, brachte Strangemann Schilder an seinen Tonnen an mit aufmunternden Worten und Tipps, wie man richtig containert. Seither gilt er als der gute Kapitalist.

Jeden Tag kommen nun 20 bis 30 Schaulustige zu Lestra, angelockt durch Medienberichte. Von Containertourismus will Strangemann ungern sprechen, »das würde andere Kaufhäuser abschrecken«. Strangemann sagt, es habe nur wenige negative Zuschriften gegeben, auf Facebook oder auf seiner Website, etwa: Wo andere im Müll wühlen, würde ich nie einkaufen. Und mehrheitlich Lob.

Es kommen auch Ratschläge. Er solle seine Reste doch besser an Bedürftige verschicken beispielsweise. »Ja, sollen wir denn Pakete packen?«, entgegnet er. »Wir sind auch ein Wirtschaftsbetrieb, ich kann nicht nur Wohlfahrt machen.« Einen Vorschlag hat er allerdings umgesetzt: Er präsentiert die aussortierten Lebensmittel jetzt auf einem Rollwagen, damit niemand mehr in die Tonnen kriechen muss.

Mit einer Bremer Mülltaucherin hat Strangemann sich inzwischen angefreundet, sie kennen sich von gemeinsamen TV-Auftritten. Katarzyna Swendrowski, 32, hat früher als Wildtierpflegerin gearbeitet, heute gibt sie Workshops zu Minimalismus, nachhaltigem Leben und Achtsamkeit. Sie ist Veganerin und Mutter des neunjährigen Tadeusz.

Swendrowski containert seit sechs Jahren, nicht bei Lestra, das Kaufhaus ist zu weit von ihrer Wohnung entfernt. Sondern bei einem anderen Laden und in den Mülltonnen des Wochenmarkts. Mehrere Stände überlassen ihr dort auch übrig gebliebene Waren. Alle paar Wochen lädt sie zu einem sogenannten Restefest in ihrem Wohnzimmer ein, öffentlich, gegen Geld oder kleine Dienstleistungen. Auf Instagram bloggt sie darüber.

Swendrowski ist eine gemäßigte Aktivistin. Sie findet es »auf Dauer nicht zielführend«, Betreiber von Supermärkten im Internet an den Pranger zu stellen, nur weil sie das Containern nicht fördern. »Es ist nicht der Job der Händler, sich um jeden nicht verkauften Salatkopf und jede Karotte zu kümmern«, sagt sie. Und manch-

mal sind ja auch die Kunden schuld, wenn Waren verderben.

Da ist zum Beispiel die Sache mit der Banane. »Wer einen Bund mit vier, fünf oder sechs Bananen im Regal vorfindet, trennt gern eine ab, warum auch immer, und legt sie zurück«, sagt Kaufhauschef Strangemann. Doch kaum jemand kauft einzelne Bananen, die bleiben deshalb oft liegen, bis sie braun werden.

Strangemann sagt, er sei selbst schon in seine Mülltonnen gestiegen, auch mit Anzug und Krawatte, »so bin ich immer angezogen, selbst zu Hause beim Rasenmähen«. Er habe Äpfel gerettet und sie an Pferde verfüttert.

Dass Strangemann Menschen beim Containern unterstützt, ist eigentlich keine große Tat. Er erweitert damit nur den Kreis der Leute, die seinen Abfall abholen dürfen, von Müllmännern auf Konsumenten.

Allerdings: Andere Händler tun das nicht. Wer sich bei Lidl, Aldi, Rewe oder der Großbäckerei Kamps erkundigt, wie sie zum Containern stehen, erhält zunächst eine Aufzählung, was ihr Unternehmen alles unternahme, um zu vermeiden, dass Lebensmittel im Müll landen.

Sie unterstützen die örtlichen Tafeln oder verarbeiten Brötchen zu Tierfutter.

Aldi Süd vertreibt neuerdings Frischmilch, auf deren Packung ein laxerer Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum propagiert wird: »Riech mich! Probier mich! Ich bin häufig länger gut!« Manche aber verhindern das Containern nach Kräften, wie sie selbst zugeben. Lidl, Rewe und Aldi Süd stellen ihre Tonnen in Bereiche, die nicht öffentlich zugänglich sind. Aldi Nord will sich zum Containern nicht äußern.

Im Juni nahm sich die Justizministerkonferenz des Phänomens an. Die Mehrheit entschied sich gegen eine Legalisierung. Sie hätte »komplizierte juristische Folgefragen aufgeworfen«, etwa ob auch Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüche straffrei bleiben könnten, so argumentierten die Minister. Auch »hygienische und ethische Gründe« sprächen dagegen. Allerdings könne ein Verfahren wegen Diebstahls von Müll bereits jetzt von den Staatsanwaltschaften eingestellt werden.

Daran haben auch Anwälte wie Max Malkus ihren Anteil.

Malkus, 29, hält Containern für legal. Aus privaten Gründen, denn er containert selbst. Und aus beruflichen, denn er vertritt Menschen, die containern. Seine Kanzlei sitzt im Geburtshaus des Marxisten Karl Liebknecht in Leipzig, was kein

Zufall ist, sondern »ein Statement«, wie Malkus sagt.

Derzeit vertritt er zwei Studentinnen, die in den Medien nur mit Vornamen erscheinen wollen: Caro und Franzl. Voriges Jahr wurden sie von der Polizei beim Containern erwischt, auf dem Gelände eines Edeka-Markts in Olching nahe München. Die Polizei informierte den Filialleiter. Der zeigte die beiden Frauen an, zog seine Anzeige aber später wieder zurück, laut Edeka »aufgrund zahlreicher öffentlicher Anfeindungen und Beleidigungen«.

Im Januar verwarnte das Amtsgericht Fürstfeldbruck Caro und Franzl »wegen gemeinschaftlichen Diebstahls«. Malkus legte Revision ein, er will weiterkämpfen, bis zum Freispruch. Er sagt: »Es gibt nichts Offensichtlicheres, als dass ein Gegenstand, den jemand in die Mülltonne wirft, als herrenlos gilt.«

Was das Gericht den Frauen auferlegte, ist nicht ohne Komik. Jede von ihnen soll nicht nur 225 Euro zahlen – die Summe ist auf Bewährung ausgeschrieben –, sondern auch acht Stunden gemeinnützige Arbeit leisten: bei der Tafel. Weil sie Lebensmittel gerettet haben, sollen sie dort nun Lebensmittel retten. Alexander Kühn

Mail: alexander.kuehn@spiegel.de

Mehr im Blick



Auf Erfolg fokussieren.

Investitionen zielführend begleiten.

Ihre Vorhaben werden durch unsere Erfahrung und Expertise zum Volltreffer. Wir begleiten Sie bis ans Ziel:
mehr-im-blick.com

Finanzgruppe

Deutsche Leasing

Ausland

»Man hat uns das Gefühl gegeben, in jeder Hinsicht Elite zu sein.« ► S. 80



Von einer Heuschreckenplage werden die Jemeniten durchschnittlich alle sechs Jahre heimgesucht, wie dieser Tage die Hauptstadt Sanaa. Ergiebige Regenfälle begünstigen die Vermehrung der Schädlinge, und der Krieg, der seit vier Jahren anhält, behindert die Regierung bei der Bekämpfung der Plage. 80 Prozent der Ernte gelten als beschädigt. Ein großer Teil der Bevölkerung hungert heute schon.

Kommentar

Tatenlose Empörung

Wie das Assad-Regime in der letzten syrischen Rebellenhochburg Idlib die Bevölkerung terrorisiert

Riham war fünf Jahre alt und kannte nichts anderes als den Krieg. Bis zum Nachmittag des 24. Juli, als ein Luftangriff auf die Stadt Ariha ihr Haus traf. Sie überlebte die Bomben, hing zusammen mit ihrer kleinen Schwester an der Bruchkante des Gebäudes, versuchte, das Mädchen festzuhalten. Bevor Retter sie erreichten, stürzten beide ab. Riham starb, die Jüngere überlebte schwer verletzt. Das Video der Kinder ging in sozialen Medien um die Welt.

Es war einer der seltenen Momente, in denen das Sterben in Nordsyrien wieder ein Gesicht bekam. Ansonsten werden die seit April wieder aufgenommenen Luftangriffe auf Dörfer und Städte, Streubombenabwürfe auf Wohnviertel, Attacken auf Krankenhäuser, Schulen, Märkte durch syrische und russische Jets im Westen mit tatenloser Empörung hingenommen. Mehr als 400 Zivilisten starben bisher bei den Luftangriffen. »Wollen Sie wieder nur mit den Schultern zucken?«, warf der Uno-Nothilfekordinator Mark

Lowcock den Mitgliedern des Weltsicherheitsrats vor, »während das Massaker vor unseren Augen weitergeht?«

Doch warum sollten Moskau und Damaskus ihre Haltung ändern, wenn sie seit acht Jahren nur Appelle hören? Im September hätte es eine Chance gegeben, den mehr als drei Millionen Menschen in Idlib durch eine Waffenruhe den Fortgang des Krieges zu ersparen. Doch die Türkei und Russland haben beide andere Prioritäten. Erdoğan's Regierung war nicht willens, die in Idlib militärisch dominierenden Dschihadisten der ehemaligen Nusra-Front zu bekämpfen (was die Mehrheit der Bevölkerung dort begrüßt hätte). Der türkische Präsident braucht eine loyale Truppe für den Kampf gegen die Kurden. Die Russen wiederum schicken Flugzeuge und Bodentruppen, machen sich so als Assads Schutzmacht unentbehrlich. Für die Menschen in Idlib bedeutet dies jetzt: neuen Terror aus der Luft. Christoph Reuter

USA

Ist Joe Biden noch der Favorit?

● Den härtesten Schlag musste Joe Biden im jüngsten TV-Duell von der eigenen demokratischen Partei einstecken, da war er noch nicht mal auf der Bühne. »Es steht viel auf dem Spiel für unsere Demokratie«, erklärte seine schärfste Konkurrentin Elizabeth Warren am Mittwoch. »Wir können doch keinen Kandidaten wählen, an den wir gar nicht glauben, nur weil wir Angst davor haben, etwas anders zu machen.« Warren, die Senatorin aus Massachusetts, brachte damit ein Gefühl auf den Punkt, das viele Demokraten in diesen Tagen beschleicht.

Ex-Vizepräsident Biden ist zwar immer noch der unangefochtene Umfragekönig, seine Erfahrung und außenpolitische Expertise sind unumstritten. Glaubt man den Meinungsforschern, dann ist Biden der beste Kandidat, um weiße Wähler aus dem Mittleren Westen zurück zu den Demokraten zu holen. Aber die Partei ist hin- und hergerissen zwischen Herz und Kopf. Biden mag auf dem politischen Reißbrett funktionieren, aber die Demokraten sehnen sich nach Leidenschaft. Die kann Biden nicht wecken. Sein zweiter Auftritt bei einer TV-Debatte der demokratischen Präsidentschaftsbewerber war solide, nicht mehr. Die Zweifel, ob er mit 76 Jahren noch in der Lage ist, gegen Donald Trump zu bestehen, konnte er nicht zerstreuen. Vieles deutet bei den Demokraten auf ein Duell zwischen Warren und Biden hin. Warren versprüht jenen Kampfgeist und Veränderungswillen, den die Parteibasis bei Biden so schmerzlich vermisst. RP



LUCAS JACKSON / REUTERS

Biden

Afghanistan

»Wir sind auf alles vorbereitet«

Der Ex-Geheimdienstchef und Vizepräsidentenskandidat Amrullah Saleh, 46, der gerade einem Mordanschlag entkommen ist, über die Aussichten auf einen Friedensschluss mit den Taliban

SPIEGEL: Herr Saleh, was ist vergangenen Sonntag passiert?

Saleh: Wir waren im Haus unserer Partei Green Trend, im Norden von Kabul, als nahe dem Eingang ein Truck und zwei Minivans mit Autobomben explodierten, ausgelöst durch Selbstmordattentäter. Vier Angreifer stürmten in das Gebäude, sie töteten meine Wachen. Ich war im vierten Stock und lief mit sieben Mitarbeitern aufs Dach. Wir hatten Waffen und Munition gelagert und verteidigten uns für etwa 50 Minuten. Dann konnten wir über das benachbarte Dach fliehen. Doch 22 Menschen starben, 60 sind verwundet.

SPIEGEL: Sind Sie ebenfalls verletzt?

Saleh: Körperlich nicht, aber ich habe zwei Neffen verloren, dazu Wachen, Freiwillige, Aktivisten, alle jung. Sie wurden einfach massakriert. Das trifft mich.

SPIEGEL: Warum will man Sie töten?

Saleh: Es ist ein Angriff auf den demokratischen Prozess, die Präsidentschaftswahl. Ich vertrete ein pluralistisches Afghanistan ohne Extremisten. Sie glauben, wenn sie Leute wie mich umbringen, töten sie die Widerstandskraft der Gesellschaft.

SPIEGEL: Wer steckt hinter dem Anschlag?

Saleh: Die Operation trägt die Handschrift der Taliban und des ISI ...

SPIEGEL: ... des pakistanischen Geheimdienstes. Die USA und die Taliban ver-

handeln gerade. Können Sie sich einen Frieden mit den Taliban vorstellen?

Saleh: Wir sind auf alles vorbereitet. Wenn sie Frieden wollen, gut, wenn nicht, können wir auch damit umgehen.

SPIEGEL: Die Amerikaner ziehen sich wohl bald aus Afghanistan zurück. Wie verteidigen Sie dann Ihre Werte gegen Bomben und Selbstmordattentäter?

Saleh: Der US-Rückzugsplan beinhaltet ja nicht die Evakuierung des Hindukusch, unsere Berge bleiben hier, unsere Flüsse und Täler, wir sind das Volk, und auch wir bleiben hier. Die Taliban werden das Land nicht übernehmen.

SPIEGEL: Sie kandidieren jetzt gemeinsam mit Präsident Ashraf Ghani, den Sie



JIM HUYLEBROEK / NYT / REDUX / LAIF

Saleh

zuvor oft kritisierten. Was hat Sie zusammengebracht?

Saleh: Die Überzeugung, dass Afghanistan nicht geteilt werden darf. Dafür lohnt es, unsere beiden Egos im Zaum zu halten. Wir mögen über vieles unterschiedliche Auffassungen haben, sind uns aber grundsätzlich einig darüber, wie Afghanistan aufgebaut werden soll.

SPIEGEL: Ihre Partei Green Trend besteht vorwiegend aus jungen Männern. Wollen Sie die Partei, wenn nötig, zu einer Miliz umfunktionieren?

Saleh: Wir sind eine sehr disziplinierte Bürgerorganisation mit 90 000 Mitgliedern. Wir tragen keine Waffen, betreiben aber eine private Militärakademie. SUK

Europa

Der italienische »Verräter«

● Seit Anfang dieser Woche arbeitet der ehemalige italienische Staatssekretär Sandro Gozi als Europabeauftragter für die Regierung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Nun tobt in Rom ein bizarrer Streit um den vermeintlichen »Verräter«. Denn bis 2018 hatte Gozi im vom linken PD geführten italienischen Außenministerium die Abteilung für europäische Angelegenheiten betreut. Jetzt dient er dem französischen Ministerpräsi-

denten Édouard Philippe. Gozi und Macron hatten sich 2014 kennengelernt, als Macron ein enger Berater seines Vorgängers François Hollande war. Bei den Europawahlen trat Gozi für Macrons Bewegung La République en marche in Frankreich zur Wahl an und wurde gewählt.

Der Chef der italienischen 5-Sterne-Bewegung, Luigi Di Maio, will nun prüfen lassen, ob man Gozi wegen Interessenkonflikten die Staatsbürgerschaft entziehen kann. Vizepremier und Lega-Chef Matteo Salvini holte ebenfalls aus gegen den ver-

meintlichen Abweicher: »Stellt euch vor, welche Interessen diese Person früher vertreten hat, solange er noch in der italienischen Regierung war!« Gozi spricht von einer grotesken Polemik gegen ihn: »Für Paris bin ich ein Freund, in Rom will man mich am liebsten zum Staatenlosen degradieren.« Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten bereits gelitten, nachdem Di Maio die Gelbwestenbewegung in Frankreich besucht und die Regierung im Élysée als Kolonialherrn in Afrika kritisiert hatte. Paris wertete die Ausfälle als »inakzeptable Provokation«. HOR



MORTEZA AKHOONDI / MEHR NEWS AGENCY / AP

Iranische Revolutionswächter auf dem britischen Tanker »Stena Impero«: Wie lässt sich der Schiffsverkehr sichern?

Zwischen den Fronten

Iran-USA-Konflikt Der Streit um einen festgesetzten britischen Tanker droht die Einheit der europäischen Diplomatie zu sprengen. Die EU wird zwischen Washington und Teheran zerrieben. Auf welche Seite schlägt sich Großbritanniens neuer Premier Boris Johnson?

An der Straße von Hormus, einer Meeresenge zwischen Iran und Oman und eine der wichtigsten Ölhandelsrouten der Welt, könnte sich in diesen Tagen die Zukunft einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden.

Ist die EU ein Akteur auf der Weltbühne? Oder ist sie handlungsunfähig und zer-

stritten? Im Konflikt zwischen den USA und Iran wollen die Europäer vermitteln. Nun werden sie zunehmend selbst hineingezogen. Die EU könnte zerrieben werden zwischen US-Präsident Donald Trump und der iranischen Führung.

Im Persischen Golf und an der Hormus-Straße ist der Schiffsverkehr durch Irans Provokationen seit Mai beeinträchtigt;

es kam zu Explosionen auf Frachtern, die Washington den Iranern zuschreibt, am 19. Juli griffen die iranischen Revolutionswächter in der Straße von Hormus den unter britischer Flagge fahrenden Tanker »Stena Impero« auf – als Antwort darauf, dass die Briten vor Gibraltar einen Tanker mit iranischem Rohöl festgesetzt hatten.

Seither ringt man in Europas Hauptstädten darum, wie auf die iranische Provokation zu antworten ist und wie sich der Schiffsverkehr auf der Straße von Hormus sichern lässt. Wie können Teheran Grenzen aufgezeigt und die eigenen Interessen abgesichert werden, ohne gleichzeitig die Kriegsgefahr zu verschärfen?

Und das in einem Moment, da in London der neue Premierminister Boris Johnson übernommen hat und auf einen harten Brexit in knapp 90 Tagen zusteuert – wovon ihn wohl nur noch das britische Parlament abhalten könnte.

London war bisher neben Berlin und Paris als sogenannte E3 die treibende europäische Kraft, um das internationale Atomabkommen mit Iran nach dem Austritt der USA noch zu retten. Doch könnte Johnson für Trump der unverbrüchliche Verbündete werden, der Tony Blair im Irakkrieg von 2003 für George Bush war?

Bereits jetzt zeigt sich, dass London künftig noch stärker als bisher von Washington abhängen könnte und sich an den Wünschen von Trump orientieren muss, falls es wirklich zu einem harten Bruch Großbritanniens mit der EU kommt.

Berlin strebt deshalb wohl bereits an, die Spanier, möglicherweise auch Italien und Polen, enger in die Iranverhandlungen einzubinden. Sollte es Trump gelingen, die Front der Europäer aufzusprengen, gibt es kaum jemanden, der die Eskalationsspirale mit Iran noch stoppen kann. Die EU hat nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen versucht, die Iraner dazu zu bewegen, sich weiterhin an den Deal zu halten. Trotz ihrer Zusicherungen konnten die Europäer die massiven wirtschaftlichen Einbußen der Iraner durch die US-Sanktionen bisher nicht ausgleichen.

»Die Regierung in Teheran glaubt immer noch an den Wert eines funktionierenden Atomabkommens«, sagt Adnan Tabatabai, Iranexperte des deutschen Nahost-Thinktanks Carpo. »Sie testet nun, was realistischer ist: die Rückkehr zum Abkommen oder darauf zu verzichten und stattdessen mit den Amerikanern einen Weg zu finden, um den iranischen Ölverkauf zu sichern.«

Deshalb verfolgen die USA und Iran derzeit gleichermaßen eine Strategie der Eskalation – und beide Seiten hoffen, dass die andere Seite einlenkt, bevor es zu einem Krieg kommt.

Für die Sicherung des Handels durch die Hormus-Straße liegen nun zwei konkurrierende Pläne auf dem Tisch: erstens die US-geführte »Operation Sentinel«, zweitens: eine europäische Marinemission.

Der US-Plan schien eigentlich eine Totgeburt zu sein. Bereits im Juni hatte ihn das Pentagon vorgeschlagen, damals ging kein Land darauf ein. Kein Wunder: »Sentinel« ist für mögliche Partner ein

denkbar schlechter Deal. Anders als während des »Tankerkriegs« in den Achtzigerjahren, als US-Kriegsschiffe die Frachter des kuwaitischen Verbündeten eskortierten, ist »Sentinel« kein Solidaritätsbündnis: Washington hat bereits klargestellt, dass jedes Land für seine eigenen Schiffe verantwortlich bleiben sollte. Die USA wollen lediglich Aufklärungserkenntnisse mit den Partnern teilen.

Die zweite Idee, eine gemeinsame europäische Mission, angeführt von Frankreich und Großbritannien, klingt deutlich realistischer. Die amerikanische »Operation Sentinel« scheint sich nun aber gegen die europäische Variante durchzusetzen. Der Grund: Der Regierungswechsel in London hat dem US-Plan neuen Auftrieb verliehen. Johnsons Regierung will sich anscheinend auf ihn einlassen, das haben britische Vertreter den USA offenbar bereits am 25. Juli bei einem Treffen in Florida signalisiert. Das wäre für Trump, der die Europäer spalten will, ein großer Triumph. Johnson würde damit eine Kehrtwende vollziehen – und die anderen Europäer verprellen. Schließlich hatte London eine EU-Marinemission zuvor überhaupt erst ins Spiel gebracht – doch das war noch die alte Regierung unter Theresa May.

Viele Verbündete haben die USA für ihren Plan nicht: Neben London will sich an der Mission bisher nur Südkorea beteiligen, das im Konflikt mit Nordkorea auf Trump angewiesen ist. Paris hat – wie Berlin – eine Teilnahme bereits abgelehnt. Selbst die Polen, die Trump sonst gern beistehen, haben bestenfalls politische Unterstützung in Aussicht gestellt.

Auch am Golf ist man zurückhaltend: Die Vereinigten Arabischen Emirate, die



Politiker Johnson, Trump
»Strategie des maximalen Drucks«

laut gegen Iran mobilgemacht hatten, rücken anscheinend von Trump ab. Gerade besuchte eine emiratische Delegation Iran, um über die Sicherheit im Persischen Golf zu sprechen. Für die kleinen arabischen Golfstaaten steht im Konflikt mit Iran viel auf dem Spiel. Für sie ist die Hormus-Straße die wichtigste Exportroute. Zudem haben sie keine nennenswerte Marine oder Raketenabwehrsysteme, um sich zu schützen.

Den zweiten Plan, eine europäisch geführte Mission, hat Johnsons Schlingenkurs unwahrscheinlicher gemacht. In der Bundesregierung dürfte man erleichtert sein, denn bei einer EU-Mission wäre politischer Streit in der Koalition garantiert: Wichtige Vertreter der SPD-Fraktion haben sich bereits skeptisch über einen solchen Einsatz geäußert.

An einer US-geführten Mission am Persischen Golf wird sich die Bundesregierung dagegen auf keinen Fall beteiligen. Das steht fest, auch wenn sich die Tonalitäten von Außenminister Heiko Maas (SPD) und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) deutlich unterschieden. Aus Sicht der Bundesregierung wäre ein solcher Einsatz nicht mit der bisherigen Iranpolitik zu vereinbaren, die Trumps »Strategie des maximalen Drucks« ablehnt und am Atomabkommen mit Iran festhalten will. Außerdem fürchtet man, dass der Konflikt durch die US-Mission militärisch eskalieren könnte.

Es ist allerdings noch nicht sicher, dass es nicht doch noch zu einer Anfrage aus Paris kommt. Die Franzosen planen offenbar nach wie vor eine eigene Mission – im Berliner Verteidigungsministerium hat man entsprechende Signale aus Paris registriert. Frankreich unterhält seit zehn Jahren einen Militärstützpunkt in Abu Dhabi, direkt an der Meerenge von Hormus, ein idealer Ausgangspunkt für einen solchen Einsatz. Sollten die Franzosen um Unterstützung bitten, könnte die Bundesregierung nur schwer ablehnen.

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat bei ihrem Antrittsbesuch bei der Nato am Mittwoch klargestellt: Damit es zu einer deutschen Beteiligung kommen kann, müsste auf jeden Fall der Bundestag zustimmen. Nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wäre ein Einsatz nur im Rahmen eines »Systems kollektiver Sicherheit« zulässig. Unter welchen Bedingungen eine Koalition der Willigen unter dem Dach der EU verfassungsgemäß wäre, ist noch offen.

Im Moment operieren zwei deutsche Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer, die Korvette »Ludwigshafen am Rhein« vor der libanesischen Küste und die Fregatte »Hessen« in der Ägäis. Ab Ende September wird auch wieder ein Aufklärungsflugzeug vom Typ P-3C »Orion« in Dschibuti

»Die Iraner trauen Trump nicht«

SPIEGEL-Gespräch Der Nahostexperte und ehemalige Regierungsberater Vali Nasr warnt vor der Gefahr eines neuen Krieges im Nahen Osten und fordert die Europäer dazu auf, sich der amerikanischen Iranpolitik zu widersetzen.

stationiert sein. Die beiden Schiffe und das Flugzeug sind zwar fest in internationale Missionen eingebunden, könnten aber bei Bedarf kurzfristig abgezogen werden.

Während die Deutschen weiter abwarten, haben die Briten bereits ihre Marine mobilisiert. Neben der Fregatte »HMS Montrose« soll nun auch der Zerstörer »HMS Duncan« britische Schiffe durch die Meerenge zwischen Iran und Oman begleiten. Einst beherrschte Großbritannien bekanntlich die Meere, doch derzeit ist nur etwa die Hälfte der großen britischen Kriegsschiffe – sieben Fregatten und drei Zerstörer – überhaupt einsetzbar, der Rest ist in Wartung.

Trotz der offenbar geplanten Teilnahme an der »Operation Sentinel« scheint Johnson sich allerdings noch nicht ganz aus dem europäischen Konsens zu verabschieden. Der britische Premier hält weiterhin am Atomabkommen mit Iran fest – trotz des massiven Drucks aus Washington. Doch Johnson gilt als unberechenbar.

Der neue britische Premier hat gerade im Verhältnis zu Iran in der Vergangenheit gravierende Fehler gemacht. So behauptete er als Außenminister 2017 fälschlicherweise, die verhaftete britisch-iranische Doppelstaatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe habe in Iran Journalismus unterrichtet. Damit stützte er iranische Vorwürfe, sie habe »Propaganda« verbreitet und gefährdete Zaghari-Ratcliffe zusätzlich. Tatsächlich war sie 2016 während ihres Urlaubs in Iran verhaftet worden. Sie ist dort noch immer in Haft.

Teheran hat bereits gedroht, dass es die Stationierung weiterer Kriegsschiffe am Golf als Provokation auffassen würde. Im Moment sendet es höchst unterschiedliche Botschaften. Einerseits präsentieren die Revolutionswächter stolz martialische Videoaufnahmen ihres Überfalls auf die »Stena Impero«, andererseits machen hochrangige Regierungsvertreter neue Verhandlungsvorschläge. So schlug der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif im Juli vor, dass Iran vorzeitig ein zusätzliches Protokoll ratifizieren könnte, das die Inspektionen seiner Nuklearinstallationen ausweiten würde. Teheran versucht anscheinend, die US-Position auszuloten.

Die USA verstärkten indes ihre Position des Drucks am Mittwoch damit, dass sie gegen Zarif Sanktionen erließen. Der Außenminister, der als einer der Architekten des Atomabkommens gilt, sei das »Gesicht des Regimes«, hieß es in Washington. Die Europäer kündigten umgehend an, weiter mit Zarif zusammenarbeiten zu wollen.

Konstantin von Hammerstein,
Christiane Hoffmann, Susanne Koelbl,
Raniah Salloum

Nasr gilt als einer der führenden Experten für Iran und den schiitischen Islam. Er wurde im Jahr 1960 in Teheran geboren und emigrierte mit seinen Eltern nach der iranischen Revolution in den Westen. Er beriet die Regierung Obama. Heute lehrt er Politik an der Johns-Hopkins-Universität in Washington.



SPIEGEL: Herr Nasr, erleben wir gerade den Beginn eines neuen Krieges im Nahen Osten zwischen den USA und Iran?

Nasr: Die Gefahr besteht, vor allem weil beide Seiten nicht miteinander reden. Es gibt viel Raum für Missverständnisse. Anders als bei Nordkorea oder China hat US-Präsident Donald Trump im Fall Iran eine vergleichsweise stabile politische Lage in eine enorm gefährliche verwandelt. Gleichzeitig hat er mit seiner Strategie keinen Erfolg, aber auch keinen Plan B. Das macht ihn – ein gutes Jahr vor der Präsidentschaftswahl – politisch verwundbar. Die Irankrise offenbart aber auch, wie schwach und ineffektiv die Europäer sind. Schon jetzt

ist der Schaden für die europäische Außenpolitik enorm.

SPIEGEL: Warum das?

Nasr: Die Europäer zeigen gerade, dass sie vollständig der amerikanischen Außenpolitik folgen. In Iran gibt es die weitverbreitete Sicht, dass die Europäer eine finstere Rolle gespielt haben, indem sie einerseits Iran dazu gebracht haben, sich an das Nuklearabkommen zu halten, und gleichzeitig dafür sorgten, dass die Amerikaner Druck aufbauen konnten.

SPIEGEL: Die Europäer haben die Entscheidung Trumps, aus dem Nuklearabkommen auszusteigen, kritisiert. Der deutsche Außenminister Heiko Maas ist im Juni nach Teheran geflogen, um mit Iran im Gespräch zu bleiben.

Nasr: Die Europäer haben viel Kraft und Zeit investiert, um das Abkommen zu verhandeln. Nachdem die USA ausgestiegen waren, haben sie versprochen, zumindest den Versuch zu unternehmen, es zu retten. Aber sie haben den USA nichts entgegengesetzt, im Gegenteil: Sie haben sich entschieden, dem amerikanischen Druck nachzugeben. Vor Kurzem hat Großbritannien auf einer zweifelhaften rechtlichen Basis einen Tanker mit iranischem Öl vor Gibraltar festgesetzt. Das hat den Iranern nur bestätigt, was sie schon lange dachten: dass die Europäer der verlängerte Arm der US-Außenpolitik sind und dabei helfen, eine Krise zu verschärfen, die erst durch den Ausstieg der USA aus dem Abkommen entstanden ist.

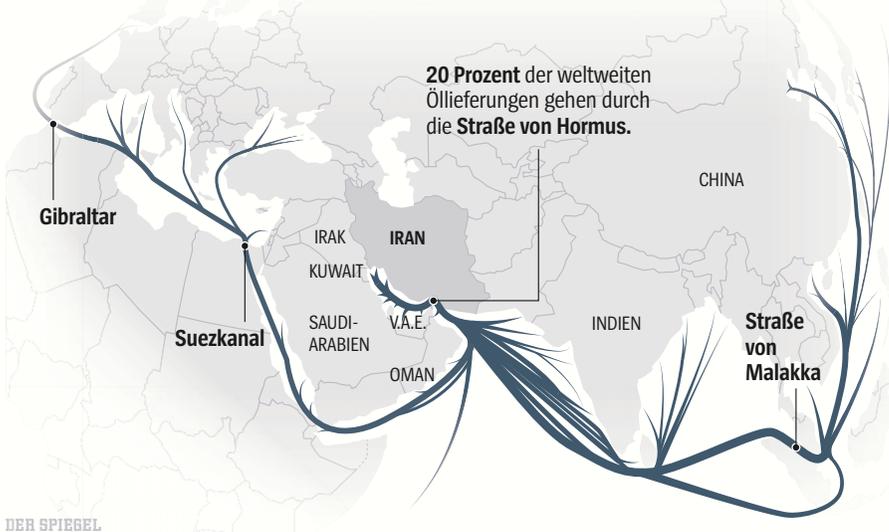
SPIEGEL: Halten Sie den neuen britischen Premierminister, Boris Johnson, für einen Gefolgsmann Trumps?

Nasr: Die Briten könnten Trump gar nicht mehr unterstützen, als sie es im Moment tun. Der einzige Schritt, den Johnson noch nicht getan hat, ist, offiziell aus dem Abkommen auszusteigen. Das hätte enorme Weiterungen, weil es den Bruch Großbritanniens mit der EU unterstreichen würde. Nun fordern die Briten Unterstützung in der Krise (um den festgesetzten britischen Tanker »Stena Impero« –Red.) und bitten die europäischen Partner, sich einer Militär-

Das Gespräch führte der Redakteur René Pfister.

Durchs Nadelöhr

Die Straße von Hormus und andere wichtige Schifffahrtsrouten des Ölhandels



mission zum Schutz der Schifffahrt in der Straße von Hormus anzuschließen. Das ist der Versuch, den Rest Europas auf die amerikanische Außenpolitik einzuschwören.

SPIEGEL: Was könnten die Europäer denn tun, um das Abkommen zu erhalten?

Nasr: Es gibt verschiedene Optionen, die sich alle im Rahmen des Nuklearabkommens JCPOA bewegen. Die europäischen Unterzeichnerstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien könnten zum Beispiel iranisches Öl kaufen. Oder sie könnten Iran eine Kreditlinie gewähren, die mit Öllieferungen bedient wird. Natürlich würde das Streit mit Washington provozieren. Aber weil es ein Geschäft zwischen Regierungen wäre, müssten die USA europäische Staaten mit Sanktionen belegen. Das ist nicht sehr wahrscheinlich.

SPIEGEL: Hat Trump eine Strategie im Umgang mit Iran?

Nasr: Trumps Strategie ist, Leute mit Druck an den Verhandlungstisch zu zwingen, damit sie ihm dort geben, was er will. Es scheint so, als hätte das in der Vergangenheit auch funktioniert, Trump denkt das zumindest. Er hat die Mexikaner drangsaliert, die Kanadier und die Europäer, und früher oder später haben sie ihm immer Zugeständnisse gemacht.

SPIEGEL: Mit Iran scheint das bisher nicht zu klappen.

Nasr: Die Iraner trauen Trump nicht. Der Präsident sagt, dass er verhandeln will, aber seine maßgeblichen Sicherheitspolitiker ziehen nicht mit. John Bolton, der nationale Sicherheitsberater, und Außenminister Mike Pompeo wollen keine Gespräche mit Iran. Vor seiner Berufung in den Stab von Donald Trump hat Bolton öffentlich erklärt, dass er einen Regimesturz in Teheran wolle. Die Iraner wissen: Selbst wenn sie sich auf Trumps Vorschlag eines Gipfeltreffens ein-

ließen und Beschlüsse trafen – es ist die Ebene darunter, die diese dann umsetzen muss. Bolton und Pompeo aber wollen kein neues Abkommen. Sie wollen die Spannungen verschärfen und das Regime stürzen.

SPIEGEL: Viele sagen, hinter der Berufung Boltons stand die Idee, sich einen Falken ins Weiße Haus zu holen, der den Druck erhöht und so Trump dabei hilft, das Atomabkommen neu zu verhandeln.

Nasr: Selbst wenn Trump das beabsichtigt haben sollte, war es keine gute Idee. Trump will die Iraner davon überzeugen, dass er ernsthaft an Gesprächen interessiert ist. Aber genau das untergräbt Bolton.

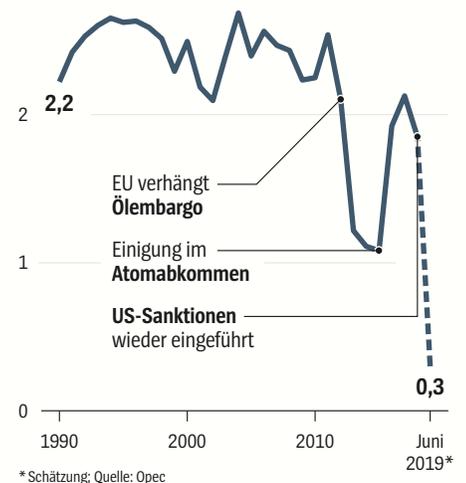
»Ein Jahr lang haben die Iraner jede Eskalation vermieden – sie nannten das ›strategische Geduld‹.«

Nehmen Sie den Versuch Japans, zwischen Iran und den USA zu vermitteln. Trump und der japanische Premierminister Shinzo Abe haben viel Zeit mit dem Thema verbracht. Trump hat Abe gebeten, nach Teheran zu fliegen und einen Brief an die iranische Führung zu übermitteln. Die Iraner sahen das als positives Zeichen und machten ihrerseits eine Geste, indem sie vor der Ankunft Abes einen libanesischen Gefangenen freiließen, der ein Aufenthaltsrecht in den USA genießt.

SPIEGEL: Was ging schief?

Nasr: Unmittelbar vor der Landung Abes erließen die USA neue Sanktionen gegen die iranische Ölindustrie. Damit war der Vermittlungsversuch gescheitert. Ich glaub-

Irans Rohölexport
in Mio. Barrel pro Tag



be, Bolton steckte dahinter. Es ist einfach für einen gewieften Bürokraten wie ihn, so etwas einzufädeln.

SPIEGEL: Warum haben die Iraner die US-Drohne abgeschossen und nun auch noch einen britischen Tanker festgesetzt? Wollen sie einen Krieg mit den USA provozieren?

Nasr: Das glaube ich nicht. Ein Jahr lang haben die Iraner jede Eskalation vermieden, und das obwohl die USA aus dem Nuklearabkommen ausgestiegen sind und den Druck immer weiter erhöht haben. Die Iraner nannten das »strategische Geduld«. Aber im Frühjahr gab es dann eine neue Sanktionsrunde, und Trump sagte, er werde die iranischen Ölexporte auf null drücken. Außerdem erklärte die US-Regierung die iranischen Revolutionswächter offiziell zu einer Terrororganisation. Die iranische Regierung kam zu dem Schluss, dass die USA das Konzept der »strategischen Geduld« als Schwäche interpretieren, und sah gleichzeitig kein Risiko darin, ihrerseits den Druck zu verschärfen. Selbst die moderaten Stimmen in Iran sind überzeugt, dass nur eine Politik der Abschreckung Trump davon abhalten wird, immer weiter zu eskalieren. Die Botschaft ist klar: Wir können die Krise verschärfen. Ihr könnt uns mit Krieg drohen, aber der wird auch für euch schmerzhaft sein. Wir sind verrückter als ihr.

SPIEGEL: Wie steht die iranische Öffentlichkeit zum Nuklearabkommen?

Nasr: Zu Beginn hat es enorm positive Erwartungen geweckt. Für die meisten Iraner ging es nicht um die Atomfrage und auch nicht um wirtschaftliche Erleichterungen. Sie sahen das Abkommen als ersten Schritt hin zu einer Öffnung Irans. Jeder glaubte, dass nun europäische Firmen ins Land kommen würden und vielleicht bald auch amerikanische. Die Botschaft moderater

Politiker wie Präsident Hassan Rohani war, dass sich Iran dem Westen zuwenden sollte, dass es sich lohnt, in die Verbindung zum Westen zu investieren. Das Nuklearabkommen würde die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern und neue Abkommen nach sich ziehen. Nach und nach würde sich nicht nur das Verhältnis zum Westen ändern, sondern auch Iran selbst.

SPIEGEL: Und nun?

Nasr: Die Stimmung hat sich gegen das Abkommen gedreht. Viele denken, dass es falsch war, den USA und den Europäern zu vertrauen. Die Iraner ärgern sich, weil sie sich getäuscht und betrogen fühlen, und die Schuld dafür wird Moderaten wie Rohani gegeben. Niemand in Iran kann sich deshalb im Moment dafür einsetzen, mit Trump zu reden. Niemand ist bereit, diesen entscheidenden Schritt zu tun.

SPIEGEL: Wie soll es weitergehen, wenn beide Seiten nicht bereit sind nachzugeben?

Nasr: Ein Szenario wäre, dass Trump die Sache einfach bis nach der Wahl liegen lässt. Er könnte aber auch darüber nachdenken, den Iranern einen Anreiz zu geben, sich zu bewegen. Aber das würde erfordern, dass er etwas anbietet, etwa die Aufhebung einiger Sanktionen. Die iranische Führung braucht ein Zugeständnis, damit Gespräche mit den USA nicht wirken wie eine Kapitulation vor Trump. Die US-Regierung muss die iranische Innenpolitik mitbedenken. Pompeo kann nicht so aggressiv gegenüber Iran auftreten und erwarten, dass iranische Politiker das hinnehmen, ohne einen hohen innenpolitischen Preis dafür zu bezahlen. Die Iraner akzeptieren keine Demütigung.

SPIEGEL: Woher kommt die amerikanische Obsession mit Iran?

Nasr: Iran ist kein Entwicklungsland wie jedes andere; es ist eine sehr alte Kultur. Das gibt dem Land eine eigene Aura und Gravität. Außerdem leben dort mehr als 80 Millionen Menschen, und das Land liegt an einer strategisch wichtigen Stelle zwischen Europa und Asien. Es gibt aber auch eine psychologische Komponente: Die iranische Revolution war die letzte große in der Geschichte. Wir benutzen das Wort sehr freizügig, aber in Wahrheit gab es nur vier große Revolutionen: die französische, die russische, die chinesische und die iranische im Jahr 1979. Sie war ein großer Schock für den Westen und spe-

»Die Situation im Nahen Osten ist vergleichbar mit der am Vorabend des Ersten Weltkriegs.«

ziell für die USA. Die Geiseln in der US-Botschaft in Teheran waren der wichtigste Grund, warum Jimmy Carter im Jahr 1980 die Präsidentschaftswahl gegen Ronald Reagan verlor. Außerdem gilt die iranische Revolution als entscheidender Antrieb für den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus zu einer politischen Kraft. Nun gibt es eine neue Generation von amerikanischen Politikern, deren Sicht auf Iran durch den Irakkrieg 2003 geprägt wurde, Leute wie Trumps ehemaliger Sicherheitsberater H.R. McMaster oder Senator Tom Cotton, der im Irak gekämpft hat. Diese Leute verbinden Iran

nicht mit Khomeini, sondern mit Qasem Soleimani, dem Kommandeur der Quds-Brigade. Sie sehen Soleimani als Terroristen an, der die iranischen Militäraktionen in Syrien, im Jemen und im Irak koordiniert und der Hunderte US-Soldaten mit Sprengfallen tötete.

SPIEGEL: Lassen sich die Spannungen in der Region auf absehbare Zeit überhaupt eindämmen?

Nasr: Die arabische Welt, wie wir sie kannten, gibt es nicht mehr. Die wichtigsten arabischen Länder – Syrien, Ägypten und der Irak – sind geschwächt oder zertrümmert. Und ich glaube nicht, dass Saudi-Arabien die Lücke füllen kann. Die Saudis sind ein wichtiger Faktor, aber nicht so wichtig, wie der Westen vielleicht glaubt. Sie haben Geld, aber in Ländern wie Syrien oder dem Libanon haben sie keinen Einfluss, und im Jemenkrieg scheitern sie gerade. Die Situation im Nahen Osten ist vergleichbar mit der am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Wie damals in Europa gibt es eine Art Gleichgewicht der Kräfte, bestehend aus der Türkei, Iran und Israel – plus Russland und den USA. Diese Kräfte ringen um Einfluss in der Region. Iran hat diese Chance bekommen, weil die arabische Welt wegen des Arabischen Frühlings und des Irakkriegs implodiert ist. Für Iran hat sich so eine Tür geöffnet, sie haben nun den größten Einfluss in der Region. Das wiederum ist der Grund dafür, warum Länder wie Saudi-Arabien wollen, dass die Amerikaner Iran zurückdrängen.

SPIEGEL: Es klingt nicht besonders ermutigend, wenn Sie die Lage im Nahen Osten mit der Lage Europas unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs vergleichen.

Nasr: Deswegen ist es so wichtig, dass die USA eine ernsthafte strategische Diskussion mit Iran beginnen. Wir befinden uns in einer Situation, in der die Amerikaner zu den Iranern sagen: »Gebt euer Atomprogramm auf, verschrotet eure Raketen« – und gleichzeitig gewähren wir Israel und Saudi-Arabien Waffenlieferungen im Wert von 100 Milliarden Dollar. Dazu kommt, dass die USA von den Iranern verlangen, sich aus allen arabischen Nachbarländern zurückzuziehen. Warum sollten die Iraner das tun? Die USA müssen sich darüber im Klaren werden, wo die iranischen Sicherheitsinteressen liegen. Als Henry Kissinger im Jahr 1971 zu einem Geheimgespräch mit dem chinesischen Premierminister Zhou Enlai reiste, waren seine ersten Fragen: »Was sind Ihre strategischen Leitlinien? Was sind Ihre sicherheitspolitischen Sorgen?« Aber leider sehe ich im Moment keinen Mann vom Format Kissingers im Weißen Haus.

SPIEGEL: Herr Nasr, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Außenminister Maas, iranischer Amtskollege Zarif: Der Schaden ist enorm

Putins Angst

Analyse Die Repressionen gegen Demonstranten in Moskau zeigen, wie nervös der Kreml in die Zukunft blickt.

Moskau erlebt aufwühlende Tage. Erst nahm die Polizei am vergangenen Wochenende fast anderthalbtausend Menschen fest, die auf einer friedlichen Kundgebung freie Wahlen zum Stadtparlament gefordert hatten. Das ist ein trauriger Rekord. Dann lobte der Bürgermeister die Sicherheitskräfte für ihre Gewalt – man sei hier schließlich »nicht in Simbabwe« und dulde keine Anarchie, sagte Sergej Sobjanin im Fernsehen.

Nun ermittelt die Justiz wegen der Teilnahme an »Massenunruhen«, Mindeststrafe drei Jahre. Und der Polizeichef der Stadt hätte am liebsten auch noch das Fußballderby zwischen den Moskauer Spitzenklubs Spartak und Dynamo an diesem Samstag abgesagt, weil die Polizei genug zu tun habe mit neuen Protesten der Opposition.

Man muss lange zurückdenken, um sich an ähnlich heftige Reaktionen der Behörden zu erinnern. Das System Putin ist erstaunlich stabil. In den knapp zwei Jahrzehnten, die Russlands Präsident faktisch an der Macht ist, wurde es nur einmal ernsthaft erschüttert. Das war in jener heiklen Phase, als Wladimir Putin aus dem Amt des Premiers zurück in jenes des Präsidenten wechselte. Sie endete mit drakonischen Haftstrafen für Teilnehmer einer Großdemo im Mai 2012.

Sieben Jahre später fühlt sich das Regime so stark herausgefordert wie damals, wenn man die Zahl der Festnahmen und das angedrohte Strafmaß zugrunde legt.

Was macht den Kreml so nervös? Es geht formal um eine Nichtigkeit: um die Frage, wer für das Moskauer Stadtparlament kandidieren darf. Dieses Parlament hat noch nicht einmal auf dem Papier viel zu sagen. Bei der weit wichtigeren Bürgermeisterwahl durfte 2013 Alexej Nawalny antreten, ein Führer der radikalen Opposition. Warum dürfen heute weit weniger bekannte Putin-Gegner nicht für weit unbedeutendere Posten kandidieren?

Wer so fragt, verkennt die Veränderungen, die Russland seither durchlaufen hat. Putins jetziges System ist am Ende. Damit ist nicht gemeint, dass dieses System morgen verschwinden wird. Aber sein Ende ist absehbar. 2024 muss Putin als Präsident abtreten, wenn er nicht erneut die Verfassung ändert. Wer wird sein Nachfolger? Welche neue Konstruktion werden Putin und sein engster Kreis wählen? Diese Fragen sorgen schon jetzt für Unruhe. Nur dürfen sie nicht zur Sprache gebracht werden. Es ist, als spielte Russlands politische Elite gerade »Reise nach Jerusalem« – alle warten darauf, dass die Musik plötzlich aufhört, aber niemand lässt sich das Geringste anmerken.

In dieser Situation werden zwei Grundregeln des Putinismus noch strenger befolgt als bisher. Erstens: Man lässt keine fremden Spieler aufs Spielfeld. Das gilt nicht erst für die Parlamentswahl 2021, sondern schon für die Regionalwahlen im September. Im Grunde ist jedes neue Gesicht in der Politik für den Kreml ein unnötiges Risiko. Es darf keine Alternative zu Putin geben. Deshalb gibt es ja das bizarre russische Wahlrecht, mit dessen Hilfe illoyale Kandidaten schon vor der Wahl ausgefiltert werden können.

Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Kandidaten des Kreml schlimmstenfalls gegen die ebenfalls Kreml-loyale parlamentarische Opposition verlieren. Solche Niederlagen gab es bei den Regionalwahlen 2018. Die sogenannte außer-

systemische Opposition dagegen, die sich offen gegen Putin stellt, ist in relevanter Zahl überhaupt nur in den Moskauer Stadtbezirkparlamenten vertreten, also auf der untersten Ebene der Politik – und auch das wohl nur, weil der Kreml 2017 auf diese Ebene nicht achtgab.

Aber diesmal hat sich die Opposition bestens auf die Wahl des Stadtparlaments vorbereitet. Sie hat nicht nur Zehntausende Unterschriften gesammelt, sie hat auch Zehntausende Demonstranten mobilisiert. Damit trat sofort die zweite Grundregel des Systems in Kraft: keine Schwäche zeigen gegenüber Druck von der Straße. Zwar kann der Kreml soziale und ökologische Proteste in den Regionen nicht mehr unterbinden, dazu sind

es zu viele, sind Armut und Unmut zu groß. Aber eine ungenehmigte politische Kundgebung, auf der gut gestellte Hauptstädter ganz altmodisch ihre Bürgerrechte einfordern, bleibt ein Tabu.

Und so droht in Moskau in den kommenden Wochen ein neuer Kreislauf von Repression und Protest, mit ungenehmigten Kundgebungen, Festnahmen und Gerichtsprozessen.

Profitieren werden die Chefs der Sicherheitsbehörden, die dem Kreml ihre Unentbehrlichkeit beweisen wollen. Schaden nehmen dagegen die ohnehin schon ausgehöhlten Institutionen der Politik – das Stadtparlament und langfristig auch das des Landes, auf das die Opposition zielt.

Gelitten hat auch das Ansehen des Moskauer Bürgermeisters. Sergej Sobjanin gilt als möglicher Nachfolger Putins. Hat die Eskalation womöglich auch den Zweck, Sobjanin zu schwächen, bevor die Neuverteilung der Macht beginnt? Auch darüber wird gemutmaßt. Das Jahr 2024 wirft seinen langen Schatten voraus. Christian Esch

Twitter: @Moskwitsch



Präsident Putin

SERGEI ILNITSKY / NYT/REDDUX/LAIF

Aktiv sein, Prämie wählen!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Stand-up-Paddle-Board

Zum Aufblasen. Komplettsset mit Alupaddel, Tragetasche, Gepäckgurt, Luftpumpe etc. Länge: ca. 320 cm. Zuzahlung: € 189,-.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen Wunsch, oder legen Sie Ihre Prämie für eine größere Anschaffung zurück!



Teasi ONE⁴ Outdoor-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 3-D-Kompass, Reiseführer, Tripcomputer, Gratiskarten und 8,8-cm-Display. Spritzwassergeschützt. Ohne Zuzahlung.



Gartenliege Ipanema

Mit bequemer Wendeauflage in Grün/Beige oder Rot/Beige. Aus Eukalyptusholz, nach FSC® Standard zertifiziert. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.

Kinder an der Macht

Großbritannien Boris Johnson ist der 20. Premier, der auf dem Eton College erzogen wurde. Es steht für ein System, in dem die Elite unter sich bleibt und das sich zu einem echten Problem auswächst.

Ganz vorn im Eton-Museum haben sie auf mintgrünem Grund eine Wall of Fame errichtet. Die Prinzen William und Harry sind dort zu sehen, der James-Bond-Erfinder Ian Fleming, der Erzbischof von Canterbury, die Schauspieler Damian Lewis und Hugh »Dr. House« Laurie. Dazu hochdekorierte Soldaten, Olympioniken, Journalisten, Abenteurer. Und natürlich Politiker: David Cameron hängt da, Jacob Rees-Mogg, der Ältere, vor einem Porträt von Jacob Rees-Mogg, dem Jüngeren. Ganz oben rechts grinst schließlich noch ein junger blonder Mann ziemlich aufreizend in die Kamera. Das ist Boris Johnson, er wird als früherer Bürgermeister von London und Ex-Außenminister vorgestellt.

Sie sind hier im Eton College noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit.

Aber stolz sind sie sehr auf ihre »Old Etonians«. Diese, steht da ganz vorn im Museum, »findet man auf die eine oder andere Weise in jeder nationalen Bewegung, auf jeder Veranstaltung, auf jeder Seite«.

Manche Menschen sagen: Genau das ist das Problem.

In Großbritannien wird gerade wieder viel gesprochen und geschrieben über Eton. Aber wenn davon die Rede ist in Tischrunden und Kolumnen, ist natürlich nicht das Berkshire-Dörfchen westlich von London gemeint, das praktisch um die Ecke von Windsor Castle beginnt und im Wesentlichen aus einer langen, mit zahllosen Union Jacks geschmückten Straße besteht.

Gemeint ist, was am Ende dieser Straße liegt: ein gewaltiger, burgartiger, für die Öffentlichkeit kaum zugänglicher Gebäudekomplex aus rotem Backstein, fast zwei Quadratkilometer groß und umschlossen von der Themse und dem Jubilee River. Das ist Eton College, mythische Kaderschmiede des Empire, erste Adresse für Kinder der steinreichen Elite, mit seinen rund 1300 Schülern eines der berühmtesten und ältesten Internate der Welt – und Ausbildungsstätte von seit Neuestem ins-

gesamt 20 Premierministern des Vereinigten Königreichs. Das hat noch keine andere Schule geschafft. Man hat diese Männer, so nennt man es hier, in Eton »produziert«.

Mit Boris Johnson regiert nun also erneut ein Old Etonian das Land. Und es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, dass dieser Mann seine größte und vielleicht einzige Aufgabe – den Brexit – unter anderem von einem anderen Old Etonian eingebrockt bekommen hat. Es war sein Vorgänger David Cameron, der die Briten 2016 ohne Not in ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft trieb. Nimmt man

keine andere hervorgebracht hat. Und die wie kaum eine andere Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert, vertieft und zementiert hat. Sie steht »für fast alles, was in der britischen Gesellschaft falsch läuft«. Boris Johnsons Schwester Rachel hat das gesagt – und wie viele andere gefordert, das Privatschulsystem zu zerschlagen.

Aber nichts spricht dafür, dass ihr Bruder das ähnlich sehen wird. Boris Johnson hat mehr privat erzogene Politiker in sein Kabinett berufen als viele britische Premiers vor ihm. Fast zwei Drittel seiner Minister gehören zu jenen sieben Prozent der Bevölkerung, deren Welt-sicht in gebührenfinanzierten Schulen geformt wurde.

Diese Regierung repräsentiert damit eben gerade nicht »das moderne Großbritannien« (Johnson), sondern ein archaisches System, das seinen Angehörigen bis heute mit großem Selbstverständnis beibringt, dass sie zu Höherem, Größerem, Besserem berufen sind als der Rest. Ein System, das Machterhalt und Machtausübung lehrt, in dem aber nicht notwendigerweise der Beste, sondern der Schlaueste ganz nach oben kommt. Und das in seinem Eifer, eine herrschende Elite zu erzeugen, bis heute nicht wenige Kinderseelen nachhaltig beschädigt hat. In den Köpfen vieler wird dieses System

von keiner Schule formvollendeter repräsentiert als vom reinen Jungeninternat Eton College.

Dort stehen an einem Freitag Ende Juli rund 25 Touristen aus aller Welt in der »Upper School«. Es ist ein Klassenzimmer – oder besser: ein Klassensaal aus dem 18. Jahrhundert, dessen hölzerne Auskleidung übersät ist mit den eingeritzten Namen früherer Schüler. Bis zu 70 von ihnen wurden hier zuweilen gleichzeitig unterrichtet, und wenn die heutigen Pen-näler dort Platz nehmen, sind sie nie weit entfernt von der Macht.

Von ganz oben im Saal blicken etliche Büsten jener Männer auf sie herab, die England einst zum Weltreich machten.



»Eton Wall Game«-Spieler Johnson (M.), Mitschüler 1982

Unerbittliche Willenskraft

noch Tony Blair dazu, großgezogen im exquiten schottischen Fettes College, dann wird das Schicksal des Königreichs seit mehr als 20 Jahren im Wesentlichen von elitären Internatsschülern bestimmt.

Kann das Zufall sein?

Eine Recherche in Privatschulen und unter deren ehemaligen Schülern führt geradewegs hinein in eine exklusive, von archaischen Regeln und unerhörtem Reichtum geformte Welt, die es so tatsächlich nur noch in Großbritannien gibt. Es ist eine Welt, in der Erfolg, egal wie, über allem schwebt. Eine Welt, die gemessen an ihrer Größe so viele Staatsmänner, vermeintliche Kriegshelden, Nobelpreisträger, Goldmedaillen- und Oscargewinner wie

RICHARD SHYMANSKY



CHRISTOPHER FURLONG / GETTY IMAGES

Traditionsinternat Eton: Den ursprünglichen Zweck ins Gegenteil verkehrt

Lord North steht da, der britische Premier, der verbissen um seine amerikanischen Kolonien kämpfte; der ehemalige Lordkanzler und Richter Earl Camden; und der erste Duke of Wellington, Bezwingen von Napoleon. Alle hier erzogen, um ganz oben zu landen.

Eine dunkelbraune Tür führt von der »Upper School« hinüber ins Zimmer des Headmasters. Es gab lange eigentlich nur zwei Gründe für Schüler, hier zu sein: Entweder sie hatten eine Eton-Regel gebrochen und wurden vom Schulleiter mit einer Birkenrute gezüchtigt. Oder sie gehörten zur Elite der Elite und kamen in den Genuss von Extra-Unterricht. Die Namen der Allerschlauesten sind an den Holzwänden verewigt. Für das Jahr 1981 findet sich der Eintrag »A. B. Johnson«, sein Name schwebt in etwa in jenen Höhen wie nebenan die Büsten der Geschichtshelden. »Er war zweifellos ein sehr kluger Junge«, sagt die Tourführerin, als eine Gruppe von Chinesen den Namen fotografiert.

Es gibt fast niemanden, bei dem der Teenager Boris Johnson damals keinen bleibenden Eindruck hinterlassen hätte. In Eton sei dieser »Yeti« genannt worden, schrieb etwa sein ehemaliger Mitschüler James Wood soeben in der »London Review of Books«: »Der großspurige Auftritt, das linkische Selbstvertrauen, die milchige Blässe, das wilde Haar, die beunruhigende Neigung zu einer unmittelbar bevorstehenden Selbstschädigung, die einem das Gefühl vermittelte, der Junge sei gerade aus einer psychiatrischen Einrichtung entlassen worden: All das war damals schon da.«

Johnson war ein »King's Scholar«, er gehörte von Anfang an zu den akademisch begabtesten Eton-Schülern. Zudem machte sich der wuchtige Blondschoopf schnell einen Namen beim Rugby und beim Eton-eigenen »Wall Game«, einem für Außenstehende kaum zu verstehenden Sport, bei dem es darum geht, mit unerbittlicher Willens- und Muskelkraft einen Ball, den man einmal hat, nicht mehr herzugeben.

Der Weg zur Führungspersönlichkeit war bereits angelegt, als Johnson mit 13 Jahren aufs Internat kam. Den Rest erledigte in den fünf Jahren, die folgten, das Eton-System.

»Man hat uns dort immer das Gefühl gegeben, in jeder Hinsicht Elite zu sein, sozial, intellektuell, finanziell«, sagt Adam Nicolson auf seinem von Zierpflanzen überwucherten Landsitz in Sussex. Der 61-jährige Eton-Chronist (»About Eton«), Enkel der Poetin Vita Sackville-West, besuchte das Internat in den 1970er-Jahren, kurz bevor Johnson dort auftauchte. Er hat zwiespältige Erinnerungen an diese Zeit. Eton sei wie ein kleiner Stadtstaat gewesen, bestehend aus Gruppen von Schülern in miteinander konkurrierenden Häusern, eine streng hierarchische »Als-ob-Republik«, die sich als »Schule fürs Regieren« verstanden habe, sagt Nicolson.

»Um in dieser Welt Bedeutung zu erlangen, musstest du lernen, dir eine Wählerschaft zu sichern, zu netzwerken, Men-

schen zu umgarnen.« Charme sei dabei das probateste Hilfsmittel gewesen, mit seiner Hilfe habe man sich aus jeder brenzligen Situation befreien können.

Einmal, mit 15 Jahren, sei er von seinem Hausleiter in betrunkenem Zustand erwischt worden. Dieser habe ihn beiseitegenommen und gemahnt: »Hör zu, Adam, du kannst dich betrinken, aber lass dich bitte nicht erwischen. Das hier ist Eton.«

Wichtige Teile des Systems, sagt Nicolson, seien damals Angst und Erniedrigung gewesen – und seien es mitunter heute noch. Schlechte Aufsätze werden bis heute vor der gesamten Klasse von Lehrern zerissen; am Ende eines jeden Schuljahrs steht für alle sichtbar fest, wer als Bester in die Ferien geht und wer als Schlechtester. Schüler würden Mitschüler bisweilen »schrecklich schikanierten«, so Nicolson, die weniger Schlaun habe man zu seiner Zeit als »docker«, Hafendarbeiter, verhöhnt.

Das berüchtigte »fagging«, bei dem sich ältere Schüler jüngere als eine Art Haussklaven hielten, hat sich in dieser Form zwar überlebt. Aber noch immer gibt es ein Kastensystem, es lässt sich unter anderem an der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer gleichen Eton-Uniform ablesen, einem schwarzen Dreiteiler, der die Straßen des Städtchens Eton oft wirken lässt, als richte es einen Kongress für den Bestatternachwuchs aus.

Die besten Sportler, die besten Dichter, die besten Denker dürfen ihre Uniform etwa durch bestimmte Krautwatten oder Fliegen ergänzen, und die Crème de la Crème hat silberne Knöpfe an der Weste. Boris Johnson gehörte zu jenen, die früh silberne Knöpfe trugen. Während andere Internate die Uniform längst abgeschafft haben, hält das traditionsbewusste Eton daran fest.

Das Internat, sagt Adam Nicolson, »hat mich gelehrt, Angst vor dem Versagen zu haben. Es hat mich gelehrt, das Beste aus mir herauszuholen«. Dafür habe er jedoch einen hohen Preis bezahlt: »Es hat mich danach Jahre meines Lebens gekostet, die Teile von mir wieder herzuholen, die vom Eton-System ignoriert oder unterdrückt wurden.« Zu hoch scheint der Preis nicht gewesen zu sein. Er würde jederzeit wieder nach Eton gehen, sagt der Schriftsteller, der seither zwei Dutzend Bücher geschrieben hat und mit Auszeichnungen überhäuft wur-

de. Seinen Nachwuchs hat er ebenfalls auf das Internat geschickt.

Nicolson befindet sich damit in allerbesten Gesellschaft. Seit Jahrhunderten ist es für zahllose Angehörige der britischen Oberschicht selbstverständlich, dass sie ihre Kinder und Kindeskinde, in der Regel im Alter von 13 Jahren, nach Eton oder auf eine der anderen privaten Eliteschulen schicken. Denn ein Platz dort garantiert nicht nur eine exzellente Ausbildung in einem luxuriösen Ambiente, gern mal mit Golfplatz, Reithalle, Tonstudio, Theater oder einer Anlage fürs Tontaubenschießen.

Vor allem kann, wer in solchen Verhältnissen ausgebildet wurde, danach für den

Diese Schulen haben ihren ursprünglichen Zweck damit ins Gegenteil verkehrt. Es war der tiefgläubige Bauernsohn William of Wykeham, der 1382 mit dem Winchester College die erste Schule dieser Art gründete. Sie sollte 70 Kinder aus armen Familien ausbilden und ihnen somit den sozialen Aufstieg ermöglichen. Dasselbe verfügte König Heinrich VI., als er 1440 im Schatten von Schloss Windsor das Eton College gründete. Weil diese Internate damit die einzigen waren, in der wirklich jedes Kind des Reiches eine Chance auf Bildung erhalten konnte, wurden sie »Public Schools« genannt.

Ihr hervorragender Ruf lockte jedoch mehr und mehr Reiche an, die ihre Kinder



Schüler bei Bootszeremonie in Eton: »Lass dich nicht erwischen«

Rest seines Lebens auf ein einflussreiches Netzwerk zurückgreifen, dessen einzelne Teile jeden relevanten Bereich der britischen Gesellschaft dominieren. Wie zu Feudalzeiten vererben die Alumni der wichtigsten Elite-Internate – neben Eton sind das Charterhouse, Harrow, Merchant's Taylor, Rugby, St. Paul's, Shrewsbury, Westminster und Winchester – damit Geld, Status und Einfluss.

Auch das hat seinen Preis: Seit dem Jahr 1980 haben sich die Jahresgebühren der Privatinstitutionen im Schnitt verdreifacht, 2017 wurde in einzelnen Schulen erstmals die 40 000-Pfund-Grenze durchbrochen. An Orten wie Eton sind Kosten für die Schuluniform, Reisen und viele andere Extras nicht einmal mit eingerechnet.

dort unterbrachten und dafür zunächst freiwillig Gebühren entrichteten. Und schon sehr bald waren Wykehams Nachfahren dem Lockruf des Geldes erlegen. Immer mal wieder aufkeimende Kritik konterten die Leiter mit dem originellen Argument, die Schüler seien ja nach wie vor arm, »nur ihre Eltern sind reich«. Den Namen »Public Schools« aber behielten sie – dabei könnte nichts widersinniger sein.

Unter wachsendem öffentlichen Druck haben viele der rund 2500 britischen Privatschulen in den vergangenen Jahren zwar die Zahl der Schüler erhöht, die dort dank Stipendien, Ermäßigungen oder gar kostenfrei untergebracht werden. Auch versuchen die Einrichtungen, ihrem elitä-

ren Ruf entgegenzuwirken, indem sie ihre minderjährige Kundschaft zu sozialen Diensten außerhalb der Schulmauern anhalten. Aber es bleibt dabei, dass sie zum weit überwiegenden Teil Tummelplätze für die Kinder der wohlhabenden Internationalen sind. In Eton stehen 73 »armen« Schülern mehr als 1200 gut bis sehr gut betuchte gegenüber, die aus ihrer Verachtung für andere oft keinen Hehl machen.

Im Schuljahr 2017/18 nahm das Internat 51 Millionen Pfund an Gebühren ein, dazu kommen in der Regel weitere Millionen für Extras wie Schulausflüge und Musikstunden. Zudem besitzt Eton College knapp 400 größtenteils historische Gebäu-

mehr das Nötigste leisten. Für September haben sie in ihrer Not zu einem Protestmarsch auf Westminster geblasen.

Über die Ungerechtigkeit wunderte sich einst sogar der ehemalige Bildungsminister Michael Gove, der heute in Johnsons Regierung einen harten Brexit vorbereitet. Die staatlich geförderten Privatschulen verfügten über Einrichtungen wie Fünfternehohels, schrieb er 2017 in einer Kolumne für die »Times«. Die Gebühren pro Schüler betragen überall mehr als 30 000 Pfund und lägen damit deutlich höher als das Jahresgehalt der meisten Briten. »Aber zu meiner fortgesetzten Überraschung betrachten wir die Erziehung der

in Grenzen. Frauen sind in allen Bereichen deutlich unterrepräsentiert.

Den vorerst letzten Versuch, die schreiende Ungleichheit im Bildungssystem zu beseitigen, unternahm Ex-Regierungschefin Theresa May, die auf eine staatliche Schule gegangen war. In deren ersten Kabinett saßen »nur« 30 Prozent ehemalige Privatschüler und damit so wenige wie seit sieben Jahrzehnten nicht mehr. Im Wahlprogramm ihrer konservativen Partei befand sich 2017 der Satz: »Die größte Ungerechtigkeit im heutigen Großbritannien ist, dass Ihr Leben zum größten Teil nicht von Ihrem Streben und Ihrem Talent bestimmt wird, sondern davon, wo Sie herkommen, wer Ihre Eltern sind und welche Schule Sie besucht haben. Das ist falsch.«

Die darauffolgende Wahl geriet für May jedoch zum Desaster. Von da an war sie in einen innerparteilichen Grabenkrieg um den Brexit verwickelt – von Bildungsreformen war ernsthaft nie wieder etwas zu hören.

Und so verstetigt sich im Großbritannien des 21. Jahrhunderts immer weiter ein System, das mit Bildungs-gerechtigkeit und Chancengleichheit praktisch nichts zu tun hat. Während viele gewinnorientierte Eliteschulen inzwischen sogar im großen Stil Filialen in China, Singapur, Dubai oder den Vereinigten Arabischen Emiraten gründen, um auch dort den Kindern der Reichen nur das Allerbeste zu bieten, klingt daheim auf der Insel das Mantra von der sozialen Mobilität nur noch hohl. Tatsächlich werden die Grenzen zwischen ganz unten und ganz oben nach unabhängigen Untersuchungen immer undurchlässiger.

»Heute hat ein Kind weniger Chancen, durch die Klassenbarrieren zu brechen als seine 1950 geborenen Großeltern«, schreibt Robert Verkaik in seinem Buch »Posh Boys«. »Die subtilen Netzwerke der privat Ausgebildeten haben ein sich selbst verstetigendes System der Vorteilsnahme und der sozialen Immobilität geschaffen.« Verkaik nennt das »Erziehungs-Apartheid«.

So ist es nicht überraschend, dass auch im Vereinigten Königreich die Wut auf »die Eliten« besorgniserregende Ausmaße angenommen hat. Eine Wut, die vor drei Jahren zu dem Ergebnis des EU-Referendums beitrug – einem Ergebnis, mit dem David Cameron, die politische Klasse, die britische Wirtschaft, ein Großteil der Me-



Wall of Fame im Eton-Museum: Lebenslang Elite

de, Stiftungskapital, Wertpapiere sowie 175 000 Kunstwerke und Antiquitäten.

Umso erstaunlicher ist, dass das Internat wie die meisten anderen seiner Art nur massiv reduzierte Unternehmenssteuern an den britischen Staat abführen muss. Umsatzsteuer auf die Jahresgebühren erhebt der Fiskus erst gar nicht. Als »Charities« (Wohltätigkeitsorganisationen) genießen die Privatunternehmen Steuerprivilegien, die sich zu Milliarden summieren, weil sie dafür im großen Stil mit staatlichen Schulen in ihrer Nachbarschaft »kooperieren«. Eine Regelung, die in vielen Fällen nur auf dem Papier existiert. Während die Privaten somit immer weiter florieren, können sich die seit Jahren kaputtgesparten Staatsschulen mittlerweile nicht mal

Kinder von Plutokraten und Oligarchen als gemeinnützige Aktivität.«

Gove ist nicht der Erste, dem das aufgefallen ist. In den vergangenen Jahrzehnten gab es wiederholt Versuche, das System aufzubrechen. Sie alle scheiterten eher früher als später. Das auch deshalb, weil an den entscheidenden Schaltstellen des Staates die Profiteure des Status quo grotesk überrepräsentiert sind. Während nur einer von 15 Briten eine Privatschule besucht hat, wurden nach Angaben des Sutton Trust 65 Prozent aller oberen Richter, 59 Prozent der Staatssekretäre und 29 Prozent der Abgeordneten elitär erzogen. Und weil auch fast die Hälfte aller Zeitungskolumnisten aus dem System stammt, hält sich mediale Kritik an den Verhältnissen

dien, ja sogar der Brexit-Frontmann Boris Johnson nicht gerechnet hatten.

Nick Duffell wundert das nicht. »Elite-Internats bringen konsequent Menschen hervor, die kompetenter wirken, als sie sind«, sagt der 70-jährige Psychotherapeut. Duffell ist an einem trüben Mittwoch in London auf dem Weg ins britische Unterhaus, um an einem Forum zur Abschaffung der Privatschulen teilzunehmen. Vorher aber nimmt er sich kurz Zeit, um bei einem Cappuccino über sein Lebensthema zu sprechen, das ihn seit 25 Jahren beschäftigt. Es handelt von »Internats-Überlebenden« – er ist selbst einer.

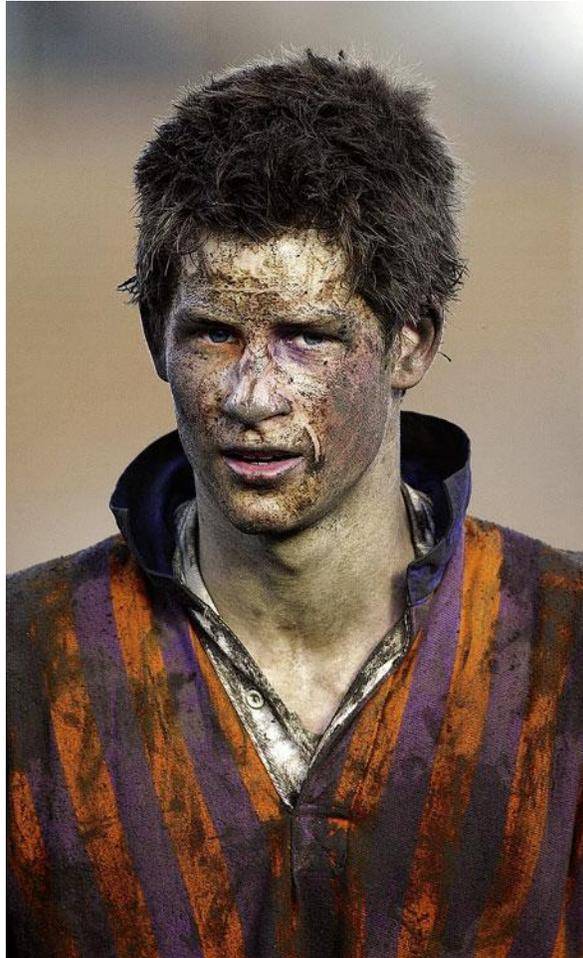
Ein System, das Kinder über viele Monate von ihren Eltern fernhalte und das es so nur in Großbritannien gebe, habe bei vielen seiner Patienten bleibende Schäden angerichtet, sagt Duffell. Man müsse sich Orte wie Eton so vorstellen: Es gehe darum, »Eltern zu marginalisieren, Kinder unter einem Dach zusammenzubringen, sie von sexuellen Kontakten fernzuhalten, sie durch ein straffes Lern- und Sportprogramm zu schleusen, das kaum Freizeit lässt, und so ein Produkt zu erzeugen, das einen quasi eingebauten Anspruch hat, etwas Besseres zu sein«. Wer daraus hervorgehe, sei in der Regel selbstbewusst, eloquent und charismatisch. Aber eines hätten die Betroffenen eben oft nicht: die Fähigkeit, mit ihren eigenen Gefühlen und denen anderer umzugehen.

Britische Internatsschüler, sagt Duffell, müssten früh ihre Familie und ihr Zuhause verlassen und in einem auf Konkurrenzkampf und Schikane basierenden Umfeld überleben. Das führe oft dazu, dass sie das Kind in sich gesperrten und in Windeseile zu »Pseudo-Erwachsenen« würden. Daher wirkten viele von ihnen so »jungenhaft«. De facto werde Großbritannien derzeit von Kindern in Männerkörpern regiert, für die Politik nicht mehr als ein faszinierendes Spiel sei. »Wounded Leaders«, verwundete Anführer, hat Duffell eines seiner Bücher genannt.

Es ist ein bestechender Gedanke. Und wenn man sich umschaute in der Riege der politischen Alphonse, fällt ja tatsächlich ein gewisser Hang zur Infantilität auf. Boris Johnson und sein verwuscheltes Haar, Jacob Rees-Mogg, der sich bis heute gern mit seiner Nanny ablichten lässt, David Cameron, der nach seiner brutalen Brexit-Niederlage 2016 summend das Schlachtfeld verließ, oder Nigel Farage, noch so ein Eliteschüler, der stets wie

eine fleischgewordene »Simpsons«-Figur wirkt.

Nick Duffell ist für seine These von Teilen des britischen Establishments harsch gerügt worden, als er sie vor Jahren erstmals äußerte. Inzwischen aber sprechen auch viele andere von einem »Internatsyndrom«. Es gibt erschütternde Berichte über Psychoterror, drakonische Strafen und sexuellen Missbrauch. Vor ein paar Jahren taten sich Psychologen, Ärzte und Akademiker zu einer Aktionsgruppe zusammen, um die privaten Eliteanstalten



Internatsschüler Prinz Harry 2002*: »Nur die Eltern sind reich«

aufzurufen, wenigstens keine kleinen Kinder mehr aufzunehmen: Das sei schädlich für deren Psyche und Ausdruck eines veralteten Klassensystems. Der Ruf wurde gehört – und postwendend beiseitegewischt.

Dabei dürfte zumindest eines unstrittig sein: Das britische Internatssystem ist nicht dazu angetan, den Betroffenen ein realistisches Bild davon zu vermitteln, wie die weit überwiegende Mehrheit der Menschen im Land lebt. Die Jahre im Bildungsluxus sind vielmehr dazu geeignet, die Kluft zwischen einer kleinen

selbst ernannten Elite und dem großen Rest immer weiter zu vertiefen. Natürlich gibt es Gegenbeispiele wie den britischen Nachkriegspremier Clement Attlee, der als Vater des Wohlfahrtssystems gilt, oder aktuell den Tory-Abgeordneten Rory Stewart, der mit seiner bescheidenen, ausgleichenden Art das Gegenteil von Boris Johnson verkörpert.

Für viele andere der herrschenden politischen Elite aber gilt, was Robert Verkaik schreibt: »Diese Schüler verlassen die Schule mit aufgepumpten Egos, einem unerschütterlichen Glauben in ihre eigenen Fähigkeiten und einer Sehnsucht nach Erfolg. Aber dieses System zur Selbst-Auswahl unserer Führer könnte einer Nation erheblich schaden, die versucht, mit einem bescheideneren Platz in der Welt zurechtzukommen.«

Selbst unter Konservativen wächst das Unbehagen daran, dass die Tory-Partei zusehends die Bodenhaftung verliert. Die konservative Abgeordnete Nadine Dorries beschrieb Ex-Premier David Cameron und seinen ebenfalls privat erzielten Schatzkanzler George Osborne 2012, nach Jahren brutaler Sparpolitik, als »zwei arrogante Jungs, die den Preis von Milch nicht kennen, keine Gewissensbisse zeigen und kein leidenschaftliches Interesse am Leben von anderen. Das ist ihr wirkliches Verbrechen«.

Dorries hätte auch ihren Parteifreund Johnson meinen können, der damals Bürgermeister von London war und der sich erst jüngst unfähig zeigte, die Höhe des britischen Mindestlohns korrekt zu benennen, stattdessen aber Steuernenkungen für die obersten zehn Prozent der Gesellschaft in Aussicht stellte. Selbst der linken Anwendungen unverdächtige »Economist« urteilte: »Großbritannien wird von einer selbstbezogenen Clique regiert, die Gruppenzugehörigkeit über

Kompetenz stellt und Selbstvertrauen über Sachverstand.«

Es wird diese wohlhabende und bestens vernetzte Clique sein, die in den kommenden Monaten den Brexit stemmen will und die vermutlich deshalb keinerlei Angst vor einem vertragslosen Bruch mit der EU hat, weil sie ganz sicher nicht den Preis dafür zahlen müsste. Die Mitglieder dieser Clique wissen, dass sie fein raus sein werden, das war schon immer so.

Sie haben es nicht anders gelernt.

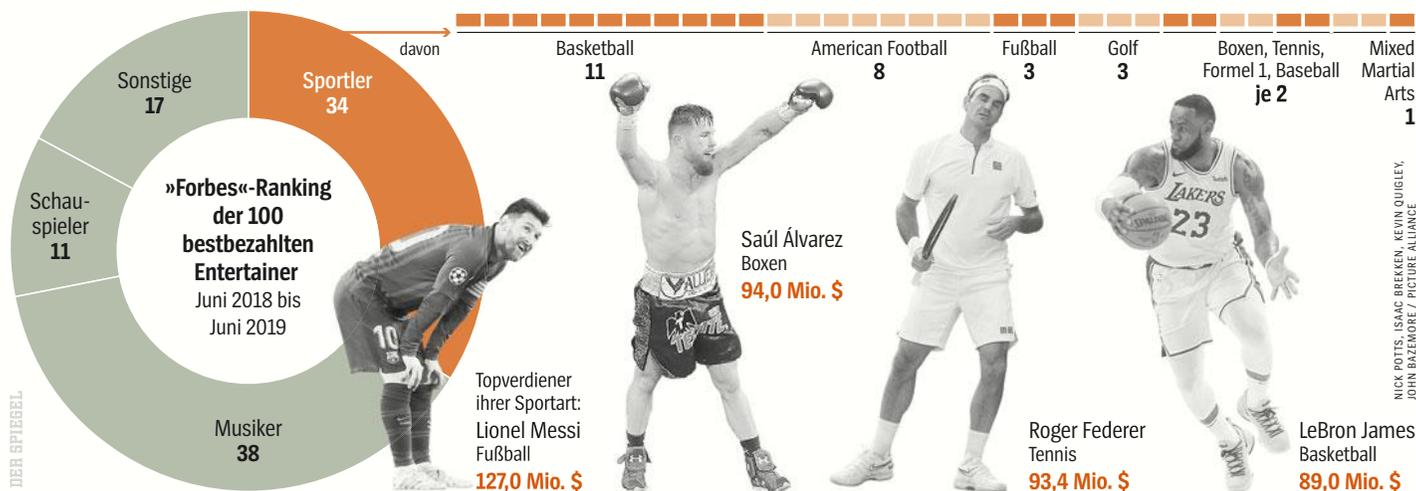
Jörg Schindler

Mail: joerg.schindler@spiegel.de

* Nach einem »Wall Game«-Spiel.

Sport

Wegen der Schließung von Sportplätzen beschwören die Verbände eine Katastrophe. ► S. 89



Jedes Jahr veröffentlicht das US-Wirtschaftsmagazin »Forbes« eine neue Liste, welche 100 Stars unter anderem aus Film, Musik und Sport am meisten Geld verdient haben. Die Zahlen basieren auf Schätzungen anhand von Vermögenswerten wie Aktien, Immobilien, Kunstobjekten oder Luxusgütern, die Informationen

stammen aus öffentlichen Quellen. Immerhin 34 der bestverdienenden Entertainer kommen aus dem Sport, angeführt wird die Liste von den Fußballern Messi, Ronaldo und Neymar. Der einzige Deutsche in dieser Aufstellung ist Formel-1-Fahrer Sebastian Vettel (40,3 Millionen Dollar), er belegt Platz 30 bei den Sportlern.

Magische Momente

»Einen Schalter umgelegt«

Markus Bock, 47, über seinen WM-Triumph im Drachenboot



SPIEGEL: Herr Bock, Drachenboote rauschen zurzeit in ganz Deutschland durchs Wasser – wie sind Sie in dieser Sportart 1999 Weltmeister geworden?

Bock: Ich stamme aus einem Dorf bei Wuppertal, und da gab es nur Fußball oder Kanufahren. Ich ging zum Kicken, bis mich mit 22 ein Freund ins Boot holte. Ich merkte, dass ich gut paddeln kann, und war fasziniert von der Kraft, die frei wird, wenn sich ein mit Besatzung fast zwei Tonnen schweres Drachenboot, angetrieben von 20 Leuten, schlagartig in Bewegung setzt.

SPIEGEL: Um Weltmeister zu werden, braucht man neben Talent großen Ehrgeiz, auch im Drachenboot?

Bock: Ich habe damals einen Schalter umgelegt. In vier Jahren packte ich rund 20 Kilogramm Muskelmasse drauf. Wir

trainierten unter Wolfram Faust, einem Topkanuten, fünfmal die Woche. Nach anderthalb Stunden auf dem Beyenburger Stausee ging es noch für eine Stunde in die Muckibude. Mein Studium hatte Pause.

SPIEGEL: Wie wurden Sie Weltmeister?

Bock: Das gelang mit unserem Mixed-Team Drag Attack auf der Regattastrecke in Nottingham. Zwölf Männer, acht Frauen – Gas geben über 500 Meter. Ich



Drag-Attack-Drachenboot (Nr. 3) in Nottingham 1999

war der Schlagmann rechts vorn, und unser größter Rivale kam aus England.

SPIEGEL: Sie siegten mit einem Vorsprung von drei Hundertstelsekunden.

Bock: Im Ziel wusste niemand, ob es gereicht hat. Es dauerte eine Ewigkeit, bis wir als Sieger auf der Anzeigetafel erschienen. Der spitze Jubelschrei einer Mitfahlerin fuhr mir durch Mark und Bein. Durch den Erfolg waren alle Schmerzen wie weggeblasen. Am nächsten Tag legten wir noch einen drauf und wurden ungefährdet Weltmeister auf der 250-Meter-Strecke.

SPIEGEL: Blieben Sie danach am Paddel?

Bock: Natürlich. 2002 gewannen wir in Rom wieder Gold. 2003 sollte es

dann in Shanghai so weitergehen, doch leider machte uns das SARS-Virus einen Strich durch die Rechnung: Die Weltmeisterschaft wurde abgesagt, und viele Leistungsträger beendeten danach ihre Karriere.

SPIEGEL: Ihre Partnerin dürfte sich gefreut haben. Endlich hatten Sie wieder Zeit für sie.

Bock: Wissen Sie – so ein Mixed-Boot bringt viele Beziehungen und Eheschließungen mit sich. Auch ich war davon betroffen. PK

»Die Spieler müssen ehrlich zu mir sein«

SPIEGEL-Gespräch Werder Bremens Trainer Florian Kohfeldt über Wutausbrüche im Stadion und seine Forderungen an die Stadt Bremen

Als Jugendlicher spielte Kohfeldt, 36, im Tor, von 2001 an für Werder Bremen. Weil seine Leistungen für eine Profifußballkarriere nicht reichten, wurde er 2006 Assistenztrainer bei Werder – zunächst neben seinem Studium der Sport- und Gesundheitswissenschaften. Seit November 2017 ist er für die Bundesligamannschaft verantwortlich. Kohfeldt gilt als eines der größten Trainertalente Deutschlands.

SPIEGEL: Herr Kohfeldt, Ihre Spieler sind zwischen 19 und 40 Jahren alt. Wie schaffen Sie es mit 36, für alle eine Autorität zu sein?

Kohfeldt: Glaubwürdig zu sein ist ein wichtiger Schlüssel für jeden Trainer. Ich hoffe, dass ich das bin *(lacht)*. Es geht darum, dass man von einer Gruppe sehr genau beobachtet wird, ob die Botschaften mit den Entscheidungen und Handlungen übereinstimmen. Wenn man das hinbekommt, dann entwickeln sich Vertrauen und auch Autorität. Und das ist dann meiner Erfahrung nach altersunabhängig.

SPIEGEL: Muss man sehr junge und sehr erfahrene Spieler anders anpacken?

Kohfeldt: Manche Trainer sagen gern diesen Satz, dass sie alle Spieler gleich behandeln. Das ist aus meiner Sicht Quatsch. Ich gehe mit jedem Spieler anders um, das geht auch gar nicht anders. Das Alter spielt eher eine untergeordnete Rolle, aber jeder hat seine eigene Biografie, eigene Macken und Vorzüge.

SPIEGEL: Würden Sie die Beziehung zwischen Ihnen und den Spielern schon als freundschaftlich beschreiben?

Kohfeldt: Nein, mit Sicherheit nicht. Denn Spieler und Trainer stehen in einem klaren Abhängigkeitsverhältnis. Ich brauche von ihnen starke Leistungen und Ergebnisse. Auf der anderen Seite entscheide ich, welche 11 von 27 Spielern auf dem Platz stehen. Da wäre es höchst unprofessionell, für jemanden freundschaftliche Gefühle zu entwickeln. Aber mir ist es wichtig, Distanzen abzubauen. Ich will wissen, wie meine Jungs ticken. Wo gehen sie essen, was gucken sie bei Netflix, sind sie kulturell in-



HENNING KRETSCHMER / DER SPIEGEL

Das Gespräch führten die Redakteure Jan Göbel und Christoph Winterbach in Bremen.

Coach Kohfeldt: »Ich will meine Energie nicht verschwenden«

teressiert? Mir geht es nicht darum, sie zu kontrollieren. Aber die Spieler müssen ehrlich zu mir sein. In so einem vertrauensvollen Verhältnis kann ich ihnen am besten helfen, sich zu entwickeln.

SPIEGEL: Sie sind als Trainer des Jahres 2018 ausgezeichnet worden. Diese Woche haben Sie Ihren Vertrag mit Werder bis 2023 verlängert. Will sich der Verein damit eine hohe Ablöse sichern, falls Sie früher zu einem anderen Klub wechseln?

Kohfeldt: Das spielt in den jetzigen Überlegungen eigentlich keine Rolle. Es wäre auch fatal für beide Seiten, sich allein aus diesem Grund so langfristig zu binden. Eine viel größere Rolle spielt unsere gemeinsame Motivation. Wir wollen hier die Flutlichter für internationale Spiele wieder anknietsen, dafür müssen wir aber mit begrenzten Ressourcen alle Möglichkeiten nutzen, die wir beeinflussen können. Kontinuität ist wichtig für eine positive Entwicklung. Auch das gehört zu den Hintergründen der Vertragsverlängerung.

SPIEGEL: Ab dieser Saison können Trainer für Fehlverhalten gelbe und rote Karten bekommen. Was halten Sie davon?

Kohfeldt: Ich bin überzeugt, dass es das Verhältnis zwischen Trainern und Schiedsrichtern belasten wird. Alles, was an der Bank passiert, entsteht aus Emotionen, die der Spielverlauf mit sich bringt. Mehr Kommunikation hätte positive Auswirkungen an den Bänken, aber die neue Regelung wird für weniger Kommunikation sorgen und manche Situation eher anheizen. Für die Schiedsrichter wird es schwieriger. Sie müssen immer genau unterscheiden, welche Traineremotionen gelten der eigenen Mannschaft, welche einer unglücklichen Spielführung der Schiedsrichter. Und alle Emotionen können sich die Trainer auch nicht nehmen lassen. Sie gehören zu einem guten Coaching dazu.

SPIEGEL: Ende Januar sind Sie im Spiel gegen Eintracht Frankfurt vom Schiedsrichter auf die Tribüne geschickt worden.

Kohfeldt: Nicht zu Unrecht, auch wenn ich niemanden beleidigt habe. Aber es gab damals eine Handspielscheidung, die aus meiner Sicht ungerecht war, und dann hatte ich Schwierigkeiten, mich im Zaum zu halten. Frankfurt war für mich ein Schlüsselerlebnis: Ich habe mich zu sehr von meinen Emotionen leiten lassen. Ich sehe es sonst als meine Stärke an, auch in Stresssituationen rationale Entscheidungen zu treffen. Das ist mir in dem Spiel nicht gelungen, und so konnte ich auch der Mannschaft nicht mehr helfen.

SPIEGEL: Jürgen Klopp hat mal gesagt, dass er sich über Bilder erschreckt hat, auf denen er einen Schiedsrichter mit wutverzerrtem Gesicht anbrüllt. Kennen Sie das?

Kohfeldt: Ja, es gibt auch so ein Foto von mir, das fand ich auch nicht schön. Aber mit dieser Phase bin ich durch. Ich versu-



Werder-Kapitän Kruse im April (vorn): »Er war enorm wichtig für uns«

che, mich jetzt mehr in die Schiedsrichter hineinzusetzen, suche auch mal ein ruhiges Gespräch nach dem Spiel, um ihre Sichtweise zu kennen. Ich will meine Energie nicht in diesen kleinen Konflikten verschwenden, sondern darauf richten, dass wir Spiele gewinnen.

SPIEGEL: Das Pokalhalbfinale hat Werder nach einem umstrittenen Elfmeter für den FC Bayern verloren. Obwohl es in diesem Fall verständlich gewesen wäre, haben Sie dem Schiedsrichter keinen Vorwurf gemacht.

Kohfeldt: Ich hatte die Videobilder schon gesehen, bevor Robert Lewandowski den Elfmeter ausgeführt hat. Und ich wusste, dass das nie und nimmer ein Foul war. Wir haben an diesem Abend sehr gelitten, aber der Schiedsrichter auch. Darum habe ich mir gleich nach dem Spiel gesagt: Den Frust lädst du jetzt nicht bei ihm ab.

SPIEGEL: Wie sind Sie Ihrer Mannschaft in der Kabine begegnet?

Kohfeldt: Die Spieler saßen alle da mit leerem Blick, keiner hat etwas gesagt. Wir hatten eine unglaublich gute Pokalrunde gespielt, mit schweren Auswärtsduellen in Dortmund und auf Schalke. Gegen die Bayern waren wir so nah dran, das wichtigste Spiel im deutschen Fußball zu erreichen. Wir hatten monatelang in der Kabine eine Flipchart stehen, da stand einfach nur »Berlin« drauf, der Finalort. Der Traum wurde uns genommen, durch eine Fehlentscheidung. Und dann stehst du da und musst die richtigen Worte finden. Das war für mich der heftigste Moment meiner bisherigen Trainerkarriere.

SPIEGEL: Was haben Sie gesagt?

Kohfeldt: Natürlich habe ich gesagt, dass ich sehr traurig bin, was offensichtlich war, weil ich mit den Tränen kämpfen musste. Aber ich habe auch betont, wie stolz ich darüber bin, was dieses Team geleistet hat. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin im-

mer stolz, Trainer von Werder Bremen zu sein. Das ist mein Herzensverein. Aber in diesem Moment war ich stolz, Trainer von genau diesen Jungs zu sein, die vor mir saßen und gerade ihren ganzen Mut, ihre Leidenschaft und Spielfreude auf dem Rasen gelassen hatten und völlig ausgepumpt, leer und ohne Lohn vor mir saßen und die letzten zwei Stunden verarbeiten mussten.

SPIEGEL: Woran merken Sie, dass Sie den richtigen Ton getroffen haben?

Kohfeldt: Ich glaube, dass die Jungs dankbar waren für die Worte. Ich denke, es war in diesem Moment richtig, viele Emotionen zuzulassen. Bei einigen hat die Verarbeitung noch Tage gedauert. Langfristig wird uns solch eine Erfahrung weiterhelfen. Nur kurz danach hat Claudio Pizarro mir mitgeteilt, dass er noch eine Saison weiterspielen wird. Viele von uns haben die Überzeugung: Das war nicht der tragische Abschluss einer Entwicklung, das war erst der Anfang!

SPIEGEL: Sie sind seit Ihrer Kindheit Werder-Fan. Was ist für Sie das Besondere an dem Verein?

Kohfeldt: Der Begriff »Werder-Familie« wurde zwar schon oft strapaziert, macht uns aber auch zu einem einzigartigen Klub in der Bundesliga. Die handelnden Personen sind hier intern sehr kritisch miteinander, aber es läuft nichts unter einer gewissen Respektsebene ab. Mir sagen andere Trainerkollegen, wie gut ich es in Bremen habe. Die merken, wie eng Frank Baumann und ich zusammenarbeiten. Wir haben offenbar ein ungewöhnlich gutes Verhältnis.

SPIEGEL: Es kann sein, dass der Sportchef Baumann Sie irgendwann feuert.

Kohfeldt: Das hat er schon mal getan, 2016, als er Viktor Skripnik entlassen hat – und mit ihm die Co-Trainer Torsten Frings und mich. Entschuldigen Sie den Ausdruck, aber das war ein Scheißgefühl. Menschen, mit denen man zwei Jahre lang jeden Tag zu tun hatte, sieht man plötzlich

nicht mehr. Schlüssel abgeben, und das war's. Das trifft dich richtig hart.

SPIEGEL: Könnten Sie sich auch mit einem anderen Verein identifizieren?

Kohfeldt: Ja, auch wenn ein Teil meines Herzens immer in Bremen bleiben würde. Und ich finde, das widerspricht sich auch nicht. Wenn ich irgendwann – wenn es nach mir geht, in ferner Zukunft – zu Verein XY wechseln würde, könnte ich mich nicht hinstellen und sagen: Ich habe immer schon in der Bettwäsche dieses Vereins geschlafen. Aber natürlich gibt es auch Klubs, die für mich, aus der Ferne betrachtet, für gewisse Werte stehen, unabhängig von einzelnen Mannschaften und Trainern.

SPIEGEL: Jetzt müssen Sie aber auch konkret werden.

Kohfeldt: Ich will keine Namen nennen. Aber ich bin jemand, der guten Offensivfußball mag, der wirkliche Emotionen schätzt und gern eine starke Verbindung zum Publikum hat. Aber ich möchte keine Spekulationen anheizen. Wenn Spieler mit einem Vereinswechsel kokettieren, finde ich das schon grenzwertig. Für Trainer finde ich das verwerflich.

SPIEGEL: Wie finden Sie eigentlich den umstrittenen neuen Stadionnamen »Wohninvest Weserstadion«?

Kohfeldt: Smart. Das Hauptziel war, den Namen Weserstadion zu erhalten. Und wir haben einen Partner gefunden, der das ermöglicht hat. Darum ist das eine gute Lösung.

SPIEGEL: Ist der Verein so sehr auf das Geld angewiesen?

Kohfeldt: Man darf nicht vergessen: Werder hat hier viele Millionen Euro in den Umbau des Stadions gesteckt, das heute mit seiner Lage und der Nähe zwischen Tribünen und Spielfeld zu den atmosphärisch außergewöhnlichsten Stadien Europas zählt. Die Stadt und die ganze Region profitieren davon, dass wir diesen Standort zu einem hohen Preis wettbewerbsfähig halten. Aber wir finanzieren das im Alleingang, anders als an vielen anderen Standorten.

SPIEGEL: Wünschen Sie sich mehr Unterstützung von der Stadt Bremen?

Kohfeldt: Ich würde mir schon wünschen, dass die Aufbruchstimmung rund um Werder dazu führt, dass die Stadt ihrem Aushängeschild mehr Rückendeckung für einen Wettbewerb gibt, von dem sie selbst sehr stark finanziell profitiert. Ich habe Verständnis dafür, dass Bremen andere Baustellen hat: Schulen, Kindergärten, Infrastruktur. Aber daran kann man doch viel besser arbeiten, wenn wir als Erstligist zugleich positive Effekte für die Stadt auslösen. Und für unseren Erfolg ist ein modernes Leistungszentrum extrem wichtig. Wenn wir da nicht schnell große Schritte machen, gefährdet das Bremen als Erstligastandort.

SPIEGEL: Ist das nicht ein etwas düsteres Szenario?

Kohfeldt: Wir ziehen uns da drüben in Gebäuden von 1977 um. Als U-23-Trainer habe ich in der dritten Liga Videoanalysen gemacht, da saßen die Jungs auf dem Boden, und der Kapitän musste das Kabel vom Beamer festhalten. Wir haben nicht genug Plätze, nicht genug Umkleidekabinen für die Jugendmannschaften. Wie sollen wir uns da langfristig mit Leipzig und Hoffenheim messen?

SPIEGEL: Sie fürchten den Anschluss an reichere Vereine zu verlieren. Klubs wie Manchester City, Paris Saint-Germain, Bayern München dominieren ihre Ligen. Ist der Fußball als offener sportlicher Wettbewerb kaputt?



Trainer Kohfeldt

»Ich musste mit den Tränen kämpfen«

Kohfeldt: Für mich ist es schon noch ein Unterschied, ob sich ein Verein wie Bayern München über sportlichen Erfolg hochgearbeitet hat oder ob ein großer Geldgeber einen Verein kauft und astronomische Summen zur Verfügung stellt. Aber natürlich stellt sich die Frage, inwieweit es in diesem System überhaupt noch möglich ist, durch gute Vereinsarbeit, durch gute Trainerarbeit seine Position zu verändern. Da habe ich meine Zweifel.

SPIEGEL: Zur modernen Fußballwelt gehören auch zwielichtige Berater. Müssen Sie sich vor denen schützen?

Kohfeldt: Es gibt schon ein paar, mit denen man umgehen können muss. Manchmal stehen Spieler vor mir, die plötzlich Absprachen infrage stellen, eine andere Position für die richtige halten oder aus heiterem Himmel wechseln wollen. Da frage ich: Hast du gestern mit deinem Berater telefoniert, oder was ist los? Es gibt aber auch eine Menge guter Berater, und das

ist die Mehrheit. Das nutze ich als Trainer auch mal und rufe an, weil wir gemeinsam die Karriere des Spielers im Sinn haben.

SPIEGEL: Sie hatten Max Kruse zum Mannschaftskapitän ernannt, sagten, er könne sich in Bremen etwas ganz Besonderes aufbauen. Jetzt spielt er für Fenerbahçe Istanbul. Fragen Sie sich, warum?

Kohfeldt: Nein. Max wird gute Gründe für den Wechsel gehabt haben, aber ich kenne sie nicht – also bewerte ich das nicht.

SPIEGEL: Verbuchen Sie es als Ihren Erfolg, dass Kruse in Bremen wieder sportlich Gesprächsthema war und nicht mit Discobesuchen Schlagzeilen machte?

Kohfeldt: Dass es zwischen Max und mir in der vergangenen Saison gut geklappt hat, lag sicher auch an klar definierten

Grenzen bei gleichzeitig höchstmöglicher persönlicher Freiheit. Die Grenzen galt es nicht zu überschreiten, und daran musste ich ihn selten erinnern. Da ging es um seine Lebensweise, aber auch um seine Rolle auf dem Platz. Max ist ein Spieler, der alles dem Erfolg unterordnet, er war letztes Jahr enorm wichtig für uns. Aber jetzt ist eine neue Saison, mit neuen Spielern.

SPIEGEL: Inwiefern haben Fußballer und Trainer eine Vorbildfunktion in der Gesellschaft?

Kohfeldt: Wir sollten Grundwerte der Gesellschaft nicht verletzen, wir sollten Fairness und respektvollen Wettkampf vorleben. Wir wollen unbedingt gewinnen, unbedingt! Aber über gewisse Grenzen gehen wir nicht hinaus, und wenn es vorbei ist, geben wir uns die Hand.

SPIEGEL: Sollten sich Fußballer öffentlich politisch positionieren?

Kohfeldt: Das ist ein ganz sensibles Thema, weil sie damit unheimlich

viele Menschen beeinflussen können und entsprechende Verantwortung tragen. Ich mische mich deswegen wenig bis gar nicht in politische Debatten ein. Ich würde mich zum Beispiel nicht zu einer Bundestagswahl äußern. Ich finde es dagegen aber gut, wie sich Christian Streich, der Trainer des SC Freiburg, zu gesellschaftlichen Themen äußert.

SPIEGEL: Herr Streich ist aber schon sehr nah an der Tagespolitik, wenn er sich auf einer Vereinspressekonferenz dafür einsetzt, dass Flüchtlinge aufgenommen und integriert werden.

Kohfeldt: Stimmt, ich bin überzeugt, dass er sich auch damit sehr beschäftigt. Ich würde mich nicht sicher genug in der Thematik fühlen, um das auf so einer Bühne zu besprechen. Auch wenn sich in dem Fall seine Meinung mit meiner deckt.

SPIEGEL: Herr Kohfeldt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Kicken auf Kork

Umwelt Weil die EU gegen Mikroplastik vorgeht, fürchten viele Fußballklubs, ihre Kunstrasenplätze schließen zu müssen. Ist die Panik berechtigt?

Eigentlich ist der TuS Weinböhla in Sachsen stolz auf seinen Kunstrasenplatz, der vor drei Jahren gebaut wurde. Mehr als 800 000 Euro hat die Anlage gekostet. Der Verein musste einen Kredit aufnehmen, um den Eigenanteil zu finanzieren. Gut angelegtes Geld, fand Vereinsvorstand Lothar Kaden: »16 Mannschaften trainieren dort.«

Nun allerdings beschleichen Kaden Zweifel an dem Investment. Über den Fußballverband erfuhr er von Plänen in Brüssel. Die EU gehe gegen Mikroplastik vor. Schon bald könne sein Platz geschlossen werden. »Das wäre eine bodenlose Frechheit«, schimpft er.

Aufruhr herrscht nicht nur im Elbtal, sondern im gesamten Amateurfußball. Überall haben Vereine für moderne Kunstrasenplätze gekämpft. Sie gelten als robust und auch im Winter bespielbar. Rund 5000 Plätze gibt es mittlerweile, schätzt der Deutsche Fußball-Bund (DFB). 300 kommen pro Jahr dazu.

Doch was die Sportler freut, ist nicht gut für die Umwelt. Die Plätze sollen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Mikroplastik spielen, winzigen Plastikteilchen, die Flüsse, Seen und Ozeane verschmutzen. Noch ist unklar, wie gefährlich Mikroplastik für Menschen ist. Doch Experten sind sich einig, dass Kunststoffmüll nicht in die Umwelt gehöre.

Die EU will verhindern, dass Kunststoff unnötig in Umlauf gebracht wird. So geht sie gegen Plastiktüten und -strohhalm vor – und womöglich bald auch gegen Kunststoffgranulat auf künstlichen Fußballfeldern. Anfang des vergangenen Jahres hat die EU-Kommission die Europäische Chemikalienagentur beauftragt, Beschränkungen zu prüfen. Ob es dazu kommt und welche Stoffe möglicherweise verboten werden, ist aber noch offen. Frühestens im kommenden Jahr will die EU einen Vorschlag machen.

Dennoch beschwören die Sportverbände bereits eine Katastrophe. Da sich viele Vereine und Kommunen die Kosten für Umrüstungen nicht leisten könnten, sei »von einer Schließung vieler Sportplätze auszugehen«, schreiben DFB und der



Sportler auf Kunstrasen mit Sand- und Kork-Infill in Hamburg: »Das klappt hervorragend«

Deutsche Olympische Sportbund nach Brüssel, das würde »das Breitensportangebot sehr negativ beeinflussen«. Notwendig sei eine sechsjährige Übergangsfrist. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sprang den Kickern zur Seite. Die EU sah sich genötigt klarzustellen, dass sie nicht daran denke, bestehende Plätze zu schließen.

So aufgeregt Politiker und Funktionäre reagieren, so gelassen sind Fachleute. »Ich wette meine Brieftasche, dass dem Amateurfußball nichts passiert«, sagt Joachim Weitzel, Geschäftsführer einer Firma für Sportstättenbau in Tornesch bei Hamburg. Etliche Plätze hat sein Unternehmen gebaut, rund 1000 Kunstrasenfelder hält es in Schuss. Zwar räumt Weitzel ein, dass die Entstehung von Mikroplastik ein Problem sein könne. Doch wenn die Plätze nach der DIN-Norm gebaut, mit Filter und Drainagen ausgestattet und regelmäßig gepflegt würden, sei der Austrag gering.

Ohnehin stehe nicht der ganze Rasen in der Kritik, sondern nur das Infill, eine Art Einstreu, das die Halme, die in ein Trägergewebe eingebracht sind, stützen und Sportler vor Verletzungen schützen soll. Da aber gebe es Alternativen, zum Beispiel Kork-Infill. »Das klappt hervorragend«, sagt Weitzel. In der Erprobung sei auch ein kompostierbares Kunststoffgranulat.

Dass Alternativen funktionieren, zeigt sich in Hamburg, wo nur noch Anlagen mit Quarzsand errichtet werden. Berlin hingegen setzt vorrangig auf Kunstrasen, der ohne Infill auskommt. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unterstüt-

zen laut ihren Förderrichtlinien keine Neubauten mit Kunststoffgranulat mehr.

Dass die Plätze überhaupt ins Visier der Brüsseler Bürokraten geraten sind, geht offenbar auch auf eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik in Oberhausen zurück. Dessen Wissenschaftler waren der Frage nachgegangen, woher das Mikroplastik stammt. Eine wesentliche Quelle: »Verwehungen von Sport- und Spielplätzen.« Bis zu 11 000 Tonnen kämen allein in Deutschland zusammen, berechneten sie.

Die Rechnung wirft Fragen auf. Demnach müssten pro Platz und Jahr bis zu drei Tonnen in die Umwelt gelangen. Das erschien zumindest der Kunstrasenindustrie deutlich zu hoch. Polytan, der führende Hersteller, teilte mit, er gehe »von etwa einem Zehntel der publizierten Menge aus«.

Selbst Studienautor Jürgen Bertling kamen inzwischen Bedenken. In einem Brief unter anderem an Industrievertreter räumt er jedenfalls ein, dass es »Anhaltspunkte« gebe, »dass die in Deutschland dominierenden Kunstrasentypen deutlich geringere Emissionen« verursachen.

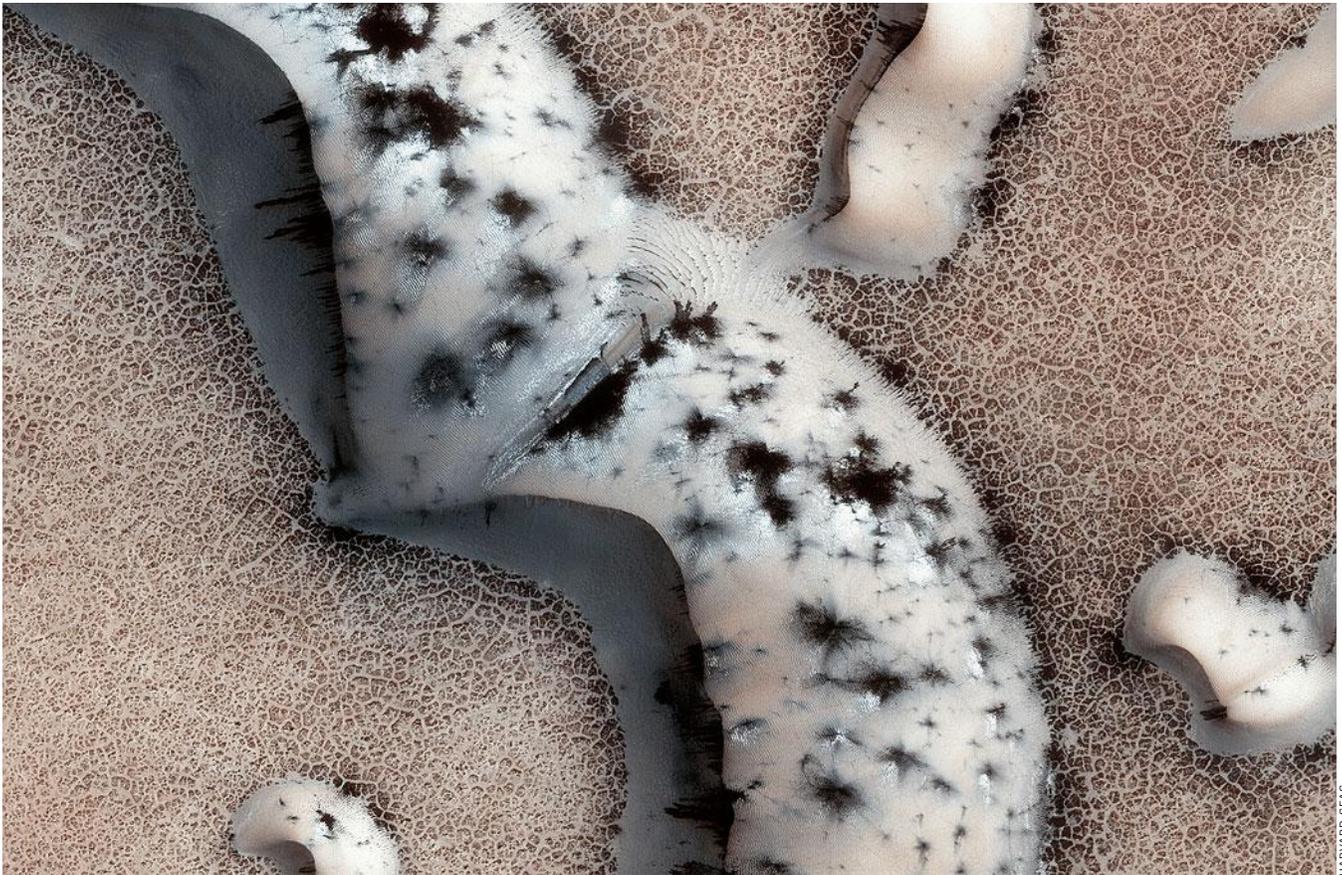
Um künftig zu einer »ganzheitlichen Bewertung« zu kommen, schlägt er der Branche vor, eine neue Studie zu verfassen – an der sich Betriebe und Kommunen mit jeweils bis zu 20 000 Euro beteiligen sollten. Sobald sich mindestens zehn Geldgeber gefunden hätten, würden die Wissenschaftler loslegen. Das Interesse an der Untersuchung sei groß, sagt er.

Ob sich die EU allerdings gnädiger stimmen lässt, wenn Fraunhofer gemeinsam mit der Industrie im zweiten Anlauf einen geringeren Mikroplastik-Ausstoß ermitteln würde, ist fraglich. Denn in Brüssel gibt es Pläne, auch gegen Mikroplastik in Kosmetika vorzugehen, obwohl deren Anteil an der Verschmutzung angeblich wesentlich geringer ist. Michael Fröhlingdorf

Es gibt Anhaltspunkte, dass die Anlagen in Deutschland geringere Emissionen verursachen.

Wissenschaft+Technik

Zärtlichkeiten können sich anfühlen wie Hiebe. ▶ S. 92



So sieht der Treibhauseffekt auf dem Mars aus, genauer: nahe seinem Nordpol. Diese Aufnahme zeigt eine Sanddüne. Die hellen Punkte sind gefrorenes Kohlendioxid. Letzteres macht auf unserem Nachbarplaneten dasselbe wie bei uns: Es lässt Sonnenlicht passieren, hält aber entstandene Wärme zurück. Deswegen kommt es in dem Eisblock zu Wärmeinseln, die irgendwann heftig aufplatzen und dunklen Staub auswerfen. Forscher spekulieren nun, ob und wie dieser Treibhauseffekt künftige Marsbauten wärmen könnte.

Flugsicherheit

Drohne gegen Cockpit

● Was passiert, wenn eine bis zu drei Kilogramm schwere Drohne in der Luft mit einem Flugzeug kollidiert? Können eine Cockpitscheibe, ein Triebwerk oder die Flügelvorderkante einen solchen Zusammenstoß heil überstehen? Obwohl schon Millionen Drohnen weltweit verkauft worden sind, fehlt es bei diesen Fragen immer noch an gesicherten Erkenntnissen. Freiburger Forscher wollen das nun ändern. Am Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik baut der



Physiker Sebastian Schopferer einen Prüfstand für Kollisionstests, wo er große wie kleine Drohnen mit hohem Tempo gegen typische Materialien aus dem Flugzeugbau crashen lassen will. Hochgeschwindigkeitskameras sollen das »Aufprall- und Fragmentierungsverhalten« (Schopferer) dokumentieren. Tausende Flugzeuge erleiden jedes Jahr Vogelschlag, und meist geht das für die Maschinen glimpflich aus. Drohnen aber »verhalten sich rein mechanisch nicht wie Vögel«. Auch deswegen sei bisher schwer abzuschätzen, wie gefährlich Drohnen für den Luftverkehr wirklich sind. ME

Fußnote

2 Milliarden

Tiere werden in Australien jedes Jahr Opfer von Katzen. Die Räuber, einst von Einwanderern eingeschleppt und jetzt meist frei lebend, töten jeden Tag etwa 1,3 Millionen Vögel, 1,8 Millionen Reptilien und mehr als 3,1 Millionen Säugetiere. Manche Arten stehen deswegen vor der Ausrottung. Jetzt will Australien zurückschlagen und bis 2020 zwei Millionen Katzen in tödliche Fallen locken, vergiften oder abschießen.

»Es wurden Menschenopfer dargebracht«



HENRIK SCHMIDT / DPA

Harald Meller, 59, Landesarchäologe von Sachsen-Anhalt, über das Steinzeitheiligtum Pömmelte zwischen Magdeburg und Dessau – und was es mit Stonehenge zu tun hat

SPIEGEL: Herr Meller, was ist so spannend an der Grabungsstätte Pömmelte?

Meller: Alles! Wir haben hier eine Kreisgrabenanlage freigelegt, genau wie jene von Stonehenge. Sie hat nahezu den identischen Durchmesser, ist aber rein aus Holz errichtet worden. Die Erbauer von beiden gehörten der Glockenbecherkultur an, die vor etwa 4600 Jahren entstand. Das Beste aber ist, dass Pömmelte bis vor Kurzem unentdeckt war – so können wir jetzt mit modernsten Methoden graben und hoch spannende Funde machen. Der Boden um Stonehenge ist allein in den vergangenen 200 Jahren viel zu oft umgegraben worden; Forschung ist da kaum noch möglich.

SPIEGEL: Und was hat Pömmelte nun mit Stonehenge zu tun?

Meller: Auch wenn man es heute angesichts des Brexits kaum glauben mag, Großbritannien ist keine isolierte Insel. Schon damals unterlagen wir den gleichen kulturellen Strömungen und standen in enger Verbindung.

SPIEGEL: Wozu nutzten die Menschen solche Rondelle aus Stein oder Holz?

Meller: Ein Henge war ein Ort, an dem religiöse Rituale vollzogen wurden; da wurden auch in einigen Fällen Menschen- und Tieropfer dargebracht. Wir haben in zwei Meter tiefen Schächten Knochen von Frauen und Kindern gefunden, dazu in immer gleicher Schichtung die von Rindern, aber auch Mahlsteine. Im Osten des Heiligtums lagen normal bestattete Männer.

SPIEGEL: Was hat die diesjährige Grabung ergeben?

Meller: Wir haben in direkter Umgebung Spuren von Häusern der Erbauer von

Pömmelte ausgemacht, die kannten wir bisher kaum. Außerdem haben wir Skelette gefunden mit Grabbeigaben wie Trinkschalen. Wir haben auch Belege für eine Vorgängerkultur gesammelt, die über zwei Jahrhunderte Seite an Seite und offenbar in Harmonie mit den Glockenbecherleuten lebte.

SPIEGEL: Und wie ging es weiter?

Meller: Etwa vor 4100 Jahren entstand daraus etwas Neues – eine Kultur, die auf einmal den Bronzeguss und die Massenfertigung zum Beispiel von Äxten beherrschte. Sie baute weiterhin Kreisgrabenanlagen, aber andere. Sie forderte keine Menschenopfer mehr – und zerstörte die alten Rondelle absichtlich. Diese Kultur war es, die dann so herausragende Dinge hervorbrachte wie die berühmte Himmelscheibe von Nebra, die jetzt in unserem Landesmuseum in Halle zu sehen ist.



STEFFEN SCHEUHLÖRN / PA / ZB / EUROLUFTBILD

Kreisgrabenanlage Pömmelte

SPIEGEL: Zeigt sich diese Kultur auch in Pömmelte?

Meller: Allerdings. In etwa 800 Meter Entfernung wurde damals eine frühbronzezeitliche Kreisgrabenanlage errichtet, die wir jetzt »Schönebeck« nennen. In deren Umgebung wollen wir graben. Rund hundert Jahre lang standen beide nebeneinander, dann wurde Pömmelte rituell niedergebrannt. Für die Zeit des Nebeneinanders kann man von einer Verbindung, von einer Art Prozessionsstraße zwischen beiden ausgehen. Die suchen wir nächstes Jahr. ME

Kommentar

Nikotinbombenalarm

Die E-Zigarette Juul könnte Millionen US-Schüler abhängig machen. Warum greift niemand ein?

Die Zahl der jugendlichen Raucher sinkt seit Jahren – aber die der jungen Nikotinabhängigen steigt zumindest in den USA rapide. Schuld daran ist vor allem eine Firma: Juul Labs aus San Francisco. Seit 2015 stellt sie eine E-Zigarette namens Juul her, einen hübsch anzusehenden Verdampfer nikotinhaltiger Flüssigkeiten mit poppig bunt gestalteten Aromen wie »Mango«, »Cool Cucumber« oder »Menthol«. In den sozialen Netzwerken aggressiv beworben, wurde das Produkt unter Minderjährigen ein Sensationserfolg: Viele Millionen Highschool-Schüler »juulen« täglich; ihre Zahl ist von 2017 bis 2018 um volle 78 Prozent gestiegen.

Dies ist in hohem Maße beunruhigend. Weil Juul extrem viel Nikotin enthält, macht es besonders schnell abhängig. Vor allem aus diesem Grund dürfte sich der Tabakkonzern Altria (»Marlboro«) unlängst mit fast 13 Milliarden Dollar an dem Start-up beteiligt haben. Altria weiß, dass sich unter stark Nikotinsüchtigen am leichtesten neue Raucher rekrutieren lassen.

Wie konnte das passieren? Warum ließen Eltern, Schulen, Behörden, Ministerien und Parlamente das zu? Hat denn niemand aus der Geschichte gelernt, dass Millionen Menschen früh sterben, wenn die Gesellschaft Nikotinkonzernen freie Bahn lässt?

Mittlerweile beteuern Juul-Manager, keine Jugendlichen mehr anzusprechen; die Firma konzentrierte sich auf erwachsene Raucher, die statt Tabak lieber eine risikoärmere E-Zigarette nutzen. Aber wer soll ihnen das glauben? Juul ist, immerhin geringer dosiert, seit etwa einem halben Jahr auch in Deutschland erhältlich. Rasch will die Firma weiter expandieren. Unterdessen geben US-Ärzte zu bedenken, dass Juul neben Lungenschäden auch Herzinfarkte und Schlaganfälle verursachen könnte. Suchtmediziner berichten von sehr stark abhängigen Teenies, deren soziale Entwicklung Schaden genommen habe. San Francisco versucht nun, den Verkauf von E-Zigaretten an Jugendliche und an erwachsene Raucher ganz zu unterbinden. Applaus dafür. Marco Evers



NORA KLEIN / DER SPIEGEL

PTBS-Patient Harzer: »Wenn ich könnte, würde ich zurück nach Afghanistan – aber dafür bin ich zu krank«

Tiefe Wunden

Psychiatrie Der eine Mann hat Menschen getötet und kommt nicht darüber hinweg. Der andere glaubt, er sei schuld am Tod von Kameraden. Beide waren Soldaten im Auslandseinsatz, nun wüten Dämonen in ihrer Seele. Wie wird man ein schweres Trauma los?

Jahrelang hatte Armin Harzer sich geritzt, mit einem Messer und mit Scherben. Die Narben, feine weiße Linien, reihen sich in kleinem Abstand, an Armen und Beinen, Diagramme des Schmerzes. Eine Weile ließ er es bleiben, jetzt tut er es wieder.

Manchmal öffnet er auch auf seinem Computer Bilder, lange hatte er sie eigens in einem Ordner namens »Leichen« abgespeichert. Er schaut dann die Fotos an. Die von den Frauen mit aufgeschlitzten Kehlen aus Massengräbern im Kosovo. Die von den deutschen Kameraden, die in Afghanistan starben, als ihr Hubschrauber abstürzte.

»In solchen Momenten spüre ich mich«, sagt Armin Harzer.

Wenn er sich spürt, geht es ihm kurz besser. Das Ritzen und die Fotos, sie übertünchen den Seelen Schmerz. Weil er wieder dort ist, wo er sich auskennt: im Einsatz. Wo er Menschen getötet hat, gefallene Kameraden sah, Verwesung roch. Heute noch zittert seine Stimme, wenn er davon erzählt. Harzer geht es schlecht, seit zehn Jahren schon.

Im Bundeswehrkrankenhaus Berlin hockt Kapitänleutnant Jörg Beckers vor einem blinkenden Gerät, er soll dem Licht mit den Augen folgen; seine Augen fixieren die Leuchtdioden. Auch er leidet an den Bildern im Kopf, den Erinnerungen. Ihm hilft die Therapie.

Beckers und Harzer kennen sich nicht, sie waren beide Soldaten im Auslandseinsatz. Und beide leiden an einer psychischen Störung nach belastenden Kriegereignissen, werden jeweils weiterbeschäftigt bei der Bundeswehr, in Jobs, die ihnen nicht mehr wehtun sollen. Beide Männer haben für den SPIEGEL ihre Ärzte von der Schweigepflicht entbunden.

Beckers ist dabei, sein Trauma abzuschütteln, Harzer wird es nicht los.

Wohl keine Kriegsverletzung ist so schwer zu behandeln wie dieses Seelenleid: die posttraumatische Belastungsstörung, PTBS. Sie kann Menschen befallen, die Schreckliches erlebt haben. Das ist oft der Fall bei Soldaten, die Todesangst

fühlten. Und vielen von ihnen bringen auch die besten Therapien kaum Linderung.

Der Bund Deutscher Einsatzveteranen geht davon aus, dass die Hälfte der Einsatzheimkehrer mindestens ein potenziell traumatisierendes Ereignis erlebt haben, einige davon entwickeln eine PTBS. Laut Bundeswehr war dies bei zwei Prozent der 2009 im Rahmen der ISAF-Mission in Afghanistan eingesetzten Truppen der Fall. Nicht alle nehmen medizinische Hilfe in Anspruch.

Mehr als 1300 PTBS-Neuerkrankungen zählte die Bundeswehr zwischen 2011 und 2017 – davor gab es noch keine Statistik.

Niemand weiß, wie viele Soldaten das Trauma irgendwann hinter sich lassen. Für

eine vollständige Heilung gebe es keine »belastbaren Kriterien in der wissenschaftlichen Literatur«, heißt es bei der Bundeswehr, daher fehle das Datenmaterial.

Und wie viele Betroffene werden die Dämonen nicht mehr los, bleiben chronisch traumatisiert? Auch darüber gibt es keine guten Zahlen. Klar ist nur, wie viele der erkrankten Soldaten in den vergangenen zehn Jahren ihrer Seelenqual selbst ein Ende machten, auf die rigorose Art: Fünf Menschen brachten sich um. Wobei »Suizide nach Entlassung aus dem Dienst nicht erfasst werden«, heißt es bei der Bundeswehr.

Laut einer Studie der Bundeswehr aus dem Jahr 2013 erkrankten Einsatzsoldaten deutlich häufiger an einer PTBS als ihre Kameraden, die nie in einen Einsatz geschickt wurden, sie haben auch öfter Angststörungen wie Agoraphobie (»Platzangst«), sie rauchen und trinken mehr als Zivilisten.

Viele Betroffene erleiden Flashbacks und Alpträume, sie schlafen generell schlecht, sind reizbar und aggressiv, können sich nur schwer konzentrieren, innere Unruhe und Ängste treiben sie um. Schwermut befällt die Erkrankten, bis hin zur Depression.

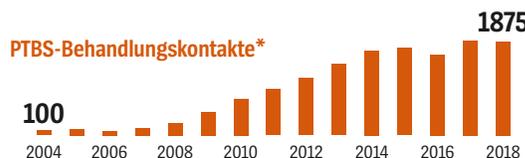
Wer an einer PTBS leidet, dem kann es passieren, dass ihn das normale Leben überfordert. Auch wenn es so beschaulich daher kommt wie Armin Harzers Welt: ein Dorf mit schieferbeschlagenen Hausfassaden, mit Viehweiden und Kopfsteinpflaster. Ex-Fallschirmjäger Harzer heißt eigentlich anders, und auch sein Wohnort soll hier nicht genannt werden. Er muss sich schützen; es darf nicht noch schlimmer kommen für ihn.

Harzer, 56, ist der Typ Mensch, den man spät bemerkt, wenn überhaupt, so still und ruhig bewegt er sich; kurz nur schaut er auf, wenn er spricht. Dann klingt er meist angespannt.

Die kommende Nacht wird hart für ihn, das weiß Harzer. Wenn er viel über das Erlebte und die PTBS redet, kommen die Monster, dann wacht er schreiend auf, schlägt um



Bordschütze Harzer in Dubrovnik 1997
»Da hältst du auf alles drauf, was sich bewegt«



* darunter verstehen die Bundeswehrmediziner die Summe aus Neuerkrankungen und Wiedervorstellungen; Quelle: Bundeswehr

sich. Er sagt, er habe seine Lebensgefährtin dabei schon mal verletzt. Auch deshalb schläft Harzer meist allein.

Seine ersten beiden Ehen sind wegen der PTBS zerbrochen. Er hat einen zwölfjährigen Sohn, den er kaum sieht. Auch die beiden erwachsenen Söhne trifft er selten. »Es ist schwierig mit mir«, sagt Harzer.

Laut seinen Ärzten leidet er an einer »komplexen PTBS«. Damit einhergehe, definiert die Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie, ein »vielfältiges Beschwerdebild« durch vorangegangene »lang anhaltende Traumatisierungen«.

Den Therapeuten hat Harzer die Geschichte von dem Siebenjährigen in Afghanistan erzählt, der mit einem Schnellfeuerwaffe auf ihn zugelaufen sei. »Ich musste ihn erschießen«, sagt Harzer. Dass der Junge das Gewehr nur abgeben wollte, habe er erst im Nachhinein erfahren. Ob es sich tatsächlich so zugetragen hat, lässt sich heute nicht mehr überprüfen.

Psychiatern definieren ein Trauma damit, dass ein Mensch mit tatsächlichem oder drohendem Tod, schwerer Verletzung oder sexuellem Missbrauch konfrontiert war – sei es als eigenes Erlebnis oder das eines nahestehenden Menschen.

Harzer war auch, so erzählt er, Bordschütze in einem Hubschrauber, der bei der »Operation Libelle« am 14. März 1997 half, Menschen aus der deutschen Botschaft in der albanischen Hauptstadt Tirana herauszuholen.

»Unser Heli wurde vom Boden aus angegriffen«, erzählt Harzer. »Wenn dann der Befehl ›Schießen!‹ über deinen Kopfhörer kommt, hältst du auf alles drauf, was sich bewegt.« Er wisse nicht, wie viele Leben er mit dem Maschinengewehr an diesem Tag ausgelöscht habe.

Jörg Beckers, 42, hat eine sanfte Stimme. Kerzengerade sitzt er an einer Hotelbar am Berliner Alexanderplatz, superpünktlich, wie er es beim Bund gelernt hat. In seiner Welt retten Regeln und Zuverlässigkeit Leben.

»Bei mir kam die PTBS schleichend«, sagt Beckers. »Ich wollte es nicht wahrhaben.« Als er sich aber über die Jahre immer mehr in sich zurückzog, unausgeglichen und reizbarer wurde, habe seine Frau Anke irgendwann gesagt: »Tu was, oder ich gehe.«

Beckers hielt vor anderen Soldaten Vorträge über seine Erkrankung gehalten. Aufklärung ist wichtig in einer Truppe, die zur Härte erziehen will, in der schon in der Grundausbildung Losungen wie »Klag nicht, kämpfe!« ausgegeben werden. Und: »keine Einzelschicksale«. Heute engagiert er sich als Fallmanager beim Bund Deutscher Einsatzveteranen und berät Betroffene.

Beckers steckt noch mittendrin in der Behandlung. »PTBS wird immer ein Teil meines Lebens sein. Aber die Krankheit soll nicht über mich bestimmen, sondern ich über die Krankheit«, sagt er; es hört sich an, als spräche sein Therapeut.

Beckers kann nicht über alles berichten, was ihn traumatisiert hat. Er ist Geheimnisträger, in der Aufklärung tätig. So viel darf er erzählen: Er war zu einer Zeit in Afghanistan, in der es viele Gefechte und Anschläge gab. Sein Auftrag bei der Bundeswehr war es, Informationen zu sammeln, um eine Gefahr für »die eigenen Soldaten frühestmöglich zu erkennen«.

Trotzdem kam es im Februar 2011 in einem Außenposten in der Provinz Baghlan zu einem Anschlag, bei dem ein Afghane drei deutsche Soldaten erschoss. Der Fall ist belegt, ging durch die Presse. »Das ließ mich nicht mehr los«, sagt Beckers. »Es hat sich in meine Seele eingegraben. Ich mache mir bis heute Vorwürfe, ich frage mich, ob ich das Geschehnis nicht hätte verhindern können.«

Beckers' Krankenakte ist dick. Darin findet sich auch eine sogenannte Erlebnislandkarte, in der er sein Leben als Grafik

»Zuerst dachte ich, die Amis spinnen. Aber dann sah ich die Erfolge bei den Patienten.«

dargestellt hat, mit Balken für Erlebnisse, die in den Plus- oder in den Minusbereich ragen. Seit Februar 2011 zeigen viele Balken nach unten. Das Ganze ist akkurat aufgezeichnet, es gleicht einer Schulaufgabe in Mathematik.

Was das Diagramm über Beckers sagt: Er nimmt es ganz genau. Fehler sind nicht vorsehen. Und wenn sie doch passieren, kann er nicht aufhören, damit zu hadern.

Beckers' Ärztin, Franziska Langner vom Bundeswehrkrankenhaus Berlin, sagt, dass er seine Sache gut mache: »Wir haben jetzt vielleicht die Hälfte der Therapie durch, und die Behandlung wirkt.«

Die Behandlung heißt in diesem Fall EMDR, für Eye Movement Desensitization and Reprocessing. Sie wurde in den USA entwickelt. Dabei fixiert der Patient beispielsweise eine Lichtquelle, einen Finger oder Gegenstand, der sich hin- und herbewegt. Währenddessen holt der Therapeut das traumatische Erlebnis aus der Erinnerung hoch, fragt nach den Gefühlen bei der Konfrontation. Man kann es sich vorstellen wie bei einer Festplatte: Eine Datei wird geöffnet, betrachtet, modifiziert und neu abgespeichert.

Der Psychiater Karl-Heinz Biesold, inzwischen im Ruhestand, hat EMDR fast

zwei Jahrzehnte lang am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg angewandt. Er sagt: »Zuerst dachte ich, die Amis spinnen. Aber dann sah ich die Erfolge bei den Patienten.«

Auch Peter Zimmermann, Arzt und Leiter des Psychotraumazentrums am Bundeswehrkrankenhaus Berlin, hält die Methode für »wirksam und sehr gut erforscht«. Man müsse aber Geduld haben, die Behandlungserfolge seien erst mittel- bis langfristig zu sehen. Und: »Bei einem Teil der Patienten gibt es eine Chronifizierung der Krankheit.«

Die Bundeswehr ist in einem Dilemma: Sie muss über PTBS aufklären, die verwehrten Soldaten gut versorgen – und trotzdem attraktiv bleiben als Arbeitgeber für junge Männer und Frauen. Was gar nicht so einfach ist in Deutschland. Laut dem letztjährigen Sicherheitsreport des Instituts für Demoskopie Allensbach und des Centrums für Strategie und höhere Führung genießt die Bundeswehr im eigenen Land immer weniger Rückhalt. »Nur 28 Prozent halten die Truppe für einsatzfähig und gut ausgerüstet«, heißt es.

In einer Studie an Bundeswehrsoldaten mit einer PTBS-Diagnose wurde 2015 die Wirksamkeit von EMDR als traumatherapeutisches Verfahren mit einer Kontrollgruppe verglichen. Dabei stellte sich EMDR als effektivere Behandlungsform für die Verminderung von Symptomen einer PTBS oder Depression nach erlittenen Traumata heraus.

Kontrollierte Studien, die 2015 auch von der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie mit einem Forschungspreis ausgezeichnet wurden, zeigten deutliche Hinweise auf eine Wirksamkeit. Viele Studien aus den USA kommen zu ähnlichen Resultaten.

Jörg Beckers reist zwei- bis dreimal im Jahr für mehrere Wochen von Gerolstein in der Eifel, da wohnt er, nach Berlin zum Bundeswehrkrankenhaus und muss dann zweimal in der Woche zur EMDR-Therapie. Das Zimmer, in dem er behandelt wird: grüner Boden, viele Pflanzen, die Ärztin gut gelaunt. Beckers ist ernst. Er kennt das schon, für ihn bedeutet der Termin seelische Schwerstarbeit. »Bleiben Sie dran!«, sagt Franziska Langner, als Beckers seine Emotionen beschreiben soll und ins Stocken gerät. »Folgen Sie mit den Augen dem Licht.«

Er fühle sich »angespannt im ganzen Körper« – und wieder schuldig wegen seiner getöteten Kameraden. Immer wieder gehen Beckers und die Ärztin seine Gefühle und Gedanken durch, immer wieder schauen sie darauf, was ihm so zusetzt. Am Ende sagt Beckers, dass es in Ordnung sei, Schwächen und Schuldgefühle zu haben. Dass er ein guter Soldat sein könne, wenn er seine Emotionen auslebe und aushalte.



Familie Beckers: »Tu was, oder ich gehe«

Was bei Beckers so gut wirkt, ist Gift für Armin Harzer. Als die Ärzte ihn zum ersten Mal einer EMDR unterziehen wollten, habe er Flashbacks und Panik bekommen, erzählt Harzer. Es heißt, die Methode sollte erst nach einer »Stabilisierungsphase« angewendet werden. Weil es zu viel sein kann, die Dämonen zu wecken. Bloß dauert diese Stabilisierungsphase bei Harzer schon zehn Jahre. So richtig geholfen habe ihm bislang keine einzige Behandlung, sagt er.

Harzer versuchte es anders, mit tiefenpsychologischem Ansatz, kramte seine Kindheit aus den Erinnerungen hervor, sprach mit Therapeuten über seine Zeit als Heimkind und über sein späteres Leben in einer Pflegefamilie. Ein Aufwachsen mit wenig Liebe.

»Je traumatischer die Kindheit, desto größer das Risiko, später nach einem traumatischen Erlebnis eine PTBS zu entwickeln«, sagt Mediziner Zimmermann.

Die Stimulation durch die geleiteten Augenbewegung bei EMDR führt zu einer Aktivierung beider Gehirnhälften. Es ist nicht genau bekannt, warum das hilft; Forscher wissen nicht alles über die Vorgänge, die eine PTBS in Körper und Geist auslöst.

Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Erkrankte erhöhte Spiegel der Stoffe Dopamin und Noradrenalin aufweisen, die sich auf Angstkonditionierung und Angstgedächtnis auswirken können. Die Anpassungsfähigkeit der Herzfrequenz ist bei PTBS-Kranken beeinträchtigt, das Organ schlägt wie eine Maschine, bubumm, bubumm, bubumm. Es variiert nicht mehr so wie bei gesunden Menschen.

Der wichtigste hemmende Botenstoff im Gehirn, Gamma-Aminobuttersäure, und Glutamat, ein erregender Botenstoff, sind nicht mehr austariert. Oft geht eine PTBS mit anderen psychischen Erkrankungen oder Symptomen einher, man spricht von »comorbid auftretenden Krankheitsbildern«.

Armin Harzer steht vor seinem Haus. Er streicht den Zaun leuchtend blau. Drinnen will er ein neues Bad einbauen, überall renovieren. Für ihn sei es am besten, wenn er sich am Tag körperlich so »kaputtmacht«, dass er abends müde ins Bett falle. Nur dann schlafe er einigermaßen.

Er wisse, erzählt Harzer, wie man im Wald überlebt. Wie man aus ein paar glühenden Kohlen und einer Schaufel im Winter »eine warme Nacht« machen kann. Wie man schießt.

Einem seiner Kinder ein Küsschen zu geben, das fällt ihm schwer. Zärtlichkeiten können sich anfühlen wie Hiebe, Umarmungen die Luft abschnüren wie eine zu eng geratene schussichere Weste.

Einige Betroffene verlässt die Libido, andere wirken im Umgang gefühllos.

Harzer schreibt seit Jahren an seiner Lebensgeschichte. Darin heißt es unter dem Bild eines getöteten Afghanen – er sagt, er sei dabei gewesen, als es aufgenommen wurde –: »So ist nun mal die Realität im Krieg. Oft sehen auch unsere Kameraden so aus!«

Man kann sich auch im Frieden verfolgt fühlen, Harzer geht das so. Er sei sicher, sagt er, dass sein Telefon überwacht wurde. Und da sei ein Mann im dunklen Kombi, der ihn und seine Familie beschatte. »Unter meinem Auto hing schon ein Paket mit anderthalb Kilo Sprengstoff«, berichtet er, fast flüsternd. Außerdem verschwänden immer wieder Dokumente aus seiner Krankenakte.

Das lässt sich nicht überprüfen oder belegen. Seine Psychotherapeutin hält die Aussagen für glaubhaft.

Harzers Freundin liest alles über PTBS, was sie zu sehen bekommt. Sie klagt darü-

NORA KLEIN / DER SPIEGEL

ber, dass Partner und Kinder der Soldaten von der Bundeswehr schlecht einbezogen würden bei der Therapie.

Immerhin gibt es inzwischen ein Comicbüchlein der Bundeswehr mit dem eigentümlich niedlichen Titel »Schattige Plätzchen – Mein Papa hat PTBS!«, das Kindern die Krankheit erklärt. Darin beschreibt ein kleiner Junge, wie sein Vater stundenlang vor dem ausgeschalteten Fernseher hockt.

Weil Psychotherapien so wenig wirken bei Armin Harzer, nimmt er Medikamente. Fürs Gemüt Antidepressiva, ein Schlafmittel für die Nacht, früher auch das Benzodiazepin Tavor gegen die Angst. Tavor macht abhängig, Harzer nahm manchmal fünf Milligramm am Tag, doppelt so viel wie die empfohlene Tagesdosis.

Er hat inzwischen eine neue, zivile Psychotherapeutin, die »solche asiatischen Sachen« macht, erzählt Harzer. Die Frau ist Ärztin, arbeitet aber auch alternativmedizinisch: mit Kinesiologie, einer Methode, die den Zusammenhang von Körper, Geist und Seele bei der Entstehung und Behandlung von Krankheiten betont.

Wer kümmert sich, wenn Ehefrauen, Söhne, Töchter in den Strudel des Leids geraten?

Es gibt keine qualitativ hochwertigen Studien, die belegen, dass Kinesiologie funktioniert, und das ist auch kein Geheimnis, aber was soll Harzer machen, es hilft ja nichts.

Jetzt sitzt Harzer der Kinesiologin gegenüber; er soll mit den Händen bestimmte Punkte auf seinem Körper berühren, im Gesicht, seinen Scheitel, die Brust. Dabei wiederholt er immer wieder den Satz: »Ich bin okay, so wie ich bin.«

Seine Psychotherapeutin sagt, dass bei Harzer das Trauma in Afghanistan zu seiner schweren Kindheit dazukomme und dass er es deshalb so schwer habe, mit seinen Aggressionen umzugehen. Darüber ausführlich zu reden tue ihm nicht gut.

Jörg Beckers nimmt derzeit nur ein Schlafmedikament, keine Antidepressiva. »Ich komme ohne besser klar«, sagt er, wieder zurück aus Berlin, in seinem Wohnzimmer mit der rot getünchten Wand, der blumig weißen Ikea-Kugelleuchte und dem Ikea-Wandbild von der Hängebrücke im Nebel. Beckers' Frau Anke sagt: »Man merkt zwar, wie sehr ihn die Therapie beansprucht, aber die Kurve zeigt klar nach oben.«

Beckers hat den Wald direkt hinterm Haus. Er geht oft mit dem Mountainbike

auf Tour. Mit seinen beiden Töchtern, 14 und 12 Jahre alt, versteht er sich wieder gut.

Am Abend sitzen die Beckersens im Restaurant. Vater und Töchter necken sich. Die 14-Jährige, Maja, ist demnächst ein Jahr mit ihrem Freund zusammen, als Geschenk für ihn hat sie Karten für ein Konzert besorgt. Gangsta-Rap.

Beckers wird Tochter und Freund begleitet. »Die Musik ist nicht ganz mein Geschmack, aber so was gehört zum Vatersein dazu«, sagt er, er lächelt, es geht ihm gut an diesem Abend, in dieser Familie.

Ein paar Monate später ist Schluss mit Majas Freund. Sie leidet an Angstzuständen, kann nicht mehr in die Schule gehen. Ständig befürchtet das Mädchen, dass ihm oder seinen Angehörigen etwas passiert, dass sie eine schlimme Krankheit haben könnten.

Jörg Beckers ist überzeugt, dass seine PTBS ein Auslöser für Majas Zustand ist; die Therapeutin, die seine Tochter behandelt, glaubt das auch. »Es dauert Monate, bis man einen stationären Platz an einer Klinik für sein Kind bekommt«, sagt Beckers.

Die Bundeswehr kümmert sich um ihre traumatisierten Soldaten, aber was, wenn Ehefrauen, Söhne, Töchter in den Strudel des Leids geraten? »Die Familien leiden sehr oft mit. Deshalb brauchen sie Betreuung«, sagt Bundeswehrarzt Zimmermann. »Und es besteht mehr Bedarf für Angehörige.«

Das nächste Treffen mit Armin Harzer fällt in eine Behandlungsphase am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg. Harzer sitzt im Feuervogel, einem Restaurant im Stadtteil Wandsbek, Mitpatienten haben es ihm empfohlen. So richtig Appetit hat Harzer aber seit Jahren nicht. »Es gibt eigentlich nichts mehr, was an mir normal funktioniert«, sagt er. »Wenn ich könnte, würde ich zurück nach Afghanistan. Aber dafür bin ich zu krank.«

Nach dem Mittagessen geht Harzer in ein Einkaufszentrum. Viele Menschen mit kreuzenden Laufwegen. Viele Geräusche. Eigentlich wollte Harzer nur ein Eis essen, irgendwas Süßes, aber gerade überfordert ihn alles. Harzer dreht sich nach allen Seiten um, geht hierhin, dorthin, dreht wieder um. Findet beim Sprechen nicht den Satz, der ihn jetzt da rausholen könnte.

Er sagt, er wolle im Einkaufszentrum bleiben. Ist aber sichtlich froh, als er nach einem Milchshake wieder draußen auf dem Bordstein steht, dort, wo mehr Luft zum Atmen und mehr Platz zum Gehen ist.

Morgen fährt er nach Hause. Harzer sagt, er freue sich auf seine Familie.

Christoph Wöhrle

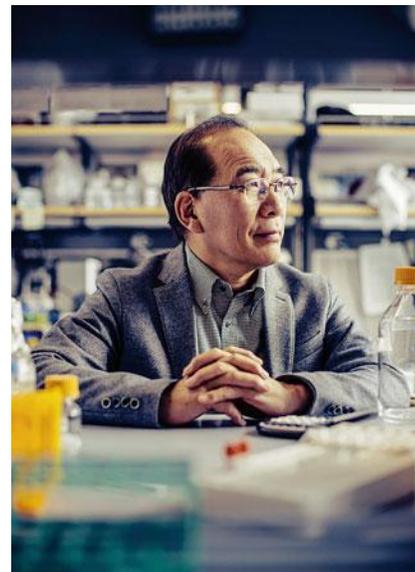
Mensch im Tier

Biotechnik Ein Wissenschaftler will Schweine mit menschlichen Bauchspeicheldrüsen erschaffen. Chimären machen Angst – dabei gehören sie zum Alltag im Labor.

Chimären sind Monster: lüsterne Zentauren, Werwölfe mit glühenden Augen, Medusen mit züngelndem Haar. Kein Wunder, dass da die jüngste Nachricht aus Japan Unbehagen auslöst: Der Stammzellforscher Hiromitsu Nakauchi wird dort Chimären aus Mensch und Tier erschaffen dürfen. Manch einer sieht da einen modernen Frankenstein am Werk. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach spricht von einem »klaren ethischen Megaverstoß«. Ist die Angst berechtigt?

Zunächst: Die Herstellung von Mischwesen ist eigentlich nichts Ungewöhnliches. Jeder Obstbauer, der ein Birnenreis auf einen Apfelbaum pflöpft, erschafft, biologisch betrachtet, eine Chimäre. Doch was die Natur bei Pflanzen zulässt, dem verweigert sie sich bei Tieren. Das Gewebe einer Spezies wird vom Immunsystem der anderen abgestoßen.

Aber es gibt Wege, die Hindernisse zu überwinden. So zählt die Herstellung sogenannter transgener Mäuse in den Biolaboren zu den Routineverfahren. Als Zwischenschritt werden dabei oft die Zellen zweier genetisch verschiedener Tiere zu einem Embryo verschmolzen. Ein Immunsystem gibt



TIMOTHY ARCHIBALD

Stammzellforscher Nakauchi
Leid von Diabeteskranken lindern

es in diesem frühen Entwicklungsstadium noch nicht. Es wächst deshalb ein Mischwesen heran, das aus Zellen teils des einen, teils des anderen Organismus besteht.

Wen das empört, dem sei gesagt, dass Ähnliches auch beim Menschen vorkommt – auf ganz natürliche Weise. Immer wieder wurden Fälle von Zwillingschwangerschaften beschrieben, bei denen es zum Austausch von Stammzellen gekommen ist. Ein Leben lang tragen solche Menschen die Zellen ihres Geschwisters mit sich herum, ohne je davon zu erfahren – es sei denn, sie machen einen Gentest, bei dem sich herausstellt, dass ein Teil von ihnen gar nicht zu ihnen gehört.

Nun handelt es sich hier um einen Mix aus Mensch und Mensch. Wie aber sieht es aus mit der Mensch-Tier-Vermischung? Ist auch die technisch möglich? Durchaus, und sie geschieht keineswegs selten. In gewissem Sinn lässt sich sogar ein Mensch, dessen Herzklappenfehler die Chirurgen mit einer Schweineklappe korrigiert haben, als Mischwesen aus Mensch und Schwein betrachten.

Grundlegender wäre die biologische Vermischung, wenn die Ärzte Herzkranken gleich ganze Schweineorgane implantierten. Das ist bisher nicht möglich, schon weil das Immunsystem allzu heftig dagegen rebellieren würde. Aber die Forscher arbeiten daran, und sie sind zuversichtlich, dass solche Xenotransplantationen schon bald klappen könnten. Was bei einer solchen Operation dann entsteht, wird vermutlich nicht »Chimäre« genannt werden – aber es wäre eine solche.

Bei der Xenotransplantation ginge es, falls sie denn Wirklichkeit werden sollte, um die Einführung tierischen Gewebes in den menschlichen Organismus. Das Unbehagen im Fall von Nakauchis Experimenten gilt dem umgekehrten Fall: dem Menschen im Tier. Gerade diese Chimärenvariante ist in den Laboren besonders oft anzutreffen.

So können Forscher bei Bedarf zum Beispiel Mäuse mit vermenschlichten Lebern bestellen. Die eigenen Organe der Maus wurden zerstört und der dabei entstehende Freiraum sodann mit menschlichen Leberzellen bepflanzt. Diese wachsen zu einem weitgehend funktionstüchtigen Organ heran. Wissenschaftler sehen in diesen Kreaturen höchst nützliche Modelltiere für die Stoffwechselforschung.

Noch häufiger kommen Mäuse vor, deren blutbildendes System durch ein solches des Menschen ausgetauscht wurde. Mit anderen Worten: In ihren Adern schwimmen menschliche Blutzellen. »Eine Vielzahl deutscher Unikliniken arbeitet mit solchen



NAKAUCHI LAB AT THE UNIVERSITY OF TOKYO

Versuchstiere Ratte, Ratte-Maus-Chimäre, Maus*
»Klarer ethischer Megaverstoß«?

Tieren«, sagt der Ulmer Stammzellforscher Hartmut Geiger. Auch er selbst verwendet sie für seine Leukämiestudien.

Selbst vor dem Gehirn, dem ethisch heikelsten Körperteil, machen die Forscher nicht Halt: Schon im Jahr 2005 berichtete der SPIEGEL (18/2005) von Experimenten Göttinger Forscher, die menschliche Stammzellen ins Denkkorgan von Affen gespritzt hatten. Sie hatten das Potenzial, sich dort in voll funktionstüchtige menschliche Nervenzellen weiterzuentwickeln.

Inzwischen sind ähnliche Versuche in den Laboren weltweit üblich. »Wir haben gerade erst eine Arbeit über chimäre Gehirne veröffentlicht«, sagt der Bonner Stammzellforscher Oliver Brüstle.

Sogar ganze Organoide, bestehend aus rund einer Million miteinander vernetzter menschlicher Neurone, wurden bereits in Rattenhirne eingebaut. Sie wuchsen dort an und knüpften Kontakte zum umliegenden tierischen Gewebe. In einem anderen Fall wuchsen menschliche Gliazellen im Gehirn neugeborener Mäuse heran. Die entstandenen Chimären besaßen ein auffällig gesteigertes Gedächtnis.

Wenn all diese Experimente zum Alltag in den Laboren gehören, ohne öffentliches Aufsehen zu erregen, warum geht dann Angst angesichts von Nakauchis Tieren um? Dem Japaner ist es bereits gelungen,

in Mäusen gut ausgebildete Bauchspeicheldrüsen aus Rattenzellen heranreifen zu lassen. In ähnlicher Weise hofft er, irgendwann Schweine mit Menschen-Pankreas züchten zu können. Daraus ließen sich dann Insulin produzierende Inselzellen gewinnen, die das Leid von Millionen Diabeteskranken weltweit lindern könnten.

Nakauchi will so Chimären erschaffen, die sich in zweierlei Hinsicht von den oben genannten unterscheiden. Zum einen setzt er beim Embryo an, also in einem extrem frühen Entwicklungsstadium. Auf diese Weise wachsen der Schweinekörper und sein menschliches Organ zu einem gemeinsamen, harmonisch miteinander verbundenen Organismus heran.

Es ist schwer vorherzusagen, ob im Zuge dieses Reifeprozesses einzelne der zunächst noch undifferenzierten menschlichen Zellen einen anderen Entwicklungspfad einschlagen. Auf diese Weise könnten sie womöglich auch den Weg bis ins Gehirn finden, wo sie sich dann als Nervenzellen im heranwachsenden Schweinehirn verschalten würden. Was aber, wenn solche menschlichen Irrläufer die Kognition des Tiers modifizierten?

Diese Vorstellung bereitet Ethikern die größten Sorgen. Deshalb hat Nakauchi viel Aufwand getrieben, um die Bedenken zu zerstreuen. Mit genetischen Schaltern versucht er, den Entwicklungsweg hin zu Nervenzellen zu blockieren.

Der zweite Unterschied zu anderen Laborchimären besteht im Ziel, das Nakauchi verfolgt. Er will nicht Modelltiere für die Forschung erschaffen, sondern lebende Organspender, die dann zum Wohle von Kranken gepopt werden. In den Augen von Ethikern ist die Heilung von Menschen ein hoch zu bewertendes Ziel. Trotzdem fühlt sich manch einer unwohl bei der Vorstellung von Schweinen, die in Ställen dahinvegetieren zu dem einzigen Zweck, ihre Organe ernten zu können.

»Eine wichtige Rolle spielt hier der Yuck-Faktor«, sagt die Medizinethikerin Alena Buyx vom Deutschen Ethikrat. So nennen Wissenschaftler das Schaudern, das viele angesichts unheimlich erscheinender Neuerungen aus den Biolaboren erfasst. »Es handelt sich um eine emotionale Reaktion«, erklärt Buyx. »Der Yuck-Faktor taugt nicht als ethisches Argument, trotzdem dürfen wir ihn nicht ignorieren.«

Denn selbst segensreiche Fortschritte der Biotechnologie werden scheitern, wenn sie von den Menschen nicht auch als solche betrachtet werden. Johann Grolle

* Im Nakauchi Lab 2010.

»Jeder kann etwas ändern«

Klima Hitzetote, Hungernde, Flutopfer – die Epidemiologin Sabine Gabrysch warnt vor drastischen Auswirkungen der Erderwärmung. Aber noch könne die Menschheit umsteuern.

Gabrysch, 43, hat seit Juni Deutschlands erste und einzige Professur für Klimawandel und Gesundheit inne. Sie arbeitet an der Berliner Charité und am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

SPIEGEL: Frau Professor Gabrysch, wie ungesund ist der Klimawandel?

Gabrysch: Die britische Medizin-Fachzeitschrift »The Lancet« hat es so formuliert: »Der Klimawandel ist die größte Bedrohung für die globale Gesundheit des 21. Jahrhunderts.« Dem schließe ich mich an. Leider ist die Schwere dieser Diagnose noch nicht richtig verstanden worden in der Gesellschaft. Die Klimakrise ist ein Thema, das erste Priorität haben muss. Wir haben es hier nicht mit einer leichten Grippe zu tun, wie manche vielleicht meinen, sondern mit einem planetaren medizinischen Notfall.

SPIEGEL: Welche Gesundheitsfolgen sehen Sie für Menschen in Deutschland?

Gabrysch: Bei den künftig häufigeren Hitzewellen kann es zu Flüssigkeitsmangel und Hitzschlag kommen, und insbesondere für Ältere und chronisch Kranke kann die Hitze lebensgefährlich werden. Laut Robert Koch-Institut hat der sogenannte Jahrhundertsommer von 2018 allein in Berlin rund 490 Menschenleben gefordert.

SPIEGEL: Ist die Hitze das einzige Problem?

Gabrysch: Keineswegs. Durch die Erwärmung erhöht sich indirekt die Konzentration von Luftschadstoffen, und die Pollensaison verlängert sich, was Asthmatiker und Allergiker belastet. Waldbrände, Dürren und Überschwemmungen haben natürlich auch negative gesundheitliche Auswirkungen. Insgesamt aber kommen wir in Deutschland mit der Hitze wahrscheinlich noch irgendwie klar, wenn wir uns als Gesellschaft gut organisieren. Das ist in anderen Ländern ganz anders.

SPIEGEL: Nämlich?

Gabrysch: In manchen Gegenden Südasien, etwa in Indien, ist es jetzt schon oft so heiß, dass man da tagsüber kaum noch rauskann. Und die Zahl dieser extrem heißen Tage wird dort wegen des Klimawandels zunehmen. Das verursacht enorme Probleme, auch für die Arbeitsproduktivität, zum Beispiel in Landwirt-

schaft und Baugewerbe. Außerdem ist die Ernährungssicherheit in Gefahr.

SPIEGEL: Weil ganze Ernten ausfallen können?

Gabrysch: Die Landwirtschaft ist davon abhängig, dass die Wetterbedingungen vorhersehbar sind. Durch den Klimawandel haben wir es aber häufiger mit Extremwetter zu tun, mal kommt der Regen zu früh, mal zu spät, mal regnet es zu viel, mal zu wenig. Und wenn die Ernten nicht mehr sicher sind, leiden darunter vor allem die Armen und insbesondere die Kinder. Unterernährung in der frühen Kindheit hat massive gesundheitliche Folgen. Der Klimawandel verschärft die weltweite Ungerechtigkeit, denn jene, die am wenigsten beigetragen haben zum Ausstoß von Treibhausgasen, werden am stärksten von den Folgen getroffen.

SPIEGEL: Welche Temperatur kann ein Mensch noch aushalten?

Gabrysch: Das ist sehr verschieden. In London nimmt die Sterblichkeit schon bei geringeren Temperaturen zu als in Delhi. Menschen können sich an höhere Temperaturen gewöhnen, aber es gibt physiologische Grenzen. Die Körperkerntemperatur soll ja bei 37 Grad bleiben. Spätestens wenn die Umgebungstemperatur darüber liegt, muss der Körper schwitzen, um sich abzukühlen. Der Schweiß verdunstet und kühlt aber nur, wenn die Luftfeuchtigkeit nicht zu hoch ist. Auch als gesunder Mensch kann man deswegen ab einer gewissen Temperatur und Luftfeuchtigkeit nicht lange draußen bleiben, geschweige denn körperliche Arbeit leisten, ohne bald zu kollabieren.

SPIEGEL: Welche weiteren Gesundheitsfolgen bringen Sie mit dem Klimawandel in Verbindung?

Gabrysch: Unsere Gesundheit hängt von einer stabilen Umwelt, von einem gesunden Planeten ab. Als Menschen brauchen wir saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Nahrung. Das haben jetzt schon nicht alle, und durch den Klimawandel wird dieser Mangel verschärft. Wenn Ernten ausbleiben, drohen Millionen Menschen Hunger und Unterernährung. Die Moskitos, die Malaria übertragen, verändern ihre Brutgebiete. Es gibt auch psychische Folgen; wer sein Haus hat wegschwimmen sehen, ist davon vermutlich langfristig traumatisiert. Die sozialen Konsequenzen können noch gravierender sein. Wenn Wasser oder Nahrung knapp werden, dann begünstigt das Verteilungskonflikte bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Gesundheitssysteme können versagen, Epidemien ausbrechen. Die Klimakrise könnte außerdem eine neue Dimension von Flüchtlingsbewegungen bringen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie diese Krise lindern helfen?

Gabrysch: Ich will mich jedenfalls nicht nur mit den furchtbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit befassen. Ich will auch zu Lösungen forschen. Und da sehe ich, vielleicht zu Ihrer Überraschung, durchaus Grund zur Hoffnung. Die Maßnahmen, mit denen wir die Klimakrise bewältigen können, lösen nämlich gleichzeitig eine ganze Reihe von anderen Gesundheitsproblemen.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Gabrysch: Wenn wir unsere Städte fahrrad- und fußgängerfreundlicher machen, mit mehr Grünflächen und gutem Nahverkehr, blasen wir nicht nur weniger CO₂ in die Atmosphäre. Wir haben gleichzeitig sauberere Luft, bewegen uns mehr, haben weniger Atemwegserkrankungen, weniger Übergewicht, weniger Diabetes und Herz-Kreislaufkrankheiten. Wenn wir die ökologische Landwirtschaft fördern und den Überkonsum von Fleisch reduzieren, profitieren davon Menschen, Tiere und die Umwelt. All das ist eine Riesenherausforderung, aber auch eine Riesenchance. Für Klima und Gesundheit gilt: Prävention ist besser und viel günstiger als Therapie.

490
Hitzetote
gab es allein in Berlin
im Sommer 2018
Schätzung des
Robert Koch-Instituts



Medizinerin Gabrysch

»Für Ältere kann die Hitze lebensgefährlich sein«



ANTHONY ANEX / EPA-EFE / REX / SHUTTERSTOCK

Schweizer Lac des Brenets im September 2018 nach Monaten der Dürre: »Riesenherausforderung und Riesenchance«

SPIEGEL: Können wir den Klimawandel denn noch abwenden?

Gabrysch: Nein, er ist ja schon da. Es geht darum, ihn rasch zu begrenzen und das Überschreiten von Kipppunkten zu vermeiden. Aber wir haben vielleicht gerade noch Zeit, das Blatt zu wenden und das Schlimmste zu verhindern. Wir können es schaffen – wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen schnell deutlich senken und der Natur wieder mehr Raum geben. Die Menschen müssen verstehen, wie ernst und wie dringend die Lage ist, aber sie sollten dabei nicht in Verzweiflung versinken, sondern ins Handeln kommen. Jeder kann in seinem Leben etwas ändern, aber auch helfen, politischen Druck aufzubauen. Ohne den geht es nicht.

SPIEGEL: Ihr Optimismus in Ehren, aber bisher fehlt doch jeder Hinweis auf eine echte Wende zum Besseren. Die weltweiten CO₂-Emissionen nehmen zu, statt zu sinken.

Gabrysch: Das stimmt. Es war aber bisher auch keine Priorität. Die Frage ist: Wo liegt unsere Priorität? Wo stecken wir unsere Energie, unsere Kreativität und unser Geld rein? Menschen haben schon so viel hinbekommen. Wir haben die Sklaverei abgeschafft. Wir sind auf dem Mond gelandet. 1989 haben friedliche Demonstranten in der DDR das System zu Fall gebracht. Heute brauchen wir eine massive

Mobilisierung aller Kräfte der Gesellschaft, um diese Krise zu meistern. Die ökologischen Grenzen unseres Planeten sind nicht verhandelbar. Unser Wirtschaftssystem, unser Verhalten – das ist veränderbar.

SPIEGEL: Theoretisch. Aber auch praktisch?

Gabrysch: Warum sollten wir das nicht können? Unsere Gesundheit und unsere Sicherheit sind in Gefahr, die unserer Kinder und Enkel genauso. Es liegt in unserer Hand, einen anderen Umgang miteinander und mit der Natur zu finden.

SPIEGEL: Können Sie Forscherin und gleichzeitig Aktivistin sein?

Gabrysch: Mit Aktivismus hat das nichts zu tun. Als Ärztin und Epidemiologin bin ich verantwortlich dafür, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Wenn ich sehe, dass diese in Gefahr ist, dann muss ich den Mund aufmachen. Da kann ich mich nicht im Elfenbeinturm verschanzen. Es kommt jetzt darauf an, dass noch viel mehr Menschen ihre Stimme erheben und gemeinsam anpacken.

SPIEGEL: Wie viel kann die »Fridays for Future«-Bewegung ausrichten?

Gabrysch: Im März war ich auf der Demo in Berlin, und das war für mich das inspirierendste Erlebnis seit Jahren. Ich war überrascht, wie gut viele dieser jungen Menschen informiert sind. Und die

haben einen frischen Blick auf die Dinge. Das ist enorm wichtig. Die sagen einfach: So, da muss jetzt was passieren. Die Kinder und Jugendlichen haben auch kapiert, dass sie wirklich etwas bewegen können. Gleichzeitig sagen sie: Ihr Erwachsenen müsst das Problem lösen – und damit haben sie recht. Dürfen wir ihnen ins Gesicht schauen und sagen: »Nein, wir machen da jetzt nicht mit, das ist uns zu aufwendig«?

SPIEGEL: Sollte der 16-jährigen »Fridays for Future«-Gründerin Greta Thunberg der Friedensnobelpreis verliehen werden?

Gabrysch: Den haben schon einige bekommen, die ihn weniger verdient haben. Greta Thunberg ist erstaunlich, sie spricht glasklar und sagt, wie es wirklich ist. Sie nimmt da einfach keinerlei falsche Rücksichten. Wissenschaftler haben ihre Botschaften oft so formuliert, dass die Menschen die Gefahr nicht voll erfasst haben. Aber mit der Klimakrise ist es wie in der Medizin: Man muss erst mal die Dramatik der Diagnose verstanden haben, um sich auf eine schwierige Therapie einzulassen. Dank Greta Thunberg verstehen jetzt immer mehr Menschen die Dringlichkeit des Problems – und dass wir es gemeinsam lösen können.

Interview: Marco Evers

Mail: marco.evers@spiegel.de

Kultur

Sind das Nazis?, ist nicht die Frage, die in dieser Zeit weiterführt. ► S. 102



FOTOS: GAECHTER+CLAHSEN, EDITION PATRICK FREY, 2019

Gaechter-Aufnahmen von Frisurenmodellen aus den Jahren 2002, 1998, 2001, 1999

Mode

Zeitreise mit Seitenscheitel

Der Bildband »Fünf Finger Föhn Frisur« verwandelt Katalogfotos in Kulturgeschichte.

● Früher, als Friseure ihren Geschäften noch keine lustig gemeinten Namen gaben, wurde auch der Haarschnitt selbst ernster genommen. Man hatte nicht einfach eine Frisur, man trug sie. Die entsprechenden Moden wechselten natürlich; wer keine Ahnung hatte, was gefragt war, welche Stufen, welche Wellen, wo der Scheitel, dem wurden im Salon oft große, unhandliche Bücher in die Hand gedrückt, Kataloge für toupierte Köpfe sozusagen. Diese Alben, die einst zum Friseurbesuch dazugehörten, sind selbst ein wenig aus der Mode gekommen. Doch jetzt können sie von einem neuen Publikum wiederentdeckt werden: Die Edition Patrick Frey

hat unter dem Titel »Fünf Finger Föhn Frisur« einen Bildband mit besonderen Frisurenfotos zusammengestellt. Sie wurden von den Siebzigerjahren bis Anfang der 2000er-Jahre von dem Schweizer Fotografen Peter Gaechter aufgenommen, die meisten für einen Zürcher Coiffeur. Die Fotos ermöglichen eine kurze Zeitreise der eigenen Art: Eine von Gaechter porträtierte Dame erinnert mit ihrer luftigen Haarpracht an die Schauspielerin Farrah Fawcett aus der Fernsehserie »Drei Engel für Charlie«, eine andere sieht aus wie die für ihre Kurzhaarschnitte bekannte Lady Di. Ein guter Friseur konnte aus jeder Kundin ein Double solcher Doubles machen. UK

Kino

Totalschaden

● Gewalt gegen Kraftfahrzeuge ist so etwas wie der Running Gag in Rainer Kaufmanns Scheidungskomödie »Und wer nimmt den Hund?«, in der die beiden deutschen Starschauspieler Martina Gedeck und Ulrich Tukur ein zerbröselndes Ehepaar verkörpern (Kinostart: 8. August). Tukur ist ein unglaublicher Hamburger Aquariumsdirektor und wegen seiner Affäre mit einer viel jüngeren Mitarbeiterin (Lucie Heinze) auf dem Ehe-Absprung; Gedeck malmt als seine zaghaft an Malerei und bildender Kunst interessierte Gattin voller Wut mit ihren Kieferknochen. Damit die Trennung in aller Freundschaft abläuft, begeben sich



BORIS LAEWIN / MAESTIC FILMVERLEIH

Gedeck, Tukur in »Und wer nimmt ...«

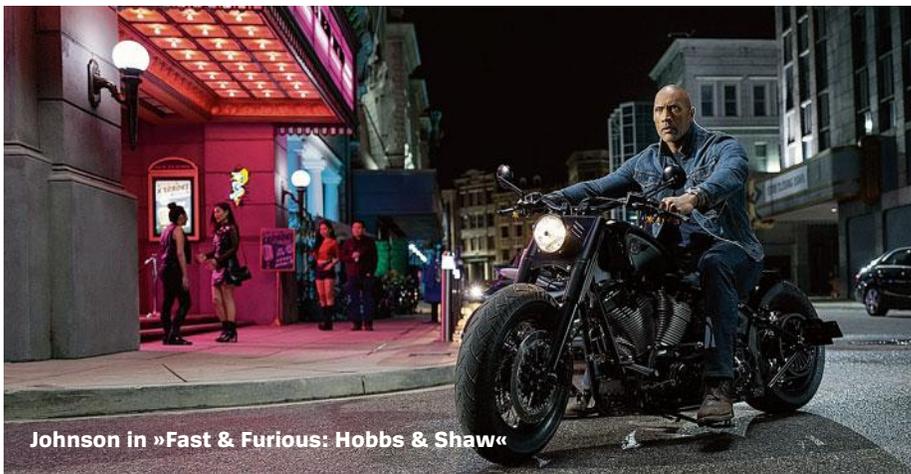
die beiden zu einer Entpaarungstherapeutin (Angelika Thomas). Dem Regisseur Kaufmann und seinem Drehbuchschreiber Martin Rauhaus mag die Leichtigkeit einer französischen Tragikomödie im Stil von Mia Hansen-Løves »Alles was kommt« vorgeschwebt haben, in der die großartige Isabelle Huppert die Hauptrolle spielt. Doch statt souverän mit Klischees zu jonglieren, reißt »Und wer nimmt den Hund?« nur viele Flachwitze aneinander, die sich um die Rückenschmerzen älterer Herren, spät aufflammende Eifersucht und einen maladen Haushund drehen. Gedeck und Tukur sehen in dieser krampfhaft humorbemühten Produktion, in der nicht mal die Szenen der Autodemolierung Kinoformat haben, leider sehr verloren aus. HÖB

Filme

Das Beste zweier Welten

● Es gibt zwei Gründe, ins Kino zu gehen, so ließe sich eine Theorie dieses Mediums zusammenfassen: entweder die Dialoge oder die Autoverfolgungsjagden. Die Tradition des Theaters oder die des Jahrmarkts. So gesehen verbindet »Fast & Furious: Hobbs & Shaw« das Beste zweier Welten – im Redeteil des Films beschimpfen sich die beiden Hauptfiguren Luke Hobbs (gespielt von Dwayne Johnson, bekannt geworden als Wrestler unter dem Kampfnamen The Rock) und Deckard Shaw (Jason Statham) endlos und höchst amüsant. Der Rest besteht im Wesentlichen aus vollkommen überdrehten Autorennen, auf der Straße, in der Luft, in verlassenem ukrainischen Kraft-

werken (die dabei selbstverständlich zerstört werden) und auf Hawaii. Als die Filmreihe 2001 mit »The Fast and the Furious« begann, spielte sie in der Szene illegaler Autorennen. Von dieser vergleichsweise realistischen Anmutung hat sie sich längst befreit: »Hobbs & Shaw«, der neunte Teil, der jetzt in den Kinos läuft, ist eine Mischung aus »Terminator«, »James Bond« und »Mission: Impossible«, ein herrlich durchgeknallter Quatschfilm, der durch nichts anderes zusammengehalten wird, als den Willen, zwei Stunden lang zu zeigen, wie Menschen an Hochhausfassaden herumturnen oder mit dem Motorrad durch Linienbusse krachen. Aktionen, die im echten Leben den sofortigen Tod zur Folge hätten – und hier aussehen wie ein leichter und lustiger Spaß. RAP



Johnson in »Fast & Furious: Hobbs & Shaw«

FRANK MASI / UNIVERSAL PICTURES

Literatur

Ich bin ein Wunder

● Hermann Hesse war verliebt. Gut, er hatte die junge Erzählerin Helene Voigt zwar noch nicht getroffen, aber sie hatte Gedichte von ihm in einer Zeitschrift gelesen und fand sie herrlich und schrieb es ihm. Das war 1897, der Autor war 20. Sie schickte ihm ein Porträt von sich, er war begeistert, eilte zum Fotografen, um ein Gegenbild schicken zu können. Zu spät. Sie hatte sich inzwischen mit einem anderen verlobt. Hesse war erschüttert, doch als er erfuhr, dass der Bräutigam der junge Verleger Eugen Diederichs war, ging es ihm gleich wieder besser. Der könne doch ein Buch von ihm verlegen, er schreibe auch Erzählungen. Diederichs zögerte, Helene drängte ihn. Das Buch erschien: »Eine Stunde hinter Mitter-

nacht«, das erste Prosawerk des späteren Literaturnobelpreisträgers, Auflage 600 Exemplare. Im ersten Jahr verkauften sich 53 Stück. Der Dichter Rainer Maria Rilke urteilte darüber: »Die Kunst ist nicht ferne von diesem Buch.« Hesses Mutter schrieb von »Wust und Schmutz«, vor dem der Sohn hoffentlich selbst bald Ekel empfinde. Manche Sätze seien so unanständig, dass kein Mädchen sie je lesen solle. Jetzt, 120 Jahre später, hat der Diederichs Verlag das Buch neu aufgelegt (112 Seiten; 16 Euro). Und man muss sagen, Rilke hatte vielleicht die schlechteren Augen. Heute scheint die Kunst von diesem Buch außerordentlich fern zu sein, »Sternenfern« hätte der verliebte Hermann wohl gedichtet. Doch er ahnte, er war noch auf dem Weg, er schrieb: »Ich bin ein Neuer geworden, mir selbst noch ein Wunder.« VW



Hesse 1898

BARTH / BPK

Elke Schmitter **Besser weiß ich es nicht**

Krampf und Trost



In seinem sehr komischen Dialogroman »Die Schlange« verarbeitet der russische Schriftsteller Wladimir Sorokin die geselligen Aspekte der sowjetischen Mangelwirtschaft. Die Menschen stellen sich an, das ist der Beginn der Geschichte, ohne zu wissen, was man am Kopf der Schlange verkauft: Es wird schon etwas Brauchbares sein – und man hat ja nichts zu verlieren außer persönlicher Zeit (die sowieso nicht verwertbar ist), doch man wird in jedem Fall gut unterhalten.

Es brauchte unerschrockene Autoren der Innenschau, um von den Spielarten der Niedrigkeit in der freien Marktwirtschaft zu erfahren, welche sich in der menschlichen Seele stante pede entfalten, wenn zum Beispiel mitten im Feriensommer ein Konzert in einer winzigen Kirche auf einer kleinen ostdeutschen Insel gegeben wird und es mehr Interessenten als Plätze gibt. Die Knappheit des Gutes fördert unchristliches Verhalten wie Drängeln und Schummelei und führt zu einer gewaltigen Verdüsterung des Menschenbildes – die wiederum durch Meister der Innigkeit wie Johann Sebastian Bach und Matthias Claudius (der ewige Hit: das »Abendlied«) bald wieder gelöscht wird und geradezu überirdischen Glanz auch auf jenen Gesichtern entfaltet, die den lieben Gott sonst über Jahrzehnte gemieden haben (wobei Bach, heute schwer zu glauben, vor 190 Jahren wiederentdeckt werden musste für das Gedächtnis der Menschheit – durch einen Kollegen wie Felix Mendelssohn Bartholdy).

Nun gab es in diesen Inselferien den musikalischen Zufall, dass zwei Ensembles unabhängig voneinander ein Stück des Walisers Sir Karl Jenkins im Repertoire hatten – ein britischer Komponist unserer Tage und ein Meister des Minimalismus mit Swing: leicht zu hören, von diskreter Komplexität und in humaner, geradezu nachbarschaftlicher Weise erhebend, wie die toskanischen, urbanen Hügel oder das Auenland der Hobbits.

Und so verließ die kleine, zufällige Gesellschaft die winzige Kirche dann doch geläutert und unbeschwert, in der ein Engel, androgyn, aber erwachsen, mit einer entblößten Brustwarze schwebt.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.



Szene aus Ödön von Horváths »Jugend ohne Gott«: Keine Schablone für aktuelle Diskussionen

Sommergäste

Theater Auf den ersten Blick wirkt bei den Salzburger Festspielen alles wie immer: Die Schauspiel- und Opernwelt gibt sich die Ehre, die Kaffeehäuser sind voll. Doch Österreich hat sich verändert. Ein Sittengemälde zwischen Ibiza-Affäre und Neuwahlen. *Von Dirk Kurbjuweit*

Als der Lehrer auf die Bühne tritt, als er die Frage stellt, was er Adolf Hitler zu verdanken habe, als er sich und dem Publikum die Antwort gibt, »alles«, da denkt im Zuschauerraum Jochen Jung: »O Gott, jetzt fangen die auch schon damit an.«

Jung ist Verleger, führt in Salzburg den feinen literarischen Verlag Jung und Jung

und sitzt in diesem Moment bei den Salzburger Festspielen in der Premiere von Ödön von Horváths Stück »Jugend ohne Gott«. Horváth hat diesen Text 1937 veröffentlicht, er handelt auch davon, wie aus Jugendlichen Faschisten werden.

Jung kennt das Stück, ihn hat nicht entsetzt, dass es um Faschismus geht. Das wollte er sehen, aber er kann es schwer er-

tragen, wenn ältere Stoffe überdeutlich in die Gegenwart verlegt werden, und dann noch mit mahnendem Zeigefinger. Da fühlt er sich für dumm verkauft.

Genau das ist passiert. Der Lehrer, gespielt vom Dortmunder »Tatort«-Kommissar Jörg Hartmann, sitzt anfangs im Publikum, einer von uns also, geht auf die Bühne, in Kleidung unserer Zeit, hält dort



ARNOLD DECLAIR

seine Dankesrede auf Hitler, die in Horváths Text gar nicht vorkommt, wird dann von anderen Schauspielern umgezogen, in Kleidung, die nach den Dreißigerjahren aussieht. Die Zeit fließt zurück, nun beginnt das eigentliche Stück.

Zeit ist das bestimmende Thema zu Beginn der Salzburger Festspiele, die Frage, wie sich die Zeiten überlagern, ineinanderfließen. Stücke aus alten Zeiten treffen auf eine Gegenwart, die an vergangene Tage anzuschließen scheint, in Österreich, auch in Deutschland. Die rechten Parteien sind stark, Rassismus macht sich breit, aber lässt sich das mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen? Und wie wirkt sich die politische Krise auf diese Theater- und Musiktage aus, der Zusammenbruch der Regierung nach dem infamen Ibiza-Video, in dem sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bereit zeigte, Staatsräson und Pressefrei-

heit auszuhebeln. Dies sind die Fragen für eine Art Zeitreise durch die Salzburger Festspiele.

Die simpelste Reihung der Zeit ist die Chronologie, und deshalb beginnt dieser Text im zweiten Anlauf mit dem ersten Tag der Reise, dem Samstag der vergangenen Woche. Er beginnt, welch schöner Name, am Irrsee, der rund eine halbe Autostunde von Salzburg entfernt zwischen niedrigen Bergen liegt. Hier schlägt eines der Herzen der Salzburger Festspiele.

Am Ufer in Zell am Moos hockt etwas erhöht der alte Gasthof Zum Seewirt, der nach zeitgemäßer Lesart Zur Seewirtin heißen müsste. Hier herrscht seit Langem die wunderbare Johanna Enzinger, Inhaberin, gute Seele, Theater- und Opernkennerin und große Trösterin von Theater- und Opernmenschen. Schon Wochen vor dem Festival, während der Probenzeit, wohnen sie hier, die Regisseure, Schauspieler, Dramaturgen und Bühnenbildner, nicht alle, aber viele, sitzen auf der Terrasse, essen fangfrische Reinanken, trinken österreichische Weine und schöpfen Ideen aus den Tiefen des Irrsees.

Es sieht nach Gewitter aus, und Johanna Enzinger, die einen herzhaften Dialekt spricht und ein Dirndl trägt, hält einen Besen in der Hand, weil sie unter einem Tisch kehren will, an dem gerade ein Kind gegessen hat, aber jetzt hält sie inne, denn jetzt muss es raus. Ein »Schas« sei das mit der Politik in ihrem Heimatland, was man wahrscheinlich mit ein »Scheiß« übersetzen muss. Was sie besonders aufregt, was sie verletzt, ist ein Satz, den sie kürzlich gehört hat. Österreich habe dieses Ibiza-Video, diesen Heinz-Christian Strache verdient, lautet dieser Satz. Verdient? Wo die Menschen hier schufteten wie sie, die Seewirtin, anständig sind, Steuern zahlen und nicht zu knapp. Nun gut, ein paar Schlawiner kennt sie auch, aber keinen, der einen Heinz-Christian Strache verdient hat. Der Besen in ihrer Hand legt einen Gedanken nahe, aber der verfliegt schnell. Sie fegt weiter, begrüßt neue Gäste.

Am Sonntag beginnt es mittags leise zu regnen, Schnürlregen, der für Salzburg typisch sein soll. Ein Mittagessen mit Tobias Moretti steht an, der aktuell die Titelrolle im »Jedermann« spielt, der Konstante im Salzburger Programm. Wird er offen über seine Ansichten zur Politik in seinem Heimatland sprechen? Er hat das Restaurant vom Hotel Blaue Gans vorgeschlagen, kommt aber nicht, sagt auch nicht ab.

Am Abend ist die Premiere von »Jugend ohne Gott« im Landestheater. Horváth erzählt die Geschichte eines Lehrers, der seine Schüler einen Aufsatz über den Sinn von Kolonien schreiben lässt. Als

er darauf besteht, dass auch Afrikaner Menschen sind, bekommt er Ärger. Bei Horváth steht »Neger«, ein Wort, das die Zeit zu Recht von der Bühne vertrieben hat.

Die Schulklasse fährt dann in eine Art Bootcamp, wo man die Jungs auf Krieg vorbereitet. Ein Mädchen taucht auf, ein Mord passiert. Der Lehrer könnte dazu etwas sagen, schweigt aber lange, bis er doch noch zur Wahrheit findet. Dann geht er nach Afrika, um an einer Missionsschule zu unterrichten.

Regisseur Thomas Ostermeier, eigentlich Intendant der Schaubühne am Lehnhiner Platz in Berlin, lässt seine Schauspieler zumeist zurückhaltend agieren, vor einem Dschungel aus kahlen Bäumen. Insgesamt ein gelungener Abend, das Publikum klatscht heftig. Auch Jochen Jung macht mit, am Ende ist er doch noch zufrieden mit der Inszenierung, die ihm im eigentlichen Horváth-Teil aktuelle Bezüge erspart. Keine Anspielung auf Strache oder sonst wen.

Frägt sich nur, warum Ostermeier diesen Monolog an den Anfang gesetzt und so überdeutlich in unsere Zeit platziert hat. Die Worte stammen aus einem authentischen Brief aus dem Jahr 1935. Ein Mann, der wieder Arbeit gefunden hat, bedankt sich bei Hitler. Was soll uns das sagen, wenn ein Zeitgenosse das Gleiche tut?

Im Programmheft sagt Ostermeier, dass er keine »Art Schablone« für aktuelle Diskussionen liefern wolle. So tut er es doch. Ein Rätsel. Aber Rätsel kann man ja lösen.

Während »Jugend ohne Gott« im Landestheater läuft, regnet es draußen, es regnet die ganze Nacht, und am Morgen regnet es immer noch, und die zuvor so freundlich dahinfließende Salzach ist ein brauner reißender Strom. Im Umland wurde schon eine Brücke weggeschwemmt, in den Gassen der Stadt stoßen die Schirme der betrubten Touristen gegeneinander. Gegen Mittag lässt der Regen nach, und die braunen Fluten beruhigen sich. Salzburg ist gerettet.

In diesen düsteren Stunden ist es eine Freude und Erleichterung, die Galerie von Thaddaeus Ropac aufzusuchen. Er hat Bilder von Roy Lichtenstein aufhängen lassen, selten gezeigte, ohne Comicfiguren, nicht so viele Punkte. Die Freude kommt von den Farben, die so schön leuchten in dieser graubraunen Regenwelt.

Ropac, ein eleganter Mann, einer der führenden Galeristen der Welt, hat sich das Ibiza-Video nicht angeschaut, das will er gar nicht sehen. Ihm reicht das, was er gelesen hat. Es sei zum »Fremdschämen«, sagt er. Meist ist Ropac nur den Sommer über in Salzburg, während der Festspiele, und dann ist er einer der fleißigsten Konzert- und Theatergänger. An höchstens

3 von 30 Tagen besuche er keine Veranstaltung, sagt Ropac.

Er hält sich viel in New York und Paris auf, weshalb er halb von außen auf sein Land schaut. »Meine Haltung zu Österreich ist von der französischen geprägt«, erzählt er, »und die ist zu Recht sehr kritisch. Auch wenn man viel im Ausland ist, bleibt dieses Land wie eine bleierne Weste an einem hängen.« Die politischen Verhältnisse seien »so schlimm, dass es der Kunst kaum noch gelingt, sie einzufangen und zu konterkarieren«.

Dann hebt er zu einem großen Loblied auf das Niveau der Festspiele an. »In künstlerischer Hinsicht ist Salzburg Paris gar nicht so unähnlich. Man hat nicht die größten Künstler hervorgebracht, aber es gelingt immer wieder, sie einzuladen.« Er nennt den Spanier Pablo Picasso, der in Paris gearbeitet hat. Dann zählt er die Sänger und Sängerinnen auf, die in Salzburg reüssierten, angefangen bei Anna Netrebko. Nun freut er sich auf neue Entdeckungen, vor allem auf Elena Stichina, die in der Premiere von »Médée« morgen die Titelrolle singen wird.

Im Festival sieht Ropac insgesamt »ein Wunder von Salzburg«, weitgehend entkoppelt vom trüben Rest.

Der trübe Rest befasst sich in diesen Tagen mit »Grauslichkeit«. Dieses Wort verwendet der ehemalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und meint damit das, was der bayerische Politikerkollege Horst Seehofer einst »Schmutzeleien« genannt hat. In Österreich läuft der Wahlkampf an, und er ist von miesen Unterstellungen aus dem privaten Bereich geprägt, zudem von einer Schredderaffäre. Ein Mitarbeiter von Kurz hat nach dessen Abwahl Festplatten vernichten lassen. Dessen Vorgänger, Christian Kern von der SPÖ, soll das auch gemacht haben. Man schimpft, droht mit Klage.

Es wäre allerdings nicht gerecht, Österreich als »failing state«, als scheiternden Staat, einzuordnen. Im Gegenteil, der Staat hat sich seit der Ibiza-Affäre als robust erwiesen. Strache musste die Regierung verlassen, dann wurde Kurz abgewählt, der Strache in die Regierung geholt hatte. Und nun ist eine Übergangsregierung aus Experten im Amt, die sich als handlungsfähig erweist. Gerade hat der Nationalrat ein Rauchverbot für Gaststätten beschlossen.

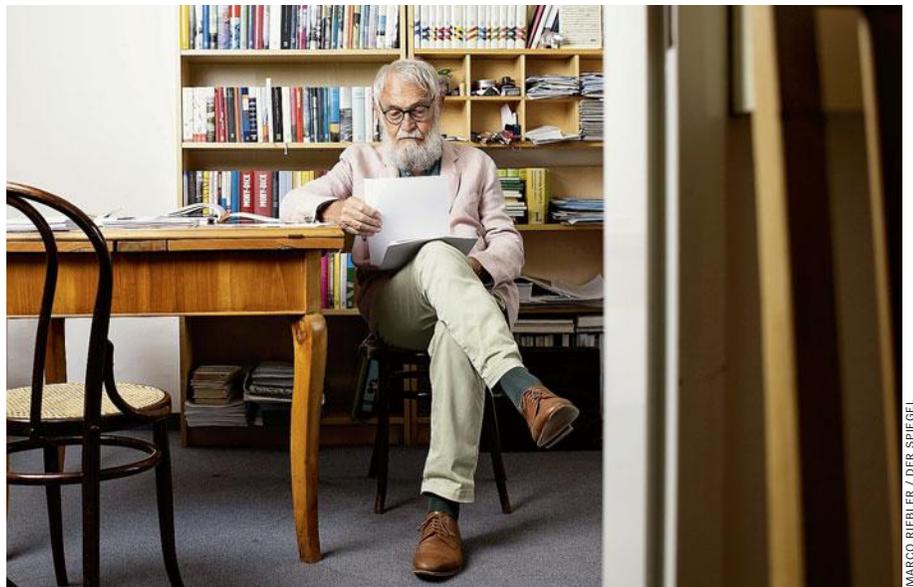
Der Dienstag beginnt im Café Bazar. Alte Tische, alte Stühle, altes Holz an den Wänden, alte Kronleuchter und ein riesiger alter Zeitungsständer, der ganz und gar behängt ist mit Zeitungen. Ein Christbaum für Leser, täglich Weihnachten.

Die österreichischen Zeitungen berichten weiter groß vom »Reisswolf-Gate«, der »Schredder-Schlamm Schlacht«. Ein Gesellschaftsreporter der »Kronen Zeitung« behauptet, er habe einen Blick auf



MARGO RIEBLER / DER SPIEGEL

Festspielpräsidentin Rabl-Stadler: »Ganz wunderbar«



MARGO RIEBLER / DER SPIEGEL

Verleger Jung: »Eine richtige Katastrophe«

Tobias Moretti erhascht, auf einer Moto Guzzi davonbrausend.

Mittags steht wieder eine Verabredung in der Blauen Gans an, diesmal mit Jochen Jung. Er ist schon da, liest Zeitung. Jung, ein Mann mit einem weißen Rauschebart, wurde in Deutschland geboren und ist seit 40 Jahren auch Österreicher.

Die Stärke der Rechten in Deutschland, Österreich und anderswo, das Ibiza-Video, »eine richtige Katastrophe«, das treibt ihn alles stark um, aber dafür braucht er das Theater nicht. Er weiß nicht, was er dort lernen könne, was er nicht schon in der Zeitung gelesen habe. Man könnte ergänzen, so theatralisch, wie sich manche Politiker dieser Tage aufführen, Trump, Johnson, Strache, da muss kein Theater mehr etwas verdeutlichen oder zuspitzen. Da liegt alles auf der Hand.

Zurück ins Café Bazar, der Terminplan ist voll. Hier gehört jetzt eine kleine Vorbemerkung hin. Wer über Kultur und Politik in Österreich schreiben will, steht vor der Grundsatzfrage, ob er Thomas Bernhard einbezieht oder nicht. Das Problem ist, dass die Antwort allzu oft »Ja« heißt. Es ist üblich geworden. Andererseits ist die Versuchung wirklich sehr groß. Bernhards Stück »Heldenplatz« aus dem Jahr 1988 gilt als Schablone für die aktuellen Verhältnisse. Im Mittelpunkt stehen hier der Professor Josef Schuster und seine Familie, für die Österreich noch immer stark vom Nationalsozialismus geprägt ist.

Manfred Mittermayer gibt als Beruf Thomas-Bernhard-Experte an. Er hat zwei Biografien geschrieben, ist Hochschullehrer und einer der Intendanten der Rauriser



MARCO RIEBLER / DER SPIEGEL / VG BILD-KUNST, BONN 2019

Galerist Ropac: »Ein Land wie eine bleierne Weste«



MARCO RIEBLER / DER SPIEGEL

Galerieangestellte Grimmer: »Keine betrunkenen Künstler mehr«

Literaturtage. Auch er ist ein fleißiger Besucher des Festivals, geht aber eher ins Konzert als ins Theater. Für den Intendanten Markus Hinterhäuser findet er, wie Jung und Ropac, nur positive Worte, weil der nicht nur auf das Bekannte setze.

Spielchen der Art, »was würde Thomas Bernhard heute sagen?«, sind mit Mittermayer nicht zu machen. Der Schriftsteller ist seit 30 Jahren tot, und Mittermayer findet, dass sich in dieser Zeit, einer rasenden Zeit, zu viel verändert hat, um seriös spekulieren zu können. Andere Frage: Ist »Heldenplatz« ein seherisches Stück, das die kommende Zeit vorausahnt? »Ich glaube«, sagt Mittermayer, »Bernhard war sehr, sehr sensibel für Entwicklungen, die damals noch nicht so stark an die Oberfläche getreten waren und inzwischen ihr hässliches Gesicht zeigen.«

Eine realitätsgetreue Darstellung Österreichs sei »Heldenplatz« jedoch nicht. Peter Fabjan, Bruder von Thomas Bernhard, habe ihm einen guten Hinweis gegeben. Mittermayer: »Nationalsozialismus ist für Bernhard weniger eine politische Kategorie gewesen, sondern mehr eine Chiffre für die Art, wie ein System mit Menschen umgeht, vor allem mit Schwachen und Kranken. Eigene Erfahrungen in einem nationalsozialistischen Internat und in der Schule haben ihn besonders sensibel gemacht.«

Eine wertvolle Erkenntnis: Sind das Nazis?, ist nicht die Frage, die in dieser Zeit weiterführt. Wie wollen Politiker mit Menschen umgehen oder wie gehen sie mit Menschen um? Das ist die entscheidende Frage für politische Diskussionen.

Es geht dann noch um Peter Handke und seine Rivalität zu Bernhard, und dann

sagt Mittermayer, durchaus freundlich, den Satz: »Handke hat irgendwann gesagt, Bernhard schreibe nur noch wie ein SPIEGEL-Autor.« Recherchen können manchmal auch wehtun.

Mittermayer schiebt dann nach, »subtile erzählerische Differenzierung« und »kraftvolle aggressive Zuspitzung« hätten sich bei Handke und Bernhard gegenübergestellt. Eine solch durchdringende Stimme wie die Bernhards fehle Österreich.

Der nächste Termin, nein, kein Café, kein Restaurant, sondern ein Büro: das der Präsidentin der Festspiele, Helga Rabl-Stadler, einst Politikerin der ÖVP, einst Unternehmerin und, wie man hört, mit allen Wassern gewaschen. Am Tisch sitzt auch Valery Tscheplanowa, die im »Jedermann« die Buhlschaft spielt.

So wie in der Galerie von Ropac Roy Lichtensteins Bilder leuchteten, leuchten hier die Worte. Rabl-Stadler hat vor allem zwei Aufgaben. Sie muss, je nach Wetterlage, entscheiden, ob der »Jedermann« drinnen oder draußen aufgeführt wird, eine durchaus schwierige Entscheidung, die manchmal Anfeindungen nach sich zieht. Und sie muss für ihre Festspiele werben und sie lobpreisen, was sie mit ungeheurer Begeisterung und mimischer und gestischer Ausdrucksstärke tut.

Moretti: wundervoll. Tscheplanowa: wundervoll. Idomeneo: wundervoll. Und so weiter. Valery Tscheplanowa stimmt später ein, mit fester, klarer Schauspielereinstimmung, ein großartiges Festival, ein großartiger Moretti. Nun reicht es aber bald, da redet Tscheplanowa schon sehr schön über den Regen und nennt ihn »einen Mitspieler, der einen eigenen Kopf hat«. Heute scheint die Sonne.

Welche Rolle spielt die aktuelle Politik bei den Festspielen 2019? Rabl-Stadler sagt: »Mich hat noch kein einziger Mensch auf das Ibiza-Video angesprochen.« Die Themen seien eher Klima und Frieden. Sie selbst habe nichts dagegen, dass die Stücke aus anderen Zeiten in die Gegenwart geholt werden. Als Jochen Jung »O Gott« dachte in »Jugend ohne Gott«, war Rabl-Stadler »verstört und hatte beinahe Magenweh«, aber nicht aus Entrüstung, sondern weil sie so aufgewühlt war. Findet sie genau richtig, das so zu machen. Später sagt sie mit Süße in der Stimme: »Ich würde niemals eine aktuelle Produktion kritisieren.« Was sie fürchtet, ist Plattheit: »Ich will keinen auf der Bühne sehen mit einer Trump-Perücke.« Da kann man sich nur anschließen.

Beim Abschied lässt Rabl-Stadler die Arme fliegen, vor Aufregung, vor Freude, denn in einer halben Stunde beginnt die nächste Premiere, die Oper »Médée« von Luigi Cherubini.

Während der Ouvertüre läuft eine Art Spielfilm. Ein Ehepaar, Jason und Medea,

mit ihren beiden Kindern beim Frühstück, glücklich, es könnte ein Werbefilm sein. Dann entdeckt Medea, dass ihr Mann sie betrügt. Trennung, der Vorhang geht auf. Auf der Bühne entfaltet sich das Drama, das mit dem Mord der Mutter an den beiden Kindern endet, weil ihre Gegenwart sie ständig an den Betrug erinnert.

Diese Geschichte, die rund 2500 Jahre alt ist, versetzt der Regisseur Simon Stone in die Jetztzeit, schafft dabei großartige Bilder. Wer sie gesehen hat, für den wird eine Tankstelle für eine Weile nicht nur eine Tankstelle sein, sondern der Ort, an dem Medea das Auto mit ihren Kindern anzündet. Jubel.

Allerdings hat es der unpolitische Stoff mit den Zeiten leichter als der politische. Die Gefühle einer Mutter, einer betrogenen Frau sind zeitlos, während politische Verhältnisse über die Jahrzehnte und Jahrhunderte nur schwer zu vergleichen sind.

In der Pause steht draußen inmitten all der Smokings und großen Abendgarderoben ein eher lässig gekleideter Mann und raucht. Das ist Thomas Ostermeier, und dies ist die Gelegenheit, das Rätsel zu lösen.

Herr Ostermeier, warum lassen Sie Ihre Aufführung mit dem Dankesbrief beginnen?

Er lacht kurz, erzählt dann von einem alten Genossen aus linksradikalen Zeiten in einer Splittergruppe. Auch Ostermeier hängt den Gedanken von damals längst nicht mehr an, aber jener einstige Genosse ist weit nach rechts marschiert, ins Reich des Rassismus und der AfD. Ostermeier nennt den Namen, möchte aber, leider, nicht, dass er in diesem Bericht auftaucht. Herrn X hat er gleichsam auf die Bühne geschickt, damit er sich bei Hitler bedankt. Also eher eine persönliche Geschichte als eine didaktische. Was ein Zuschauer wie Jung aber nicht wissen kann.

Am Mittwoch schreibt die »Kronen Zeitung«: »Je heftiger sich die Dreckschleudern drehen, desto normaler erscheint der entlarvende Ibiza-Auftritt des ehemaligen FPÖ-Chefs.«

Die große Mehrheit der FPÖ-Anhänger möchte, dass Strache in die Spitzenpolitik zurückkehrt, zeigt eine aktuelle Umfrage. Einigen Leuten ist nicht zu helfen. Sie sind entkoppelt, haben eigene Maßstäbe.

Die Premiere am Abend zeigt eine andere Entkopplungsgeschichte, »Sommergäste« von Maxim Gorki. Hier ist das Datum der Uraufführung interessant, Novem-



Szene aus »Médée« mit Sopranistin Stichina

Die schrecklichen Dinge kommen zur Unzeit, der frühe Tod etwa

ber 1904. Einige Wochen später brach in Russland eine erste Revolution aus.

Die Bühne von Raimund Orfeo Voigt ist zeitlos schön, hohe Räume, mit Holz vertäfelt, hohe, schmale Fenster. Langsam, fast unmerklich verschiebt sich dieses Interieur zur Seite. In der schmucklosen Kühle versammeln sich zwei Dutzend Menschen, rasen, wüten, flackern, tanzen, hohes Tempo, viel gespielte Nervosität, Überspanntheit.

Es sind zum großen Teil Intellektuelle, die aus Langeweile zusammen sind, aber nicht zueinanderfinden. Liebe kann hier nicht gelingen, jeder denkt letztendlich nur an sich. Eine Frau überlegt kurz, wie den sozial Schwachen zu helfen sei, aber man ahnt schon, dass das nichts wird. Ein Selbstmord am Ende, aber als gesellschaftliche Wesen sind alle längst Untote.

Auch diese Intellektuellen sind Entkoppelte, Bewohner einer Blase würde man heute sagen. Denn das Stück wurde später als Vorbote der Revolution von 1905 gesehen. Im Programmheft schreibt die Schriftstellerin Olga Grjasnowa: »Die Sommergäste sind noch immer – oder eher schon wieder – ein erstaunlich aktuelles Werk. Das Bürgertum, das immerzu lamentiert und sich besonders unzufrieden gibt, ohne zu handeln, scheint der Jetztzeit entnommen zu sein.«

Aber riecht es nach Revolution? In Österreich nicht, in Deutschland nicht. Es geht immer weiter. Wobei die meisten Menschen in den Vorjahren der großen Revolutionen nicht geahnt haben, dass sie bald einen Umsturz erleben werden. Im Moment alarmiert eher die schleichende Auszehrung der Politik, die Verkommenheit hier und dort, die Etablierung von Rassismus und anderer Menschenfeindlichkeit. Das Theater, so sehr es sich bemüht, auch wieder in Salzburg, wird das nicht ändern. Es wird vor allem von Sommergästen für Sommergäste gemacht.

Von einer Zeit war hier noch nicht die Rede, von der Unzeit. Zur Unzeit kommen die schrecklichen Dinge, der Tod zum Beispiel, besonders der allzu frühe Tod. Im Eingang zum Geburtshaus des Salzburger Dichters Georg Trakl läuft eine Audio-Installation, die den Namen »Club 27« trägt. Mitglieder dieses Klubs sind Amy Winehouse, Jimi Hendrix, Janis Joplin, Jim Morrison, Kurt Cobain und Georg Trakl. Sie alle waren große Künstler, sie alle sind mit

27 Jahren gestorben. Aus Lautsprechern tönen ihre Texte.

In der Gemäldegalerie des Trakl-Hauses arbeitet Dietgard Grimmer, ein weiterer Fan des Festivals. Der Besuch bei ihr stand nicht am Ende der Recherche, aber es geht um das Ende. Der Zeitpfeil ist jetzt aufgebrochen, es geht zurück zum Montag.

Grimmer hält das Ibiza-Video für eine »katastrophale Peinlichkeit«, und ihr fehlt der Aufstand der Kunst. Woran das liegt? Sie sagt, etwas überraschend: »Es ist nicht mehr schick, als Künstler betrunken im Wirtshaus rumzusitzen.« Früher hätten sich die Künstler getroffen, hätten sich in Rage geredet und wären so auf Ideen gekommen. Das sei weitgehend vorbei.

Die Künstler vernetzen sich im Internet, aber man müsse miteinander reden. Die Folge sei »Einzelkämpfertum«, das nicht genug Durchschlagskraft entwickle für Zeiten wie diese.

Am Ende dieses Besuchs erzählt sie noch eine Geschichte. Einmal hatte sie einen unangenehmen Termin, vor dem sie sich fürchtete. Sie ging von der Galerie aus los, lief durch den Eingang, und in jenem Moment hörte sie eine Liedzeile von Jim Morrison: »This is the end.« Sie musste lachen, und der Termin verlief glimpflich, das Ende muss warten. Ein guter Schlusssatz.

Die Verhöhnung der Opfer

Warum über Marie Sophie Hingst berichtet werden musste.
Eine Erklärung von *Martin Doerry*

Der Tod der Historikerin Marie Sophie Hingst bewegt mich Tag und Nacht. Mitte Juli wurde sie leblos in ihrer Wohnung aufgefunden. Die Frage, die nun alle an diesem Drama Beteiligten beschäftigt, treibt mich um: War es richtig und notwendig, über die junge Frau und ihre Lügengeschichten zu berichten?

Mein am 1. Juni im SPIEGEL veröffentlichter Text hatte eine besondere Vorgeschichte. Ein eher zufällig zustande gekommenes Rechercheteam war zuerst auf den Fall aufmerksam geworden. Einer Historikerin, einer Anwältin, einem Archivar sowie einem auf jüdische Familien spezialisierten Ahnenforscher waren unabhängig voneinander Unstimmigkeiten im Blog »Read on my dear, read on« von Frau Hingst aufgefallen, sie tauschten sich über Facebook und E-Mails aus. Sie fanden heraus, dass Frau Hingst ihre in dem Blog verbreitete jüdische Familienbiografie erfunden und zur Beglaubigung dieser Legende in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem 22 gefälschte Opferbögen hinterlegt hatte. Als Frau Hingst auf die mehrmalige Aufforderung, diese Geschichten nicht weiterzuverbreiten und die Einträge in Yad Vashem zu löschen, nur empört und aggressiv reagierte, wandte man sich an zwei namhafte deutsche Historiker, um sie zu einer Intervention bei der Kollegin zu bewegen, ohne Erfolg. Schließlich wurde ich informiert, weil ich im vergangenen Jahr zusammen mit Moritz Gerlach bereits einen ähnlichen Fall publiziert hatte, die Geschichte des Hochstaplers Wolfgang Seibert, der sich ebenfalls angebliche Holocaust-Opfer in seiner Familienvita ausgedacht und es so zum Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Pinneberg gebracht hatte (SPIEGEL 43/2018).

Nach weiteren Recherchen bat ich Frau Hingst im Mai um ein Treffen in Dublin. Bei dem Gespräch in einem Dubliner Hotel ging es um den von ihr kürzlich veröffentlichten Bildband »Kunstgeschichte als Brotbelag« sowie um ihre angebliche jüdische Familiengeschichte. Sie reagierte auf meine Kritik an ihren biografischen Legenden selbstbewusst und konzentriert und verteidigte sich rhetorisch geschickt. Ich übergab ihr am Ende einen detaillierten Fragenkatalog, um ihr die Möglichkeit zu geben, auch schriftlich dazu in Ruhe Stellung zu nehmen. Davon machte sie keinen Gebrauch. Wenn Marie Sophie Hingst während oder nach der Konfrontation eine öffentliche Korrektur ihrer Lügengeschichten angekündigt

hätte, wäre der Artikel in dieser Form nicht erschienen. Zwischen unserem Gespräch am 23. Mai und dem Erscheinen der Geschichte lagen acht Tage, die ungenutzt verstrichen.

Der Berliner Korrespondent der »Irish Times«, Derek Scally, hat Marie Sophie Hingst etwa eine Woche nach der Veröffentlichung aufgesucht und ein anderes Bild von ihr gewonnen. Er zeichnet in seinem Porträt das Bild einer verwirrten, hilflosen Person, die an der jüdischen Familienlegende verzweifelt festhält. Er behauptet, ich hätte übersehen, in welcher katastrophalen psychischen Verfassung Frau Hingst gewesen

sei. Was er dabei übersieht, ist die Tatsache, dass Frau Hingst vor der Publikation des Artikels keineswegs verzweifelt und niedergeschlagen war, sondern souverän, kämpferisch und entschlossen. Er ist ihr erst begegnet, als ihre fiktive Identität zusammengebrochen war. Wir haben zwar dieselbe Person getroffen, aber in zwei völlig unterschiedlichen Lebenssituationen.

Scallys Bericht löste in den sozialen Netzwerken ein starkes Echo aus. In vielen Kommentaren wird ihre von ihm kolportierte Aussage, sie habe sich durch den SPIEGEL »wie bei lebendigem Leibe gehäutet« gefühlt, als Beleg seelischer Grausamkeit gesehen. Die Tatsache, dass Marie Sophie Hingst sechs Jahre lang systematisch Lügen über ihre angeblich im Holocaust umgekommenen Vorfahren verbreitet hat – nicht nur in ihrem viel gelesenen und prämierten Blog, sondern auch in öffentlichen Reden vor großem Publikum –, erscheint dagegen häufig als lässliche Sünde oder wird gar nicht thematisiert.

Die Legenden von Frau Hingst müssen jedoch von allen wirklichen

Holocaust-Überlebenden und ihren Familien als Verhöhnung der Opfer empfunden werden. Zudem liefern diese Fiktionen den Holocaust-Leugnern gefährliche Argumente. Denn wenn – wie im Fall Hingst – manche Schicksale erfunden sind, könnte ja auch noch viel mehr erfunden worden sein. Es verstört mich, dass man darauf immer wieder hinweisen muss. Und es irritiert mich auch, dass in einigen Kommentaren auf verschwiegelte Weise darauf hingewiesen wird, dass meine Großmutter Lilli tatsächlich in Auschwitz ermordet wurde. Da schwingt die Unterstellung mit: Der Mann ist ein bisschen zu sensibel bei dem Thema. Vielleicht aber sollten vor allem jene Deutschen, die keine Angehörigen im Holocaust verloren haben, in solchen Fällen besonders sensibel sein. ■



MICHAEL KAPPELER / DPA



Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem,
Redakteur Doerry, Bloggerin Hingst*

* Am 23. Mai in Dublin.

Große Klappe, Trump dahinter

Pop Der amerikanische Rapper A\$AP Rocky steht in Stockholm wegen einer Schlägerei vor Gericht. Der amerikanische Präsident hat sich per Twitter eingemischt – und einen Geiselspezialisten zur Unterstützung geschickt.



FRANCOIS DURAND / GETTY IMAGES FOR DIOR

Musiker A\$AP Rocky bei der Pariser Fashion Week 2018: »Das Einzige, was größer ist als mein Ego, ist mein Spiegel«

Als A\$AP Rocky den Saal betritt, geht er ein paar Meter mit lässigen Schritten und guckt kurz ins Publikum, wo auch seine Mutter sitzt. Sein Blick wirkt uneindeutig: Sind das nur seine Rehaugen? Oder ist das Arroganz?

Es könnte ein Auftritt von vielen sein für den 30-jährigen Rapper, dem der »Rolling Stone« schon vor Jahren attestierte, Hipster würden ihn als »King of New York« bezeichnen. Würde er sich am 30. Juli nicht vor einem Gericht in Stockholm abspielen – und wäre dies nicht der Auftakt eines Prozesses gegen den Musiker, der bereits eine mittlere diplomatische Krise zwischen Schweden und den USA ausgelöst hat.

A\$AP Rocky sitzt seit Anfang Juli in schwedischer Untersuchungshaft, und niemand anderes als Donald Trump persönlich bemüht sich seit Wochen um seine Freilassung. Derselbe Mann, der die »Black Lives Matter«-Bewegung, die sich gegen Unrecht an schwarzen US-Bürgern einsetzt, während seiner Präsidentschaftskampagne mal als »Problem« bezeichnet hat. Der aber auch keine Gelegenheit auslässt, seine Einschaltquote zu erhöhen.

Jetzt, im Gerichtssaal, ist Trump weit weg, und A\$AP Rocky, der sich auf die Anklagebank gesetzt hat, wirkt ruhig, kein bisschen vorlaut, eher klein. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und zwei Männern aus seiner Entourage vor, den 19-jährigen Mustafa Jafari Ende Juni auf der Straße, mitten in Stockholm, zusammengeschlagen zu haben. A\$AP Rocky war in der Stadt, weil er dort ein paar Tage später bei einem Festival rappen sollte. Wird er verurteilt, drohen ihm bis zu zwei Jahre Haft. Das Urteil soll am Freitag, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, fallen.

Anfang Juli postete A\$AP Rocky auf seinem Instagram-Account, der fast elf Millionen Abonnenten hat, zwei Videos, die das Geschehen aus seiner Sicht zeigen sollten: Darin wirkt er beschwichtigend, sagt zu Jafari, der sich ihm und seinen Begleitern immer wieder zu nähern scheint: »Chill«, beruhig dich. Der Kampf um Deutungshoheit mit verwickelten Handyaufnahmen ging los, normal in Zeiten, in denen jeder sein Smartphone griffbereit hat – und zugleich heikel: Stimmt dieser Ausschnitt der Wirklichkeit? Oder hat ihn jemand zurechtgeschnitten?

Die amerikanische Gossipseite TMZ veröffentlichte ungefähr zeitgleich einen Zusammenschnitt aus anderen Handyvideos, der einen anderen Eindruck vermittelt: In einem davon schleudert ein Mann, der der Kamera den Rücken zuwendet, aber Ähnlichkeit mit A\$AP Rocky hat,

jemanden, der wie Jafari aussieht, über die Straße.

Die Videos laufen am ersten Prozesstag rauf und runter auf der Leinwand im Gerichtssaal, in Zeitlupe, als Screenshots. Der Staatsanwalt legt SMS aus A\$AP Rockys Umfeld vor: In einer heißt es, das Material sei »cleaned up a bit«, es sei etwas gesäubert worden.

An der Bushaltestelle vor dem Stockholmer Rathaus, ein paar Hundert Meter vom Gerichtssaal entfernt, hängt ein Plakat mit der Aufschrift »FREE A\$AP ROCKY ASAP«, lasst ihn frei, so schnell es geht. Darunter ein Hashtag: #JusticeForRocky, »Gerechtigkeit für Rocky«. Eine Onlinepetition unter dem gleichen Namen sammelte in den vergangenen Wochen fast 650 000 Unterschriften.

Die Proteste im Netz sind groß – sie wenden sich auch gegen Schweden. Nutzer rufen zum Boykott schwedischer Unternehmen auf, des Musikstreamingdienstes Spotify oder des Einrichtungshauses



Tweet des US-Präsidenten

Keine Rede mehr von »sehr talentiert«

Ikea etwa, ein neues Hashtag entstand, #BoycottSweden.

Als TMZ über widrige Haftbedingungen berichtete, das Wasser im Stockholmer Gefängnis sei dreckig und das Essen ungenießbar, konterte das schwedische Boulevardblatt »Aftonbladet« und veröffentlichte die Wochenspeisekarte für die Insassen: »panierter Kabeljau mit Kartoffelpüree«, »Rhabarberkuchen mit Vanille-Soße«.

Justin Bieber, Rod Stewart und Sean »Diddy« Combs, früher bekannt als Puff Daddy, setzten sich dafür ein, dass A\$AP Rocky aus der Untersuchungshaft freigelassen wird.

Doch es war Kim Kardashian, Unternehmerin, Social-Media-Phänomen und die Frau des so einflussreichen wie unberechenbaren Rappers Kanye West, die den Draht zu Trump hergestellt haben soll. Ihr Mann trug im vergangenen Jahr gern eine rote Kappe mit »Make America Great Again«-Aufschrift und sagte, er fühle sich damit wie Superman. Er feierte Trump in

Tweets und traf sich mit ihm im Weißen Haus, um über Gefängnisreformen, die besten Flugzeuge, aber vor allem über sich selbst zu reden. West sagte dort, er liebe Trump. Dieser nannte West im Oval Office ein »Genie«. Es klang, als hätten beide sich selbst gemeint.

Am 19. Juli twitterte Trump, er habe eben mit West über A\$AP Rockys Untersuchungshaft gesprochen und wolle den »sehr talentierten« Premier Schwedens, Stefan Löfven, anrufen, um zu schauen, wie er dem Rapper helfen könne. Er werde auch die Kautions für A\$AP Rocky zahlen. Nach schwedischem Recht gibt es allerdings keine Kautions. Löfvens Büro reagierte nüchtern auf Trumps Tweet: In Schweden seien vor dem Gesetz alle gleich. Am 25. Juli war dann keine Rede mehr von »sehr talentiert«. Er sei »sehr enttäuscht« von Löfven, twitterte Trump, weil der »handlungsunfähig« sei: »Schweden hat unsere afroamerikanische Community in den Vereinigten Staaten im Stich gelassen«, »#FreeRocky«.

A\$AP Rocky kam als Rakim Mayers in New York zur Welt, wuchs in Harlem auf. Drogen und Hip-Hop prägten seine Kindheit, schon als 8-Jähriger will er sich zum ersten Mal als Rapper versucht haben. Sein Vater dealte, landete deshalb im Gefängnis, als Mayers 12 Jahre alt war, und starb, als sein Sohn Mitte 20 war. Als Mayers 13 Jahre alt war, wurde sein Bruder, der auch mit Drogen gedealt hatte, in der 116. Straße erschossen, nahe ihrer Wohnung. Mit seiner Mutter und seiner Schwester, die 2016 an einer Überdosis sterben sollte, lebte Mayers in Obdachlosenheimen, vertickte erst Gras, dann Crack in der Bronx. Er schloss sich einer Hip-Hop-Crew in Harlem an, die den Namen A\$AP Mob trägt, für ihn eine »erweiterte Familie«. Aus Rakim Mayers wurde A\$AP Rocky.

Das Akronym »A\$AP« in seinem Künstlernamen ist im Amerikanischen – dann mit normalem »S« statt mit dem Dollarzeichen »\$« – die Abkürzung für »as soon as possible« (»so schnell wie möglich«) und passt zu A\$AP Rockys schnellem Aufstieg als Rapper. Es steht laut A\$AP Mob auch für »always strive and prosper«: den Leitsatz, stets nach Höherem zu streben – und somit für den amerikanischen Traum. Auf dem Cover des Mixtapes »Live.Love.A\$AP«, das ihm 2011 den Durchbruch brachte, posiert er vor einer US-Flagge und guckt ein bisschen arrogant, ein bisschen wie auf Droge. Als wäre er von sich selbst berauscht.

Zwei seiner drei Alben landeten auf Platz eins der Billboard-Charts. Zu seinen bekanntesten Songs gehört »Purple Swag«, ein Stück, das sich der berauschen-



Influencerin Kardashian, Angeklagter A\$AP Rocky im Gerichtssaal: Ein Kind des Gettos – aber auch des Internets

den Wirkung von Lean widmet, einer Droge auf Basis von verschreibungspflichtigem Hustensaft.

A\$AP Rocky ist nicht nur ein Kind des Gettos, sondern auch des Internets, entsprechend sind sein Sound und seine Texte ein überregionales Hip-Hop-Sammelurium aus Alt und Neu. Er hat von allem etwas, ist aber nichts so richtig. Wozu auch passt, dass er meistens wirkt, als wäre ihm ziemlich vieles ziemlich egal. Das Verschlafene, Vernebelte, Verdrotte, das derzeit im Trap angesagt ist, hatte A\$AP Rocky schon zu Beginn seiner Karriere, in seiner Art zu rappen, in seinen Videos, in seiner Gesamterscheinung.

Doch der Mann mit dem Schlafzimerblick war immer auch, anders kann man es kaum sagen, ein Großmaul.

»Ich weiß, dass ich den Hip-Hop zurückbringen werde«, sagte er in einem Interview, er sprach davon, dass Frauen bei seinem Anblick ohnmächtig werden sollten, und sagte, er wolle wie Michael Jackson sein, als man noch wie Michael Jackson sein wollte. Bescheidenheit ist nicht sein Ding. Auf »Live.Love.A\$AP« rappte er »Das Einzige, was größer ist als mein Ego, ist mein Spiegel«, auf seinem neuesten Album »Wenn ich in deinen Top Ten bin, ist mein Name besser der erste«. Zeilen, die auch Donald Trump gut stehen würden.

Wie Kanye West ist A\$AP Rocky eine Stilikone. Einer seiner Songs heißt »Fashion Killa«. Er zeigt sich in Paris zur Fashion Week, hat Models wie Chanel Iman gedatet und schon selbst als Model für Dior gearbeitet.

Nur hat das Fotoshooting bei ihm die Straße nicht ersetzt, beides existiert eher nebeneinander her. Seit seiner Geburt habe er sich für Mode interessiert, sagte er. Wo er aufgewachsen sei, habe man gut aussehen wollen, um die Armut zu kompensieren. Wenn es nicht um den Luxus und den Rausch geht, rappt A\$AP Rocky auch mal von Schlägereien (»Suddenly«) und von Gefängnissen (»Max B«). 2011 schlug er während eines Konzerts in New York angeblich auf einen Techniker ein,

weil ihm die Bühne nicht gefallen haben soll. 2012 wurde er mutmaßlich festgenommen, nachdem er sich in Manhattan mit zwei Leuten geschlagen hatte, die Fotos von ihm machen wollten. 2016 kam es zu einem Schlagabtausch in Neuseeland, nachdem er einen Mann nicht in den Aufzug lassen wollte.

Als A\$AP Rocky nach dem ersten Prozesstag in Stockholm den Saal verlässt, geht er ein paar Meter, guckt kurz ins Publikum, lächelt und legt die Handflächen aufeinander wie zum Dank. Die Geste mag eher seiner Mutter gelten, die ein Oberteil mit »A\$AP Lifestyle«-Logo anhat, aber ein grauhaariger weißer Mann schräg hinter ihrem Sitzplatz im Zuschauerraum, der einen Nadelstreifenanzug trägt, zeigt jetzt den Daumen nach oben. Es ist Robert C. O'Brien, Topanwalt und im vergangenen Jahr von Trump zum »Sondergesandten des Präsidenten für Geiselangelegenheiten« ernannt. Geiselangelegenheiten? Bei einem Prozess in Schweden?

Während des ersten Prozesstages ist O'Brien immer wieder mit seinem Tablet befasst, er tippt Nachrichten, in denen die Wörter »case« und »weak« vorkommen. Zwischendrin sagt er, an A\$AP Rockys Mutter gewandt: »Wir werden ein gutes Restaurant finden, wir werden euch ausführen.« Als alle aufstehen, um den Zuschauerraum zu verlassen, unterhält er sich noch kurz mit einem Journalisten über Golf. Trump ist weit weg – und doch so nah.

Dass der amerikanische Präsident sich für den afroamerikanischen Rapper A\$AP Rocky einsetzt, mag irritieren – gerade in einer Zeit, in der er demokratischen Politikerinnen nahelegt »zurückzugehen«. Oder wenn er über den Wahlbezirk des schwarzen Kongressabgeordneten Elijah Cummings, der zum Teil in Baltimore liegt, sagt, er sei »rattenverseucht«.

Es ist ein populistisches Verwirrspiel, die Doppelmoral als Strategie, um möglichst verschiedene Teile der Gesellschaft zu erreichen. Der Fall A\$AP Rocky ist für Trump auch eine Gelegenheit, sich als Unterstützer der afroamerikanischen Com-

munity zu stilisieren, als jemand, der einen Rapper unterstützt, der sonst auf Playlisten von New Yorker Hipstern zu finden ist; eher nicht von Trump-Fans. Zudem ist es seit Jahren Teil der Trump-Taktik, Aufmerksamkeit für andere Themen, neue Brandherde zu generieren, um von sich und den Problemen um sich herum abzulenken: Reden die Leute mehr über Trump und A\$AP Rocky, sprechen sie weniger über den Mueller-Report.

Dass Trump sich für A\$AP Rocky einsetzt, bestätigt aber auch, wofür der US-Präsident – neben all den Ungereimtheiten, den Lügen – steht: dafür, das Amerikanische in der Welt über alles zu stellen und bedingungslos zu verteidigen. Die Celebrity-Kultur, zum Beispiel. Vor allem aber: den amerikanischen Traum, an den die wenigsten noch glauben mögen. Wer verkörpert ihn besser als ein junger Rapper, der es vom Drogendealer zum Millionär gebracht hat?

Mit Trumps Vorgänger Barack Obama sind Politik und Pop so nah zusammengedrückt wie kaum zuvor. Zu den Unterstützern von Obama, der selbst zeitweise wie ein Popstar strahlte, zählten Beyoncé und ihr Mann Jay-Z, Bruce Springsteen, Janelle Monáe und Kendrick Lamar, die Liste ließe sich leicht fortsetzen.

Ähnlichen Glanz hätte Trump auch gern, stattdessen ist er selbst zum Teil der Popkultur geworden, schon lange vor seiner Präsidentschaft ließen ihn die Macher der »Simpsons« auftreten. Auch im Familienfilm »Kevin – Allein in New York« spielt er mit. Popmusiker für seine Sache zu finden ist für Trump dagegen so gut wie unmöglich: Zu seiner Amtseinführung spielten lediglich ein paar Countrymusiker und die Rockband 3 Doors Down, ein popkultureller Hauch von nichts, verglichen mit einer der erfolgreichsten Musikerinnen unserer Zeit, der Obama-Supporterin Beyoncé.

Die Verbindung zu Kanye West und nun zu A\$AP Rocky ist für Trump eine Chance: seinen Populismus popkompatibel zu machen. Jurek Skrobala

Twitter: @skrobala

SPIEGELBESTSELLER

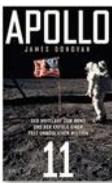
Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (2) **Daniela Krien**
Die Liebe im Ernstfall Diogenes; 22 Euro
- 2 (4) **Cornelia Funke / Guillermo del Toro**
Das Labyrinth des Fauns Fischer; 20 Euro
- 3 (12) **Joy Fielding**
Blind Date Goldmann; 20 Euro
- 4 (3) **Ferdinand von Schirach**
Kaffee und Zigaretten Luchterhand; 20 Euro
- 5 (-) **Sally Rooney** **Gespräche mit Freunden** Luchterhand; 20 Euro
- 6 (4) **Dörte Hansen**
Mittagsstunde Penguin; 22 Euro
- 7 (-) **Rafik Schami** **Die geheime Mission des Kardinals** Hanser; 26 Euro
- 8 (5) **Simon Beckett**
Die ewigen Toten Wunderlich; 22,95 Euro
- 9 (7) **Rachael Lippincott / Mikki Daughtry / Tobias Iaconis**
Drei Schritte zu dir dtv; 16,95 Euro
- 10 (6) **Ian McEwan**
Maschinen wie ich Diogenes; 25 Euro
- 11 (-) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 12 (8) **Donna Leon** **Ein Sohn ist uns gegeben** Diogenes; 24 Euro
- 13 (-) **Isabel Allende**
Dieser weite Weg Suhrkamp; 24 Euro
- 14 (-) **Anika Decker**
Wir von der anderen Seite Ullstein; 20 Euro


Die Drehbuchautorin («Keinohrhasen») erzählt in ihrem Debütroman von einer Frau, die aus dem Koma erwacht und sich zurück ins Leben kämpft.
- 15 (-) **Jostein Gaarder**
Genau richtig Hanser; 16 Euro
- 16 (9) **Alina Bronsky** **Der Zopf meiner Großmutter** Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro
- 17 (-) **Ocean Vuong** **Auf Erden sind wir kurz grandios** Hanser; 22 Euro
- 18 (10) **Saša Stanišić**
Herkunft Luchterhand; 22 Euro
- 19 (-) **Christelle Dabos** **Die Verschwundenen vom Mondscheinpalast** Insel; 18 Euro
- 20 (-) **Stefanie Gercke**
Ort der Zuflucht Heyne; 20 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Bas Kast** **Der Ernährungscompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 2 (2) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro
- 3 (3) **Michael Winterhoff**
Deutschland verдумt Gütersloher Verlagshaus; 20 Euro
- 4 (4) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 5 (6) **Sophie von Bechtolsheim**
Stauffenberg – Mein Großvater war kein Attentäter Herder; 16 Euro
- 6 (8) **Meike Winnemuth**
Bin im Garten Penguin; 22 Euro
- 7 (7) **Jean Ziegler** **Was ist so schlimm am Kapitalismus?** C. Bertelsmann; 15 Euro
- 8 (5) **Gustav Dobos**
Das gestresste Herz Scorpio; 20 Euro
- 9 (13) **Yuval Noah Harari** **21 Lektionen für das 21. Jahrhundert** C. H. Beck; 24,95 Euro
- 10 (14) **Andrea Wulf** **Die Abenteurer des Alexander von Humboldt** C. Bertelsmann; 28 Euro
- 11 (11) **Greta Thunberg / Svante Thunberg / Malena Ernman / Beata Ernman**
Szenen aus dem Herzen S. Fischer; 18 Euro
- 12 (12) **Harald Jähner**
Wolfszeit Rowohlt Berlin; 26 Euro
- 13 (10) **Jürgen Todenhöfer**
Die große Heuchelei Propyläen; 19,99 Euro
- 14 (16) **Andreas Michalsen**
Mit Ernährung heilen Insel; 24,95 Euro
- 15 (9) **Joachim Gauck**
Toleranz: einfach schwer Herder; 22 Euro
- 16 (18) **Ursula Ott** **Das Haus meiner Eltern hat viele Räume** btb; 18 Euro
- 17 (-) **Sebastian Fitzek** **Fische, die auf Bäume klettern** Droemer; 18 Euro
- 18 (19) **Marcel Eris / Dennis Sand**
MontanaBlack Riva; 19,99 Euro
- 19 (15) **James Donovan**
Apollo 11 DVA; 28 Euro


50 Jahre nach der Mondlandung rekonstruiert ein amerikanischer Autor die Geschichte der Mission ins Weltall.
- 20 (17) **Johannes Krause / Thomas Trappe**
Die Reise unserer Gene Propyläen; 22 Euro

SPIEGEL TV

SPIEGEL GESCHICHTE

SONNTAG, 4. 8., 21.55 – 23.25 UHR | SKY

Charles Manson – Mythos eines Mörders

Am 9. August 1969 ermordeten Sektenmitglieder der »Manson Family« die Schauspielerin Sharon Tate und drei ihrer Freunde. Der Sektenführer Charles Manson wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Aus der Sicht der Kronzeugin Linda Kasabian wird das Porträt eines Massenmörders gezeichnet und Einblick in die Hippie-Kommune gegeben.

SPIEGEL TV

MONTAG, 5. 8., 23.25 – 0.00 UHR | RTL

Machetenangriff auf offener Straße – Hintergründe zur Bluttat von Stuttgart; **Wildwest auf zwei Rädern** – Wo die E-Scooter-Welle für Chaos und Verletzte sorgt.

DIENSTAG, 6. 8., 21.00 – 21.45 UHR,

DONNERSTAG, 8. 8., 22.15 – 23 UHR | ZDF

Deutschland-Bilanz

Ist zusammengewachsen, was zusammengehört? Wie steht es um die Einheit in Deutschland im Jubiläumsjahr »30 Jahre Mauerfall«? Das untersucht die zweiteilige Dokumentation von ZDF und SPIEGEL TV.

SPIEGEL TV WISSEN

DONNERSTAG, 8. 8., 20.15 – 22.45 UHR | SKY UND BEI ALLEN FÜHRENDE KABELNETZBETREIBERN

Abenteuer Costa Rica

Das Land gilt als globales Ökovorbild. Denn ein Großteil seiner Stromversorgung wird durch erneuerbare Energien gedeckt, deren Quellen Vulkane und Flüsse sind. Wissenschaftsjournalistin Gaia Vince versucht in der dreiteiligen Serie, den Geheimnissen Costa Ricas auf die Spur zu kommen.



Journalistin Vince in Costa Rica

Katastrophenfilm

Kino »Berlin, I Love You« sollte vom Hype um die deutsche Hauptstadt profitieren, mit Stars wie Helen Mirren, Keira Knightley und Mickey Rourke. Das ging ziemlich schief. Nun läuft er an – und einige der Beteiligten bekämpfen sich erbittert.

Kaum eine europäische Metropole verändert sich so rasant wie Berlin. Die Stadt wächst seit einiger Zeit um fast 48 000 Menschen pro Jahr, Baulücken, die seit dem Zweiten Weltkrieg bestanden haben, schließen sich wie im Zeitraffer. Wer diese Stadt porträtieren will, muss ein guter Sprinter sein.

Die Planungen an dem Episodenfilm »Berlin, I Love You« begannen vor rund zehn Jahren. 2015 wurde das erste Segment gefilmt, der größte Teil der Dreharbeiten fand im Sommer und Herbst 2017 statt. Nun kommt der Film ins Kino. Es ist eine zehn Episoden umfassende deutsche Produktion, in der Hollywoodstars wie Helen Mirren, Keira Knightley und Mickey Rourke mitspielen, und sie schiebt sich mit letzter Kraft über die Ziellinie, während die Stadt Berlin in der Zwischenzeit schon einige weitere Runden gedreht hat.

»Berlin, I Love You« ist eine filmische Großbaustelle, die mit großer Verzögerung fertiggestellt wurde – wohl auch deshalb streiten sich nun die Verantwortlichen erbittert, wer Schuld daran hat, dass bei diesem Projekt so viel schiefgelaufen ist. Produzenten, Lizenzgeber und Verleiher werfen sich gegenseitig Versäumnisse, Verstöße gegen getroffene Vereinbarungen und Vertragsbrüche vor. Der chinesische Künstler Ai Weiwei, dessen Episode aus dem Film herausgeschnitten wurde, erhebt Zensurvorwürfe (SPIEGEL 20/2019).

Und dann ist da noch die Katastrophe um den Filmtrailer. Als er Anfang des Jahres veröffentlicht wurde, brach ein Shitstorm los. Eine »Unverschämtheit« sei es, so viele Berlinklischees aufeinanderzutürmen, hieß es, das Werk sei »filmgewordene Schuppenflechte«. Gesehen hatte den Film zu diesem Zeitpunkt noch kaum jemand.

Der deutsche Verleih will offenbar, dass es dabei bleibt, und zeigte »Berlin, I Love You« nur sehr wenigen Journalisten. Auch eine Premierenfeier wird es nicht geben. Der Film scheint vom Verleih eher versteckt als herausgebracht zu werden.

* Mit den Schauspielern Veronica Ferres, Michelangelo Fortuzzi und Diego Luna, Mickey Rourke, Helen Mirren und Liam Gross, Max Raabe, Keira Knightley.

Tatsächlich ist »Berlin, I Love You« weit davon entfernt, ein geglückter Film zu sein – ein Desaster ist er aber auch nicht. Es gibt stille und starke Momente, platte und peinliche. Ein Sammelsurium, so heterogen wie die Stadt, die er zeigt. Vor allem wird deutlich, wie schwer es ist, einen Film über Berlin zu drehen und die ungewöhnlichen Orte der Stadt mit guten Geschichten zu füllen.

»Berlin, I Love You« ist der fünfte Teil einer Reihe von Stadtporträts, die 2006 mit »Paris, je t'aime« begann und 2008 mit »New York, I Love You« fortgesetzt wurde. Der französische Produzent Emmanuel Benbihy hatte die Idee, Liebesgeschichten aus den Metropolen dieser Welt zu erzählen.

Trotz Stars wie Gérard Depardieu oder Natalie Portman und prominenter Regisseure wie den Coen-Brüdern oder Fatih Akin spielten die Filme über Paris und

New York nur wenig Geld ein. Der deutsche Produzent Claus Clausen, schon an »New York, I Love You« beteiligt, entschloss sich dennoch, auch ein Berlinporträt in Angriff zu nehmen.

Berlin sei »die Essenz der Welt«, schwärmte er im September 2017, als er mit seinen Partnern im Produktionsbüro nahe dem Alexanderplatz saß. »Du kannst dich in dieser Stadt frei entfalten, wer jung und hip ist, will nach Berlin.« Das weiträumige Büro, in Paris oder New York unbezahlbar für die Produzenten eines Sieben-Millionen-Euro-Films, war vollgestellt mit visuellen Entwürfen für die einzelnen Episoden. Es war verblüffend zu sehen, wie viele unverbrauchte, aufregende Schauplätze diese Stadt noch hat.

Zum Beispiel das ehemalige Postfuhramt in Berlin-Mitte. Eingefallenes Glasdach, meterhohe Bäume ragen aus dem Gebäude in die Höhe. Eine »Alice im Wun-



Szenen aus »Berlin, I Love You«*
Bilder einer widerspenstigen Stadt

derland«-artige Episode sollte hier gedreht werden, Max Raabe mit seinem Palast Orchester dazu die Musik spielen.

Clausen und seine Geschäftspartnerin Edda Reiser hatten viele bekannte Schauspieler für ihren Film zusammenbekommen. Von Berlin, so Reiser, gehe eine große Anziehungskraft aus, die Stadt sei auf dem »Zenit ihrer Beliebtheit«, sagte Josef Steinberger, damals ebenfalls einer der Produzenten. Heute liegen Clausen und Reiser mit ihm in einem Rechtsstreit.

Anfang Oktober 2017 schaute sich die britische Oscarpreisträgerin Helen Mirren die Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof an, um sich auf ihre Rolle in »Berlin, I Love You« vorzubereiten. »Unglaublich«, sagte sie. »Für die Nazis war das ein Repräsentationsbau, nun finden hier Flüchtlinge Unterkunft und Schutz. Für mich ist dieser Ort eine Offenbarung.«

Mirren verkörpert in einer Episode von »Berlin, I Love You« die Mutter einer jungen Britin, gespielt von Keira Knightley, die sich für Flüchtlinge engagiert und dabei ihr eigenes Leben aus den Augen zu verlieren droht. Regie führte die iranisch-amerikanische Filmemacherin Massy Tadjedin. Mirren ging damals durch die mit dünnen Holzwänden abgetrennten Wohneinheiten, die meisten von ihnen standen leer. Viele der Flüchtlinge waren inzwischen in andere Unterkünfte gebracht worden. We-

nige Monate vorher platzten die Hangars noch aus allen Nähten.

Als Mirren und Knightley die Flüchtlingsepisode drehten, hatten die Produzenten schon ein gewaltiges Problem. Der Lizenzgeber Benbihy verlangte von ihnen, ein bereits zwei Jahre zuvor gedrehtes Segment nicht in den Film aufzunehmen.

Muss man an Peking denken, wenn man in Moabit dreht?

Hauptdarsteller der umstrittenen Episode ist der regimekritische chinesische Künstler Ai Weiwei, der in seiner Heimat unter Hausarrest stand und seit 2015 in Berlin lebt. Als die Episode geplant wurde, war er noch in China und sollte aus dem Hausarrest Fernregie führen. Nach dem ersten Teil der Dreharbeiten an der Episode kam er auf freien Fuß. Einige Szenen, die in China spielen, wurden daher später in Berlin gefilmt.

Die Episode zeigt Ai, wie er in China in einem Gewölbe sitzt und über Skype mit seinem kleinen Sohn kommuniziert, der mit seiner Mutter in Berlin lebt. Eine Allegorie der Grenzen, die überwunden wer-

den. Der Zuschauer sieht den Jungen auf dem Mauerstreifen radeln.

Man kann diese Episode für bewegend oder für rührselig halten, Lizenzgeber Benbihy jedenfalls fand sie zu politisch. Er nennt sein Franchise »Cities of Love«, die Filme sollen von Liebe erzählen, nicht von den Repressionen einer Regierung. Benbihy hat einen Firmensitz in Shanghai und arbeitet an einem Porträtfilm über die ostchinesische Metropole.

»Ai Weiwei benutzt alles und jeden, um ein Narrativ von China zu verbreiten, das nicht mehr den Tatsachen entspricht, ihn aber sehr erfolgreich gemacht hat«, schreibt Benbihy in einer Mail an den SPIEGEL. Westliche Medien würden diese »Klischees ausbeuten«, um die Aufmerksamkeit der Menschen zu gewinnen.

Auf die Frage, ob durch den Wirbel um die Ai-Episode Benbihys Shanghai-Projekt gefährdet sei und chinesische Offizielle Druck auf ihn ausgeübt hätten, erwidert er, diese Vermutung sei »lächerlich«. Er liebe China und werde die Entwicklung des Landes fördern, wo er könne.

Der Name Ai Weiwei habe auch in Deutschland dazu geführt, dass Sponsoren des Films nicht mehr namentlich genannt werden wollen, behaupten Clausen und Reiser. Die Angst vor China sei sehr groß, Reiser spricht von »Selbstzensur im Kopf«.

Der Berliner DJ-Star Paul Kalkbrenner sei »begeistert« gewesen, an dem Film mitzuwirken. Doch als er erfahren habe, dass Ai dabei sein solle, habe er seine Zusage zurückgezogen. Kalkbrenner tritt auch in China auf. Sein Manager bestreitet, dass die Absage Kalkbrenners etwas mit Ai zu tun gehabt habe.

Auch das Studio Babelsberg habe sich zunächst an dem Film beteiligen wollen, sagen Clausen und Reiser, dann aber davon Abstand genommen. Babelsberg-Geschäftsführer Carl Wobcken schreibt auf Anfrage des SPIEGEL, der Grund für den Rückzug seien »Probleme mit den Rechten und dem Titel« gewesen.

Der deutsche Verleih hat die Produzenten aufgefordert, Verweise auf Ai Weiwei von ihrer Website zu tilgen. Die wiederum bereiten einen Dokumentarfilm über den Streit um den Künstler vor. Eine Episode, die gar nicht im Film ist, überschattet den gesamten Film.

Die Auseinandersetzung um Ai und »Berlin, I Love You« zeigt, wie kompliziert das Filmgeschäft durch die zunehmende Globalisierung geworden ist. Und dass das Bestreben, weltweit Geld zu verdienen, großen Einfluss darauf hat, welche Geschichten erzählt werden und wie sie erzählt werden.

Es hat sein Gutes, dass Hollywood in seinen Filmen Araber und Asiaten nicht mehr so stereotyp zu Bösewichten stempeln kann wie früher. Die immer teurer werdenden Produktionen müssen auch in



FOTOS: ROMAN BENBIHY / BILLY MEDIA (2); MARTIN KUNZ / BILLY MEDIA (4)

DER SPIEGEL

GESCHICHTE

4/2019

DEUTSCHLAND € 9,50 ÖSTERREICH € 9,50 SCHWEIZ SFR 15,-
Brasilien € 19,90 Indonesien € 12,00 Thailand € 12,00 Frankreich € 12,00 Großbritannien € 12,00 Italien € 12,00
Japan € 19,90 Kanada € 12,00 Mexiko € 12,00 Norwegen € 12,00 Polen € 12,00 Russland € 12,00 USA € 12,00

Jüdisches Leben in Deutschland

Die unbekannte Welt nebenan



Jetzt im
Handel

ARCHÄOLOGIE
Alltag im Mittelalter

JUDEN AN DER FRONT
Sterben fürs Vaterland

ANTISEMITISMUS
Hassprediger Luther

www.spiegel-geschichte.de

► Auch als App für iPad, Android
sowie für PC/Mac. Hier testen:
geschichte.spiegel.de/digital

Lesen Sie in diesem Heft:

Jiddisch Vom »Frauendeutsch« zur Weltsprache

Aufklärungszeit Der Streit um gleiche Rechte

Jüdische Nazi-Jäger

»Ich tanzte auf Hitlers Asche«

den Arabischen Emiraten oder in Japan funktionieren. Xenophobie ist für Hollywood riskant geworden.

Doch wenn Filme massiv umgeschnitten werden, bevor sie in die chinesischen Kinos kommen, ist das problematisch. Gerade in diesem Jahr, in dem der 70. Jahrestag der Volksrepublik begangen wird, scheint die Zensur dort besonders rigide zu sein, auch gegenüber einheimischen Produktionen (SPIEGEL 30/2019).

Muss man an Peking denken, wenn man in Moabit dreht? Kann man in einer Stadt wie Berlin, in der man immer wieder auf in den Boden eingelassene »Stolpersteine« stößt, die an die Opfer des Holocaust erinnern, oder durch Pflastersteine im Asphalt an den Verlauf der Mauer gemahnt wird, einen unpolitischen Film machen, der dieser Stadt gerecht wird?

Man merkt »Berlin, I Love You« an, dass sich die Stadt dem »Cities of Love«-Konzept widersetzt. Dass sie nicht, wie Paris oder New York, eine Stadt mit klarer Identität ist, eine Marke. Weil sie sich unaufhörlich wandelt, ist es schwer, sie in Bilder zu fassen.

Vielleicht sollte man eher nebenherrennen, statt sie einzufangen, live, wie es der Dokumentarfilmregisseur Volker Heise vor gut zehn Jahren in seinem Fernsehprojekt »24h Berlin« tat, als er mit 68 Regisseuren einen Tag lang durch die Hauptstadt streifte.

»Berlin, I Love You« versucht – manchmal erfolgreich, manchmal unzulänglich –, die vielen Subkulturen der Stadt abzubilden, erzählt von sexueller Identitätssuche, von Freiheit und Verdrängung. Und doch spürt man von Anfang an, dass der Film – wie Berlin, das immer wieder zwischen Großspurigkeit und Provinzialität schwankt – kein wirklich souveränes, spannendes Selbstbewusstsein hat.

Wer das halb verfallene Postfuhramt in Mitte betritt, in dem sich die Natur die Stadt zurückerobert hat, kann nicht anders als verzaubert sein. Wie ist es möglich, dass es einen solchen Ort in einer Stadt, in der gerade jede Brache zubetoniert wird, immer noch gibt?

Bei den Dreharbeiten im Herbst 2017 wirkte der Schauplatz geradezu verwunschen. Im fertigen Film sieht man nun, wie Max Raabe mit seinen Musikern darin auftritt. Vor ihnen stehen Schilder, auf denen zu lesen ist, wer spielt: das Palast Orchester. Damit auch jeder Zuschauer in Paris, New York oder Peking weiß, wer hier die Musik macht. Lars-Olav Beier

Video
**Liebe und Langeweile
in Berlin**

spiegel.de/sp322019berlin
oder in der App DER SPIEGEL



Nicht toxisch, nur tragisch

Sachbuchkritik Der Amerikaner H. Glenn Penny will den Ruf der deutschen Ethnologie retten – und damit auch den des Berliner Stadtschlusses.

Auf dem Umschlag wird dieses Buch ein wenig angeberisch zu einem »unverzichtbaren Beitrag« erklärt, unverzichtbar dafür, die Debatte um das koloniale Erbe in deutschen Museen zu versachlichen. »Im Schatten Humboldts« des amerikanischen Historikers H. Glenn Penny will sogar noch mehr, es will die »tragische« Geschichte der deutschen Ethnologie erzählen und zugleich einen Ausweg aus der Tragödie aufzeigen.

Lange hieß die »Ethnologie« in Deutschland »Völkerkunde«, und ebenso lange wurde nicht darüber geredet, dass die Deutschen in ihren zahlreichen einschlägigen Museen Dinge horten, die ohne koloniale Verbrechen nie ihre Herkunftsländer verlassen hätten. Nun reden viele, aber offenbar nicht nach dem Geschmack von Penny.

Ausgelöst hatte den Streit um das museale Erbe die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy im Sommer 2017. Es war ein Streit, der auch das wiedererrichtete Stadtschloss in Verruf brachte. Denn dort sollen ausgewählte Stücke des Berliner Ethnologischen Museums ausgestellt werden und mit ihrer Strahlkraft die deutsche Weltoffenheit beschwören. Das war der Plan.

Dann aber verglich Savoy die Sammlung wegen ihrer Ursprünge mit strahlendem Atommüll, das ganze Projekt mit Tschernobyl und trat aus dem Beirat aus, in den sie berufen worden war.

Penny dagegen hält die Geschichte offenbar nicht für toxisch, sondern eben nur für tragisch, das ist ein Unterschied. Es ist aber keine Versachlichung, sondern eine Verflachung, eine Verharmlosung. Und er erzählt in seinem Buch nicht nur eine Geschichte der deutschen Ethnologie, sondern viele davon, regelrechte Storys. Den ersten Direktor des »Königlichen Museums für Völkerkunde« in Berlin, Adolf Bastian, lässt er als Forscherabenteurer unter anderem durch Südamerika reisen, »... und als in Panik geratene Matrosen und Passagiere nach Dingen suchten, die sie vom überladenen Boot werfen konnten, saß er drohend auf seiner Kiste mit Axtköpfen und hielt sie mit seinem Revolver auf Distanz«. Er schildert, wie das Berliner Museum überquoll und sich die Ratten darüber freuten.

Auch einem von Bastians Kollegen, dem Österreicher Felix von Luschan, widmet er sich ausführlicher. Von 1885 bis 1910

arbeitete Luschan im Berliner Völkerkundemuseum, zuletzt als Direktor der Abteilungen Afrika und Ozeanien.

Gehörte Luschan aus heutiger Sicht zu den Guten, weil er die Theorie ablehnte, es gäbe verschiedene menschliche Rassen? Weil er sich gegen die Gräueltaten in den Kolonien aussprach? Oder war er ein Böser, weil er von den Gräueln profitierte? Kolonialtruppen wies er in Deutsch-Südwestafrika an, nach jedem Gefecht Schädel der Besiegten einzusammeln. Bevor die Überreste zu ihm nach Berlin geschickt wurden, mussten internierte Herero-Frauen das Fleisch abkratzen.

Fieberhaft sammelte er nicht nur Gebeine, er versuchte jahrelang außerdem, möglichst viele der wertvollen Bronze tafeln und Elfenbeinschnitzereien aus Benin zu ergattern. 1897 hatten die Briten das afrikanische Königreich überfallen, hatten angefangen, die einzigartigen Schätze dieser Kultur zu plündern und sie zu verramschen – hundertzenterweise. Luschan kaufte, handelte, wurde eine zentrale Figur in diesem Geschäft. In Deutschland finden sich heute mehr dieser Schätze als in Großbritannien, auch in andere Länder gelangte einiges, nur in Afrika blieb kaum etwas zurück.

Immer mehr Experten fordern, ethnologisches Raubgut zu restituieren, Penny aber schreibt: »Rückgabe ist nur ein kleiner Teil der Antwort.« Ausführlich zitiert er einen Museumsmann aus Denver, der zur Rückgabe von Museumsgut an die Ureinwohner Amerikas bereit gewesen sei – und gelernt habe, dass »einige der härtesten Kämpfe innerhalb eines Stammes« stattgefunden hätten. Das Fazit des Mannes: Rückgabe sei ein »verworrenes Gewebe«.

Was Penny mit den Zitaten sagen will? Vielleicht, dass man es nicht übertreiben sollte mit dem »naiven Enthusiasmus«, den auch sein Kronzeuge zuerst an den Tag gelegt habe.

Der Historiker geht noch weiter. Er legt dem 1924 verstorbenen Felix von Luschan Worte in den Mund, lässt ihn auf eine Frage antworten, die doch erst in unserer Gegenwart aufkam, »warum jemand aus Afrika, Nigeria oder Benin-Stadt heute nach Deutschland reisen muss, um einen großen Teil des kulturellen Erbes des Königreich Benin zu sehen«. Sein Luschan entgegnet: »Sie müssen es tun, weil britische Soldaten sie erbeuteten, wichtiger noch: Sie können es tun, weil deutsche Völkerkundler so viel davon retteten.«

Penny fürchtet, im Stadtschloss werde eine »seelenlose Schau-sammlung« entstehen, er propa-

giert als Ausweg die engere Zusammenarbeit mit »indigenen Mitwirkenden« und eine Wiederbelebung dessen, was schon die frühen deutschen Völkerkundler vor allem angestrebt hätten, nämlich die Geschichte der Menschheit zu erforschen, Fragen des Menschseins zu klären. Das Ethnologische Museum in Berlin verfügt über einen riesigen Bestand, eine halbe Million Objekte. Doch die Debatten um Kolonialismus und Rückgabe tragen laut Penny dazu bei, deren Potenzial und »unglaubliche Bedeutung« für »unser Verständnis von Weltgeschichte zu verdunkeln«. Gehört das etwa auch in seine »tragische Geschichte der deutschen Ethnologie«?

Für jedes Artefakt sollte – ganz sachlich – geklärt werden, unter welchen Umständen es nach Europa kam. Dann kann man weiterreden. Ulrike Knöfel



Forscher Luschan im Urzeitkostüm 1878
Kritiker der Gräuelt, es sei denn, sie nutzten ihm

ETHNOLOGISCHES MUSEUM / SMB / BPK

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION
Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges, Jörn Sucher (stellv.)

BLATTMACHER Armin Mahler, Juliane von Mittelstaedt

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Martin Knobbe; Wolf Wiedmann-Schmidt (Teamltg. Politik), Christian Reiermann (Teamltg. Wirtschaft), *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Markus Dettmer, Julia Amalia Heyer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Sven Röbel, Cornelia Schwegel, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Trautetter.
Autoren, Reporter: Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Marcel Rosenberg, Michael Sauga.
Diplomatische Korrespondent: Christiane Hoffmann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). *Redaktion:* Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olsbrich, Christopher Piltz, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger. *Meldungen:* Annette Bruhns. *Autoren, Reporter:* Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Redaktion:* Sven Becker, Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Brack

WIRTSCHAFT *Leitung:* Markus Brugg, Isabell Hülsen. *Redaktion:* Simon Hage, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Anton Rainer. *Reporterin:* Michaela Schiefl

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Maximilian Popp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Juan Moreno (frei), Jan Puhl, Alexandra Rojko, Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Thaddeuz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammele, Tobias Kupper (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidemann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.). *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Felix Hutt, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Smoltezyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig. *Redaktion:* Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

BESONDERE AUFGABEN Matthias Geyer

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt (*investigativ-reporter@spiegel.de*). *Dokumentation:* Nicola Naber, Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

TEAM LEBEN Anke Dürr, Detlef Hacke, Maren Keller

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dr. Eva-Maria Schnur. *Redaktion:* Markus Deggerich, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. *Autorin:* Marianne Wellershoff

MEINUNG Lothar Gorris

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

NEBENPRODUKTE Dr. Susanne Weingarten

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wedig

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer, Gesine Block (stellv.)

Schlussredaktion: Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Likens, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waage

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

GRAFIK UND MULTIMEDIA *Leitung:* Jens Radü. *Grafik-Team:* Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter. *Multimedia-Team:* Olaf Heuser, Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufer, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Florian Rauschenberger, Barbara Röjger

TITELBILD *Leitung:* Katja Kollmann, Johannes Unsel (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

BANGALORE Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Martin Schlak, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

BRÜSEL Peter Müller, Rue Le Tithien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_brussel@spiegel.de

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, Tel. +44 203 4180610

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650625289

MOSKAU Christian Esch, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro, RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Frank Hornig, Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingels, P. O. Box 191526, San Francisco, CA 94119-1526, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

TEL AVIV Alexander Osang, Hashahaf 20, P. O. Box 8387, 6803466 Tel Aviv-Yafo, Tel. +972 3 6835339

WARSAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warszawa, Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON René Pfister, Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

DUKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltzhing, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Ofner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Stegen-thaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Tausko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimmler, Dr. Marc Theodor, Andrea Thöhl, Nina Ulrich, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2019
Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media

Verantwortlich für Vertrieb: Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Mohn Media Gütersloh

MIX Papier
FSC® C011124

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966 Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966 Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966

Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 265,20
Ständorten Inland: 52 Ausgaben € 187,20
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnentenservice Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 5,10 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP19-009, SD19-008 (Upgrade)

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLÖG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK [facebook.com/derspiegel](https://www.facebook.com/derspiegel)

USA: DER SPIEGEL (USPS no 01544520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: Data Media (A division of Cover-All Computer Services Corp.), 660 Howard Street, Buffalo, NY 14206. Periodicals postage is paid at Buffalo, NY 14205. Postmaster: Send address changes to DER SPIEGEL, Data Media, P.O. Box 155, Buffalo, NY 14205-0155. e-mail: service@roltek.com, toll free: +1 877-776-5835; Kanada: SUNRISE NEWS, 47 Silver Shadow Path, Toronto, ON, M9C 4Y2, Tel. +1 647-219-5205, e-mail: sunriseorders@bell.net



Nachrufe



FRANZ BISCHOF / UAF

Jesper Juul, 71

Kinder ständig zu loben, hielt er für eine sonderbare Verirrung, sie zu bestrafen erst recht. Der dänische Pädagoge Jesper Juul war überhaupt gegen die Anwendung billiger Tricks in der Erziehung – im Lob sah er vor allem die wohlmeinende Dressurabsicht. Der große, schwere Mann, der als Schiffskoch, Bauarbeiter und Tellerwäscher sein Berufsleben begonnen hatte, zeigte ein enormes Gespür für die Eigenständigkeit und Würde der Knirpse. Für ihn waren sie eben keine Mängelwesen, aus denen es mittels geprüfter Methoden etwas Komplettes herzustellen galt. In rund 40 Büchern, übersetzt in viele Sprachen, entwickelte Juul seine Vorstellung davon, was Kinder wirklich brauchen: Vorbilder, an denen sie abschauen können, wie gutes Leben geht; Eltern, die ihnen auf Augenhöhe begegnen, aber auch, wo nötig, Grenzen ziehen. Vom Bestreben, das alles perfekt hinzukriegen, riet er hingegen dringend ab – »gut genug« sei schon prima. Mit dieser entspannten Philosophie wurde Juul zum wohl einflussreichsten Erziehungs-experten der Gegenwart. Und er nahm unzähligen Eltern die Angst vorm Versagen, die andere Ratgeber so gern schüren. Jesper Juul, der an einer seltenen Autoimmunerkrankung litt, starb am 25. Juli in Odder bei Århus. MDW



INGO WAGNER / DPA

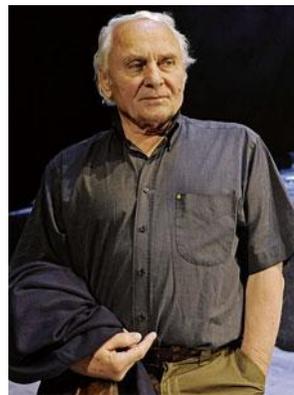
Ulrich Finckh, 91

»Pimpf, Pfarrer, Pazifist« lautete der Titel seiner Autobiografie. Vehement setzte sich der Theologe für Wehrdienstverweigerer ein; er kritisierte das »Zwangssystem der Wehrpflicht« und widersprach der These, die Bundeswehr sei ein Spiegelbild der Gesellschaft – wegen des »hohen Anteils rechtsradikalen Gedankengutes«

bei der Truppe. Wie viele Männer seiner Generation war Ulrich Finckh durch den Zweiten Weltkrieg geprägt worden; mit 17 Jahren musste er zur Wehrmacht. Seit 1970 leitete er als Pfarrer eine evangelische Kirchengemeinde in Bremen. Doch die Seelsorge füllte ihn nicht aus. Als Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen stritt Finckh mit Politikern und Militärs – zu einer Zeit, in der Wehrdienstverweigerer oft als »Drückeberger« diffamiert wurden. »Soldatsein verroht unglaublich«, sagte Finckh, »auch schon in Friedenszeiten.« Ulrich Finckh starb am 25. Juli in Bremen. MW0

Johann Kresnik, 79

Gewalt und Aufruhr waren die Hauptthemen des Tänzers und Regisseurs, der neben Pina Bausch zu einem Erneuerer des europäischen Tanztheaters wurde. Johann Kresnik wuchs im österreichischen Kärnten auf und war drei Jahre alt, als Partisanen seinen Vater erschossen, der als Nazikollaborateur galt. Nach einer Lehre als Werkzeugmacher, dem Beitritt zur Kommunistischen Partei und einer Tanzausbildung begann er in den Sechzigerjahren am damals fortschrittlichen Bremer Theater als Tänzer und entwickelte in ersten Regiearbeiten unter dem Schlachtruf

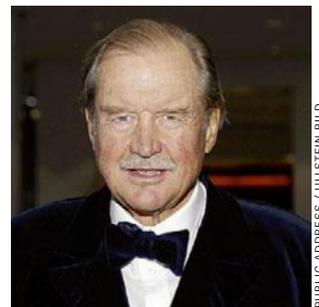


JENS-ULRICH KOCH / DDBPA IMAGES

»Ballett kann kämpfen« ein auf Handlung fixiertes Tanztheater mit grellen Effekten. Stets auf der Suche nach provokanten Bildern, manchmal auch verletzend gegenüber Mitarbeitern, erzählte er von den Schrecken kleinster Machtgefüge (»Familiendialog«) und der tückischen Strahlkraft von Künstlern und Visionären (»Pasolini«, »Ulrike Meinhof«), aber vor allem von der Ungerechtigkeit der herrschenden Verhältnisse. Kresnik sorgte in Heidelberg, Berlin und Bonn oft für lustigen Kravall und manchmal auch für tolle Kunst; bis ins Alter bekannte er sich zum Sozialismus: »Wir brauchen eine Utopie, und für die mache ich Theater.« Johann Kresnik starb am 27. Juli in Klagenfurt. HÖB

Ferdinand von Bismarck, 88

Standesgemäß wohnte der Fürst lange im Familienschloss, im beschaulichen Friedrichsruh bei Hamburg. In jungen Jahren war der Urenkel des ersten Deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck viel herumgekommen: In London, Berlin, Rom verbrachte der Diplomatensohn seine ersten Kindheitsjahre. 1943, als der Vater nach dem Sturz Mussolinis seinen Posten als Gesandter in Rom verlor, kam der 13-Jährige zum Großvater nach Schweden. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte Ferdinand von Bismarck unter anderem Jura in Freiburg, in Paris lernte er seine Ehefrau Elisabeth Gräfin Lippens kennen. Als 1975 sein Vater verstarb, erbte er den Fürstentitel und ein großes Vermögen. Seine Immobiliengeschäfte führten ihn bis nach Paraguay, der Forstbetrieb Sachsenwald in Schleswig-Holstein erwirtschaftet Millionenumsätze. Wie in allen guten Adelsfamilien gab es auch Querelen, die Klatschpresse sprach von einem »Erbfolgekrieg«. 2014 bestimmte Bismarck, dass sein jüngster Sohn Nachfolger für den Vorsitz des Hauses werden solle. Standesbewusstsein war dem Traditionalisten nicht peinlich. Auf die Frage, ob die Anrede Durchlaucht heute noch angemessen sei, antwortete er einmal verschmitzt: »Selten, aber Sie können es anwenden, wenn Sie denn wollen. Ich würde nicht vom Stuhl fallen.« Ferdinand von Bismarck starb am 23. Juli in Reinbek bei Hamburg. KS



PUBLIC ADDRESS / JULLSTEIN BILD

Die lieben Verwandten

● Die Schauspielerin **Naomie Harris**, 42, aus zwei Bond-Filmen als Miss Money-penny bekannt, hat sich auf die Suche nach ihren Vorfahren gegeben – und verstörende Entdeckungen gemacht. Sie war Gast der BBC-Produktion »Who Do You Think You Are?«, bei der Prominente gemeinsam mit professionellen Genealogen ihre Familiengeschichte recherchieren, um die Frage »Was glaubst du, wer du bist?« zu klären. Harris, in Großbritannien von einer jamaikanischen Einwanderin geboren, wusste bereits von nigerianischen Vorfahren mütterlicherseits, ihr Vater stammt aus Trinidad. Mit den Fachleuten der BBC fand sie nun heraus, dass ein Teil ihrer Ahnen mütterlicherseits versklavt war. In der väterlichen Linie konnte ein Weißer identifiziert werden, der Aufseher auf einer Plantage war. Als solcher werde er aller Wahrscheinlichkeit nach die dort arbeitenden Männer und Frauen körperlich misshandelt haben, sagte ein BBC-Historiker. Harris nannte diese Nachricht »erschütternd«. Anlässlich der Sendung traf sie auch ihren Vater, zu dem sie zeit ihres Lebens sehr wenig Kontakt hatte. Zu ihrer großen Überraschung erfuhr sie, dass er sieben Geschwister hat, sie mithin sieben Tanten und Onkel, von denen einige in London ganz in der Nähe ihrer Wohnung leben. KS



THEODORE WOOD / CAMERA PRESS / PICTURE PRESS



Selbst ernannte Rebellin

● Sie beobachtet die Wiederkehr eines gewissen Puritanismus und ist beunruhigt, denn dieser führe zu einer bedrohlichen Tendenz, zur Zensur, glaubt Schauspielerin **Laetitia Casta**, 41. Sie habe sich immer schon gegen jede Art von Zensur aufgelehnt, inklusive Retusche ihrer Fotos. »Nacktheit wird zum

Akt der Rebellion«, befindet folgerichtig die Französin, die nackt auf dem Titelbild der französischen »ELLE« zu sehen ist. Auch die schief geratenen Zähne habe sie sich nie richten lassen und will auch in Zukunft Schönheitschirurgen meiden: »Da bleibe ich lieber so, wie ich bin. Ich will schließlich später nicht wie mein eigenes Phantom enden.« Die dreifache Mutter findet es »spannend« zu altern, sie habe sich regel-

recht danach geseht, endlich 40 zu werden. Ob das Cover der »ELLE« retuschiert wurde, ist nicht bekannt. Das Bild der nackten Casta auf einem Felsen am Meer wurde auf Korsika aufgenommen, wo sie kürzlich eine Fantasyserie für den TV-Sender Arte gedreht hat. Darin spielt sie ein verführerisches, mörderisches Fabelwesen: eine Sirene, die auf einer Insel strandet und die Menschenwelt entdeckt. PE

Der Spieler

● Der britische Schüler **Jaden Ashman**, 15, ist seit verganginem Samstag Millionär: Beim Fortnite World Cup wurde er Zweiter im Teamwettbewerb, gemeinsam mit seinem 21-jährigen Spielpartner aus den Niederlanden. Die beiden teilen sich das Preisgeld von 2,25 Millionen Dollar. »Ich bin gut im Töten, mein Partner ist das Gehirn, eine gute Kombination«, sagte Jaden der »Times«. Bei dem beliebten Onlinevideospiel geht es ums Überleben: Jeder Spieler verteidigt sich mit Waffengewalt, wer



PHIL PENNAN / DDP IMAGES

übrig bleibt, hat gewonnen. Viele seiner Kollegen, fast alle Teenager wie er, bekommen daheim privaten Schulunterricht, damit sie ihre Trainingsstunden am Computer und ihr Lernpensum unter einen Hut bringen können. Jaden sagte dem »Telegraph«, dass er bis zu den Abschlussprüfungen im nächsten Jahr auf jeden Fall an seiner Schule in Essex bleiben wolle. Zwischen durch habe er durchaus mal die Nase voll von »Fortnite«, sagte er der »Times«. Dann entspanne er gern mit Freunden – beim Videogame »Minecraft«, bei dem es weitgehend friedlich zugeht. KS

Wie sie's macht ...

● **Herzogin Meghan**, 37, Gattin von Prinz Harry, steht auch wegen Kleinigkeiten in der Kritik. Jetzt hat sie mehr als eine Kleinigkeit geleistet, und wieder ist es nicht recht. Die ehemalige amerikanische Schauspielerin gestaltete als Gast-Chefredakteurin die Septemberausgabe der britischen »Vogue«, sie zeichnet sowohl für die Covergestaltung als auch für Inhalte verantwortlich. Für Royalisten ein Grund zu murren: Eine Herzogin dürfe sich genauso wenig wie die Queen politisch positionieren. Aber schon das Titelbild will eine politische Botschaft trans-

portieren: Veränderung sei notwendig, und Frauen seien dafür wichtige, treibende Kräfte. Weibliche Persönlichkeiten, die die »Kraft des Wandels« innehaben sollen, werden abgebildet, darunter Greta Thunberg. Ein Bild der erklärten Feministin Meghan ist nicht dabei. Andere Mitglieder der königlichen Familie ließen sich als dekorative »Vogue«-Cover-Girls engagieren: Lady Diana zum ersten Mal im Jahr 1981, Herzogin Kate 2016. Meghans Konzept, nach dem Frauen das Sagen haben sollen, hat sie nicht ganz durchgehalten: Die Titelfotos stammen von dem 74-jährigen deutschen Fotografen Peter Lindbergh. KS



@SUSSEXROYAL



KARSTEN THEILNER / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

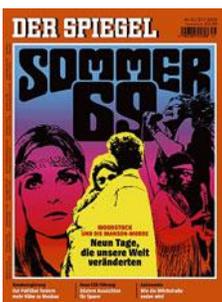
»Mit 15 etwas planlos«

Um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren, strebt Arbeitsagenturchef Detlef Scheele ein neues Konzept für Schul- und Ausbildungsabbrecher an. Die jungen Leute sollen intensiver beraten werden. Birgit Wolf, 46, arbeitet als Pädagogin in der Kompetenzagentur des Berlin-Neuköllner Vereins Netzwerk Berufshilfe.

● »Die meisten Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, finden keinen Ausbildungsplatz, weil sie keinen Schulabschluss haben. In der Industrie kommt es ab und zu vor, dass Unqualifizierte eine Stelle bekommen – in Berlin-Neukölln, wo wir in die Schulen gehen, ist diese Branche nur schwach vertreten. Für eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker reicht es mittlerweile nicht einmal mehr aus, dass man einen Hauptschulabschluss hat, der bei uns in Berlin Berufsbildungsreife heißt. Das amerikanische Märchen Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär funktioniert zumindest in Deutschland nicht. Wir ermutigen die Jugendlichen deswegen, Praktika zu machen oder einen möglichst qualifizierten Schulabschluss anzustreben.

Wer die Schule schwänzt oder abbricht, ist nicht unbedingt faul. Oft ist das Leben der Jungen oder Mädchen plötzlich aus dem Takt geraten wegen Problemen in der Familie oder im Freundeskreis, aber auch wegen Drogenkonsum oder Schulden. Was wir sehen – nämlich, dass der Jugendliche nicht mehr zur Schule geht –, ist oft nur Symptom eines größeren Problems. Unsere professionelle Distanz hilft uns zu erkennen, was dann der richtige Weg sein könnte. Zu mir kamen schon Eltern, die wollten, dass ihr Kind jetzt Abitur macht, dabei hatte es gerade die Schule geschmissen. Bei Elternsprechtagen sind wir deshalb vor Ort und bieten Hilfe an.

Man muss das Alter berücksichtigen. Mit 15 Jahren ist eine gewisse Planlosigkeit ganz normal. Viele kommen zu mir und meinen, sie hätten keine Talente oder Ziele. Oft sind sie dann noch etwas still, doch je häufiger wir uns treffen, desto selbstbewusster und fokussierter werden sie. Ein echtes Erfolgserlebnis war für mich eine junge Schülerin, die die Schule abgebrochen hatte und arbeitslos war. Unsere Beratung half ihr, erst die Berufsbildungsreife und dann sogar den Mittleren Schulabschluss nachzuholen. Wir trainierten für Bewerbungsgespräche, und sie bekam tatsächlich in der Gastronomie einen Ausbildungsplatz. Das hat mich stolz gemacht.« Aufgezeichnet von Anna-Lena Jaensch



»Die Morde Charles Mansons und seiner Anhänger werden seit Jahrzehnten missbraucht, um die Hippiebewegung zu diskreditieren. Leider stellt sie jetzt auch der SPIEGEL wieder als »zwangsläufig« dar.«

Karlheinz Don, München

Kommunardischer Feldversuch

Nr. 31/2019 Sommer 69, Woodstock und die Manson-Morde – Neue Tage, die unsere Welt veränderten

Danke für die Würdigung eines großen Ereignisses! Ich war damals noch sehr jung, aber ich fühlte da etwas ganz Bewegendes. Die Musiker und Bands von Woodstock sowie die Tausenden Festivalbesucher und auch der Hauch von Marihuana waren einfach »great«. Der »Spirit of Woodstock« wird immer weiter bestehen!

Erwin Chudaska, Leer (Nieders.)

Kann der SPIEGEL nach 50 Jahren wirklich keine Zeitzeugen auftreiben, und muss er das Resümee eines Journalisten veröffentlichen, der erst fünf Jahre nach den damaligen Ereignissen geboren wurde? Ich bin Jahrgang 1952 und glaube, dass Woodstock seinerzeit kein Auslöser, sondern eher wie die schrecklichen Manson-Morde eine Randerscheinung einer Gesellschaft im Umbruch war. Das Woodstock-Revival hat keinen anderen Sinn als damals: Geld verdienen. Im Allgemeinen war die Mehrzahl der Jugendlichen damals eher unpolitisch, auch wenn die Minderheit der 68er es heute gerne anders sieht.

Bernd Hoge, Nindorf (Schl.-Holst.)

Woodstock und Charles Manson in einem Atemzug als Vorder- und Rückseite der Flower-Power-Medaille darzustellen kann nur einem Journalisten einfallen, der erst in den Siebzigerjahren geboren wurde. Das zeugt von abgrundtiefer Ahnungslosigkeit gegenüber einem damals gelebten Gefühl von Frieden und vor allem Friedenswillen. Das befleckt und diskreditiert Woodstock als das Einmalige, das es war.

Giuseppe Pippo Russo, Darmstadt

Ich liebe eure westdeutsche Arroganz! Das Leben der meisten Ostdeutschen und auch meins wurde keineswegs durch den Sommer 1969 oder durch die Ereignisse, die es auf den Titel Ihrer Zeitschrift geschafft haben, verändert. Und dann wundern sich solche Medien wie Sie, dass sich der Osten nicht ernst genommen fühlt.

Wieland Brohm, Berlin

Uns als DDR-Bürger haben diese Ereignisse überhaupt nicht beeinflusst. Wir hatten andere Sorgen. Wir brauchten nicht gegen

den Kapitalismus zu kämpfen, wir lebten ja im real existierenden Sozialismus. Kämpfen gegen den Vietnamkrieg mussten wir auch nicht, wir standen ja solidarisch an ihrer Seite. Wir haben uns nur



Woodstock-Festival

gefragt, warum keiner von den kämpfenden Demonstranten zu uns kam. Die müssen gewusst haben, dass es bei uns keine Bananen gibt.

Angelika und Kurt Jeroch, Leipzig

Sowohl 1968 als auch 1969 ist einiges passiert, aber der Nährboden für die umwälzenden Veränderungen der späten Sechzigerjahre reicht weit zurück bis mindestens in die Fünfziger. Beatniks, Beatlemania, Women's Liberation Movement und der sich weltweit verstärkende Einsatz für Bürger- und Menschenrechte sind das Fundament unserer heutigen Gesellschaft: Der Mythos von Woodstock wird da wohl überschätzt. Three days of love and peace als kommunardischer Feldversuch mit nicht kommerzieller Ausrichtung manifestierten sich eher aus Versehen.

Dr. Volker Brand, Bad Oeynhausen (NRW)

Daseinsberechtigung für die AfD

Nr. 30/2019 Wie ein zweimal abgeschobener Marokkaner erneut nach Europa kommen will

Herzlichen Dank für den informativen Bericht. Es fehlt allerdings meiner Meinung nach das Wichtigste, nämlich das Fazit. Sollen wir eine ungehemmte Migration in die EU zulassen oder die Grenzen nur für echte Asylsuchende öffnen? Mich würde interessieren, wie Ihre Meinung zu diesem Thema ist. Sind Sie für eine ungehemmte und nicht gesteuerte Masseneinwanderung sowohl von Wirtschafts- als auch von politischen Flüchtlingen, oder wie stellen Sie sich den Weg aus diesem Dilemma vor?

Klaus Bertram, Haltern am See (NRW)

Nach dem Studium des gelungenen Beitrags schwanke ich mit meiner Bewertung hin und her: Ist es eine authentische, sehr gute Recherche zum Thema Migration oder doch eher eine fundierte Anleitung für kriminelle Zuwanderer, wie man am besten nach Europa kommt?

Peter Götz, Potsdam

Verdient ein Nordafrikaner, der mehrfach kriminell war und abgeschoben wurde, dass der SPIEGEL ihm diese Presseaufmerksamkeit gönnt? Sieht Abdull S. sich jetzt als Held und Vorbild für weitere Marokkaner, es ihm gleichzutun? Vielleicht hätte die Autorin ihn deutlicher darauf hinweisen müssen, dass der gut aussehende junge Mann (vom SPIEGEL nett fotografiert) seine Fremdsprachenkenntnisse besser im Tourismusgewerbe von Marokko einsetzen könnte, als in Deutschland bald wieder vor Gericht zu stehen.

Ewald Kohler, Wertheim (Bad.-Württ.)

Dieser Artikel kann einen nur ratlos – besser wütend – zurücklassen. Er ist ein Spiegelbild des Versagens der europäischen und der deutschen Migrationspolitik. Kriminell, abgelehnt, mit einer Minderjährigen ein Kind bekommen, mehrfach abgeschoben und dennoch immer wieder illegal eingereist. Wir lassen uns vorführen. Bei uns wird jeder Parksünder so lange verfolgt, bis er bezahlt hat. Und der Typ kann machen, was er will? Ein Wiedereinreiseverbot ist wohl zwecklos, weil unsere Grenzen nicht effektiv geschützt werden. Und falls es ihm gelingt, sich spanische Papiere zu ergaunern, kann er leider wieder in Deutschland sein Unwesen treiben. Sollte er es wieder nach Deutschland schaffen, landet er hoffentlich in Abschiebehaft.

Bernd Vogel, Loxstedt (Nieders.)

Was ist denn die Intention des Artikels – Europa und Deutschland als völlig unfähig in Sachen illegaler Einwanderung darzustellen? Danke, aber das wussten wir schon. Vermutlich unbeabsichtigt taugt der Artikel hervorragend dazu, der AfD eine Daseinsberechtigung zu beschleunigen. Mehr Anbiederung an einen illegal eingereisten und kriminellen Migranten geht kaum.

Georg Oliver Hruschka, Berlin

Toller Artikel, SPIEGEL-like recherchiert und (fast) leidenschaftslos, pragmatisch

dokumentiert. Abdull steht wohl stellvertretend für die Abertausenden Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten. Einwanderungswillige, von denen kaum jemand wissen will. Die EU schafft kein einheitliches Verteilungsklima innerhalb einer »Wertegemeinschaft«, die ohnehin keine ist. Jeder Staat schaut auf sich. Solidarität gibt es nur, wenn es ums Geld geht. Humanität hat in Europa keinen Platz, solange sich einzelne Staaten gegen eine gemeinsame Migrationspolitik wehren. So schaut's aus – gute Nacht, vereinigtes Europa!

Gerhard Rust, Turnau (Österreich)

Danke für den Beitrag! Abdull ist sicher kein schlechterer Mensch als andere. Er hat nur Pech gehabt mit der Familie, in die er hineingeboren wurde. Wir sollten ihn deshalb nicht verurteilen. Er und die anderen Migranten wollen nichts anderes als das, was wir selbst wollen und haben und oft für selbstverständlich halten.

Frank Moding, Guadalajara, Jalisco (Mexiko)

Krieg ist kein Sandkastenspiel

Nr. 31/2019 Leitartikel: Deutschland sollte den Briten in der Straße von Hormus helfen

Ist der SPIEGEL von allen guten Geistern verlassen? Eine deutsche Beteiligung ausgerechnet am kritischsten Punkt der Welt, mit der Aussicht, dann in kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den dank Trump unberechenbaren USA, einem machtbewussten Russland, dem fanatisierten Iran und den übrigen Anrainern verwickelt zu werden? Großbritannien will den Brexit, aber wir ziehen jetzt mit Boris



M. AKHOUNDI / ANHUA / DPA

Festgesetzter britischer Tanker vor Iran

Johnson in den Krieg? Wir sollten lieber alles daran setzen, mittels Diplomatie zu einer Deeskalation beizutragen. Auf Öl sollten wir im Interesse des Klimas sowie so schnell wie möglich verzichten.

Volker Abel, Frankfurt a. M.

Damit der »Notfall für einen militärischen Einsatz« nicht eintritt, haben wir Diplomaten. Ohne Diplomaten hat Trump das Atomabkommen mit Iran gekündigt und zusätzlich Sanktionen gegen Iran verhängt. Die EU inklusive England war von diesem – undiplomatischen – Alleingang nicht überzeugt und versuchte, Iran vor

den Auswirkungen der Sanktionen zu schützen. Doch England schloss sich ganz plötzlich der Linie der USA an und kaperete einen iranischen Tanker; es war doch zu erwarten, dass Iran das Gleiche macht. Wer ist Trump, dass er der ganzen Welt völkerrechtswidrig vorschreibt, wem Sanktionen erteilt werden müssen? Der ursprüngliche Aggressor für die Blockade in der Straße von Hormus ist er.

Solveigh Reinhardt, Rottau (Bayern)

Wissen Sie eigentlich, was Krieg bedeutet? Das ist kein Sandkastenspiel, das man mal eben wegwischt, wenn es einem langweilig wird. Ich kenne die Verhältnisse in der Straße von Hormus sehr gut und weiß, wie brandgefährlich es ist, dort mit dem Feuer zu spielen. Unsere Marine hat dort draußen nichts zu suchen.

Thomas Wieken, Kapitän, Hechthausen (Nieders.)

»Wann, wenn nicht jetzt« ist keine hinreichende Begründung für die Beteiligung an einer Militäraktion. Militärische Forschung ist kein Wert an sich; jedenfalls nicht dort, wo die Politik das Primat hat über das Militär – wie es in einer nicht militaristischen Gesellschaft sein sollte. Ausschlaggebend sollte sein, welche Ziele mit der Militäraktion verfolgt werden und ob sie wirklich das geeignete Mittel zum Erreichen dieser Ziele ist.

Heide Richter-Airijoki, Brüssel

Die schwarze Katze im Raum

Nr. 30/2019 Kritiker sehen im neuen Mobilfunknetz 5G eine Gefahr für die Gesundheit

Was haben 5G und Aloe vera gemeinsam? Sie sind laut WHO möglicherweise krebs-erregend. Nur, ich kann einen großen Bogen um Aloe vera machen. Um 5G mit seinen hochfrequenten elektromagnetischen Feldern, wenn es denn je installiert sein wird, kann ich das leider nicht.

Hildegard Morath-Hübner, Münstertal (Bad.-Württ.)

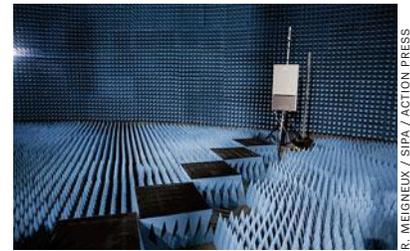
Ich bin äußerst besorgt über die Einführung dieser 5G-Technik, da bisher keinerlei Tests und Studien existieren, die gesundheitliche Schäden ausschließen. Es macht daher Sinn, dass manche Menschen sagen, dies mache uns alle zu Versuchskaninchen. Wieso wird diese Technik so Hals über Kopf eingeführt? Wieso werden Hunderte Wissenschaftler und Ärzte, die vor möglichen Gefahren warnen, nicht ernst genommen? Wieso ist das Geschäft wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung?

Jan Frankl, München

Solange die Unbedenklichkeit dieser neuen Technologie nicht erwiesen ist, sollte der Ausbau gestoppt werden. Die Industrie wird's überleben.

Lisbeth Kunz, Rehau (Bayern)

Schon mit logischem Denken ist erkennbar, dass menschengemachte Strahlung nicht gesundheitsfördernd für Mensch und Tier ist. Wir sollten jetzt endlich diese Grenzüberschreitung erkennen und umgehend Strahlung reduzieren. Jeder Ein-



R. MEIGNEUX / SIPA / ACTION PRESS

5G-Antenne in Testkammer

zelne kann dazu beitragen, indem er bewusst auf die Nutzung der Mobilfunkgeräte verzichtet und das Bundesamt für Strahlenschutz sowie die auktionenbeteiligten Unternehmen zur Einstellung des 5G-Ausbaus auffordert.

Kathi Langner, Bad Lausick (Sachsen)

Die Suche nach der eventuell nicht existenten schwarzen Katze im dunklen Raum ist ein gutes selbst gewähltes Bild vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) für das eigene interessengeleitete Vorgehen in der Mobilfunkforschung mit Unterstützung des wohl industrienahen privaten Vereins ICNIRP, der mit dem BfS Räume teilt. Das BfS erwartet keine bösen Überraschungen mehr nach dem 2008 mit einer Entwarnung abgeschlossenen Deutschen Mobilfunkforschungsprogramm und bezweifelt systematisch alle Studien, die ein deutliches Licht auf die schwarze Katze werfen. Ob mit oder ohne 5G – eine gesundheitsverträgliche Digitalisierung ist durchaus möglich, wenn man die Strahlung bei allen Frequenzen vorsorglich minimiert, Outdoor- und Indoor-Versorgung trennt und die Lichttechnik für die Datenübertragung weiterentwickelt.

Hanna Tlach, Sprecherin des Arbeitskreises Elektromog im BUND Konstanz, Allensbach (Bad.-Württ.)

Der neueste Bericht der Bundesregierung zu Mobilfunkemissionen prophezeit, es werde zu »vermehrtem Einsatz elektromagnetischer Felder und damit auch zu einer insgesamt höheren Belastung der Bevölkerung« kommen. Mit der eiligen Einführung von 5G wird im Grunde zugunsten des umstrittenen Fortschrittsprinzips das Vorsorgeprinzip aufgekündigt: Das halte ich ethisch für mehr als fragwürdig.

Prof. Dr. Werner Thiede, Neuhausen (Bad.-Württ.)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.



Schild an einer Weide bei Bad Kohlgrub (Bayern)

Aus der Würzburger »Main-Post«:
»Denn, so die Beurteilung, die Kleinkinderkrippengruppe bräuchte mehr Ruhe zum Schlagen.«

• **Puntillitas fritas** 11,00€
Fried squats / Gebratene Kniebeugen

Aus der Speisekarte eines Restaurants im andalusischen Conil de la Frontera

Aus einem Programmtipp in der Fernsehbeilage von »Tip Berlin«: »Mitglieder des Golfclubs von Brokenwood finden die völlig ermordete Leiche ihrer überspannten Vorstandsvorsitzenden.«

RATGEBER

Leichen im Eisfach
Wie lange ist Eingefrorenes essbar?

Von Ntv.de

Aus der »Frankfurter Rundschau«:
»Spekulationen, dass der 38-Jährige infolge eines Polizeieinsatzes gestorben ist beziehungsweise dass Gewaltanwendungen seitens der Polizeibeamten zu seinem Tod geführt haben, wie von dem Verstorbenen angegeben, konnten ausgeräumt werden.«

Lebensmittelverschwendung:
Neun von zehn Deutschen beteiligen sich

Ein schaumiger Apfel hier...

Aus dem »TK-Report«

Aus der »Elbe-Jeetzel-Zeitung«: »Ein Dutzend Bierzeltgarnituren ist dort aufgebaut, doch versammelt haben sich die Hausherren und ihre Gästeschar mittlerweile um das Lagerfeuer, das in einer Feuerschale brennt. Mittendrin: Niedersachsens CDU-Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast.«

Zitate

Die französische Zeitung »Le Monde« greift anlässlich des Fotos von Kanzlerin Angela Merkel mit Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (alle CDU) eine SPIEGEL-Kolumne auf (»Ist schon Matriarchat?«, 23. Juli 2019):

So spektakulär, wie die Fotos aus dem Schloss Bellevue wirken, dürfen sie nicht eine andere Realität bemänteln. Im aktuellen Bundestag, hervorgegangen aus den Wahlen 2017, haben die Frauen nur einen Anteil von 31 Prozent. Dieser lag bei 37 Prozent in der vorausgegangenen Legislaturperiode. Seit 1998 war der Anteil weiblicher Abgeordneter nicht so gering in Deutschland. Dieser Rückgang erklärt sich vor allem durch den Einzug der rechtsextremen AfD, von deren 92 Abgeordneten nur 10 Frauen sind. Aber die Konservativen sind ebenso verantwortlich: In der 2002 gewählten Fraktion hatte die CDU/CSU einen Frauenanteil von 23 Prozent; in der heutigen liegt er bei 20 Prozent ... In einem Beitrag vom 23. Juli auf der Website des SPIEGEL erklärt die Kolumnistin Margarete Stokowski, warum der Aufstieg dieser Frauen in verantwortungsvolle Posten weder der Beginn eines »Merkel-Matriarchats« bedeute, wie die ARD behauptet hat, noch den »Sieg der Frauen-Power«, wie es das konservative Tagesblatt »Bild« geschrieben hat. »Wer von einem Matriarchat spricht, nur weil ein paar Frauen wichtige Jobs haben, ist genauso witzlos wie Leute, die sagen: Ganz schön kalt heute, und das soll diese globale Erwärmung sein, höhö?«

Die »Süddeutsche Zeitung« fragt eine Aktivistin von »Fridays for Future« (FFF) danach, wie die Bewegung auf vom SPIEGEL berichtete hohe Außenstände reagieren will (»Mal kurz die Welt retten«, Nr. 31/2019):

SZ: Der SPIEGEL berichtete, ein früherer Mitstreiter könnte auf Kosten für diesen und andere Sonderzüge sitzen bleiben – wegen unklarer Verantwortlichkeiten. Wird sich FFF auf dem Kongress mit den eigenen Strukturen auseinandersetzen?

Ragna Diederichs: Ich war da nicht involviert, weiß aber, dass unsere Finanz-AG ihn auf das Risiko, in die Logistik zu investieren, hingewiesen hat. Und ja, selbstverständlich befassen wir uns auf dem Kongress mit unseren Strukturen und Prozessen. Viele der mehr als 20 Arbeitsgruppen, auch die Finanz-AG, werden über Verfahrensweisen sprechen. Wir wollen ja immer besser werden.



Das Nachrichten- Magazin für Kinder.



**Jetzt
testen:**

www.deinspiegel.de

Highlights für Studenten

8 x DER SPIEGEL und eine Wunschprämie für nur €19,90!



JBL GO-Bluetooth-Lautsprecher

Streamt Musik vom Smartphone oder Tablet sowie Freisprechfunktion via Bluetooth. Zuzahlung: €1,-.



10 € Amazon.de Gutscheine

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Spiele, Technikartikel und mehr.



ACME Bluetooth-Kopfhörer

Kabellos, hochwertiger Klang, verstellbar für perfekten Sitz. Zuzahlung: €1,-.



ABUS-Fahrradschloss

Mit Vierkantkette, Stahlschloss und Textilschlauch. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung: €1,-.



10 € DriversChoice-Gutschein

Benzingeld für Sie: Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig. Gute Fahrt!



Modernes Reise-Set, 3-tlg.

Set aus Notebooktasche, Reisetasche und Trolley. Platzsparend zu verstauen. Aus 600D-Nylon. Zuzahlung: €1,-.



53% sparen

Jetzt den SPIEGEL testen und Prämien-Highlight wählen!

Sichern Sie sich 8x den SPIEGEL für nur €19,90 frei Haus. Sie sparen 53% und erhalten ein Prämien-Highlight dazu! Dieses Angebot gilt nur für Studenten.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/studenten-highlights

 **040 3007-2700** (Aktionsnummer: SP19-063)

NEU 1&1 VORTEILSWELT!



1&1 ALL-NET-FLAT

✓ **FLAT** TELEFONIE

✓ **FLAT** INTERNET

✓ **FLAT** EU-AUSLAND

ab **9,99** ~~19,99~~ €/Monat*
 12 Monate, danach 19,99 €/Monat. Ohne Gadget.

Top-Gadget auf Wunsch dazu!*

Sichern Sie sich jetzt ein cooles Zusatzgerät für Ihr Smartphone, z. B. den E-Scooter von SoFlow. Oder entscheiden Sie sich für 120,- € Preisvorteil in den ersten 12 Monaten.

E-Scooter von SoFlow



HONOR 20

HUAWEI P30 Pro

Samsung Galaxy S10+



☎ 02602/9696



1und1.de

*1&1 All-Net-Flat mit 2 GB Highspeed-Volumen/Monat (bis zu 21,6 MBit/s im Download/bis zu 11 MBit/s im Upload, danach jew. max. 64 kBit/s) für die ersten 12 Monate 9,99 €/Monat, danach 19,99 €/Monat. Telefonate in dt. Fest- und Handynetze inklusive sowie Verbindungen innerhalb des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen. Mit Smartphone ab 8,- €/Mon. mehr, ggf. zzgl. einmaligen Gerätepreises (Höhe geräteabhängig). Kostenlose Overnight-Lieferung. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Sonderkündigung im ersten Monat möglich. Bei Auswahl eines Zusatzgerätes aus der 1&1 Vorteilswelt, erhältlich ab 1&1 All-Net-Flat M, entfällt der Preisvorteil für die ersten 12 Monate, zzgl. Einmalzahlung oder 24-monatige Ratenzahlung (von gewähltem Gerät abhängig). Abbildungen ähnlich. Solange der Vorrat reicht. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, 56403 Montabaur